














WISCONSI
UNIVERSI
LIBRA



Das
Jahr 1848.

Die
großen Ereignisse desselben
dem
deutschen Volke
erzählt.

Mit 10 Kupfertafeln.

Hannover.
Verlag der Gebr. Jänecke.

1849.

Vorwort.

Es war nicht die Absicht des Herausgebers der nachstehenden Blätter, eine vollständige Geschichte des Jahres 1848 zu veröffentlichen; für ein solches Unternehmen möchte der Zeitpunkt noch nicht gekommen sein. Vielmehr schwebte ihm der Plan vor, dem Leser die großen Ereignisse hauptsächlich in ihrer äußeren Erscheinung vor das Auge und vor die Seele zu führen. Wie Manchem wird es schwer geworden sein, den Ereignissen, die im Sturmschritt über die Weltbühne gingen, zu folgen; wie Mancher war nicht immer im Stande oder hatte nicht immer Zeit und Gelegenheit, die an täglichen Begebnissen so reichen Zeitungen zu lesen. Für Diese ist unser Buch ganz besonders geschrieben. Die mächtigen Bewegungen dieses Jahres, wie sie sich zugetragen, in faßlicher Sprache, in gedrängter Kürze zusammengefaßt, das war die Aufgabe, welche sämmtliche Mitarbeiter sich gestellt. Wie weit wir dieselbe erreicht, wird uns der Beifall oder Mißfall lehren, der unserem Buche zu Theil werden wird. Keineswegs verkennen wir die schwierige Aufgabe, aus den wenigen

dürftigen Aufzeichnungen, welche bereits einige Männer vor uns machten; aus der Masse von Zeitungsnachrichten, von denen fast regelmäßig die eine der anderen widerspricht, eine folgende die frühere wieder aufhebt; sowie endlich aus den doch so häufig nur einseitig und mehr oder minder parteiisch abgefaßten Correspondenzen von Augenzeugen ein treues und charaktervolles Gemälde der Tage zu zeichnen, die so eben erst vor unserem Blicke vorübergezogen: wir haben uns vielmehr bestrebt, nur die hauptsächlichsten Momente in allgemeinen Umrissen zu einem lebensvollen Tableau zusammenzustellen. Möchte der Leser von diesem Gesichtspunkte aus unsere Arbeit betrachten!

Sollte unser Werk, wie wir hoffen, den gewünschten Beifall finden, so werden wir darin eine Aufforderung sehen, recht bald einen zweiten Band, welcher den ersten wo möglich vervollständigen, sowie die neuen Begebenheiten, die fortwährend unsere Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch nehmen — unter anderen die so sehr den Beobachter fesselnden Bewegungen in Ungarn, Croatien und Slavonien, den Aufstand des roumänischen Volkes u. s. w. — enthalten soll, nachfolgen zu lassen.

Hannover, Ende November 1848.

Der Herausgeber.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
Die französische Revolution und ihre Entwickelung	9
Die Wiener Revolutionen	47
Die Berliner Revolution	93
Die Revolutionen in den übrigen deutschen Staaten	119
Die Erhebung Schleswig-Holsteins	178
Das Frankfurter Parlament	194
Böhmen und der Prager Aufstand	216
Der Krieg in der Lombardei	233

Einleitung.

Wenn wir dem Leser in den folgenden Blättern eine gedrängte und kurze Übersicht der deutschen Bewegungen des Jahres 1848 darreichen, so halten wir es dabei für unsere Pflicht, ein Wort darüber zu sagen, warum wir die Pariser Februar-Revolution an die Spitze unseres Buches stellten. Das geschah nicht aus dem Grunde, um mit den Franzosen zu liebäugeln, wir thaten es nur deshalb, um dem großen Pariser Ereignisse das zu zollen, was ihm gebührt. Die Pariser Februar-Revolution, deren feurige Blitzstrahlen, deren rollende Donner zündend und krachend durch Deutschland hinfuhren, rüttelten das deutsche Volk mächtig empor. Es erhob sich gewaltig, und in wenigen Tagen hatte es gesiegt. Deutschland äffte Paris nicht nach — wie Aristokraten und Büreaukraten zu sagen belieben —, wären die deutschen Zustände nicht der Art gewesen, wie sie wirklich waren, so würde die französische Februar-Revolution unsere Bewegungen nicht hervorgerufen haben. Aber man hatte in Deutschland das alte Metternich'sche System in voller Blüthe gelassen, man hatte nichts gethan, um dem geduldigen, harrenden Volke

die gerechtesten und billigsten Wünsche zu erfüllen. So standen denn allenthalben die bis an den äußersten Rand mit Pulver versehenen Fässer, und als die Pariser Blitze in sie hineinfuhren, krachten sie donnernd empor, und die deutschen Märztage waren gekommen.

Das französische Volk, welches neben manchen Schwächen auch die trefflichsten Eigenschaften besitzt, hat für die Freiheit unendlich viel gethan. Auf der dramatischen Bühne der Geschichte hat es immer zuerst gehandelt. Es ist das vorkämpfende Volk unter den Völkern. Wer wollte das verkennen? Schauen wir einen Augenblick in die Vergangenheit zurück. Seht Ihr sie nicht, die Bastillen=Erstürmer vom 14. Juli 1789? Wie sie vorüberziehen mit dem begeisterten Antlitze, mit den funkelnden Augen, mit den bewaffneten, tapferen Händen. Die Bastille stürzt, und ein grenzenloser Jubel erhebt sich unter den Völkern Europa's. Seht Ihr sie nicht, die edlen, hochherzigen Männer der Gironde? Der Berg besiegt sie, die Girondisten besteigen das Schafott, und der Genius der Freiheit verhüllt weinend sein Antlitz. — Und nun diese Republikaner, die überall trotzig den blauen, abgenutzten Schlachtenrock zeigten, und nun jener entartete Sohn der Revolution, der große Kaiser mit dem kleinen Hute, mit dem Siegesmantel von Marengo. Seine Heereszüge kennen wir. — Nach Jahren der Schmach und der Knechtschaft erhob sich endlich das deutsche Volk, und die Blätter der Geschichte erzählen von seinen Heldenthaten. Die Ebenen von Leipzig, die Felder von Waterloo kennen die deutsche Begeisterung, die deutsche Tapferkeit. Die großen, deutschen Freiheitskriege leuchten noch immer gleich strahlenden Gestirnen aus der Vergangenheit hervor. Aber sie brachten dem

deutschen Volke nicht, was sie ihm hätten bringen müssen. Eine traurige Restauration war ihre Folge. Man hatte so viel versprochen, und man hielt so wenig. Wer kennt sie nicht, diese schmähliche Zeit, die sich hauptsächlich mit Demagogen-Riecherei, mit Unterdrückung der Presse, mit Absetzung und Einkerkerung der edelsten deutschen Männer 2c. beschäftigte? Wer kennt sie nicht, die Thätigkeit des deutschen Bundestages?

Die französische Revolution von 1789 hatte aber ihren Saamen durch die ganze Welt hingestreut. Er ist nicht verloren gegangen. In Deutschland trat in jenen Jahren ein großer Umschwung in der Literatur ein. Große Denker, große Dichter erstanden im deutschen Volke. Sie waren selbstständiger Natur, aber jene gewaltige Zeit ging doch nicht spurlos an ihnen vorüber. Die deutsche Literatur bildete sich immer mehr und mehr heraus, sie ging ins Volk über und wirkte ungemein viel durch ihre herrlichen Erzeugnisse.

Lange dauerten die Tage dieser traurigen Restauration. Aber plötzlich erhebt sich in den Juli-Tagen von 1830 das französische Volk, stürzt den Thron Karls X. zu Boden, und erwählt sich den »Bürgerkönig« Louis Philipp. Überall in Europa entstehen nach diesem Ereignisse Bewegungen, eine freiere Zeit scheint auch für Deutschland gekommen zu sein, aber als im September 1831 das heldenmüthige Warschau gefallen ist, hat die Reaction auch ihren vollständigen Sieg errungen. Wir Alle kennen diese Jahre der Reaction, der Knechtschaft.

Wie der »Bürgerkönig« Louis Philipp in Paris, in Frankreich herrschte, ist bekannt. Die Korruption wurde unter ihm entsetzlich, und dergestalt betrieben, daß sie nicht beschrieben

werden kann. Der so genannte »Bürgerkönig« verfolgte nur dynastische Interessen, was kümmerten ihn die Freiheit, das Heil des Volkes? Da erhob sich in den Februartagen 1848 die Pariser Bevölkerung, und das Regiment des Bürgerkönigs war zu Ende. Die Republik wurde proclamirt, und der edle hochherzige Lamartine, dieser reine Mensch, dieser große Dichter, verkündete der staunenden Welt das Evangelium der Liebe, der Freiheit, der Verbrüderung!

Und Deutschland? Es erhob sich wie ein Mann, die großen, ewig denkwürdigen Märztage verkündeten sein Erwachen, sein Leben, seinen Frühling. Im Süden wie im Osten, im Norden wie im Westen erhoben sich die Stämme unseres großen Volkes, überall wurde die schwarz-roth-goldene Fahne entfaltet, allenthalben erschien der Morgen der Freiheit! Wir haben die himmlische Luft der Märztage geathmet, danken wir Gott, daß wir sie geathmet haben! Es war eine kräftige, es war eine starke Erhebung, es war eine Revolution, die in Deutschland im Märzmonde gesehen wurde. Das Metternich'sche System war vernichtet, der deutsche Bundestag lag wimmernd am Boden. Große, schöne, herrliche Zeit! Kann und wird das deutsche Volk dich jemals vergessen? Das ist nicht möglich.

Wir haben die Pariser Februar-Revolution an die Spitze unseres Buches gestellt, aber wir haben gezeigt, weshalb wir es gethan haben. Es war nothwendig, daß sie unsere Mittheilungen eröffnen mußte, da sie der Impuls zu den deutschen Märztagen war.

Die deutschen Märztage! Sie haben Deutschland eine andere, eine junge Gestalt gegeben, sie haben für Deutschland eine neue Zeit geschaffen. Ihre Errungenschaften sind groß

und herrlich. Wir haben viel erhalten, und was uns noch fehlt, das müssen wir durch kräftiges und entschiedenes Fortstreben zu erringen suchen.

Was wir errungen haben ist bekannt. Wir haben eine constituirende National=Versammlung in Frankfurt am Main erhalten, und sie ist unstreitig die größte Errungenschaft unserer Märztage. Sie tagt seit dem 18. Mai in der Stadt, in welcher früher die deutschen Kaiser gekrönt wurden, möge sie denn das große Werk der deutschen Einheit und Freiheit, welches sie unter dem Jubel des ganzen deutschen Volkes begonnen hat, auch glücklich vollenden. Möge derselbe Jubel des Volkes, der die Vertreter der Nation nach Frankfurt begleitete, sie wieder empfangen, wenn sie in ihre Heimath zurückkehren. Das ist unser aufrichtiger Wunsch. — Es ist nun wohl nicht nöthig, daß wir die andern Errungenschaften, welche das deutsche Volk seit den Märztagen besitzt, alle namhaft machen. Jedermann weiß es, daß der Presse die Fesseln, welche sie so lange knechteten, abgenommen worden sind, bekannt ist es auch dem Geringsten im Volke, daß wir das Vereinigungsrecht besitzen rc. rc.

Deutsches Volk! schön und herrlich sind deine Märztage gewesen, in denen du e n d l i c h erhieltest, was du schon längst hättest erhalten müssen. Diese Errungenschaften mußt du schirmen und beschützen mit aller Kraft, mit der größten Entschiedenheit, mit unausgesetzter Wachsamkeit. Wir segelten lange Zeit auf einem wogenden, wildbewegten Meere. Wir waren das Heer der Argonauten, das da suchte nach einem goldenen Vließe und es endlich eroberten in den Märztagen des Jahres 1848. Dieses goldene Vließ wollen wir umschaaren wie echte, starke, deutsche Männer. Über ihm soll wehen

die schwarz=roth=goldene Fahne, und unter dieser wollen wir stehen mit blitzenden Augen, mit hochschlagendem Herzen, mit starken Händen. Wollte man unsere Errungenschaften antasten, so werden wir wissen, was wir zu thun haben.

Deutsches Volk! die Zeit ist gekommen, in der du wieder ein großes, herrliches Ganzes werden mußt und wirst. Das Lied von Arndt ist zur Wahrheit geworden, du hast des Sängers Worte zur That gemacht. Was in deinem Herzen lebte, das ist eine wirkliche, lebensvolle Erscheinung geworden. Der Kaiser Barbarossa, der Jahrhunderte lang im Berge Kyfhäuser in den Banden der Verzauberung saß, hat die Stunde seiner Erlösung erlebt, und er hat gesegnet das große, deutsche Volk, daß es ihn endlich erlöset hat.

Eine neue Zeit ist über Deutschland hereingebrochen! Mag sie werden eine Aera der Freiheit, der Liebe, des Segens, des Friedens, der Verbrüderung! Mögen die Krater der Revolutionen geschlossen werden. Das wird geschehen, wenn alle Zeitgenossen ohne Unterschied des Ranges und Standes sich offen und ehrlich unserer gegenwärtigen Epoche hingeben und anschließen, das wird geschehen, wenn man keine Reactionsgelüste hegt, und dem Volke die Errungenschaften ganz und ungeschmälert läßt, die es in den Märztagen erhalten hat. —

Leider kann man sich aber nicht verhehlen, daß schon jetzt die Reaction zu einem neuen Kampfe sich rüstet. Sie ist es, welche »nichts gelernt und nichts vergessen« hat. Sie scheint zu dem schauerlichen Spiele »va banque« schreiten zu wollen. Verhehlen wir uns aber auch nicht, daß es eine Partei in Deutschland giebt, welche die »rothe Fahne« zu ihrem Banner gemacht hat. Sie ist nicht minder verwerflich

als die Partei der Reaction, sie ist um so verwerflicher, als sie dieser in die Hände arbeitet.

Keine Reaction, keine Anarchie! — Wir wollen einen starken, friedlichen Fortschritt, wir wollen die Errungenschaften des Märzmondes behaupten, und was uns noch fehlt, das wollen wir auf dem Wege des Gesetzes erstreben und uns zu eigen machen. Die Entwicklung, welche die Gottheit dem Menschengeschlechte bestimmt hat, wird eintreten, aber eben nur die Gottheit weiß, in welcher Stunde sie ihre volle Blüthe entfalten soll.

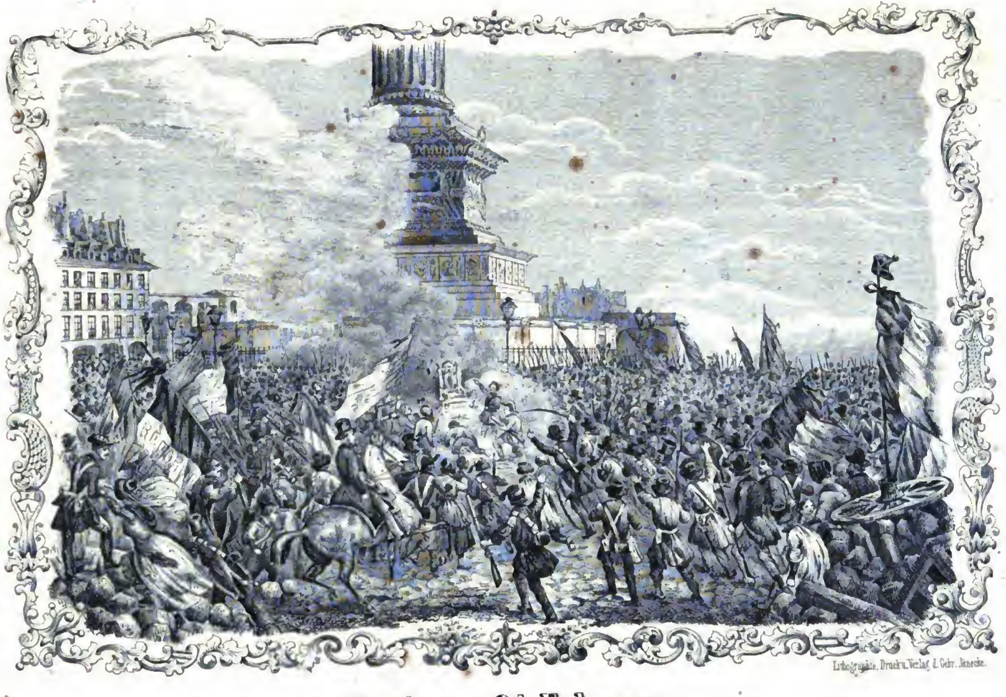
Es läßt sich nicht verkennen, daß im gegenwärtigen Augenblicke der politische Horizont Deutschlands voll schwarzer, drohender Wolken hängt. Der 18. September zu Frankfurt hat sie noch mehr verdichtet, noch unheimlicher gemacht als sie schon waren. Aber verzagen wir nicht, hoffen wir, daß die Sonne der Einheit, der Freiheit aus ihnen in voller Glorie hervortreten wird.

Die folgenden Blätter enthalten die deutschen Märzbewegungen in ihren Hauptmomenten. Es war nicht möglich, ein erschöpfendes Bild von ihnen zu liefern, da das weder der Raum unseres Buches, noch die gegenwärtige fieberische Zeit, in der wir schreiben, gestattete. Der Leser wird indessen die großen Tage, welche er ja selbst erlebte, durch unsere Mittheilungen von Neuem auf das Lebendigste vor seinen Augen erscheinen sehen, und das bezweckten wir durch unser Buch.

Keine Anarchie, keine Reaction! Was würde geschehen, wenn diese siegte? Nach ihr würde ein entsetzliches, blutiges Trauerspiel folgen, wie es Deutschland noch nicht gesehen hat!

Deutsches Volk! vergiß nicht die Tage des Märzes! Möge kommen dein Mai, möge der Baum der Freiheit und der Einheit seine grünen blühenden Zweige über dir ausbreiten wie einen himmlischen Baldachin. Mögest du werden das leuchtende Vorbild der ganzen Menschheit! Du bist reich an Tugenden, werde frei, werde glücklich!

G. N.



Lithographie, Druck u. Verlag d. Gebr. Jänecke.

Paris, am 24. Februar.

Verbrennung des Thrones am Fusse der Juli-Säule.

Die französische Revolution und ihre Entwicklung im Jahre 1848.

> „Wenn jeder Machthaber, sobald er zum Besitze der Macht gelangt, gleich seine Leidenschaft zur Regel erhebt, grausame Strafen für jeden Widerspruch voraus bestimmt und diese Regel, diese Anwendung sich herabrollt durch Jahrhunderte — nennen sie das *Gesetzlichkeit*. Das Volk hat seine Leidenschaft nie zum Gesetz erhoben, die Gegenwart erbte nie die Missethaten der Vergangenheit, um dieselben vermehrt der Zukunft zu überlassen. Wenn dumme, feige oder bestochene Richter *aus altem Herkommen und verblichenen Gesetzen* nachweisen können, daß sie in gleichen Fällen immer gleich ungerecht gewesen — nennen sie das *Gerechtigkeit*. Wenn der schuldlos Verurtheilte durch die Reihen schön geputzter Soldaten, durch die Mitte des angstzitternden Volkes, das nicht zu weinen, nicht zu athmen wagt, ohne Laut und Störung zum Blutgerüste geführt wird — nennen sie das *Ordnung*, und schnellen Tod in lange Qual des Kerkers verwandeln — das nennen sie *Milde*."
>
> **Börne.**

Frankreich ist der Vortrab der Weltgeschichte.

Während die andern Völker mühsam die Formen nachliniiren, welche die einen nur politischen Charakter an sich tragenden Revolutionen von 1789 und 1792 ihnen vorgezeichnet haben, versetzt Frankreich sich mit einem kräftigen Schwunge auf denjenigen Standpunkt, welcher eine Umschaffung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Gegenstande der Staatsthätigkeit sich macht. Während es sich früher nur darum handelte, dem Einzelnen eine Menge Rechte, z. B. Preßfreiheit, Geschwornengerichte ꝛc. zu sichern, während man darüber stritt, ob der erste Beamte des Staats ein erblicher und unverantwortlicher (König) oder ein wählbarer, verantwortlicher (Präsident) sein solle, wurde mit der letzten französischen Revolution die Frage hingestellt, wie ist es zu bewirken, daß jene Rechte, z. B. ein Gewerbe zu treiben an jedem beliebigen Orte, auch

von Jedem wirklich ausgeübt werden können, d. h. wie kann man den armen Arbeiter zur Selbstständigkeit und zur Abschüttelung des Jochs, was ihm der Fabrikant, der den Hauptprofit der Unternehmung in die Tasche steckt, auferlegt, verhelfen; wie kann dem Arbeiter, der mit dem bloßen Recht auf Arbeit, der bloßen Freiheit, allenthalben zu arbeiten, nur erst die Freiheit zu verhungern erhalten hat, auch stets lohnende Arbeit gegeben werden? Die Frage allgemein gefaßt, war also die, wie kann jedem Menschen ein menschliches Dasein verschafft und gesichert werden, welche Maßregeln sind zu treffen, damit jedem Arbeiter der wirkliche Werth dessen, was er hervorbringt, auch wirklich in die Hände kommt? Diese Verpflichtung, jedem Menschen Arbeit zu geben, wird die Garantie der Arbeit genannt.

Eine Verbesserung ihrer Lage, eine Verkürzung der Arbeitszeit, um auch den geistigen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können, das war es, was die arbeitenden Classen von Paris mit der Februar-Revolution bezweckten, was sie mit der Juli-Revolution 1830 bezweckt hatten, was ihnen aber, weil sie zu viel Vertrauen zu der sogenannten Bourgeoisie hatten, nicht zu Gute gekommen war. Unter dieser Bourgeoisie haben wir uns nämlich alle die zu denken, welche nicht solche Werthe produciren, die sie gegen andere Gegenstände eintauschen könnten, wie dies beim Arbeiter der Fall ist, der gegen sein fabricirtes Stück Tuch Geld, freilich nicht so viel als der Arbeitswerth des Tuches ist, eintauscht, sondern welche nichts thun, als von ihren Zinsen zu leben, oder als Kaufleute und Krämer davon leben, daß sie die Waare, ohne sie irgendwie zu verbessern, theurer verkaufen, als sie dieselbe eingekauft haben. Jene Zinsenleute sind nun der mannichfaltigsten Art, Einige beziehen Zinsen von erspartem Capital, Andere leben von dem Ertrage der Verpachtung ihrer Grundstücke. Es ist klar, daß alle diese Leute ein bedeutendes In-

teresse an der Erhaltung solcher Zustände haben, welche ihnen ihr Leben sichern, ohne daß sie zu arbeiten brauchen. Diesen Leuten schließen sich eine Menge Eigenthümer an, die glauben, Etwas zu verlieren zu haben. Alle diese, nebst fast allen Beamten, bilden die Bourgeoisie, und stehen der großen Classe der Arbeiter, von denen sie Verkürzung ihrer Zinsen, ihrer Pachten, ihrer Nettogewinne bei Fabriken und sonstigen Unternehmungen fürchten, feindlich gegenüber.

Die Arbeiter, ohne welche keine Fabrik geht, kein Haus gebaut wird, wollen, daß der Werth der Producte oder der Preis des Hauses Allen in gleicher Weise zu Gute kommt; der Unternehmer, der Baumeister will die Arbeiter nicht zu ihm gleichstehenden Genossen gemacht sehen; statt damit zufrieden zu sein, der erste Arbeiter unter den übrigen Arbeitern zu sein, will er allein den Hauptprofit der Unternehmung haben, weil er das Capital hergeschossen habe. Diese große Frage, in welchem Verhältnisse das zu einer Unternehmung nöthige Capital und die eben so nöthige Arbeitskraft an dem Gewinne, der aus einer Unternehmung hervorgeht, theilnehmen sollen, ist die Frage, welche von jetzt an alle denkenden Köpfe beschäftigen muß; der Streit hierüber, der Kampf zwischen den Arbeitern und den Capitalisten ist es, der allen noch kommenden Umwälzungen zum Grunde liegen wird.

Dieser Kampf ist in Frankreich seit Jahrzehnden geführt und jede Gelegenheit wird von den arbeitenden Classen und ihren Führern benutzt, um eine bessere Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse anzubahnen. So ist auch die Februar-Revolution nicht unmittelbar von den arbeitenden Classen und von der republikanischen Partei, die mit jenen zusammenhält, vorbereitet worden, sondern man hat einen Streit eines nicht am Ruder sitzenden Theils der Bourgeoisie gegen den herrschenden Theil der Bourgeoisie benutzt als Veranlassung, um beide Theile mit der Proclamation einer

socialen (auf Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zielenden) Republik zu überrumpeln.

Daraus, daß die republikanische Partei nicht von Anfang an den Streit mit geleitet und einen so raschen Erfolg ihrer Bestrebungen gar nicht erwartet hat, ist es eben zu erklären, daß die Gemüther für eine Republik noch nicht gehörig vorbereitet und diese Staatsform nicht von allen Seiten diejenige Unterstützung fand, die nothwendig war, um sie ihren Zweck, Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen, erreichen zu lassen. Gehen wir jetzt zu der Entwickelungsgeschichte der Revolution über, die in ihren Anfängen von einer nichtrepublikanischen Partei ausging und durch die Gleichgültigkeit derselben gegen das Königthum zu ihrem Siege gelangte. Die sogenannten Reformbanquette sind die Veranlassung zur Februar-Revolution. Die Partei nämlich in der Deputirtenkammer, welche gern ans Ruder kommen und ihre Ministercandidaten auf die Ministerbank bringen wollte, und deshalb gegen das Ministerium Guizot Opposition machte, fand es für zweckmäßig, statt der vielen unnützen Opposition auch einmal eine nützliche zu machen und die Nothwendigkeit einer Wahlreform nachzuweisen. Bekanntlich wählten in Frankreich nur etwa 2—300,000 Wähler, die gewissermaßen den Staat als ihre Domaine betrachteten, alle einträglichen Stellen bekamen, wenn sie im Sinne der Regierung wählten und in Eisenbahnactien und Staatspapieren auf Kosten der unwissenden Menge gute Geschäfte machten. Ein förmliches System der Bestechung hatte sich über Frankreich verbreitet, selbst Minister betrogen, weil sie sich vor einer feilen Kammermajorität nicht fürchteten und Alles dies war möglich, weil so wenige Leute wahlberechtigt waren. Die Klage hierüber war allgemein, und die Opposition, an deren Spitze Odilon Barrot, Thiers, Duvergier standen, nahm Gelegenheit, sich beim Volke, das seit Jahren schon die Kammer-

verhandlungen als ein müssiges Wortgezänk anzusehen gewohnt war, wieder in bessern Credit zu setzen dadurch, daß sie eine Herabsetzung des Wahlcensus (der Steuersumme, die Jemand zahlen muß, um wahlberechtigt zu sein, welche bisher 300 Francs directe Steuern betrug) forderte. Indeß waren ihre Anträge weit davon entfernt, ein allgemeines Wahlrecht jedes Volljährigen, wie es die Revolution bewirkt hat, herbeiführen zu wollen. Eine Menge Reformbanquette wurden gehalten, um der Regierung gegenüber eine Demonstration zu Gunsten der Wahlreform zu machen, und Aufregung, um die Regierung zum Nachgeben zu bewegen, im Lande zu verbreiten. Schließlich beschlossen die Deputirten der Opposition, in Paris selbst, in jeder der 12 Sectionen der Stadt, ein solches Reformbanquett zu halten.

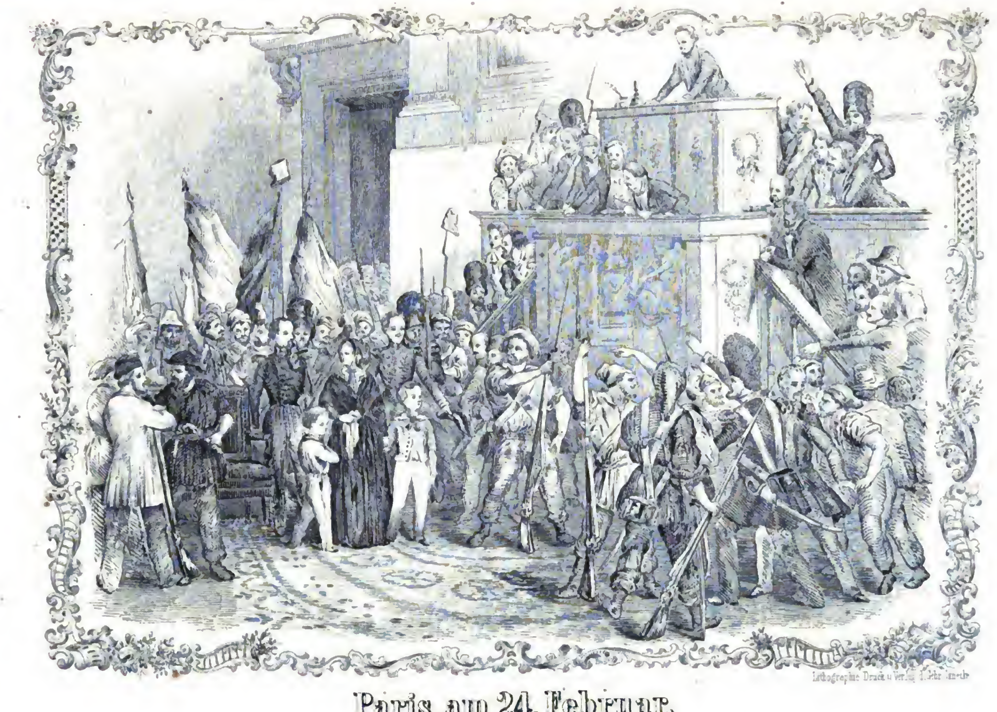
Am Dienstag 22. Februar sollte das Banquett des 12. Arrondissements vor sich gehen. In großem Zuge, woran theilzunehmen die Nationalgarde aufgefordert wurde, wollte man zu den bezeichneten Orten ziehen. Plötzlich erklärt der Minister, daß der Regierung das Recht zustehe, auf Grund eines Polizeigesetzes von 1791 solche Versammlungen zu verbieten. Es mußte dies eine bedeutende Aufregung, namentlich unter der Nationalgarde, die, wenn auch größtentheils Bourgeoisie, doch für Wahlreform war, hervorbringen, da man bisher in den Provinzen gegen die Reformbanquette nicht eingeschritten und auch sonst das Recht der freien Versammlung nicht in Frage gestellt hatte. Die Aufregung vermehrte sich, als der Polizeipräfect das Banquett und den Zug dahin für ungesetzlich erklärte, als bedeutende Truppenmassen sich der Hauptstadt näherten, das Militair in Paris in den Casernen gehalten und Munition ausgetheilt wurde. Die Kammer-Opposition, welche eben so wenig wie die Regierung einen bewaffneten Aufstand wollte, weil sie wohl fühlte, daß das Volk sie eben so gut wie die Regierung über den Haufen

werfen würde, da beide des Volkes Interesse nicht im Auge gehabt hatten, trat nach jenem Erlaß des Polizeipräfecten von dem Banquett zurück, um, wie sie sagte, blutige Collisionen zu vermeiden. Aber durch diese Erklärung wurde die Aufregung gegen die Regierung nicht beseitigt und die mißtrauischen Vorsichtsmaßregeln der Regierung reizten selbst die Gemäßigten oder machten sie wenigstens gleichgültig gegen das Königthum.

Unter diesen Verhältnissen brach der Morgen des 22. Februars, des Tages, an dem das Banquett stattfinden sollte, heran, und begann, so zu sagen, das Tirailleurfeuer der Revolution. Die Straßen zeigten sich außerordentlich belebt, große Menschenmassen, worunter Tausende von Polytechnikern, bewegten sich nach dem für das Banquett des 12. Arrondissements bestimmten Orte. Statt der Deputirten findet man Truppen vor, namentlich greifen die Municipalgardisten (einem bewaffneten Polizeicorps von einigen Tausend Mann zu Fuß und zu Pferde angehörig) auf eine beleidigende und grobe Weise selbst die unschuldigsten Individuen an. Von Seiten des Volks indessen bleibt es bei bloßen Neckereien, ernste Conflicte kommen nicht vor, obgleich auch an andern Plätzen die Municipalgardisten einzelne Personen auf brutale Weise behandeln. Haufen durchziehen die Straßen unter dem Singen der Marseillaise und mit dem Geschrei: „es lebe die Reform! nieder mit Guizot! nach der Deputirtenkammer!“ Man wirft einige Fenster in Guizot's Hotel ein und geräth bei der Deputirtenkammer, deren Gitter man zerbricht, in Kampf mit der Reiterei.

Das Volk, unbewaffnet und ohne Munition, zerstreut sich nach diesen Angriffen.

23. Februar. Dasselbe Spiel wie am vorigen Tage. Auf Munitionswagen der Artillerie fahren Arbeiter aus den Vorstädten nach der Rue Transnonain, springen hier herunter



Lithographie Druck u Verlag d. Gebr. Ganeth

Paris, am 24. Februar.

Eintritt der Herzogin von Orleans in die Deputirtenkammer.

und werfen Barricaden auf. Der Kampf beginnt. Die Nationalgarde, unzufrieden über das Mißtrauen, das die Regierung ihr durch Nichtberufung am vorigen Tage gezeigt, und für die Reform, wirft sich mehrmals zwischen die Bajonette der Municipalgarde und die Degen der Cuirassiere zum Schutz des Volks. In den Reihen der Nationalgarde verbreitet sich immer mehr der Ruf nach Reform und „nieder mit Guizot.“ Eine Deputation von 500 Gardisten überreicht Crémieux eine Petition gegen das Ministerium und für die Reform. Der Deputirte Crémieux erklärt in der Kammer: die Nationalgarde hat ihre Stimme abgegeben, das Ministerium ist gefallen. Guizot erklärt mit bewegter Stimme seinen Austritt und verkündet, daß Graf Molé vom Könige mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei.

Diese Nachricht verbreitet die größte Freude in den Straßen, der Kampf hört auf, Haufen durchziehen jubelnd, aus allen Ständen gemischt, die auf Verlangen des Volks sofort illuminirten Straßen. Nur die Arbeiterquartiere, an deren Barricaden in den Straßen Transnonain, Temple und St. Martin zuerst der Angriff der Municipalgarde gescheitert war, bereiten sich zum neuen Kampfe, den sie am folgenden Morgen erwarten. Ihnen war es nicht um Wahlreform, nicht mit einem Cabinet Molé gedient, sie wollten mehr, und mit düsterer Entschlossenheit verbrachten sie die Nacht hinter den Barricaden. Ein verhängnißvolles Ereigniß war es, das die Erbitterung auch der übrigen Theile von Paris von Neuem erregte. Ein Haufe, der die Erleuchtung des Hotel Guizot forderte, wurde plötzlich von einem Pelotonfeuer der dort aufgestellten Soldaten begrüßt, das einige 50 Menschen zu Boden streckte. Der Schrei: „Man verräth das Volk, zu den Waffen!“ durcheilt die Stadt, allenthalben erheben sich mit ungemeiner Schnelle die Barricaden und

Tausende von Bürgern eilen zu ihrer Vertheidigung herbei. Die auf flachen Karren mit offenen Wunden liegenden Todten, unter Fackelbeleuchtung in allen Straßen herumgeführt, bringen einen ungeheuern Eindruck hervor.

Die Häupter der Republikaner und der Arbeiter, die Redacteure des National und der Réforme, Marrast, Ledru Rollin, Flocon, sind es, die, diese Aufregung benutzend, die Leitung der Bewegung übernehmen. Von den Büreaux jener Zeitungen gehen die Befehle aus, die den morgenden Kampf organisiren sollen. In dieser Nacht vom 23. bis 24. Februar faßte man hier schon den Plan, die Bewegung über den Charakter einer Wahlreformerstrebung hinauszutreiben, die Republik wurde als Ziel der Bewegung von den radicalen Häuptern klar gefaßt und die Liste der am folgenden Tage wirklich proclamirten provisorischen Regierung ist in dieser Nacht schon in jenen Büreaux verfaßt.

In den Anschlägen an den Straßen erklären sie die Anwendung des Heeres zur Unterdrückung bürgerlicher Unruhen für ein Attentat auf die Würde eines freien Volks und auf die Moralität des Heeres selbst, nur der Nationalgarde stehe es zu, einen Aufstand (unberechtigte Volkserhebung) von einer Revolution (berechtigte Erhebung) zu unterscheiden.

24. Februar. Der Kampf hatte des Nachts in dem Arbeiterstadtviertel St. Antoine nicht aufgehört, in den übrigen Straßen begann er des Morgens um 8 Uhr mit Heftigkeit.

Der König giebt bei solchen Umständen noch mehr nach. Ein Ministerium Odilon Barrot wird verkündet. Aber die Popularität dieses Namens war nicht stark genug, um die Arbeiter zur Einstellung des Kampfes zu bewegen. Das berühmte „zu spät" ertönte und ließ Odilon Barrot, der auf den Straßen sein Ansehen geltend machen wollte, nicht ausreden.



Lithographie Druck u. Verlag d. Gebr. Jänecke.

Paris, am 24. Februar.

Das Volk stürmt in Vereinigung mit der National-Garde die Tuilerien.

Der gute Eindruck, den die Ernennung Odilon Barrot's hier und da machte, wurde durch die gleichzeitige Ernennung Bugeaud's zum Oberbefehlshaber von Paris wieder verwischt.

Die Demoralisation unter den Truppen, die zwei Tage im Regen gestanden haben und durch den Andrang der ungeheuern Volksmasse entmuthigt werden, greift immer mehr um sich. Man schlägt sich nicht mehr, ein Regiment übergiebt seine Waffen den Arbeitern.

Der König, von dem Deputirten Girardin von dem drohenden Charakter der Bewegung unterrichtet, die sich geradezu gegen das ganze Regierungssystem richtet, dessen Seele Louis Philipp seit 17 Jahren gewesen war, gestattet die Proclamation seiner Abdankung, der Auflösung der Kammer und der Regentschaft der Herzogin von Orleans.

Aber die Arbeiter waren entschlossen, sich die Früchte ihres Sieges nicht entreißen zu lassen. Ihr Bulletin lautete:

»Keine Bourbons mehr. Es lebe die Republik!«

Mitglieder der provisorischen Regierung.

(Folgen die Namen.)

Zugleich wurden Anschläge gemacht, in denen die Grundsätze der späteren provisorischen Regierung ausgesprochen sind, worunter allgemeines Wahlrecht und „dem Volke wird die Arbeit verbürgt« die inhaltsvollsten sind. Währenddem dringt das Volk immer weiter vor, Linientruppen unterstützen es in seinem Angriffe auf ein Wachthaus der Municipalgarde, die sich nicht ergeben wollte, sondern feuerte. Die Masse, welche nur das Schießen hörte, welches an den übrigen Stellen auf Befehl des Königs angestellt war, schreit von Neuem „Verrath“. Der Ruf: »Nach den Tuilerien!« dringt electrisch durch die Massen. Die entgegenstehenden Truppen öffnen ihre Reihen. Nationalgarden eröffnen den Zug, hinter ihnen die zehnmal stärkeren Arbeiter.

Nach kurzem und unblutigem Kampfe ziehen sich die Truppen nach den elisäischen Feldern zurück, das Volk dringt durch Hof und Garten in das königliche Palais, das sein Besitzer Louis Philipp so eilig verlassen hatte, daß er nicht einmal die Abdankungsurkunde unterzeichnet hatte. Auf dem Eintrachtsplatze, nahe bei der Stelle, wo Louis XVI. und sein Vater geblutet hatten, unterzeichnet er die Urkunde, aber es war zu spät. Das Volk, welches das Heft in der Hand hatte, wollte keine königliche Regentschaft für den Enkel des Königs, den Grafen von Paris.

Nachdem so in den Straßen von Paris der Sieg der Arbeiter entschieden, wurde noch während des Kampfes das Todesurtheil der Monarchie in der Kammer eingeleitet. Blicken wir auf diesen interessanten Proceß und auf die Redner, welche diesen Proceß verhandelten. Gegen 1 Uhr Mittags hatten sich die Mitglieder der Kammer versammelt. Der Präsident Sauzet ließ sie zu einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung zusammenberufen, obgleich eigentlich in den Abtheilungen die Anklage gegen die abgetretenen Minister berathen werden sollte. Die Nachricht von der Abdankung des Königs verbreitet Bestürzung in der Majorität der Kammer. Um $1^1/_2$ Uhr tritt die Herzogin von Orleans mit dem Herzog von Nemours und ihren beiden Kindern in den Saal und nehmen am Fuße der Tribüne Platz unter dem Rufe: »Hoch der König! Hoch die Regentin!«

Aber mit ihr sind zugleich Leute in den Saal gedrungen, die von der Kammer so wenig, als von der Regentin etwas wissen wollen, und die sich trotz der wachhabenden Nationalgarde den Weg gebahnt hatten. Herr Dupin spricht für die Regentschaft der Herzogin, Marie dagegen, weil sie ungesetzlich sei; er spricht zuerst es aus, daß zunächst vor Allem eine provisorische Regierung gewählt werden müsse. Odilon Barrot spricht für die Herzogin, La Roche Jacquelin dagegen, und schließt mit den Worten: »Nicht ich sage Euch, daß die Abgeordnetenkammer

nicht mehr existirt, ich sage, daß die Nation zusammenberufen werden muß« — bei diesen Worten wird er durch eine Menge bewaffneter Blousenleute unterbrochen, die wild in den Saal dringen. Sie kommen so eben aus den Tuilerien, in denen sie den Thron verbrannt und eine rothe Jacobinermütze aus dem Tuch des Throns der Statue des Spartacus, des Sclavenanführers im Alterthum, aufgesetzt hatten. Trunken von Wein und vom Siege in den Tuilerien und im Palais Royal, dem Eigenthum des Königs, rufen sie bei ihrem Eindringen die Worte: »Absetzung des Königs!« Die Herzogin von Orleans zieht sich der Sicherheit wegen mit ihren Kindern nach den Bänken des linken Centrums zurück. Der Präsident fordert vergebens die Bewaffneten auf, sich zu entfernen. Chevalier, ein Volksredner, will, daß die Herzogin sich dem Volke zeige, damit dasselbe sich äußere, ob es den Grafen von Paris auf den Thron setzen wolle.

Bei dem Lärmen der Gallerien und dem Zudrängen neuer Bewaffneter verläßt die Herzogin den Saal und rettet sich kaum mit einem ihrer Söhne in den Wagen. Durch das allgemeine Getöse bricht sich endlich Ledru Rollins gewaltige Baßstimme Bahn. Er spricht unter dem donnernden Beifall der Gallerien für sofortige Einsetzung einer provisorischen Regierung und für Berufung eines Nationalconvents, der die Rechte des Volks zu ordnen hat. Lamartine folgt ihm auf der Rednerbühne.

Seine Rede wird durch Kolbenschläge an der Thür unterbrochen. Von Neuem füllen bewaffnete Haufen den Saal mit dem Ruf: »Nieder mit der Kammer, wir wollen keine Deputirten mehr!« Der Präsident Sauzet, welcher einen Flintenlauf auf sich gerichtet sieht, erklärt die Sitzung für aufgehoben und ergreift unter allgemeinem Hohngelächter die Flucht, gefolgt von vielen Deputirten der Rechten.

Die Sitzung des souverainen Volkes von Paris beginnt.

Dupont de l'Eure besteigt den Präsidentenstuhl. Durch den ungeheuern Lärm dringt jedoch keine Klingel. Endlich gebietet ein Volksmann Stille „im Namen des Volks“. Die Ruhe stellt sich einen Augenblick wieder her. Dupont verliest, häufig unterbrochen, die Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung, die ihm auf einen Zettel geschrieben von unbekannter Hand überreicht sind. Eine Menge Leute ruft, die provisorische Regierung soll nach dem Stadthause ziehen. Lamartine mit einer großen Schaar verläßt den Saal, um sich dorthin zu begeben. Ledru Rollin läßt über die Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung jetzt durch Ja und Nein abstimmen. Auf diese Weise werden Dupont, Arago, Lamartine, Ledru Rollin, Crémieux, Garnier Pagès und Marie angenommen.

Während des wirren Geschreis, in dem Viele fordern, daß die provisorische Regierung die Republik proclamire, begiebt sich Ledru Rollin gleichfalls nach dem Stadthause. Eine unzählbare Menge Volks folgte ihm, die Namen der provisorischen Regierung wurden nochmals verlesen und folgende Liste angenommen: Dupont de l'Eure, Garnier Pagès, Arago, Marie, Lamartine, Crémieux, Ledru Rollin, Louis Blanc, Albert, Arbeiter, Marrast, Flocon.

Das Volk liest unwillig die Berathung dieser Männer über die Einführung der Republik. Ihre Entscheidung, daß nur die Nation diese Frage entscheiden könne, brachte eine ungeheure Wuth hervor, stundenlang blieben die Flintenläufe auf Ledru Rollin, Lamartine und Crémieux gerichtet, die den Muth hatten, das Volk von seiner Ungerechtigkeit zu überzeugen zu suchen. Die Regierung wolle die Republik, aber nur die Urversammlungen des Volks könnten hierüber entscheiden. Um 5 Uhr Nachmittags wurde in der That dennoch die Republik durch Anschlag proclamirt, aber ohne

officiellen amtlichen Charakter. Erst am 27. Februar erklärt die Regierung das Königthum für abgeschafft und proclamirt die Republik. Die Republik wurde in dem größten Theile Frankreichs ohne großes Widerstreben angenommen, man war gewohnt, sich von Paris beherrschen zu lassen. Die schwierige Aufgabe, die nach der Vollendung der politischen Revolution, der Abschaffung des Königthums, der Regierung gestellt war, war die der gesellschaftlichen Umgestaltung, war die, die Arbeiter zufrieden zu stellen, welche wirklichen Nutzen von ihren revolutionairen Anstrengungen ziehen wollten.

Diese Aufgabe war um so schwieriger, als die Mehrzahl der Industriellen und Reichen, durch das Ungewohnte der neuen Gestaltung bestürzt, nicht das Vertrauen fassen wollte, was nöthig ist, um den Verkehr lebhaft zu erhalten und die Arbeiter zu beschäftigen. Die Geschäfte geriethen ins Stocken, der Banquier protestirte den Wechsel des Industriellen, es entstand ein solches Mißtrauen, daß bald nur noch mit baarem Gelde Geschäfte und Zahlungen abgemacht werden konnten. Es ist klar, daß die Regierung jetzt die ungeheure Aufgabe hatte, den Unbeschäftigten Arbeit zu geben. Sie suchte diese Frage vorläufig zu lösen durch die Einrichtung von Nationalwerkstätten für alle Arbeitslose, und so das Versprechen zu erfüllen, was sie in ihrem Programme gegeben hatte: »Garantie der Arbeit.« Um die vielen müssigen Arbeiter zu beschäftigen und zugleich der Nationalgarde ein mehr republikanisches Corps beizuordnen, wurde ferner die Errichtung einer mobilen Nationalgarde von etwa 24,000 Mann angeordnet. Freiwillige von 16 bis 30 Jahren sollten eintreten. Der tägliche Sold betrug 1 Fr. 50 Cent. (ungefähr 10 Sgr.)

Durch die freie Herausgabe aller Pfänder unter 10 Fr. suchte man das Volk zu gewinnen. Die Sache der Arbeiter, die Fragen über Arbeitszeit, Association zwischen Arbeiter und

Meister wurden in einer eigens dazu niedergesetzten Commission von Arbeitern verhandelt, an deren Spitze zwei Regierungsmitglieder, Louis Blanc und Albert, standen. Auf den Vorschlag dieser Commission beschloß die Regierung die Herabsetzung der Arbeitsstunden in Paris von 11 auf 10 Stunden und in den Provinzen von 12 auf 11. Zugleich wurde das auf Accord Arbeitenunternehmen von Leuten, oder das Geschäft der Arbeitsmakler, die zur Ausführung Arbeiter dingen und auf diese Weise ausbeuteten, verboten. Allein der Credit und die Beschäftigung wollten sich nicht wieder herstellen. Viele Reiche verließen Paris und vermehrten dadurch die Bestürzung. Das Decret der provisorischen Regierung, die Zahlung aus den Sparcassen, welche die vorige Regierung entleert und mit Staatspapieren, die jetzt niedrig standen, gefüllt hatte, einzustellen, ausgenommen Einlagen bis 100 Francs, war auch nicht geeignet, die Zuneigung der Bourgeoisie zu gewinnen. Gleichfalls schadete die Einstellung der Baarzahlungen der Bank von Paris dem öffentlichen Vertrauen, wenn man auch dadurch, daß ihre Papiere an den Staatscassen angenommen wurden, den Credit derselben zu halten suchte. Die Banquiers zeigten sich nicht geneigt, Geld zu leihen, man mußte eine sogenannte Nationalanleihe ausschreiben von 250 Millionen Francs. Allein diese scheint nicht viel eingebracht zu haben, denn man sah sich genöthigt, die Zahlung der fälligen Bons du Trésor gleichfalls aufzuschieben, zu deren Bezahlung jene Anleihe größtentheils verwandt werden sollte, und den Eigenthümern derselben entweder Coupons von jener Nationalanleihe zu geben oder die Verfallszeit auf sechs Monate hinauszuschieben. Den Verpflichtungen gegen die große Geldbourgeoisie war man nicht im Stande nachzukommen, dagegen suchte man durch Auszahlen der 100 Francs-Sparcassenanlagen, der 10 Francs-Pfänderherausgebung und durch Einrichtung von Discontobanken (welche gegen Wechsel baares

Geld gaben) die kleine Industrie und das Proletariat zu gewinnen.

Nichts destoweniger versuchte die Bourgeoisie, die durch die Republik förmlich überrumpelt war, sich wieder Geltung zu verschaffen. Man hatte den Bourgeoisie=Charakter der Nationalgarde, die am 1. Februar nur 54,000 Mann betrug, dadurch zu verwischen gesucht, daß man eine Menge aus den unteren Classen einschrieb und den Bestand auf 190,000 Mann brachte. Um nun keine gesonderte Corps bestehen zu lassen, in denen jener der Regierung verhaßte Bourgeoisie=Geist herrschte und die Bourgeoisie durch Vertheilung unter die übrigen Corps der Nationalgarde zu schwächen und unschädlich zu machen, wurde die Auflösung der besonderen Grenadier= und Voltigeurabtheilungen der alten Nationalgarde angeordnet.

10,000 dieser alten Nationalgardisten begaben sich mit einer Petition nach dem Stadthause, aber sie wurden durch eine Demonstration von 150,000 Arbeitern gezwungen, einen schmählichen Rückzug zu nehmen. Diese Arbeiter, angeführt von den Ultrarepublikanern Blanqui, Barbès und Raspail, wollten dadurch sowohl die Regierung, als die Bourgeoisie einschüchtern. Und die Regierung blieb auch bei ihrem Decrete, ein Decret, was durch die Anordnung von neuen Officierwahlen der Nationalgarde für den Ausgang der Wahlen der Nationalgarde zur Nationalversammlung von der größten Wichtigkeit war, indem dadurch der Einfluß der Bourgeoisie bei den Wahlen vernichtet wurde. Indessen die finanziellen Verhältnisse verbesserten sich nicht. Trotzdem alle Bürger aufgefordert waren, ihre Steuern auf 6 Monate im Voraus zu bezahlen, sah die Regierung sich doch genöthigt, eine Vermehrung der vier directen Steuern um 45 Centimes auf den Franc directe Steuern eintreten zu lassen, was ungefähr eine Steuererhöhung von 80 Millionen Francs betrug. So wie hierdurch die Bourgeoisie an der Republik den Geschmack

verlor, so genügten auf der anderen Seite die Bewilligungen der Regierung an die Arbeiter einer großen Zahl derselben unter Anführung von Blanqui und Barbès nicht.

Diese waren mit dem für Alle gleichen Lohne der Nationalwerkstätten nicht zufrieden, sie wollten die Bank, die öffentlichen Verkehrsmittel und die Bergwerke in ihre Gewalt bringen, und jede Regierung, wie jede Nationalversammlung sprengen, die ihren Forderungen nicht genügte. Eine Versammlung von Arbeitern am 16. April auf dem Marsfelde, von Blanc und Albert angeregt, eine Demonstration zu ihren Gunsten gegen die übrigen Mitglieder der Regierung zu machen und ihr Ansehen dadurch zu stärken, sollte von jenen Ultrarevolutionairs dazu benutzt werden, um Cabet, einen Communisten, und Blanqui an die Stelle von Lamartine und Marie zu setzen. Indessen die imposante Massenentfaltung der Nationalgarden erstickte jeden Versuch. Die Bourgeoisie hatte dadurch wieder einen Sieg erfochten. Unter diesem Einflusse begannen die Wahlen zur Nationalversammlung, die am 4. Mai eröffnet wurde. Trotz der außerordentlichen Bevollmächtigten, welche Ledru Rollin mit unumschränkter Vollmacht, Beamte abzusetzen, in die Provinzen geschickt hatte, trotz des allgemeinen Wahlrechts aller volljährigen Franzosen, fielen die Wahlen nicht ganz im republikanischen Sinne aus, so daß ein Abgeordneter es wagen konnte, zu behaupten, daß die Mehrzahl der Versammlung keine Republikaner vor der Revolution gewesen seien. Das Resultat erklärt sich aus dem ungeheuern Einflusse der Beamten und der Geistlichkeit, sowie der Bourgeoisie überhaupt, und aus der Unwissenheit der Bauern und der Nichtorganisirung des ländlichen Proletariats.

Die Nationalversammlung, aufgefordert von dem General Courtais im Namen des Volks von Paris, die Republik zu proclamiren that dies, nicht ohne daß die Anwesenheit von

300,000 bewaffneten Volksleuten einen gewissen Zwang ausgeübt hätte. Indessen welcher Geist die Mehrheit der Deputirten beseelte, zeigte sich in den Neuwahlen der provisorischen Regierung. Nur mit genauer Noth gelang es, die Wahl Ledru Rollins durchzusetzen. Die übrigen Mitglieder waren Arago, Lamartine, Garnier Pagès, Marie. Louis Blanc und Albert wurden nicht einmal Minister dieser Regierung. Man sah, wie sich der Wind schon gegen die Socialisten und Arbeitsgarantirer und Nationalwerkstätteneinrichter wandte. Die Ultrarepublikaner sahen bald ein, daß eine solche Nationalversammlung, in der Leute, wie Thiers, deren Auftreten man für eine Unmöglichkeit gehalten hatte, eine Rolle anfingen zu spielen, ihnen nichts nützen könne. Sie machten am 15. Mai den anfangs erfolgreichen Versuch, die Nationalversammlung zu sprengen.

Der Charakter der Demonstration wurde durch den Ruf: „Es lebe Polen, es lebe Italien!“ in den sich übrigens der Ruf: „Nieder mit der Regierung!“ mischte, verdeckt und gewann dadurch viele mit der auswärtigen Friedenspolitik Lamartine's Unzufriedene. Es gelang den bewaffneten Massen, die Nationalversammlung zu sprengen und eine neue Regierung zu proclamiren. Aber die Bewegung wurde durch die Nationalgarde, deren General Courtais anfangs mit Absicht nicht hatte Generalmarsch trommeln lassen, weil er mit jenen Verschwornen im Bunde stand, erdrückt. Der Polizeipräfect Caussidière, ein Republikaner von altem Datum, nimmt seine Entlassung, weil er sich bei dieser Bewegung auch compromittirt hatte. Barbès und Albert, mit 200,000 Stimmen zu Volksvertretern gewählt, werden in das Gefängniß von Vincennes geschickt nebst dem General Courtais. Louis Blanc's Ansehen wird gänzlich gestürzt und er entkommt kaum mit dem Leben denselben Mobilgardisten, die ihn eine Woche zuvor noch auf den Schultern getragen hatten.

Auch er war bei der Bewegung betheiligt, sein Name stand auf der Liste der neuen Regierung. So sehen wir die republikanische Bewegung, welche eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse bezweckte, immer mehr rückwärts gehen; die Häupter der socialen Republikaner zum Theil ihres Ansehens beraubt, zum Theil hinter Schloß und Riegel in Vincennes durch ihr eigenes undankbares Kind, die Republik, gebracht. Die Reaction der Bourgeoisie beginnt von jetzt an. Das Gesetz über die Volksanhäufungen und Zusammenrottungen ist der erste Beweis hierfür, denn seine Strafen sind draconisch hart. Ein anderes Gesetz verbietet die Abhaltung von bewaffneten Clubversammlungen. Die Absichten jener Ultrarevolutionairs, bekannt geworden, bringen die Bourgeoisie immer mehr gegen alle socialen Reformen auf. Die Absicht Barbès, der die Nationalversammlung zwingen wollte, eine Steuer von 1000 Millionen Francs auf die Reichen zu legen, macht den Riß zwischen Bourgeoisie und Volk immer größer. Das Militair war schon nach dem Siege der Bourgeoisie am 16. April zum Theil in die Stadt gezogen, die Nationalversammlung debattirte vom 15. Mai an unter dem Schutze von 20,000 Bajonetten. In den Wahlen der zur Anfertigung der Verfassung bestimmten Commission, wozu nur wenige Republikaner von altem Datum gewählt wurden, und in welcher die Mehrzahl Mitglieder der alten Kammer-Opposition unter Louis Philipp bildeten, zeigte sich deutlich der Geist der Versammlung, wieder in die alten Pfade der Staatskunst zurückzulenken.

Das offenbarste Mißtrauensvotum gab die Nationalversammlung der Regierung durch die Wahl von Portalis und Landrin zu Vicepräsidenten, zwei Leute, die den Justizminister Crémieux der Lüge in der Louis Blanc'schen Angelegenheit offen beschuldigt hatten. Der Generalprocurator hatte nämlich den Antrag gestellt, sie möge beschließen, daß

gegen Louis Blanc der Anklagestand beginne wegen seiner Betheiligung an dem Maiaufruhr. Crémieux wurde gleichfalls von jenen Obengenannten beschuldigt, betheiligt zu sein.

Nur mit einer geringen Mehrheit lehnte die Versammlung den Antrag des Generalprocurators ab, mehr aus dem Grunde, um den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Abgeordneten zu wahren, als weil sie Partei für Louis Blanc genommen hätte. Die Bourgeoisie schritt jetzt immer weiter vor. Zunächst richtete sie sich gegen die Nationalwerkstätten, die ein zu unangenehmes Zeugniß der anerkannten Verpflichtung des Staats waren, allen Unbeschäftigten Arbeit zu geben. Diese Anstalten waren in der That von den Oberaufsehern etwas mißbraucht, um sich Geld zu machen, die Rechnungsführung war ungenau und der Bezahlung entsprach nicht die Größe der geleisteten Dienste. Man hätte von Anfang an, was später eine Reorganisation der Werkstätten auch leistete, keinen Taglohn geben, sondern stückweise bezahlen müssen, dadurch wäre die Faulheit und das nutzlose Ausgeben von Geldern verhindert. In diesen Werkstätten, deren Gesammtkosten übrigens sich nicht über 14 Millionen Francs belaufen, waren Anfang Juni etwa 120,000 Arbeiter. Man beschloß zunächst, alle Arbeiter aus den Departements nach Hause zu schicken und durch einen Commissair Ordnung in die Sachen bringen zu lassen. Alle Arbeiter der Werkstätten von 18 bis 26 Jahren wurden aufgefordert, sich als Freiwillige in die Armee einschreiben zu lassen, 400 andere Arbeiter sollten in den Provinzen mit Kanalbauten beschäftigt werden. Die Arbeiter sahen ein, worauf es abgesehen war, daß man sie trennen wolle, um ihre Macht zu schwächen. Schon lange unzufrieden mit der Regierung, die keine Anstalt machte, die Versprechungen des Februar zu verwirklichen, und in den Nationalwerkstätten nur eine unvollkommene Verwirklichung sehend, weil dadurch im gesellschaftlichen Zustande an dem den Arbeiter vernichtenden

Grundsatze der Concurrenz nichts geändert war und eine richtigere Vertheilung der Arbeitserzeugnisse zwischen Fabrikant und Arbeiter im Allgemeinen nicht angebahnt war, beschlossen die Arbeiter, einen letzten Schlag zu wagen und einen Classenkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu beginnen, der, seiner Natur nach um die Frage der Existenz geführt, ein furchtbar erbitterter Kampf werden mußte.

Gegenüber einer Nationalversammlung, in der die Bourgeoisie die Mehrheit hatte, und von der vorauszusehen war, daß sie auch die Garantie der Arbeit nebst dem Gratis-Unterricht wieder streichen würde, unfähig also, durch das allgemeine Wahlrecht ihre Interessen auf gesetzlichem Wege zur Geltung zu bringen, weil bei der Nichtorganisirtheit und der Abhängigkeit der Arbeiter sie in der Ausübung des Wahlrechts nicht immer ihrem wahren Antheile gemäß wählen konnten, blieb ihnen, um die Berücksichtigung ihrer Interessen durchzusetzen, kein anderes Mittel, als die Appellation an die letzte Instanz der Fäuste.

Jene Beschlüsse der Nationalversammlung und der Executivcommission benutzten sie als Veranlassung, den Kampf zu eröffnen. Eine Deputation von Arbeitern aus den Nationalwerkstätten kündigt am 22. Juni dem Mitgliede der vollziehenden Gewalt, Marie, an, daß ihre Kameraden nicht gesinnt wären, weder in die Armee noch in die Provinzen zu gehen. Die unbefriedigende Antwort, welche ihnen ertheilt wurde, war das Signal zum Aufstande. Sofort wurde in der Nacht ein förmliches Barricadensystem eingerichtet. In den Nationalwerkstätten, industriell organisirt, trugen sie diese Organisation auf die militairische über. Daher ist die wunderbare Übereinstimmung im Handeln, das planmäßige Verfahren des ganzen Aufstandes zu erklären. Die Nationalwerkstätten waren dadurch, daß sie den Arbeitern Gelegenheit gaben, sich zu sprechen und große Versammlungen zu halten, der schönste

Heerd der Verschwörungen geworden. Sie waren eine Macht, die namentlich die echt socialistisch=republikanischen Mitglieder der Vollziehungsgewalt, wie Ledru Rollin, benutzen konnten, und wie es scheint, gewollt haben, um ihre Gewalt, gegenüber der sie hassenden Bourgeoisie, aufrecht zu erhalten. Daher erklärt sich auch das anfangs nachlässige Einschreiten der vollziehenden Gewalt und ihr baldiger Sturz. Indessen waren bei diesem Classenkriege nicht bloß die Arbeiter der Nationalwerkstätten, sondern auch andere Arbeiter betheiligt, denen das Elend die Waffen in die Hand drückte. Die Nationalgarden ganzer Districte hielten es mit den Arbeitern, von einer Legion, der zwölften, erschienen auf den Rappel nur 50 Mann, viele Gardistenuniformen wurden unter den Insurgenten bemerkt und die nachherige Auflösung ganzer Legionen der Nationalgarde zeigt, welche Theilnahme jene eine gesellschaftliche Umgestaltung zum Zwecke habende Bewegung bei der Masse erweckte. Daß die Insurgenten durch ganze Häuserreihen, die Mauern durchbrechend, Verbindungsgänge herstellten, beweist das Einverständniß der sie Bewohnenden.

Gehen wir zu der Entwickelung der Ereignisse über. Schon am 21. und 22. Juni fanden außerordentliche Volksanhäufungen in der Nähe des Stadthauses und auf dem Platze St. Sulpice statt. Am 22. verließen die Arbeiter der Nationalwerkstätten des Morgens ihre Werkstatt und zogen mit Fahnen singend durch die Straßen nach dem Platze beim Stadthause. Die unbefriedigende Antwort des Marie vermehrte ihre Unzufriedenheit und Reden wurden gehalten, die die Arbeiter aufforderten, in Paris zu bleiben, weil man sie in der Provinz wie Sträflinge bewachen werde. In Schlachtordnung aufgestellte Truppen verhinderten die Führer der Masse, die auf 6 Uhr Abends angesagte Versammlung beim Stadthause zu halten. Ihre Masse war aber so groß,

daß sie nach dem Pantheonplatze zogen und dort haranguirten, ohne daß die dort aufgestellten Truppen sie zu hindern wagten. Nachdem ein Haufe vergebens in das Palais Luxembourg und das Palais der Nationalversammlung einzudringen versucht hatte, zerstreute man sich allmälig.

Am folgenden Tage sollten diejenigen Arbeiter, welche 18 bis 26 Jahr alt waren, entweder in die Armee eintreten oder die Werkstätten verlassen. Seit 7 Uhr Morgens gab das Bauen von Barricaden auf diese Forderung Antwort. Der Plan der Insurgenten war, in 4 Colonnen auf das Stadthaus zuzurücken, dessen Besitz stets den Sieg der Revolution entschieden hat.

Die ganze östliche Hälfte von Paris ist fast von Arbeitern allein bewohnt. Nachdem man den Osten ganz von Feinden gesäubert, wollte man sodann auf beiden Seine-Ufern gegen den Westen und dessen Centren, die Tuilerien und die Nationalversammlung, vorrücken. Im Fall eines Rückzuges waren die Ausgangspunkte der Bewegung stark verschanzt und kunstgerecht in furchtbare Festungen verwandelt. So das Clos St. Lazare, so das Faubourg, das Quartier St. Antoine und das Faubourg St. Jacques. Dieser kluge Plan wird Kersausie, einem Freunde Raspails und ehemaligem Officier, zugeschrieben.

Die Insurgenten schnitten durch die Barricaden der Porte St. Denis und die der Cité zunächst das Paris der Arbeiter von dem Paris der Bourgeois ab. Aus ersteren wurden sie verdrängt, die letzteren behaupteten sie. Der 23. Juni war nur ein Vorspiel. Die Hauptstraßen, welche ihrer Breite und Geradheit wegen sich schlecht zu Barricadenkrieg eignen, wurden durch Kanonenkugeln und Kartätschen zwar frei gemacht, aber nachlässig besetzt, weil man es mit einer rohen Bande planlos wirkender Emeutiers zu thun zu haben glaubte. Am Morgen des 24. Juni hatten die In-

surgenten nicht allein ihr altes Terrain wieder, sondern noch neues hinzugewonnen. Das Stadthaus wurde fast von allen Seiten her umzingelt. 300 Schritt von demselben in der Kirche St. Gervais schlug die 2. Colonne von St. Antoine ihr Hauptquartier auf, sie eroberte das Kloster St. Méry und die umliegenden Straßen, sie drang bis weit über das Stadthaus hinaus und schnitt dieses, in Verbindung mit den Colonnen der Cité, fast gänzlich ab.

Jetzt begriff man in der Nationalversammlung die Wichtigkeit des Aufstandes. Cavaignac, der Kriegsminister, wurde mit der vollziehenden Gewalt bekleidet. Die bisherige Commission legt ihr Amt nieder. Paris wird in Belagerungszustand erklärt. Jeder, der an einer Barricade arbeitet, wird als mit den Waffen in der Hand ergriffen betrachtet.

Sofort rückten 10 Bataillone zum Schutze des Stadthauses heran. Sie schnitten die Verbindung der Insurgenten der Cité mit dem rechten Seine-Ufer ab. Nachdem man die Brücke Notre-Dame, welche zur Cité führt, mit schwerem Geschütz gefegt, rückte Cavaignac direct auf die Cité los. Der Hauptposten der Insurgenten, La belle Jardinière, wurde erst durch Kanonenkugeln zerschossen, dann durch Raketen in Brand gesteckt. Die Insurgenten wurden auf dem linken Ufer entschieden zurückgedrängt. Der Platz des Pantheons bot indessen allen Angriffen Trotz. Kanonen- und Bajonett-Angriffe waren vergebens gewesen, als endlich Ermüdung, Mangel an Munition und die von den Bourgeois angedrohte Brandstiftung die von allen Seiten umringten 1500 Arbeiter zwangen, sich zu ergeben.

Die Erfolge Cavaignac's erklären sich aus der ungeheuern Übermacht. Am 24. Morgens hatte er über 100,000 Mann zur Verfügung, die sich bis Abends noch um die Hälfte vermehrten. Die Insurgenten waren höchstens

40—50,000 Mann*) stark. Sodann waren Kanonen gegen Häuser und Barricaden noch nie angewandt, noch viel weniger war man auf Granaten und Brandraketen vorbereitet.

Am 25. Juni waren die Insurgenten auf die Faubourgs St. Antoine und du Temple beschränkt, außerdem besaßen sie noch zwei vorgeschobene Posten, das Clos St. Lazare und einen Theil des Viertels St. Antoine bis zur Brücke von Damiette. Nach 12stündigem Canoniren und Granatenwerfen gelang es Lamoricière endlich das Clos St. Lazare zu besetzen. Nach dem hartnäckigsten Kampfe ziehen sich die Insurgenten ins Faubourg St. Antoine und du Temple zurück, das ihnen noch zum Theil gehörte.

Diese Theile waren der Gegenstand des Angriffs am 26. Juni. Barricaden von merkwürdiger Stärke waren hier errichtet, sie bildeten einen Winkel nach innen zu, theils um die Wirkung der Kanonenkugeln zu schwächen, theils um eine größere, ein Kreuzfeuer eröffnende Vertheidigungsfront darzubieten. In den Häusern waren die Brandmauern durchbrochen, um die Insurgenten je nach dem Bedürfniß ein Tirailleurfeuer auf die Truppen eröffnen oder sich hinter die Barricaden zurückziehen zu lassen.

Am 26. Morgens sollte der Kampf von Neuem beginnen. Cavaignac hatte aber wenig Lust, seine Truppen in dieses Gewirre von Barricaden hineinzuschicken. Er drohte mit einem Bombardement, die Unterhandlungen zerschlugen sich indeß. Cavaignac ließ den General Perrot vom Faubourg du Temple her, den General Lamoricière vom Bastillenplatz her angreifen. Perrot drang mittelst Kanonaden rasch vor. Lamoricière's Kanonen widerstanden die ersten Kanonen, obwohl die nächsten Häuser der Vorstadt

*) Die Zahl der bei der Erhebung im Allgemeinen Betheiligten ist jedoch bei weitem größer.

durch seine Granaten in Brand geschossen wurden. Er unterhandelte nochmals. Mit der Uhr in der Hand wartet er auf die Minute, wo er das Vergnügen haben wird, das bevölkertste Viertel von Paris in Grund und Boden zu schießen. Da endlich capitulirt ein Theil der Insurgenten, während der andere, in seinen Flanken angegriffen, sich nach kurzem Kampf aus der Stadt zurückzieht. Das war das Ende des Barricadenkampfs vom Juni. Draußen vor der Stadt fielen noch Tirailleurgefechte vor, die aber ohne alle Bedeutung waren. Die flüchtigen Insurgenten wurden in der Umgegend versprengt und von Cavallerie einzeln eingefangen. Fälschlich hat man diesen Aufstand durch buonapartistisches und legitimistisches Geld zu erklären gesucht. Ein conservativer Abgeordneter, Payer, der 12 Stunden als Gefangener unter den Insurgenten verweilte, erklärte, die Meisten seien durch viermonatliches Elend zur Verzweiflung getriebene Arbeiter gewesen und hätten gesagt: „besser an einer Kugel sterben, als am Hunger". Geld ist nur bei etwa 20 Insurgenten überhaupt angetroffen worden. Eben so sind bis jetzt nur 11 Leichen mit dem Zeichen der Brandmarkung gefunden.

Es war eine Revolution der arbeitenden Classe gegen die Bourgeoisie. Weit entfernt, daß durch diesen Kampf die Arbeiter vernichtet, wird ihr Erfolg noch weit bedeutender sein, wenn alle Arbeiter von Paris sich daran betheiligen. Die siegende Partei that daher sehr Unrecht, wenn sie solche harte und grausame Maßregeln in Anwendung brachte, die nur dazu dienten, die Kluft zwischen den beiden Classen des Volks zu erweitern und eine friedliche Lösung der socialen Frage unmöglich zu machen. Der Übermuth, mit dem namentlich die Mobilgarde, der man vom ersten Tage an erhöhten Lohn gegeben und die berauscht gegen die Arbeiter gezogen war, gegen die Gefangenen verfuhr, ist empörend.

Sie wurden zum Theil an die Wand gestellt und ihnen Glied um Glied abgeschossen. Mehrere Nächte hindurch hörte das Füsilliren von Hunderten der Gefangenen auf dem Marsfelde und im Hofe des Luxembourg nicht auf.

Die Nationalversammlung beschloß, die gewöhnlichen Gerichte zu suspendiren und Kriegsgerichten die Untersuchung zu übertragen. Artikel I. des Decrets ward angenommen: »Im Interesse der allgemeinen Sicherheit werden die jetzt verhafteten Individuen, die am Gefecht des 22. Juni und der folgenden Tage Theil genommen haben, in die überseeischen französischen Besitzungen, mit Ausnahme deren des Mittelmeeres, gesandt werden«.

Die alte Regierung, die sich dem Socialismus in einzelnen ihrer Mitglieder geneigt gezeigt hatte, war bekanntlich abgetreten. Das neue Ministerium Cavaignac's besteht fast aus lauter Gemäßigten: Senard, Bastide, Goudchaux, Bethmont, Lamoricière, Carnot, Tourret, Recurt, Leblanc.

Es beginnt jetzt eine Reihe von Reactionsmaßregeln, wie sie fast die Zeit unter Napoleon nicht ärger darbietet. Zunächst werden eine Menge der Regierung mißliebige Zeitungen ohne Weiteres unterdrückt, man scheint keine andere Sprache mehr hören zu wollen als die, welche mit den Ansichten der Regierung übereinstimmt. Um der sogenannten »schlechten« Presse den Garaus zu machen, wird die Cautionsleistung von 24,000 Francs wieder zur Bedingung der Existenz eines Blattes gemacht, eine Verfügung, in Folge deren eine Menge Blätter radicaler und anderer Farbe sich genöthigt sahen, einzugehen. Angriffe gegen die Unverletzlichkeit des Eigenthums wollte man auch nicht mehr wissen. Höhnisch bemerkte Proudhon, daß die Discussion über die Artikel des Handelsgesetzbuches, des Code Pénal dann auch verboten werden

müßten, da auch bei ihrer Besprechung man gegen das Eigenthum sprechen könne. Man sieht jedenfalls daraus, wie sehr sie die Discussion über die sogenannten Grundpfeiler des Staats, Eigenthum und Familie, fürchteten, weshalb Cavaignac auch nichts eiliger zu thun hatte, als Proudhon's Journal zu wiederholten Malen zu confisciren. Die Furcht der Versammlung vor den socialen oder rothen Republikanern zeigte sich in dem Gesetze über die Clubs. Alle politischen Clubs sollen öffentlich sein, ein Beamter des Staats anwesend, genaues Protocoll geführt werden. Zwischen verschiedenen Clubs soll keine Verbindung irgend welcher Art stattfinden. Selbst die vergangenen Handlungen des früheren Finanzministers Garnier Pagès ließ man nicht in Ruhe. Dieser hatte nämlich den Antrag gestellt, alle Eisenbahnen und Assecuranzfonds zu Staatseigenthum zu machen und die Besitzer allmälig zu entschädigen. Nun lief zwar eine solche Expropriation der Eigenthümer gegen den Wortlaut des Contracts, welchen diese mit dem Staate geschlossen, aber das öffentliche Wohl, behauptete der Minister, sei das oberste Gesetz im Staate. Das Interesse der Massen, welches dem Interesse der Einzelnen voranginge, verlange jene Expropriation, damit man auf Grund dieses neuen Staatsvermögens Credit erhalte und Papierscheine ausgeben könne, um so auf eine billige Weise Geld zu erhalten, die Bedürfnisse der Republik zu bestreiten. Aber dies leuchtete den Bourgeois und Banquiers der Versammlung nicht ein, sie wollten, daß man sich an die Banquiers um Anleihen wende, damit der Staat für 100 Thlr., die er dem Banquier schuldig zu sein erklärte, nur 70—75 Thlr. vom Banquier erhalte. So werden nämlich die Anleihen gemacht, damit die Reichen auf Kosten der steuerzahlenden und davon die Zinsen der Schulden zahlenden Masse immer reicher werden.

Der jetzige Finanzminister Goudchaux zog den Plan

seines Vorgängers zurück, jedoch mit dem Bemerken, daß der Staat das Recht, die Eigenthümer zu expropriiren, besitze.

Indeß hierin sah man Socialismus. Der Grundsatz, daß des öffentlichen Wohles halber Jeder gezwungen werden könne, sich seines Eigenthumes, wenn auch gegen Entschädigung, zu begeben, schien gefährlich. Goudchaux erklärt daher auf Verlangen, daß er nur aus Höflichkeit gegen seinen Vorgänger jenen Grundsatz wiederholt habe, daß er aber unter seiner Finanzleitung jenen Plan nicht wieder aufnehmen wolle.

Hatte man die sociale Republik auf den Straßen niedergeschmettert, so wollte man es jetzt auch auf der Rednerbühne. Man schickte Thiers ins Feld gegen Proudhon's Vorschlag, ein Drittheil aller Miethen, Pachten und Einkommen zu confisciren als Steuer und die Hälfte davon den Miethern, Pächtern und Zinsenzahlenden zukommen zu lassen. Ein Vorschlag, der über 1000 Millionen Francs dem Staate zur Disposition stellte und zugleich in Beziehung auf seinen zweiten Theil sehr billig war, indem eine Miethe von 20 Thlr. vor der Revolution jetzt bei der Seltenheit und Theuerkeit des Geldes gleich 10 Thlr. zu rechnen ist, und der Vortheil, der den übrigen Consumenten dadurch erwachsen ist, daß sie bei dem gestiegenen Werthe des Geldes für weniger Geld mehr Sachen kaufen konnten, auch den Miethern und Pächtern zu Gute kommen muß. Obgleich dieser Vorschlag weiter nichts war, als eine starke Einkommensteuer, machte Thiers doch ein entsetzliches Geschrei über Verletzung des Eigenthums, beschuldigte den Vorschlag der Unsittlichkeit und bezeichnete die Angabe der dadurch bewirkten Summen als unrichtig. Proudhon wiederlegt dies Letztere, behauptet, daß die Februar-Revolution eine sociale sei und durch das Recht auf Arbeit das Eigenthum aufgehoben sei, erregt aber dadurch, daß er offen sagt, was in jeder Finanz-Operation des

Staates, Steuer genannt, liegt, nämlich Aufhebung des Eigenthumsrechts, einen ungeheuern Sturm, aus dem sich jedoch keine Widerlegung seiner Sätze entwickelt. Statt zu antworten, verbrennt ihn die Versammlung. Sie beschließt, „in Erwägung, daß der Vorschlag des Bürgers Proudhon einen hassenswerthen Angriff auf die Principien der öffentlichen Moral, eine offene Verletzung des Eigenthumsrechtes enthält, daß er die Angeberei ermuthigt, an die bösen Leidenschaften appellirt; in Erwägung, daß ihr Urheber die Februarrevolution verleumdet, indem er sie zur Mitschuldigen seiner oben entwickelten Theorie macht — zur Tagesordnung überzugehen."

Von welcher Furcht vor der Schärfe der Proudhon'schen Denkrichtigkeit man erfüllt war, zeigt der Antrag eines Deputirten, zu beschließen, daß die Proudhon'sche Rede nicht abgedruckt werde. Beweis ferner, wie sehr man von dem Volke Aufruhr von Neuem fürchtete, ist die Aufhebung der Feier der Julirevolution an den letzten Tagen des Juli, nebst dem Befehle an die Gerichte, in diesen Tagen nicht, wie früher, ihre Sitzungen auszusetzen. Auf dieser Bahn, Alles zu vertilgen, was die frühere Executivcommission, Lamartine, Ledru Rollin rc. aufgerichtet hatte, ging man fort. Die Nationalwerkstätten wurden aufgelöst und 25,000 Frauen allein dadurch aufs Pflaster geworfen; das berühmte Decret der provisorischen Regierung vom 2. März, die Verkürzung der Arbeitszeit betreffend, wurde aufgehoben und die frühere Arbeitszeit von 12 Stunden wieder hergestellt. Kaum entging der Vorschlag, die polytechnische Schule umsonst jedem Franzosen offen zu stellen, dem Untergange. Nachdem man so die Grundsätze der Junirevolution bekämpft zu haben glaubte, wollte man auch diejenigen vernichten, die man für Mitschuldige der Juniinsurgenten hielt und deren Lehren und Ermunterungen man jene Erhebung der Arbeiter zuschreiben zu müssen glaubte.

Am 3. August berichtet Bauchavel für die Untersuchungscommission das Ergebniß der Untersuchungen bezüglich der Vorfälle vom 15. Mai und 26. Juni. Dieser Bericht klagt endlich Louis Blanc, Ledru Rollin und Caussidière geradezu an. Die ganze perfide Logik dieses elenden Machwerks kam darauf hinaus, daß die Februarrevolution höchst unrecht daran gethan hätte, sich zu ereignen, und daß alle Diejenigen, welche die Folgerungen der Februarrevolution, die offenbar eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse bezweckt, ziehen wollen, namentlich die aus der Garantie der Arbeit folgenden, Socialisten und Communisten und daher Mitschuldige der Juniinsurgenten seien.

Dieser Bericht regte von Neuem alle Parteileidenschaften auf. Am Tage der Abstimmung darüber, ob gegen Louis Blanc und Caussidière ein Verhaftsbefehl zuzulassen sei, fürchtete man eine Erhebung der Arbeiter. Obgleich seit der Junirevolution in Paris 80,000 Mann Linientruppen und um Paris 50,000 liegen, so wurden noch außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Versammlung stimmte gegen Louis Blanc und Caussidière. Da indessen in die Junirevolution auch sonstige hochgestellte Personen der Regierung verwickelt zu sein schienen, war es der Regierung selbst lieb, daß Louis Blanc und Caussidière sich nach England retirirten, da man hierdurch einer vielleicht Viele compromittirenden Untersuchung überhoben war.

Den Bedürfnissen des Staats gegenüber, der seine Schuldzinsen bezahlen und Geld haben mußte, um diese Menge von Arbeitslosen wenigstens zum Theil zu beschäftigen, wußte man kein anderes Mittel, als das abgegriffene der Anleihen, wodurch die Banquiers den Staat entsetzlich übervortheilen.

Am 23. Juni wird der Vorschlag einer Anleihe von 250 Millionen Francs ohne große Debatte angenommen. Charakteristisch sind folgende Sätze des Berichterstatters der

Finanzcommission bei dieser Gelegenheit. »Um das normale Gleichgewicht in die Finanzen zu bringen, ist es nöthig, daß die öffentliche Ruhe nicht weiter gestört werde, daß man Sicherheit habe über die Ruhe des Landes, daß die gegen das Eigenthum gepredigten Lehren dessen Gesetzmäßigkeit nicht angreifen und ihr Ziel nicht erreichen können; daß die Nationalversammlung in Verbindung mit der Regierung sich nicht mehr zu den in der Vergangenheit so häufigen Ausgaben hinreißen lasse, welche fast immer, gestützt auf Billigkeitsgründe, neben den Anforderungen sicherer Bedürfnisse unbillig sind und die Regierung mit Gewalt in eine Bahn stoßen, welche die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen unmöglich macht. — Neben diesen Erwägungen findet sich kein Raum für die Erleichterung gewisser Lasten, die namentlich auf den Arbeitern lasten, man muß damit warten bis zum Jahre 1850. Wie die Nationalversammlung das Princip des starren Eigenthums festhielt in der Eisenbahn-Expropriationsfrage, so in der Steuerfrage den Grundsatz die Arbeit zu besteuern. Die Darlehen auf Hypotheken sollten besteuert werden und zwar sollte $1/5$ der Zinsen an den Staat bezahlt werden. Zugleich kündigte das Ministerium ein Gesetz über die Besteuerung alles beweglichen Eigenthums an. Die Nationalversammlung beschloß $1/8$ von den Zinsen als Steuer zuzulassen und veranlaßte dadurch den Minister, den Vorschlag zurückzuziehen, da dann keine 20 Millionen Francs, was der Zweck des Gesetzes war, aufgebracht werden konnten.

So hat denn zwar die französische Bourgeoisie eingesehen, daß sie ohne einen König gehen kann, und sie ist froh, daß sie keine königliche Civilliste und keine königlichen Spione mehr zu bezahlen braucht, aber von gesellschaftlichen Umgestaltungen will sie nichts wissen. Die französische Rechtsrepublik ist derselbe alte Hut, nur etwas anderer Form und Verzierung.

Das gesellschaftliche Elend, die Ausbeutung der Arbeiter bleibt nach wie vor, und erst allmälig werden die Arbeiter lernen, sich der einzigen gesetzlichen Waffe, die sie haben, nämlich des allgemeinen Wahlrechts, so zu bedienen, daß die Vertretung ihrer Interessen in der Kammer eine starke wird. Bei den neuesten Ersatzwahlen für Paris, wo der sociale Republikaner Raspail gewählt ist, hat sich bereits gezeigt, wie wichtig das allgemeine Wahlrecht, gut benutzt, werden kann. Daß diese Säbel- und Schreckensherrschaft Cavaignac's sich so lange hält, hat nur in der Furcht der Bourgeoisie vor neuen Junirevolutionen seinen Grund, aber der Handel und der Credit stellen sich auch unter dieser Regierung der »Ruhe und Ordnung« nicht wieder her, und die Staatsactien zeigen keine rechte Neigung zum Steigen, obgleich jetzt, so zu sagen, hinter jeder Actie einige Bajonette aufgepflanzt sind.

Die Bankerotte, namentlich der kleinen Bourgeoisie, gehen jetzt erst recht los, und daß die Nationalversammlung selbst ein Decret erlassen muß, welches die bürgerlichen Folgen des Bankerotts, Infamie rc. aufhebt und die Möglichkeit eines Übereinkommens mit den Gläubigern bewirkt in der Art, daß der Schuldner sich unter Umständen wieder aufhelfen kann, beweist die Größe der Zerrüttung der Gewerbe und der Industrie. Im August standen, als dies Decret verhandelt wurde, in Paris allein 7000 und in den Provinzen 10,000 Bankerotte in Aussicht. Zu Tausenden transportirt man die »Juniräuber«, wie man sie nennt, nach den überseeischen Besitzungen, nachdem man durch die grausamste Behandlung in den Gefängnissen Viele am Typhus hat umkommen lassen.

Die Deportationen geschehen häufig auf eine so leichtsinnige Weise, daß Leute, die schon ganz munter unter Segel gegangen sind, von den Gerichten, um über sie zu urtheilen, noch reclamirt werden. 12,000 Familien sollen außerdem in Algerien colonisirt werden. Allein trotzdem aus allen Pro-

vinzen Nothschreie, die Versammlung muß immerfort Geld bewilligen für die brodlosen Arbeiter.

Die Regierung hat aber nicht viel Geld, die Zölle bringen gegen früher ungemein wenig ein, die Erhaltung der Mobilgarde, die täglich 20 Sous bekam (d. h. reines Benefiz 14 Sous), während der Liniensoldat nur 1 Sou bekommt, kostet allein pro 1848 14 Millionen Francs, und die Kosten der Juniaufstandsunterdrückung und Deportirung der Gefangenen belaufen sich auf einige 70 Millionen Francs. An wen muß sich also schließlich die Regierung wenden, wenn sie Geld haben will? An die Banquiers, die Herren Rothschild, Fould ꝛc. Alle Revolutionen, alle Bankerotte der kleinen Bourgeoisie, der kleinen Industriellen dienen nur dazu, um einige reiche Capitalisten reicher zu machen, die den kleinen Industriellen Geld geliehen haben, was diese wegen der übrigens auch ohne die Revolution zum Theil eingetretenen Stockung des Handels nicht bezahlen können, die ihr Geld in den jetzt unverkäuflichen Waaren liegen haben.

Waaren, Geräthschaften, ursprüngliches Capital, Alles kommt in die Hände der Banquiers, die jene Sachen, wenn die Krise vorüber ist, vortheilhaft an diejenigen großen Industriellen verkaufen, die sich durchgewintert haben.

Die Partei des Proletariats gewinnt durch diese Masse der Bankerotteure an verzweifelten Kämpfern und haben 40,000 Arbeiter den übrigen Nationalgarden und Linientruppen Paris vier Tage lang die Spitze geboten, so daß Cavaignac selbst sagte, die gegenwärtige Regierung sei nur zwei Finger breit vom Abgrunde gewesen, so wird die gesammte Masse der Arbeiter noch ganz andere Resultate erringen.

Man thut in der That wenig, um die arbeitenden Classen versöhnlicher zu stimmen. Man deportirt, statt zu amnestiren, und vermehrt dadurch die Wuth der Arbeiter. Man löscht über den Casernen die schöne Devise der Februarrevolution:

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit," man läßt den Belagerungszustand um Paris fortbestehen, und unterdrückt die Presse der Arbeiter durch Cautionsleistungsforderungen und durch Confiscation der Blätter. Die ächten Bourgeois prügeln sogar auf der Straße Diejenigen, welche die Blätter eines Proudhon oder andere Arbeiterblätter herumtragen. Die Discussion über den Verfassungsentwurf hat schon gezeigt, daß man von dem im Februar Versprochenen wenig halten will. Dieser vorliegende Verfassungsentwurf enthielt zuvor zwei wichtige Sätze, nämlich daß der Staat verpflichtet sei, jedem Arbeitslosen Arbeit zu geben. Das Recht auf Arbeit wird also anerkannt, und sodann soll der Unterricht umsonst sein. Aber mit dem ersten Rechte verträgt sich die übrige Constitution nicht, diese Producte der Februarrevolution sind wie ein Paar neue Flicken auf ein altes Kleid. Durch das Recht auf Arbeit wird offenbar das Eigenthum in gewissem Sinne aufgehoben. Der Staat muß nämlich das Mittel der Steuer anwenden können, in welchem Maße es immer nöthig ist, um Arbeit zu geben.

Dagegen erhoben sich denn auch Viele in der Kammer und statt das Recht auf Arbeit anzuerkennen, meinte die Majorität, ein Recht sei immer etwas Gehässiges, und setzte statt jenes Paragraphen die Pflicht der Gesellschaft, mit brüderlichem Beistand den Arbeitslosen durch Arbeitgeben zu Hülfe zu kommen, nach dem Maße ihrer Mittel. Aus der Dunkelheit dieses Ausdrucks erhellt, wie sehr man wünscht, über dies Arbeitsrecht keine klare Sätze aufzustellen, damit man später nicht von den Arbeitern gezwungen wird, Folgerungen anzuerkennen, etwa eine sehr starke progressive Einkommensteuer, die den Reichen gleicherweise wie den Armen auf das Nothwendige beschränkt, Folgerungen, die den Interessen der Banquiers und Capitalisten höchst unangenehm wären.

Es ist also noch die Frage in der Menschheit schwebend, hat ein Arbeitsloser ein Recht, von der Gesellschaft Arbeit

zu verlangen? mit andern Worten: ist ein Staat eine Gesellschaft von Menschen, die gleichgültig neben einander fortleben und alle ihre Thätigkeit anwenden, um sich gegenseitig zu übervortheilen und zu ruiniren, oder soll der Staat nicht vielmehr eine große Assecuranzgesellschaft sein, in der Jeder es als ein Recht betrachtet, im Fall eines Unglücks, also hier die Arbeiter im Fall der Arbeitslosigkeit, von den Übrigen nicht mit entehrenden Almosen, sondern mit Arbeit unterstützt zu werden, wenn man überhaupt es „unterstützen" nennen will, für einen bestimmten Lohn einen bestimmten Arbeitswerth der Gesellschaft zurückzugeben? Der Staat kann das Betteln nicht als Vergehen bestrafen, wenn er nicht durch das Recht auf Arbeit jedem Arbeitsfähigen die Nothwendigkeit des Bettelns erspart.

Wenn außerordentliche Unglücksfälle, Überschwemmungen, Hagelschläge den Wohlstand einer ganzen Provinz vernichten, so hat bisher das ganze Land es als ein Recht dieser Provinz betrachtet, außerordentliche Unterstützungen von dem Staatsganzen zu fordern. Wenn den Arbeiter ein außerordentliches Unglück, das Stocken eines Industriezweiges, aufs Pflaster wirft, so muß er um so mehr das Recht haben, an den Staat zu appelliren, da er ja dem Staate sein Geld zum Theil oder ganz durch Arbeitswerth ersetzt. So lange der Staat sich nicht als eine große Assecuranz betrachtet, in dem Alle für Einen einstehen und haften, so lange wird das vielgebrauchte Wort „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ein leerer Klang bleiben. Jede Steuer, jede Expropriation, jede gezwungene Zehntablösung ist ein Angriff auf das Eigenthum, an die Stelle der Unverletzlichkeit des Eigenthumes ist der Begriff getreten: „das Interesse der Massen geht dem Interesse der Einzelnen voran." Was hätte auch eine souveraine Volksvertreter-Versammlung für einen Sinn, wenn sie nicht für die Bedürfnisse des Augenblickes jedes Opfer den Bürgern auflegen könnte. Und nur in einem solchen Assecuranzstaate ist

die Existenz jedes Einzelnen wahrhaft gesichert, der Bürger wird gern zahlen, wenn er weiß, daß bei ähnlichen Fällen für ihn gezahlt werden wird; dann steht der Einzelne nicht mehr allein, dem Spiele des Zufalls, der schrankenlosen Concurrenz, der Ausbeutung und der Gefahr, durch das große Capital erdrückt zu werden, ausgesetzt; an die Stelle des Zufalls tritt eine Vorsehung, in menschlichen Regierungsköpfen sich darstellend, die sich nicht allein damit begnügt, in solchen Geschäftsstockungen Arbeit zu geben, sondern eine solche Organisation der Arbeit anzubahnen, daß solche Geschäftsstockungen nicht mehr vorkommen. Die Menschheit wird sich nicht das Armuthszeugniß ausstellen, Verhältnisse zwischen den Menschen, die von den Menschen gemacht sind und abhängig von ihnen, nicht so regeln zu können, daß die ganze Maschine im Gange bleibt. — Seitdem anerkannt ist, daß Jeder das Recht hat, seine Anlagen auszubilden und ein menschliches Dasein zu führen, können auch die Mittel nicht verweigert werden und an die Stelle der Herrschaft des Capitals, der unbeschränkten Concurrenz, welche unter den jetzigen Verhältnissen nur eine ungeheure nutzlose Vergeudung von Arbeitskräften mit sich führt, muß eine Organisation der Arbeit, auf Grundlage freier Arbeiterassociationen treten. Der Staat muß diesen Capital vorschießen, um selbstständig fabriciren zu können. Das Creditwesen bedarf der bedeutendsten Umgestaltung, es wird einer der Hauptthebel sein, um die neue Ära herbeizuführen. So lange der Arbeiter nur soviel Lohn erhält, daß er kaum allein davon leben kann, und so lange arbeiten muß, daß er für geistige Bildung keine Zeit noch Lust mehr hat, wird der Gratisunterricht ihm so wenig wie seinen Kindern zu Gute kommen. Denn da er ihnen nichts zu essen geben kann, müssen sie sich Geld in ihrer zarteren Jugend zusammenbetteln, und im Alter von 8 — 12 Jahren in den Fabriken für ein kärgliches Tagelohn ihre Gesundheit ruiniren.

Man kann sich nicht geistig ausbilden, wenn man Hunger hat. Die Masse zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde zu bringen, den Lichtfunken des Prometheus in ihr zur belebenden Flamme anzufachen, giebt es kein anderes Mittel, als ihre materielle Lage zu verbessern. Und dies ist vorzüglich auf dem Wege der Unterstützung freier Arbeiterassociationen durch den Staat möglich, weil dann der Arbeiter die Früchte seiner Arbeit nicht mehr mit dem Fabrikherrn zu theilen hat, sondern sie ihm allein zu Gute kommen. Die wegen der Masse der Arbeiter so niedrig im Preise stehende Arbeitskraft muß dem zerschmetternden Preisregulator, der Bestimmung des Preises der Waare „Arbeitskraft" durch das Verhältniß von Angebot und Nachfrage entrissen werden, wobei natürlich der Arbeiter, der wegen der Masse der sich Anbietenden die ungünstigsten Bedingungen eingehen muß, sehr zu kurz kommt. Jeder Arbeiter muß in gewissem Sinne ein Staatsbeamter werden. So wie der Staatsbeamte einen festen und keinen schwankenden Gehalt hat, so muß der Arbeiter davor gesichert sein, seine Arbeitskraft unter dem Preise verkaufen zu müssen.

Frankreich hat das Verdienst, der Wegweiser der Menschheit zu sein. Wie es in den politischen Gestaltungen die Volksherrschaft als die politische Forderung des Jahrhunderts nachwies, so zeigt es jetzt, in dem Enthusiasmus der Februarrevolution zur Höhe der socialen Forderung des Jahrhunderts kühn sich aufschwingend, freilich nur kurze Zeit auf dieser Höhe verweilend, die ohne Opfer nicht zu behaupten, wie ein glänzendes Meteor der erstaunten Menschheit die Richtung an, die von jetzt an eingeschlagen werden muß. Die Weltgeschichte bewegt sich mit Nothwendigkeit. Nachdem alle Mitglieder des Staats in den Kreis der Herrscher durch das allgemeine Wahlrecht eingetreten sind, nachdem es keinen König im Staate mehr giebt, sondern nur Könige, zeichnet sie jetzt als Aufgabe vor, diejenige Formel zu finden, welche die Har-

monie aller Interessen in sich enthält. Scheint es auch jetzt, als schrecke die Menschheit vor dieser ungeheuren Aufgabe zurück und habe große Neigung, sich in das ausgefahrene Geleise eines Würfelregiments, einer Zufallswirthschaft vollständig zurückzustürzen, die Reactionen sind nur von kurzer Dauer. Wir schließen uns den Worten Lamartine's in dieser Beziehung an, der in einer Rede in Maçon im Juli 1847 sagt: „Erschrecken wir nicht zu sehr vor den Reactionen, das ist der Gang, das ist die Ebbe und Fluth des menschlichen Geistes. Gestattet ein Gleichniß, dem Kriege entlehnt. Wenn die Kanonen ihre Ladung von sich gespieen haben, so erfahren sie gerade durch den Gegenschlag ihrer eigenen Entladung eine Bewegung, die sie nach rückwärts sich bewegen läßt; das, was die Artilleristen den Kanonenrückprall nennen; nun gut, die Reactionen im Staate sind nichts anderes als diese Rückbewegung der Kanonen bei der Artillerie. Die Reactionen sind der Rückprall der Ideen. Es scheint, daß die menschliche Vernunft, gleichwie selbst erschreckt über die neuen Wahrheiten, welche die in ihrem Namen gemachten Revolutionen so eben in die Welt geworfen haben, sich über ihre eigene Kühnheit erschreckt, sich zurückzieht und schimpflich feige allen Boden aufgiebt, den sie gewonnen hat. Aber das dauert nur einen Tag. Andere Hände laden wieder diese friedliche Artillerie des Gedankens, und neue Explosionen, nicht von Kugeln, sondern von geistigen Lichtblitzen, geben ihr Reich den Wahrheiten zurück, die verlassen oder besiegt schienen.“ Die Reaction ist ein Beweis von Erschlaffung und Verwirrung des ganzen Staatslebens. Es wird davon abhängen, ob die jetzt in Frankreich herrschende Partei, sich von ihrem Schrecken erholt habend, die Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen versteht und dadurch einen neuen Classenkrieg abhält, oder ob die Arbeiter selbst die Zügel der Regierung in die Hände nehmen werden. Die Götter verblenden den, welchen sie vernichten wollen.



Die Märztage in Wien.

1. Scene auf der Freiung am 13. März. 2. Erster Ausmarsch der Nationalgarde in der Nacht vom 13 zum 14. März.
3. Ankunft der Ungarn in der Nacht vom 14. auf 15. März. 4. Leichenfeier am 17. März.

Die Wiener Revolutionen.

„Nieder mit Metternich!“ erscholl es am 13. März des Jahres 1848, und dieser Ruf durchbebte ganz Österreich, das ganze Deutschland.

Mit dem Rufe: „Nieder mit Metternich!“ ward das alte fluchwürdige System, welches über 30 Jahre auf Deutschland gelastet hatte, ernstlich gebrochen. Eine neue Morgenröthe brach den Völkern heran, ihr erster blutrother Streifen war im Westen über den Flammen des gestürzten Julithrones aufgegangen, er verbreitete seinen magischen Schein auch über alle deutschen Länder und vom Stephansthurme flatterte zuerst das schwarz-roth-goldene Banner in die frische Morgenluft hinein.

Das Vaterland kreisete, es gebar die Freiheit.

Keine Hand, selbst die Metternich's, hätte dem Drange der Völker widerstehen können, eine neue Zeit war unwiderruflich hereingebrochen und Metternich, wenn er früh genug eingelenkt und sich als ächter Staatsmann bewiesen, hätte uns wohl einen Theil des unsäglichen Weh's, der blutigen Schmerzen ersparen können, aber den großen Strom der Bewegung aufzuhalten, zu vernichten, wäre ihm nicht möglich gewesen. Metternich hat Wind gesäet, er hat Sturm geerndtet. Es liegt wenigstens einige Beruhigung darin, daß auch ihn der

Sturm mit ergriffen und ihn, einen lebenden Leichnam, an die Gestade eines andern Landes ausgespieen, wo ein großmüthiges Volk ihm die Gnade des Gastrechts gönnt, damit er seine Schande überlebe. Der Fluch von Millionen ist ihm gefolgt.

Wer da behauptet, die Wiener Revolution sei ein Werk des Zufalls, sei den Wienern über Nacht gekommen, der beweist, daß er einen nur oberflächlichen Blick auf den Lebensgang des österreichischen Volks geworfen, daß es ihm fremd geblieben, wie der Geist der Demokratie hauptsächlich unter den Studenten und der zahlreichen Klasse der Arbeiter seit langer Zeit seine Wurzeln geschlagen hatte, unter letzteren ganz besonders, weil auf ihnen der Druck der bestehenden Verhältnisse am fühlbarsten lastete. Der ganze Fortgang der Revolution und die während derselben bewiesene Haltung der Arbeiter und Studenten beweisen die Wahrheit dieser Behauptung. Von diesem Stande ist die Bewegung ausgegangen, von ihm wird sie erhalten, nicht, wie in andern österreichischen Ländern, vom Adel. Der Wiener Adel, die hohe Aristokratie, ein durch Metternich'sche Grundsätze dressirter und abgeschlossener Stand, steht im Bunde mit der Büraukratie und dem Mittelstande, welcher letztere aus reichen Geschäftsleuten, Geldmännern, Grundbesitzern u. A. besteht. Der Kampf dieser verschiedenen Elemente ist ein Kampf auf Leben und Tod.

Gehen wir nun zur Schilderung der Ereignisse selbst über.

Mit der Nachricht, daß die Regierung in Frankreich gestürzt, Louis Philipp entflohen und die Republik proclamirt sei, war eine Aufregung in der Bevölkerung Wiens ohne Gleichen entstanden. Man riß sich in den Kaffeehäusern und Gasthöfen um die wenigen politischen Zeitungen, welche Nachrichten aus Paris brachten, man bestieg die Tische oder sonstige Postamente, um sie der lautlos harrenden Menge vorzulesen.

In den Straßen Wiens herrschte eine auffallende Lebendigkeit, man erzählte sich die Ereignisse von Mund zu Mund, eine fast ängstliche Spannung zeigte sich auf jeglichem Gesichte, als machte eine Ahnung kund, daß auch die Wiener am Vorabend großer Ereignisse ständen. Diese Spannung, diese Schwüle kam zuerst bei den Studenten zum Durchbruch. In tiefster Stille und mit der größten Verschwiegenheit war eine Verbindung zu Stande gekommen, man hielt geheime Versammlungen und das Resultat derselben war eine Petition, welche sie am 12. März auf der Universität zur Unterzeichnung auslegen wollten. Eine Petition, deren Haupt-Inhalt das Verlangen nach Preßfreiheit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit und Lehrfreiheit war, war also der unscheinbare Anfangspunkt, der Stein in die Bewegung geworfen, welche sich bald in ungeheuern Schwingungen ausdehnte und noch im gegenwärtigen Augenblicke in wilder Brandung tobt.

Es war indeß kaum laut geworden, was man mit der Petition beabsichtige, als der Kanzler Graf Inzaghi ein Dekret an die Professoren der Universität erließ, durch welches er sie auffordert, am Morgen des 12. März im Consistorialsaale zu erscheinen und die Studentenschaft von der Unterzeichnung der Petition abzurathen. Die Professoren gehorchten, allein die stürmisch aufgeregten Gemüther der Studenten, das Lärmen und Toben der vom Freiheitsdrange inspirirten jungen Männer überstimmte die altbackene Weisheit der Professoren, welche wünschten, daß die Unterschreibung der Einzelnen unterbleibe und man die Petition nur „Die Studenten der Wiener Hochschule" unterzeichne. Selbst die beliebtesten, Endlicher und Hye, vermochten nichts auszurichten und gaben die Studenten sich nicht eher zufrieden, bis sie die Versicherung hatten, daß die Petition noch heute unmittelbar in die Hände des Kaisers gelangen würde. Zu diesem Zwecke suchten die erstgenannten beiden Professoren um eine

Audienz beim Kaiser nach, wurden aber vom Minister Kolowrat an den Erzherzog Ludwig, den verhaßtesten Mann des Kaiserlichen Hauses, verwiesen, bei dem sie natürlich einen schlechten Empfang fanden. Endlicher drang dringend auf die Entfernung Metternich's, wodurch allein das Unheil verhütet werden könne, welches bereits drohend heraufziehe. Allein vergebens, die beiden Deputirten wurden kalt entlassen, erhielten indeß, bevor sie noch die Hofburg verlassen hatten, die Nachricht, daß sich der Staatsrath versammeln solle und ihnen um 6 Uhr eine Audienz beim Kaiser zur Übergabe der Petition gestattet sei. Die Professoren kamen zum Kaiser, wurden empfangen und entlassen, ohne die Versicherung irgend einer Concession. Wie konnte es aber auch anders sein, regierte doch noch Metternich! —

Es dauerte indeß nicht lange, so gelangten noch andere Petitionen in die Hände des Kaisers, welche dringend um Reform baten. Die Aufregung wuchs von Stunde zu Stunde. Am folgenden Tage, den 13. März, traten die niederösterreichischen Stände zu einem außerordentlichen Landtage zusammen, die Studenten und die Polytechniker versammelten sich, wie sie am 12. bestimmt hatten, sobald nämlich die beiden Deputirten keine befriedigende Antwort erhalten würden, vor der Universität und zogen von da zum Landhause. Unübersehbare Menschenmengen wogten in den daneben liegenden Straßen. Man hörte in der brausenden und tobenden Masse vornehmlich die Rufe: „Constitution! Preßfreiheit! Nieder mit Metternich!“ u. s. w. Von dem Dache des Brunnens auf dem Hofe des Landhauses sprachen die Redner in begeisterter Weise zum Volke. Man hörte in den Ausrufungen, wonach das Volk verlangte. Einer der Redner, Dr. Fischhof, ruft plötzlich: »Kommen die Stände nicht zu uns, so gehen wir zu den Ständen!« und in wenigen Augenblicken sind alle Gänge und Treppen des Landhauses mit Menschen besetzt.

Der Graf Montecuculi, eines der beliebtesten Ständemitglieder, redet mit den beruhigendsten Worten die um ihn versammelte Menge an, sagt ihnen, daß der Kaiser die Stände aller Provinzen zur Berathung der vorzunehmenden Reformen einberufen werde. Allein diese armseligen Provinzialstände standen in zu schlechtem Lichte bei den Wienern, als daß sie von denselben groß Heil erwarteten. Als Montecuculi sah, daß seine Rede nichts fruchtete, bat er um Ruhe, damit die Mitglieder in den Berathungen nicht gestört würden und gab der Menge anheim, eine Deputation von 12 Personen zu wählen, welche der Sitzung beiwohnen könnten. Diesem Wunsche wurde augenblicklich Folge geleistet, und eine Deputation aus den im Hofe des Landhauses versammelten Menschen erwählt.

Während dieser Vorgänge im Landhause wurde auf dem Hofe desselben die berühmte Kossuth'sche Rede, welche er auf dem Reichstage in Presburg gehalten, durch einen jungen Mann vorgelesen, der stürmischste Jubel unterbrach fortwährend den Vorleser eines der größten Meisterstücke von der Beredtsamkeit eines für sein Vaterland glühenden Mannes. Die Vorlesung war noch nicht beendet, als ein Ständemitglied aus dem Fenster ein Blatt Papier unter die Menge warf, welches die so eben von den Ständemitgliedern verfertigte Adresse an den Kaiser enthielt. Nachdem der Vorleser der Kossuth'schen Rede diese beendigt, ergriff er das Blatt Papier und las gleichfalls die Adresse der Stände vor. Die letztere, auf die Wünsche des Volkes nicht im Geringsten eingehend, erregte eine solche Erbitterung, daß sie von einem auf dem Brunnendache stehenden jungen Manne in Stücke zerrissen wurde. Da erscholl aus den Fenstern des Landhauses mehrstimmiger Hülferuf, die in demselben befindlichen Studenten waren, ob absichtlich oder zufällig, weiß man nicht, eingesperrt, und wurden schnell durch das Volk mittelst

Stürmen der Thüren und Demolirung des rothen Saales, wo die Mitglieder ihre Berathungen halten, befreit.

Während dieser Zeit ereignete sich auf dem Ballplatze, Palais des Fürsten Metternich, eine andere Scene. Der Pole Burian setzte dem hier zahlreich versammelten Volke die Niederträchtigkeit der Metternich'schen Politik auseinander, welches zur Folge hatte, daß dem Fürsten ein donnerndes Pereat gebracht wurde, eine Musik, die dieser Mensch wohl nicht sich hatte träumen lassen. Vor dem Landhause wartete indeß das Volk ungeduldig der Rückkunft der unter Montecuculi's Leitung nach dem Kaiser beorderten Deputation, während im rothen Saale ein Comité von Bürgern und Studenten die Ordnung aufrecht erhielt und durch Redner auf das Volk wirken ließ. Gleichzeitig schickte dies Comité eine Adresse an den Magistrat, durch welche es diesen um sofortige Mobilmachung eines Theiles der Bürgergarde bittet, da man der Aufregung des Volkes nicht mehr Meister werden könne. Vor dem Hause des Bürgermeisters, welcher sich durch seinen Bedienten hatte verleugnen lassen, hatte sich bereits schon eine Masse Menschen eingefunden, welche der aus drei Personen bestehenden Deputation, welche die Adresse überbrachte, entgegenrief: „Der Spitzbube ist zu Hause, er war eben am Fenster!“ Die Deputirten drangen nun in das Haus ein und erhielten vom Bürgermeister das Versprechen, daß er in einer Stunde 100 Mann Bürgergarde zusammenbringen wolle, mehr könne er aber nicht versprechen. Allein es erschienen so wenig Bürgergarden, noch kehrte die Deputation aus der Hofburg zurück. Die Aufregung machte sich bereits durch Zertrümmerung und Fenstereinwerfen Luft, als plötzlich Grenadiere und Pioniere erschienen. „Beim Fuß!“ schreit das erbitterte Volk und die Officiere commandiren: „Gewehr beim Fuß!“ Durch das Andringen des Volkes werden die Soldaten bis auf die Freiung zurück-

getrieben, ein Schilderhaus und sonstige Gegenstände werden zertrümmert und zu Knitteln benutzt, ein Stückchen Holz fliegt einem Officiere der Pioniere an den Kopf und dieser, wüthend über diesen unglücklichen Zufall, commandirt „Feuer!“ Allein das Militair schießt nicht auf das Volk, sondern gegen das erste Stockwerk. Das Volk, entrüstet über das Feuern des Militairs, welchem nicht einmal eine Warnung vorhergegangen war, begrüßt nun das Militair aus den Fenstern mit allerlei zertrümmerten Mobilien und Steinen, worauf eine zweite Salve erfolgt, die sechs Menschen todt niederstreckt. Jetzt floh das Volk nach allen Seiten auseinander, von den Pionieren verfolgt, welche auf die Flüchtenden, denen man die Häuser zur Rettung verschlossen hatte, mit Bajonetten stachen und an dem wehrlosen Volke mancherlei Grausamkeiten verübten.

Die Erbitterung des Volkes stieg auf den höchsten Grad. Von allen Seiten kam es wieder herangezogen, um das Zeughaus zu erstürmen. Hier waren bereits große Soldatenmassen auf dem freien Platze, „Hof“ genannt, gesammelt, Cuirassiere, Linie und Artillerie standen schlagfertig. Der erste Angriff des Volkes auf das Zeughaus wurde von den Cuirassieren zurückgeschlagen, wobei Viele getödtet und verwundet wurden. Mit erneuerter Wuth beginnen die Angriffe. Andringende Infanterie, vom Volke mit Steinen empfangen, schießt und greift mit dem Bajonette an. Die Studenten verbarrikadiren zwei Gassen, um einen weitern Angriff der Cavallerie zu verhüten. Ein schwer Verwundeter, den Kopf verbunden, wird auf das Pferd eines Husaren, welchen man heruntergerissen, gesetzt und durch die Stadt gezogen, um das Volk zum Kampfe zu reizen. Dieses zieht jetzt nach dem hohen Markte, demolirt das Criminalgebäude, zerbricht die Thüren und Eisenstangen, um die Gefangenen zu befreien. Ein Student schlägt mit einer Stange der Statue der Göttin

der Gerechtigkeit einen Arm ab, wird aber von heranrückendem Militair, das mit dem Bajonette angreift, gespießt. Nachdem schon an so vielen Stellen Blut geflossen, steigert sich die Wuth des Volkes nur um so mehr. Es zieht ein ungeheurer Haufen, eine Deputation an der Spitze, den Kohlmarkt hinauf zur Kaiserlichen Burg. Nach vielem Unterhandeln wird die Deputation in den durch Grenadiere gesperrten Eingang eingelassen, das Volk will aber nach und es entspinnt sich hier vor der Burg ebenfalls ein Kampf, der viel Blut kostet; man fängt an, die bloßgestellten Theile der Burg und sonstigen Gebäude zu demoliren, von allen Seiten klirrt und kracht es, die Trommeln wirbeln, dazu vermehrt die hereinbrechende Dunkelheit das Grauenhafte der Scene. Noch müssen wir erwähnen, daß, als sich das Volk zu Tausenden nach der Burg gezogen, ein Erzherzog die Kanonen auf dasselbe abzufeuern befiehlt, aber — der wackere Oberfeuerwerker Pollet verweigert den Dienst und rettet dadurch vielen Menschen das Leben. Auch aus dem Polizeigebäude wurde auf das Volk geschossen. Die Basteien waren schon am Nachmittage gesperrt und mit Kanonen besetzt.

Die Bevölkerung hatte eine drohende Stellung angenommen, man sah, daß man sich nicht vollkommen auf das Militair verlassen konnte, aber dennoch entschloß sich der Hof nicht, Zugeständnisse zu machen; eine Proclamation vom niederösterreichischen Regierungspräsidenten Freiherrn von Gestieticz, worin der Kaiser die Zusicherung dessen verspricht, was den Zeitverhältnissen entspreche und zu welchem Zweck ein prüfendes Comité zusammenberufen werden sollte, besagte so wenig als gar nichts. So verblendet sind oft die Großen dieser Erde in Augenblicken, wo ihre ganze Existenz in Frage steht.

Die Studenten, welche sich in der Aula versammelt hatten, forderten laut und dringend nach Waffen. Es begab

sich auch wirklich der Rector Magnificus, Professor Jenull, zum Kaiser, allein auch er erlangte nichts als die schriftliche Versicherung, daß Concessionen gemacht werden sollten. Es wurde abermals eine zweite Deputation abgeschickt, als die Nachricht eintraf von der Zustimmung des Bürgermeisters, die Studentenschaft zu bewaffnen. Die Bewaffnung wurde sofort ausgeführt, nachdem man inzwischen noch dem Redacteur der berüchtigten Wiener Zeitung, Dr. Schmidl, welcher mit einem Officiere in der Aula erschienen und im Auftrage des verhaßten Erzherzogs Albrecht die Studenten aufforderte, mit dem Militair für die Ordnung und Sicherheit zu wirken, auf eine unzweideutige Weise geantwortet hatte.

Werfen wir um diese Zeit einen Blick in das Innere der Hofburg, so gewahren wir eine große Verwirrung und Tactlosigkeit, die Revolution war dem Hofe über den Kopf gewachsen und dennoch glaubte er selbst noch immer nicht an die Möglichkeit derselben. Um 5 Uhr Nachmittags trat eine Deputation von 7 Bürgern in die mit Kanonen besetzte Hofburg ein, sie verlangte vom Grafen Mitrowsky eine Audienz beim Kaiser. Nachdem dieser sich eiligst entfernte, erschienen die Staatsräthe Graf Hartig und Baron Pilgram, welche der Deputation entgegneten, daß der Kaiser sich nichts abzwingen lassen werde und man sich sehr irre, wenn man beabsichtige, demselben ein ähnliches Loos wie Louis Philipp zu bereiten oder ihm eine Constitution zu dictiren, wie man sie dem Könige von Bayern abgedrungen. Obwohl diese ehrwürdigen Herren von einem Unwohlsein des Kaisers redeten, so ließ sich die wackere Deputation doch nicht dadurch beirren, sondern drang auf eine Audienz, worauf sie dann endlich eingeführt und dem Erzherzoge Ludwig vorgestellt wurde, welcher sie kalt und abstoßend mit den Worten entließ: er vertraue den Bürgern, welche die Ordnung aufrecht zu erhalten hätten, übrigens könne von Concessionen an das Volk keine Rede

sein. Als der Erzherzog sich darauf entfernt, faßte der brave Erzherzog Johann einen der Deputirten mit den Worten an die Hand: »Lieber Freund, ich weiß was fehlt, bleibt hier.« Bald darauf wurde die Deputation abermals zum Erzherzog beschieden, ohne jedoch ein anderes Resultat als das erste zu erzielen. Nachdem Einer der Deputirten nun in kräftigen Worten die Dringlichkeit einer beruhigenden Antwort aussprach und auf einen unvermeidlichen Ausbruch hindeutete, wollte die Deputation sich entfernen, als man sie durch allerlei Hindernisse absichtlich hieran verhinderte, gleich als fürchte man die Folgen, wenn dieselbe ohne alle Zusicherung vor dem Volke erschiene. Endlich wurden die Bürger nochmals zu einer Audienz berufen; als sie in den Saal traten, befanden sie sich mit dem Fürsten Metternich, den Erzherzogen Ludwig, Albrecht und Maximilian zusammen.

Trotz der dringlichsten Vorstellungen von der Gefahr, die mit jedem Augenblicke größer werde und daß es hier sich nicht um einen bloßen Straßenkrawall, den italienisches, polnisches und schweizerisches Gesindel angezettelt habe, sondern um eine Revolution handle, an der alle Stände Theil nähmen, war es den wackern Bürgern nicht möglich, auch nur irgend eine Concession zu erlangen, ja der jugendliche Erzherzog Albrecht machte auf die Bemerkung eines der Deputirten, daß die Bürger nicht mit dem Militair die Wachen beziehen würden, da dies, weil es auf das Volk geschossen, bei demselben verhaßt sei, die Äußerung: »Nun so seid auch Ihr Rebellen und man wird auf Euch auch schießen.« Die Deputirten wollten entrüstet die Hofburg verlassen und wiederum hinderte man sie daran.

Immerfort kamen neue Deputationen, welche die wachsende Aufregung und Gefahr schilderten, von der Universität, Adjudanten, Bürgerwehrhauptleute, Stabsofficiere. Es kam

die Nachricht, daß es in Mariahilf brenne, daß man Bürger erschossen, kurz, eine Hiobspost verdrängt die andere.

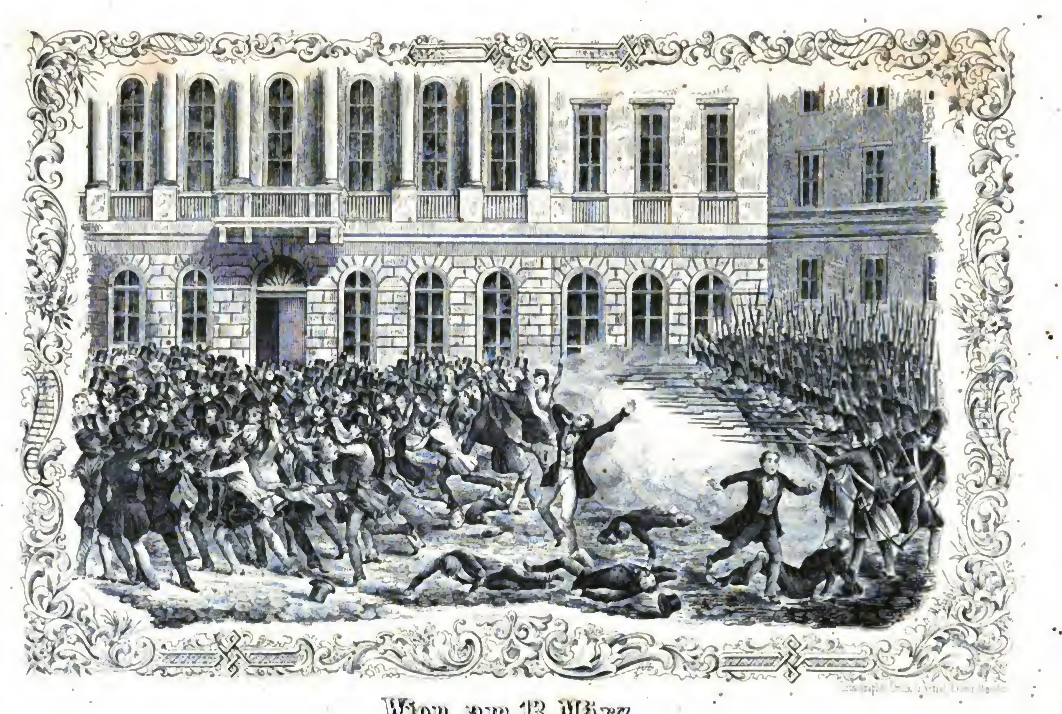
Wie es möglich war, noch immer das drohende Gewitter zu leugnen, dessen dumpfe Donner bereits so grollend über der Hofburg zusammengezogen waren, ist nur in der tiefen Sicherheit Metternichs zu suchen, welche den Gedanken an einen Umsturz seines Systems und der Erhebung des Wiener Volkes in ihm nicht aufkommen ließ. Endlich aber trat der entscheidende Augenblick ein, mit welchem ganz Deutschland einer neuen Zeit entgegengehen und die alten, durch die langen Jahre mürbe gewordenen Ketten des Absolutismus abschütteln sollte. Noch einmal versuchten die Deputirten, welche in der Hofburg eingesperrt erschienen, in den Audienzsaal zu gelangen, als ihnen Metternich mit den Worten entgegentrat: „Sie haben im Namen der Bürger ausgesprochen, daß es in meiner Macht liegt, die Ruhe Österreichs wieder herzustellen. So sei es denn, mit Freuden lege ich meine Würde zu den Füßen des Kaisers nieder. Ich wünsche Ihnen Glück zur neuen Regierung, ich wünsche Österreich Glück!" Nachdem einer der Deputirten dem Fürsten im Namen des Volks gedankt, erfolgte ein vielstimmiges Vivat. Auf dem Michaelerplatze wurde die Abdankung Metternichs sofort dem Volke verkündigt, was durch endlosen Jubel seinen Beifall über dieses freudige Ereigniß kundgab.

In der Stadt that sich die Freude bald auf jegliche Weise kund, man zog triumphirend durch die erleuchteten Straßen, Einer rief dem Andern den Sturz des verhaßten Staatskanzlers zu, während in den Vorstädten sich trübere Scenen ereigneten. Die Stallgebäude des Kaisers erlitten vom Pöbel einen Angriff, so daß die darin befindlichen Soldaten aus denselben schossen und mehrere Menschen mit dem Leben büßten. Es hatten sich bewaffnete Streifcorps unter Anführung von Bürgermilizen gebildet, welche zur Hand-

habung der Ordnung und Sicherheit die Stadt und die Vorstädte durchzogen. Die Truppen hatten sich zurückgezogen und lagerten auf dem Josephstädter Glacis. Vor dem Burgthore, auf dem Glacis, auf der Mariahilfer und Wiedener Hauptstraße zerschlug man die Gaskandelaber, so daß die Gasflammen hoch aufloderten, die Villa Metternichs wurde vom wüthenden Volke zerstört und nur den angestrengtesten Bemühungen der Bürger und Studenten gelang es, sie vor ihrem gänzlichen Untergange zu bewahren; Läden wurden geplündert, die Mauthgebäude angezündet und ein Beamter, welcher einen Bauern erschossen haben sollte, lebendig in die Flammen geworfen, wo er den schmählichsten Feuertod starb. Die Massen wälzten sich dann fort in die Orte Fünfhaus und Sechshaus, überall vernichtend und plündernd, so daß es dem Militair, der Nationalgarde und den Studenten, ungeachtet öfterer in die Pöbelhaufen geschossen wurde und es viele Leichen gab, nicht möglich war, dieselben zu zerstreuen. Besonders hatten die Arbeiter es auf die Amtsgebäude und Druckfabriken abgesehen, welche schonungslos zerstört wurden, weil sie glaubten, daß letztere an ihrer Brodlosigkeit die alleinige Schuld trügen.

Die Nacht des 13. März war eine schaudervolle gewesen, überall Zerstörung, Brand und Plünderung. 60—70 gefallene Personen sahen das Morgenlicht des 14. nicht wieder. Die Truppen hatten indeß die Stadt verlassen müssen.

Der 14. März brach heran und blickte auf eine keineswegs beruhigte Bevölkerung, der gesunde Sinn des Wiener Volks traute dem Eingehen auf eine Verbesserung seiner Zustände noch keineswegs. Die Mißstimmung wurde verstärkt durch die beschleunigte Herbeiziehung von Truppen, welche sich bis auf 22000 Mann beliefen, und auf dem Glacis zwischen Stadt und Vorstädten lagerten. Man fing an einzusehen, daß jetzt ein inniges Zusammenhalten zwischen Studenten



Wien, am 13. März.

Beginn der Revolution, das Feuern vor dem Ständehause

und Bürgern auf dem einmal betretenen Wege nothwendig sei, sollten alle freudig erregten Hoffnungen nicht so schnell wieder verschwinden. Alles, was man erreicht hatte, war die Bewaffnung der Studenten und die Errichtung der Nationalgarde, an deren Spitze der Oberstjägermeister Graf Hoyos zum Commandanten ernannt war. Sofort eilte Alles, was Waffen tragen konnte, Ärzte, Kaufleute, Fabrikarbeiter, Handwerker, Professoren, hin, um sich in die Nationalgarde einschreiben zu lassen. Weitere Concessionen, hieß es aber, ließe der Kaiser sich nicht abdringen. Man schickte eine aus 12 Personen bestehende Deputation zu demselben zur Erlangung von Preßfreiheit, dieselbe wurde aber nicht vorgelassen, sondern an den Fürsten Windischgrätz verwiesen. Doch erschien bald darauf der Graf Hoyos mit der Kundmachung, daß die Censur aufgehoben sei. Die Wiener Bevölkerung, trunken vor Freude ob dieses Sieges, schmückte das Haupt der Josephsstatüe mit einem Myrthenkranze und gab ihr eine weiße Fahne mit der Inschrift »Preßfreiheit« in die Hand.

Metternich war geflüchtet, die Eule konnte das Licht der Sonne nicht vertragen. Auch lief das Gerücht um, die Erzherzoge Ludwig und Albrecht hätten Wien verlassen. Überall in der Stadt hielten Nationalgarde und Studenten die öffentlichen Gebäude besetzt, ihre Patrouillen durchzogen die Straßen. Wohin sie kamen, wurden sie aus den Fenstern mit Vivats und Schwenken weißer Tücher begrüßt, die Frauen warfen ihnen Kränze, Shawls und Bänder zu Schleifen entgegen, überall herrscht die begeistertste Freude.

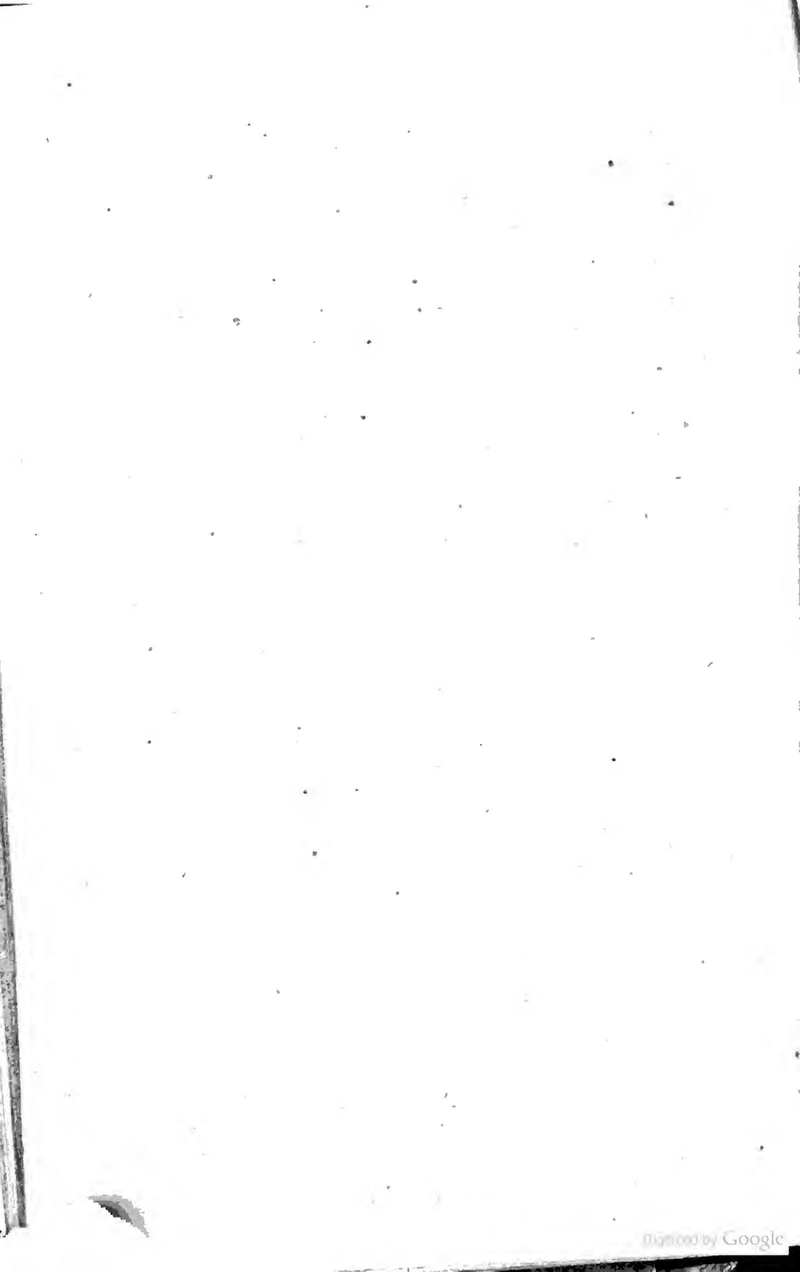
Aber dieses Meer der Freude, welches über die Bewohner der Stadt dahin fluthete, ward durch einen am späten Abend angehefteten Maueranschlag des Fürsten Windischgrätz wieder in eine trübe Aufregung versetzt, indem derselbe darin verkündigte, daß er vom Kaiser beauftragt sei, die Ruhe und Ordnung in der in Belagerungszustand erklärten Stadt wie-

derherzustellen. Der Maueranschlag wurde allenthalben vom Volke heruntergerissen, die alte Unzufriedenheit und das Mißtrauen, daß es mit den versprochenen Concessionen nicht ehrlich gemeint sei, kehrte zurück.

Die am 15. März, den man mit Bewaffnung und Einrichtung der Nationalgarde begann, erschienene Kundmachung, daß auf den 3. Juli die Stände mit Hinzuziehung von Volksvertretern berufen werden sollten, war, gleich anderen Bekanntmachungen, wenig geeignet, das alte Vertrauen wiederherzustellen, da ereignete sich ein Schauspiel, das den Wienern so unerwartet kam, als es in den Folgen vielmehr sich für sie auf eine so glückliche Weise entwickelte. Die Pforten der Hofburg öffneten sich plötzlich und der Kaiser, unbedeckten Hauptes, in offenem Wagen, nur in Gesellschaft der Erzherzoge Karl und Franz Joseph, fuhr mitten durch das ihm entgegenjubelnde Volk durch die Straßen Wiens. Kaum war es dem Wagen möglich, durch die dichten Volksmassen zu kommen, endlose Vivats tönten durch die Luft, Aller Hände streckten sich liebend dem Monarchen entgegen, aus allen Fenstern wehten die Tücher, man wollte die Pferde ausspannen, — dem Kaiser, überwältigt von dieser Anhänglichkeit des Volks, rollten die Thränen über die Wangen — sollte vielleicht in diesem Augenblicke der Gedanke in seiner Seele aufgeleuchtet sein, daß er nur ein Werkzeug seiner Umgebung, daß das Vertrauen eines Volks doch mehr sei, als alle Ränke und Intriguen einer selbstsüchtigen Hofpartei? Das bald nach dieser Spazierfahrt erschienene Patent läßt es uns glauben, wenn auch die späteren Ereignisse alle diese schönen Verheißungen zu illusorischen gemacht haben. In diesem Patente sichert er zu: Vollständige Preßfreiheit, Bestätigung der bereits errichteten Nationalgarde und eine in kürzester Frist einzuberufende Versammlung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der Centralcongregationen des lom=

Der Josephsplatz in Wien.

Nach Aufhebung der Censur am 14. März 1848.



bardisch=venetianischen Königreichs mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzial=Verfassungen zum Behuf einer beschlossenen Constitution des Vaterlandes. — Ein erneuerter Jubel ergriff die Bevölkerung der Hauptstadt, die bis dahin getragenen rothen Schleifen verschwanden und man sah nur noch weiße Bänder, die Zeichen des Friedens, sowie weiße Cocarden und weiße Schärpen.

An demselben Tage erschien auch nebst dem Paladin von Ungarn; Erzherzog Stephan, welcher direct nach der Burg fuhr, die ungarische Reichstags=Deputation mit dem Edelmanne Kossuth und dem Grafen Bathyany an der Spitze, in Begleitung von 150 Juraten. Sie zogen unter Vorantragung des mit Blumen geschmückten, an einer Bajonettspitze gehefteten Patents, welches die Bewilligung der Constitution enthielt, vor die Universität, wo des Tages würdige Reden gehalten wurden, darauf zum Gasthofe „zum Erzherzog Karl“, wo Kossuth mit der glühendsten Begeisterung und aller Pracht seiner Redeweise zu den versammelten Massen sprach. Die ungarischen Deputirten ritten darauf nach der Hofburg. Der Tag schloß endlich mit einem ungeheuern Zuge des Volks, voran die Professoren mit Ölzweigen, zum Kaiser, welcher tief gerührt auf dem Balcon erschien und rief: „Es leben meine treuen Wiener!“

Die Ruhe war somit, einzelne kleine Vorfälle abgerechnet, nicht wieder gestört, die Wiener erfreuten sich ihrer Errungenschaften und bald sah man die Heiterkeit auf allen Gesichtern zurückgekehrt. Hatte man doch auch noch erreicht, daß drei der verhaßtesten Personen, Bürgermeister Czapka, Graf Sedlnitzky und Polizeihofrath Muth ihr Entlassung gefordert und erhalten hatten. Auch die Ungarn verließen nicht unbefriedigt Wien, ihnen war ein eigenes Ministerium unter dem Vorsitze des Grafen Bathyany, nach Abdankung des

Hofkanzlers Grafen Apponyi, zugesichert und damit die Trennung ihres Vaterlandes von Österreich ausgesprochen.

Am 17. März Nachmittags wurden die Gefallenen vom 13. März mit allen Feierlichkeiten zu Grabe getragen, eine ernste, erschütternde Feier. Die Studenten und Nationalgarde gaben den für die Freiheit Gefallenen das bewaffnete Ehrengeleit, man kann wohl sagen, die ganze Bevölkerung folgte. Um den Gefallenen ein Denkmal zu setzen, veranstaltete man Concerte und Theatervorstellungen, deren Ertrag zu diesem Zwecke bestimmt war. In der Universitätskirche wurde ein feierliches Hochamt zum Danke für die Errungenschaften gehalten. An demselben Tage erschien die Bekanntmachung von der Verantwortlichkeit des Ministeriums.

Die Ereignisse drängten sich nun außerordentlich, eine Veränderung und Umgestaltung folgte der andern. Am 18. März fuhr der Kaiser wiederum, diesmal von der Kaiserin begleitet, im offenen Wagen durch die Stadt. Die Freude der Bevölkerung war so groß, daß man an der Universität die Pferde vor dem Wagen ausspannte. Die militairischen Vorkehrungen wurden aufgehoben. Am 20. März ertheilte der Kaiser eine allgemeine Amnestie für alle politischen Verbrecher.

So war denn die Revolution gemacht, oder besser gesagt, die Revolution hatte ihren Anfang genommen, denn im gegenwärtigen Augenblicke, wo wir dieses niederschreiben, hat sie noch nicht ihr Ende erreicht, wir stehen vielmehr vor dem entscheidenden Moment, wo entweder alle Errungenschaften der Märztage in nichts verschwinden werden und dieser Todesstoß der Freiheit würde durch ganz Deutschland nachzucken, — oder die Demokratie feiert einen Sieg der Freiheit über alle Liste und Ränke der Wiener Hof-Camarilla, und dann ist es mit ihrer Wirksamkeit für immer aus. Wie dieser Camarilla, an deren Spitze hauptsächlich der Erzherzog Ludwig und die Erzherzogin Sophie stehen, die Ereignisse so rasch über den

Kopf gewachsen sind, wie sie ihnen so völlig unvorbereitet kamen, läßt sich nur aus der grenzenlosen Sorglosigkeit erklären, wie aus dem Glauben an die Unerschütterlichkeit ihres von Metternich's eiserner Hand geführten Systemes, wie an die Dummheit und Apathie des Volks, welches 40 Jahre lang den Druck gutmüthig ertragen hatte. Aber gerade je tiefer man das österreichische Volk in den Schlaf gesungen, je fester man es in den Ketten des alleinseligmachenden Absolutismus niedergehalten, je freier und kühner hob es jetzt sein Haupt empor, mit desto muthigerer Hand ergriff es jetzt das Schwert, um das Errungene zu schützen und festzuhalten, das noch Fehlende sich zu erobern. Wir müssen vor allen Dingen hier unsere Anerkennung der Wiener Universität zollen, welche mit wirklich spartanischem Trotze, mit wahrer Todesverachtung Allem widerstand und gegen Alles ankämpfte, was der jungen Freiheit störend in den Weg trat. Die Wiener akademische Legion hat in den Märztagen wie für die ganze Folgezeit ihre Aufgabe vollkommen gelöst, der Vorkämpfer der Freiheit des österreichischen Volkes, ja wir können sagen, des ganzen übrigen Deutschlands, zu werden. Aber ihr ist auch die Anerkennung nicht versagt. Die größte Theilnahme kam ihr in der Wiener Bevölkerung, besonders in der Nationalgarde, entgegen, welche beide Körperschaften von nun an Hand in Hand bei allen kommenden Ereignissen gehen.

Das neue Ministerium, welches aus der Märzrevolution hervorgegangen, aber keineswegs eine volle Bürgschaft für die Freiheit war, indem noch Metternich'sche Schüler sich darin befanden, war zusammengesetzt aus dem Grafen Kolowrat, welcher seine Stellung als provisorischer Ministerpräsident einnahm, dem Grafen Ficquelmont, als Minister des Auswärtigen und des Hauses, dem Freiherrn v. Pillersdorf, Minister des Innern, dem Grafen Taaffe, Justizminister, und dem Freiherrn v. Kübeck als Finanzminister.

Das Kriegsministerium blieb einstweilen unbesetzt. Dazu kam am 24. März ein Ministerium des öffentlichen Unterrichts, wofür der Freiherr v. Sommaruga ernannt wurde.

Das bei Proclamirung der Preßfreiheit in Aussicht gestellte provisorische Preßgesetz erschien am 31. März und machte alle die Befürchtungen, welche man schon damals von ihm hatte, zur vollen Wahrheit. Die Freiheit der Presse wurde durch dies Gesetz so illusorisch gemacht, daß die Studenten dasselbe auf das Feierlichste verbrannten.

Am 2. April schwenkte der Kaiser, die Kaiserin an seiner Seite, von dem Balkon der Hofburg herab die schwarz-roth-goldene Fahne und pflanzte sie daselbst auf. Der Männer-Gesangverein stimmte Arndts Lied: »Was ist des Deutschen Vaterland?« an, während ein Theil der Nationalgarde und die Studentenlegion paradirte. Auch vom Stephansthurme flatterte das deutsche Panier bis auf zwei Meilen in die Runde sichtbar. An 30,000 Menschen auf dem Stephansplatze begrüßten das Zeichen der deutschen Einheit mit jubelndem Zuruf.

Der Graf Kolowrat nahm am 4. April wegen Kränklichkeit einstweilen seine Entlassung als Ministerpräsident, an seiner Stelle wurde der Graf Ficquelmont interimistisch mit der Leitung der Geschäfte beauftragt.

Am 6. April verließen die Liguorianer, ein Zweig des Jesuiten-Ordens, Wien. Das Volk bestürmte das Kloster derselben, nur dem Einschreiten der bewaffneten Bürger hatten die Priester ihr Leben zu verdanken. Um Mittag hielt die Deputation der Polen aus Galizien und Krakau einen feierlichen Einzug in die Burg, wo der Fürst Lubomirski als Sprecher dem Kaiser eine Adresse, die Wünsche und Hoffnungen ihres Landes enthaltend, vorlas und überreichte. Der Kaiser versprach den Deputirten, sofort ihre Angelegenheit seinem Ministerrathe zur Berathung zu übergeben. — Am Nachmittage überreichten die Polen den Studenten in der

Aula eine Fahne zum Andenken, bei welcher Feierlichkeit auch die edle Patriotin, die Fürstin Sapieha mit ihren Kindern zugegen war. Der Erzherzog Franz Joseph ist zum Statthalter von Böhmen ernannt worden. — Leider nehmen nächtliche Excesse und Demonstrationen, besonders gegen Geistliche, zu sehr überhand, hauptsächlich von brodlosen Arbeitern ausgehend, so daß es der Nationalgarde oft schwer wird, überall die Ordnung herzustellen. Auch der päpstliche Nuntius erhielt eine Katzenmusik.

11. April. Es erscheint eine kaiserliche Resolution, worin auf den Antrag der niederösterreichischen Stände verordnet wird, daß vom 1. Januar 1849 an die Stelle aller auf Grund und Boden haftenden, aus dem Obereigenthums- oder Zehntrechte entspringenden, sowie der denselben verfassungsmäßig gleich gehaltenen Natural- und Arbeitleistungen eine Geldleistung zu treten habe, welche durch ein den niederösterreichischen Ständen vorzuschlagendes Gesetz bestimmt werden solle. Bis zum Schlusse des Jahres 1848 steht es den Betheiligten frei, ein freiwilliges Übereinkommen zu treffen, und wo ein solches nicht besteht, sind die Naturalgiebigkeiten bis dahin fortzuleisten. Bestehende Reductions- und Abolitionsverträge bleiben vollständig aufrecht.

Am 18. April erhielten die Länderchefs der zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen der Monarchie die Weisung zur Einleitung der Wahlen zur Vertretung des Volkes für die constituirende deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., und zwar ganz in Gemäßheit des Wunsches des am 31. März zu Frankfurt versammelten Vorparlaments und des in Conformität gefaßten Bundesbeschlusses vom 7. April.

Die Wiener Zeitung meldet am 19. April den definitiven Rücktritt des Grafen Kolowrat von der Stelle als Ministerpräsident, und wurde dieselbe provisorisch dem Grafen

Ficquelmont unter Beibehaltung seines Ministerialdepartements überwiesen.

Die Stimmung der Stadt war übrigens um diese Zeit eine keineswegs beruhigende zu nennen. Mehrfache Ruhestörungen und Demonstrationen, besonders von Arbeitern ausgehend, bei denen hauptsächlich ein gewisser Dr. Schütte aus Hannover aufregende Reden hielt, und welchem man vorwarf, im Solde des Adels zu stehen, fanden statt. Durch das kräftige Einschreiten der Nationalgarde und die musterhafte Haltung der akademischen Legion wurden indeß alle Versuche zunichte gemacht und Dr. Schütte endlich aus der Stadt verwiesen. Da erschien am 25. April der lange erwartete Verfassungsentwurf, wenn auch anfangs ungeheuern Jubel hervorrufend, so doch keineswegs aber geschaffen, die Bevölkerung nachhaltig zu beruhigen, vielmehr sah man sehr deutlich, wie die den Kaiser umgebende Camarilla im Stillen eine energische Thätigkeit entfaltete, um alle Errungenschaften des März wiederum in Frage zu stellen. Was ganz besonders Erbitterung hervorrief, war, daß der Entwurf nicht, nach dem Willen des Volks, ein Einkammersystem, sondern eine Adels- und eine Deputirtenkammer enthielt. Auch waren die Berichte aus Italien, sowie aus Krakau, wo die Soldaten sich maßlose Insulten gegen das Volk erlaubten, keineswegs geeignet, die trübe Stimmung zu beruhigen. In der Nacht vom 3. Mai mußte Graf Ficquelmont, um das Volk zu beschwichtigen, die Staatskanzlei verlassen und seine Entlassung nehmen; man trauete dem alten Schüler Metternichs und wohl mit Grund nicht wegen seiner Freundschaft mit Rußland. Ficquelmont stürzte, nicht durch die Intriguen einer Partei, nicht durch die Presse, welche eine würdige Sprache gegen ihn führte, er fiel durch den Willen der intelligenten Bevölkerung, durch die Nationalgarde und akademische Jugend, weil er der jungen Freiheit störend in den Weg trat. Freiherr v. Pillersdorf

übernahm das Präsidium im Ministerrathe, Freiherr v. Lebzeltern dagegen das Departement der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses. Ebenfalls wurde der Freiherr v. Talatzko seiner Leitung der Geschäfte der niederösterreichischen Regierung enthoben und Graf Montecuculi trat an seinen Platz. Bald darauf erschien eine amtliche Bekanntmachung, welche dem Willen des Volkes nachkam und die Congregationen der Redemptoristen und Redemptoristinnen, sowie den Orden der Jesuiten aufhob.

Am 11. Mai wurde ein Ministerium des Handels, des Ackerbaues und der Industrie unter Baron Dobblhof, und ein Ministerium für öffentliche Arbeiten unter Hofrath Baumgarten errichtet.

Wie sehr die reactionaire Partei thätig war, alle bis jetzt gemachten Concessionen wieder aufzuheben oder doch nur scheinbar zu machen, setzte sich in den jetzt folgenden Tagen ins helle Licht, wo man mittelst einer Sturmpetition das den Kaiser umgarnende Lügengewebe durchdrang und mit den nothwendigen Forderungen zu ihm selbst gelangte. Es wollte sich am 15. Mai ein berathendes Central-Comité der Nationalgarde constituiren, allein schon Tags zuvor erließ der Minister v. Pillersdorf, dessen Sonne allmälig anfing zu sinken, ein Dekret, worin er die Auflösung des Central-Comité's verfügte, weil er darin neben der eigentlichen Regierung noch eine provisorische erblickte. Sofort nach Erlaß desselben entwickelte sich eine ungeheure Aufregung in Wien, die von Stunde zu Stunde einen bedrohlicheren Charakter annahm. Die Nationalgarde und akademische Legion besetzten alle Hauptplätze in der Stadt und es wurde eine Deputation zum Ministerrathe gesandt, welche folgende Forderungen stellte: 1) Zurücknahme des Tagsbefehles vom 14. Mai wegen Aufhebung des politischen Central-Comités der Nationalgarde; 2) Aufhebung des Wahlgesetzes und Erlassung eines neuen

mit einer Kammer oder bessere Zusammensetzung der ersten Kammer; 3) Entfernung des Militairs aus der Stadt. Man drohte nicht eher auseinander zu gehen, bis diese Forderungen bewilligt wären, und wirklich erschien gegen 10 Uhr Abends ein Erlaß der Regierung, welcher die Ruhe herstellte. Er enthielt die Versicherung, daß der erste Reichstag den Charakter einer constituirenden Versammlung haben und sich auf eine Kammer beschränken solle, das provisorische Wahlgesetz solle einer Prüfung unterzogen werden, sowie endlich Befriedigung der Wünsche der Nationalgarde, indem nämlich die Stadtthore und die Burgwache gemeinschaftlich von dem Militair und der Nationalgarde besetzt werden solle, ersteres auch in den Fällen nur herbeizurufen sei, wenn es die Nationalgarde selbst verlange.

So war diese Revolution friedlich vergangen und zu bedauern war nur, daß die Nationalgarde sich nicht anfänglich in ihrem ganzen Umfange energisch betheiligte, sondern die akademische Legion, diese bewunderungswürdigen Vorkämpfer der Freiheit, nebst den Arbeitern, welche dieselben unterstützten, allein ließ. Nach und nach gesellten sich freilich immer mehr Nationalgarden zu den Studenten, bis endlich eine imposante Macht gebildet war, welche nun unter Vortragen einer Fahne mit der Inschrift: »Wir wollen eine Kammer und innigen Anschluß an Deutschland« und unter Absingen des Arndt'schen Liedes: »Was ist des Deutschen Vaterland?« und des Körner'schen Schlachtliedes sich nach der Burg zu bewegte, bis sie sich am Constitutionsplatze bis nach dem Stephansplatze zu aufstellte. Überall mußten die verhaßten schwarzgelben Fahnen eingezogen und die deutschen Banner aufgezogen werden. Barrikadenmacher fanden sich bei allen Compagnien und im Laufe des Abends stellten sich auch noch Nationalgarden der Stadt, hauptsächlich aber aus den Vorstädten ein. Der Hauptpunkt der ganzen Petition wurde erst gegen 12 Uhr

bewilligt, nämlich daß die Verfassung zurückgenommen und nur eine Kammer berufen sei zur Entwerfung einer neuen Verfassung. Nach Bekanntmachung desselben zogen die Massen ruhig auseinander und selbst in den Vorstädten fielen keine weitere Ruhestörungen mehr vor. Die Stadt war am Abend freiwillig erleuchtet. Vor dem Hause Pillersdorf hatten sich die Massen versammelt, er erschien am Fenster, sprach zu der Versammlung, ja er mußte sogar auf die Straße herunter, wo er die Versicherung gab, daß Alles, was das Volk wolle, gewährt sei, er verpfände dafür Wort und Unterschrift. Dann bat er das Volk, ruhig zu Hause zu gehen, was auch geschah. Man kann wahrlich die Haltung der akademischen Legion und der Nationalgarde nicht genug loben, ihren Muth und ihre Ausdauer in Erringung der wahren Freiheiten, wenn man bedenkt, daß eine große Militairmacht schlagfertig ihnen gegenüber stand und nur des Winks gewärtig war zum Einschreiten. So waren die Thore dreifach besetzt, auf dem Glacis standen die Truppen dicht gedrängt, Cavallerie und sogar Artillerie, deren Bedienung mit brennenden Lunten neben ihrem Geschütze sich befand.

Am 17. Mai meldete die Wiener Zeitung die Auflösung des Hofkriegsraths mit dem Schlusse des Monats. Auch die Minister hatten in Folge des 15. Mai ihre Entlassung eingereicht, wurden jedoch vom Hofe bewogen, bis zur Herstellung eines neuen Ministeriums auf ihren Plätzen zu verbleiben.

Der Sieg vom 15. Mai hatte indeß noch eine andere Folge, welche die Bevölkerung in nicht geringe Bestürzung versetzte. Die Hofpartei hatte mit den vom Kaiser verlangten Concessionen einen herben Schlag bekommen, es ließ sich denken, daß sie denselben nicht unempfindlich hinnahm, sondern auf Rache brütete. Sie suchte den Kaiser in einen offenen Bruch mit der Residenz zu bringen, was ihr auch leider nur zu bald gelang. Am 17. Mai erschien plötzlich eine

Kundmachung des interimistischen Ministeriums, daß ihm am Abend um 9 Uhr die mündliche, unerwartete Mittheilung zugegangen sei, der Kaiser habe aus Gesundheitsrücksichten mit der Kaiserin, dem Erzherzoge Franz Carl, dessen Gemahlin und drei Prinzen die Residenz verlassen und den Weg nach Innsbruck eingeschlagen. Das Ministerium erklärt ferner, die Gründe und näheren Umstände dieser Reise nicht zu kennen und hat sogleich die Grafen Hoyos und Wilczek an den Kaiser und den Erzherzog abgesandt mit der dringenden Bitte, die Bevölkerung durch die Rückkehr derselben oder durch die offene Darstellung der Gründe, welche dieselbe unmöglich machen, zu beruhigen.

Die unmittelbare Folge dieser Bekanntmachung war, daß ein großer Theil der Aristokratie seine Wagen packte und die Stadt verließ, daß die Handels- und Börsenmänner, welche früher eine liberale Maske ausgehängt, plötzlich reactionair, ja daß ein Theil der Nationalgarde sich den conservativen Grundsätzen zuneigte. Die Hofpartei, im Bunde mit der Reaction, hatte durch die Entführung des Kaisers, welchen man durch allerlei lügenhafte Vorspiegelungen, unter anderen, daß die Studenten ihn überfallen und gefangen nehmen wollten, eingeschüchtert hatte, eine Verwirrung und Anarchie in der Hauptstadt beabsichtigt; man wollte die akademische Legion, die man als die Haupttriebfeder der ihr entgegenstehenden Bewegung ansah, mit der Bevölkerung und besonders der Nationalgarde entzweien und mittelst Auflösung derselben den alten Glanz und die Herrlichkeit des Polizeistaats wieder einführen. Aber man hatte sich geirrt. Die akademische Legion zeigte in Verbindung mit der Nationalgarde eine solche Mäßigung und Ordnung, daß alle jene im Finstern gebrüteten Pläne daran scheiterten. Auch jene Beschuldigungen, womit der Hof von Innsbruck aus in einem Manifeste die Bewohner Wiens, insbesondere aber die akademische Legion überhäuft und worin

es heißt, daß dem Kaiser die Concessionen vom 15. Mai gewaltsam abgedrungen seien, auch diese Beschuldigungen, welche darauf gerichtet waren, die Provinzen wider die Hauptstadt aufzureizen, verfehlten ihres Eindrucks.

Endlich sollte der entscheidende, wie man sagt, vom Grafen Bombelles eingeleitete, vom Grafen Colloredo, Hye, Freiherrn Pereira, Grafen Breuer und Professor Endlicher in Ausführung genommene Schlag fallen. Schon lange hatte man daran gearbeitet, die akademische Legion aufzulösen, mit dem 24. Mai wurden die Collegien geschlossen, die Ausscheidenden sollten ihre Waffen an den Commandanten abgeben. Am 26. Mai Morgens verkündet ein Maueranschlag Montecuculi's der Legion, daß sie sich binnen 24 Stunden aufzulösen, die Gewehre abzuliefern und sich der Nationalgarde einzureihen habe. Letztere wurde mit der Vollstreckung dieses Befehls beauftragt. Fast wäre man dem Befehle nachgekommen. Als aber die Garnison ausrückt, die Thore der Stadt und mit Kanonen den Universitätsplatz besetzt, veränderte sich die Lage der Dinge. So inconsequent handelte der Minister, daß er, obgleich er in seinem Erlaß speciell die Nationalgarde mit der Entwaffnung der Legion beauftragt, Militair ausrücken läßt, obgleich der Kaiser am 16. Mai versprochen, dieses nur auf Aufforderung der Nationalgarde heranzuziehen. Es ließ sich natürlich auch kein Mann der Nationalgarde sehen, dagegen ertönten plötzlich die Sturmglocken in allen Kirchen, die Lärmtrommeln wirbelten durch die Stadt, in welche die Arbeiter zu Tausenden hereinzogen. Alle Straßen auf die Universität zu wurden mit den prächtigsten Barrikaden gesperrt, aus allen Fenstern der umliegenden Häuser flog das Material dazu herab, die Fenster selbst wurden mit Steinen angefüllt, zwischen ihnen durch blitzten die Gewehrläufe; die Nationalgarden rückten in ungeheurer Anzahl heran zum Schutze der Legion, bald war die ganze Stadt voller Barrikaden,

Deputationen über Deputationen gelangen an die Aula, mit der Bitte, daß die Legion sich nicht auflöse. Die Arbeiter, welche bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind, schicken eine Deputation an die Studenten, man möge sie doch nicht verlassen, sie wären erbötig, zur Erhaltung der ärmeren Studenten, Jeder von ihrem Taglohn (25 kr.) sich 5 kr. abziehen zu lassen. Die Studenten lehnten mit dem wärmsten Danke dieses rührende Anerbieten ab. Auch die Bürgerschaft Wiens, entrüstet über das Gerücht, es sei beim Rothenthurmthore auf das Volk geschossen, fing an einzusehen, daß mit Entfernung der Legion die Vormauer zum Schutze ihrer Freiheit niedergerissen sei und sie in die alten Bahnen zurückgeschleudert werden würden. Sie kamen darum zur Universität und die Wohlhabenden unter ihnen boten den Studenten Wohnung und Kost unentgeltlich an. Da zeigte sich die Wiener Bevölkerung einmal wieder in ihrem Glanze, da focht die Demokratie wiederum einen herrlichen Sieg über das finstere Treiben der Hof-Camarilla. Die Studenten erklärten, sich nicht auflösen zu wollen, man forderte Geißeln für die Errungenschaften, die Entfernung des Militairs aus Wien und die Rückkehr des Kaisers oder eines Prinzen innerhalb 14 Tagen. Von den Barrikaden wehten diesmal schwarz und rothe Fahnen, auf deren einigen die Inschrift: „Der Verräther am Vaterland Montecuculi, oder der Verräther an der Legion Colloredo vor das Gericht des Volkes“; des Grafen Hoyos und Grafen Dietrichstein bemächtigte man sich als Geißeln.

Noch an demselben Tage erschienen mehrere Bekanntmachungen des Ministeriums, die erste des Inhalts, daß man nicht auf die Auflösung der akademischen Legion und Vereinigung derselben mit der Nationalgarde beharre, vielmehr erwarte, die akademische Legion werde selbst die Bürgschaften anbieten, um die Sicherheit und Rückkehr des Kaisers möglich

zu machen. Eine zweite hält die Zusicherungen des Kaisers vom 15. und 16. Mai in ihrer ganzen Ausdehnung aufrecht. Die akademische Legion besteht unverändert. Das Militair muß in die Kasernen zurückgezogen werden und die Thorwachen werden von den drei Wehrkörpern gleichmäßig bezogen. Eine dritte giebt dem Militair Befehl abzuziehen und verspricht den arbeitslosen Arbeitern Arbeit, wogegen sie zur Ruhe ermahnt werden. Eine vierte endlich bestätigt den Abzug des Militairs und bestimmt, daß dasselbe nur über Aufforderung der Nationalgarde zur Unterstützung derselben aufgeboten werden könne.

Seit dieser Zeit ist es nun der neu organisirte Ausschuß von Bürgern, Nationalgarden und Studenten zur Aufrechthaltung der Ordnung und zur Wahrung der Volksrechte, welcher an der Spitze der Bewegung steht und Bürgschaft ist, daß die so vielfach angegriffenen Errungenschaften eine Wahrheit werden.

Zu Ende des Mai verschwinden allmälig die Barrikaden, der Verkehr nimmt wieder zu, die Nationalgarde unter Leitung ihres Obersten Pannasch versieht ihren Dienst musterhaft, während der Hof seine Residenz in Innsbruck aufgeschlagen, wohin ihm die fremden Gesandtschaften gefolgt sind.

Am 3. Juni erschien ein Erlaß des Kaisers aus Innsbruck an die Wiener, worin derselbe, frei von Einflüssen jeglicher Art, kund giebt, an den Zugeständnissen des 15. Mai festzuhalten, und worin er dieselben mit Recht nicht als den Wunsch einer einzelnen Partei, sondern des gesammten Volkes betrachtet. Diese Proclamation rief einen wahrhaften Jubel hervor.

Der 16. Juni brachte eine Ansprache des Kaisers »an seine getreuen Niederösterreicher«, von Wessenberg und Dobblhof contrasignirt, worin er den ersten Reichstag als einen constituirenden erklärt, der Natur eines solchen gemäß die Wahlordnung abzuändern sei, und dieser Reichstag von ihm selbst in seiner Residenzstadt Wien eröffnet werden solle.

Am 29. Juni ward der Erzherzog Johann zum Reichsverweser für Deutschland in der Frankfurter Versammlung erwählt. Die Nachricht verbreitete in Wien, wie in ganz Deutschland, ungeheuern Jubel. Der Kaiser hatte ihn an seiner Stelle zum Statthalter in Wien ernannt und war er bereits am 24. Juni eingetroffen und in der Hofburg abgestiegen.

Der in Aussicht stehende constituirende Reichstag rückte jetzt immer näher heran, während das Ministerium Pillersdorf immer wankender wurde. Daß Pillersdorf, welcher in die Fußstapfen Ficquelmonts getreten, fallen müsse, darüber herrschte nur eine Stimme. Ein Mann, der fast alle Erlasse, die von ihm ausgingen, wieder zurücknehmen mußte, taugte natürlich nicht, das Präsidium im Ministerrathe zu führen in einer so wichtigen Zeit, wo der Reichstag vor der Thür.

Am 14. Juli fand ein allgemeines Versöhnungsfest zwischen Militair und Bürgern statt. Veranlassung dazu war die Mißstimmung des Militairs gegen die Bürger seit einiger Zeit, durch die Presse hervorgerufen und genährt, so daß es bereits zu einigen Reibungen gekommen war. Man erwartete Tags zuvor von Seiten des Militairs einen Coup in der Stadt und die Gemüther sahen mit Bangigkeit dem Augenblicke entgegen. Statt dessen erschien ein Aufruf des Militairs an die Nationalgarde, zu einem Versöhnungsfeste im Augarten unbewaffnet zu erscheinen. Bald sah man einen unabsehbaren Zug, von Nationalgarden und Officieren der Linie untermischt, voran mehrere Generäle, durch die Straßen dem Augarten zuziehen. Fünf Musikbanden spielten und unzählige Hochs von Seiten des Volks begrüßten den Zug. Im Augarten hielt der General Frank auf offnem Platze eine Rede, worin er sagte, daß das Militair sich nicht als Mittel der Reaction hergeben, sondern für alle Errungenschaften mitkämpfen werde ꝛc. Der Oberkommandant Pannasch antwortete mit wenigen Worten, indem er Deutsch-

land und die Volkssouverainität hervorhob. Nach noch mehreren Reden, Hochs und Umarmungen ging der Zug wieder zur Stadt und in die Kasernen zurück.

Endlich am 17. Juli kam nach langer Krise die Bildung eines neuen Ministeriums zu Stande, und zwar: Conseils-Präsident, Minister des Hauses und des Äußern: von Wessenberg; Inneres: v. Dobblhof; Justiz: Dr. Alex. Bach; Krieg: Latour; Finanzen: von Kraus; Unter-Staatssecretair im Ministerium der Finanzen: von Stifft; Handel: Theodor Hornbostl; Unterricht: von Dobblhof; Unterstaatssecretair im Ministerium des Unterrichts: Dr. v. Feuchtersleben; öffentliche Arbeiten: v. Schwarzer. Ob dieses Ministerium von Dauer sein, oder ebenfalls nur ein Übergangsministerium abgeben würde, wurden bald vielfache Bedenken erhoben, stand ihm doch immer noch eine, mit auswärtigen Mächten in Verbindung stehende Camarilla, welche im Bunde mit Windischgrätz, Radetzky und dem geächteten Ban von Croatien, Jellachich, eine Intriguen-Politik handhabte, entgegen. Nur wenn es dem Volke gelungen, diese von sich abzuschütteln, könnten wir einem aus dem wahren Volkswillen hervorgegangenen Ministerium Dauer prophezeien.

Am 22. Juli eröffnete Erzherzog Johann als Stellvertreter des Kaisers den ersten österreichischen constituirenden Reichstag. Bereits am 30. Juli kehrte er auf seinen Posten nach Frankfurt zurück, nachdem er eine Versöhnung mit dem ungarischen Minister Batthyany und dem Ban von Croatien, Jellachich, zu Stande gebracht hatte *).

Wenn auch äußerlich die Stadt Wien um diese Zeit eine

---

*) Wir übergehen in diesem Capitel die in die österreichischen Verhältnisse so tief eingreifenden ungarisch-croatischen Wirren, da dieselben in einem spätern Capitel ausführlich werden behandelt werden.

heitere Physiognomie zeigte und der Verkehr sich wieder belebte, so war die eigentliche Stimmung doch keineswegs geeignet, die Ruhe auf lange Zeit zu verbürgen. Der Kaiser war noch immer in Innsbruck; das neue Ministerium bewies bald, daß es einen andern und zwar einen separatistischen Weg, den deutschen allgemeinen Interessen fern, gehe. Man ging dem Ministerium in Frankfurt zu weit; so ließ der Kriegsminister Latour das Militair ebensowenig die von Frankfurt aus vorgeschriebenen deutschen Kokarden anlegen, wie er ihm nicht den Erlaß des Reichsverwesers für den 6. August mittheilen ließ. Der Minister Schwarzer, welcher früher für ein Aufgehen des deutschen Österreichs in Deutschland geschwärmt, redete jetzt nur von der einen untheilbaren Österreichischen Gesammt-Monarchie. Die Ungarn dagegen erklärten ihre Sympathien für Deutschland und daß das Ministerium im Falle eines Krieges, in Folge von Conflicten mit der Centralgewalt, auf die Hülfe der Ungarn nicht rechnen könne. — Am 12. August nun kam endlich der Kaiser, mit ihm die Kaiserin, Erzherzog Franz Carl, Sophie und deren Söhne, in Wien an, allein trotz der großen Empfangsfeierlichkeiten, trotz dem, daß ganz Wien und die Umgegend auf den Beinen war, war der Empfang doch ein kühler, das innige Vertrauen, die herzliche Anhänglichkeit an den »guten Kaiser,« die seit Jahrhunderten dem Wiener so eigen, waren erschüttert. Der Hof nahm seinen Wohnsitz in Schönbrunn. Am 19. August hielt der Kaiser eine Revüe über die gesammte Garnison und die Nationalgarde. Das compagnieweise vorgenommene Defilé dauerte 3 Stunden. Wohl wurden dem Kaiser Hochs von den Garden gebracht, welche Bedeutung man aber denselben beilegen mußte, erfuhr man, wenn man sie mit den stürmischen Hochs verglich, welche den neben dem Hofe postirten Reichstags-Depütirten gebracht wurden. Die akademische Legion schritt in tiefstem Schweigen vorüber, aber,

bei den Deputirten angekommen, brach sie in ein einstimmiges Hoch! aus.

Der 23. August brachte eine Arbeiter-Emeute. Ursache derselben war die durch das Ministerium am 18. August verfügte Herabsetzung des Arbeitslohns für Weiber und junge Leute um 5 Kreuzer. Schon am 21. zogen ungeheure Arbeiterhaufen in die Stadt, welche eine drohende Stellung einnahmen. Eine große Bestürzung bemächtigte sich der Bevölkerung, man schloß die Läden. Eine Deputation von Arbeitern begab sich zum Minister Schwarzer und forderte Zurücknahme des Erlasses vom 18., allein vergebens. Die Aufregung wuchs, aber der Tag ging, sowie der darauf folgende, ruhig vorüber. Am 23. veranstalteten im Prater die Arbeiter eine Procession mit einer Puppe, den Minister Schwarzer vorstellend, welche sie aufhängen oder begraben wollten. Als sie mit Hacken und Schaufeln aus dem Feldwege des Praters kamen, war hier bereits Municipalgarde neben der durch Trommelschlag herbeigerufenen Nationalgarde aufgestellt. Man sagt, die Arbeiter sollten diese verhöhnt und dadurch den in seinen Folgen so bedauerlichen Angriff der Nationalgarde hervorgerufen haben, welche sich hierbei mit einer unmenschlichen Wuth benommen hat. Man nahm den Arbeiterhaufen in die Flanken, hieb auf die grausamste Weise auf die meist Wehrlosen ein, drang mit gefälltem Bajonett vor und schoß auf die unbarmherzigste Weise. Man verfolgte die Fliehenden bis über die Taborbrücke und machte viele Gefangene. Es gab mehre Hundert Verwundete, sowie eine Menge Todte, auch das Militair zählte einige Verwundete. Eine große Entrüstung rief das so voreilige und wüthende Einschreiten der Bürger hervor und man warf alle Schuld dieses unglücklichen Auftritts dem Minister Schwarzer vor, welcher in die von der Camarilla und der schwarzgelben Reactionspartei gestellte Falle gegangen, indem er den Lohn der

Arbeiter von 20 auf 15 Kreuzer herabsetzte und damit einen solchen Zusammenstoß zwischen diesen und der Nationalgarde herbeiführte. Daß es auch auf einen Conflict mit der akademischen Legion abgesehen war, läßt sich nicht bezweifeln, war diese doch das der Camarilla verhaßteste Institut, welches zu stürzen ihre eifrigste Bemühung; allein vergebens, die Legion von richtigem Instinct geleitet oder das Gewebe durchschauend, betheiligte sich in keiner Weise bei dem Aufstande. Eine andere Folge dieser Ereignisse war die Auflösung des Sicherheits-Ausschusses, welchem man von der Benutzung der Nationalgarde gegen die Arbeiter keine Anzeige gemacht hatte. Er verwandelte sich in einen demokratischen Verein zur Wahrung der Volksrechte. Die gefallenen Arbeiter wurden übrigens auf das Feierlichste zur Erde bestattet, die ganze akademische Legion, sowie ein Theil der Nationalgarde und der Sicherheits-Ausschuß gaben ihnen das Trauergeleit.

Am 9. Septbr. wurde die hier angekommene Deputation Ungarn beim Kaiser vorgelassen. Sie wollte denselben zu einem Besuche nach Pesth einladen, und bat um Sanctionirung der selbstständigen ungarischen Armee und des Papiergeldes. Die Antwort des Kaisers, in der er unter Anderm sagte, »daß die zur Sanction vorgelegten Gesetze ebenso, wie die Lösung der Frage über die kroatisch-ungarische Angelegenheit, im geeigneten Wege durch das Ministerium erfolgen, daß aber erstere jedenfalls eine Modification erhalten würden,« befriedigte die Ungarn keineswegs, sie reisten sofort ab. Dazu wurde die Mißstimmung in Ungarn noch vermehrt durch ein angebliches Handbillet an den Ban Jellachich, wo dieser ehemals als Hochverräther angeklagte Mensch aufgefordert wird, für das Wohl der Gesammtmonarchie, für die Aufrechthaltung der Integrität der Krone Ungarns und für die ersprießliche Entwickelung der Verhältnisse der ungarischen Nebenländer weiter fortzuwirken. In Folge der Unruhen in

Ungarn dankte der Palatin, Erzherzog Stephan ab und begab sich nach Wien, Fürst Lamberg wurde zum Civil- und Militair-Gouverneur für Ungarn ernannt, zugleich ihm der Oberbefehl über sämmtliche ungarische und kroatische Truppen ertheilt.

So verfloß der Monat September ziemlich ruhig. Nur die gedrückten Verhältnisse, das Herunterkommen der Handwerker und Gewerbetreibenden, welche vom Ministerium eine Unterstützung durch den Staat verlangten, gab Anlaß zu einigen Demonstrationen. Auch fielen einige Katzenmusiken vor, da die schwarzgelbe Partei es nicht unterließ, durch das Aufstecken dieser Farben die gereizte Stimmung des Volks zu vermehren. Doch waren alle diese Vorfälle von wenig Bedeutung, die Ruhe schien in Wien selbst wiederhergestellt zu sein und sehnsüchtig blickten Alle auf die Ereignisse in Ungarn.

Schon der Anfang des Monats October schien aber in der Geschichte der Wiener Revolution einen bedeutsamen Wendepunkt herbeizuführen. Mit allgemeiner Ungeduld blickte man auf die Entwicklung der Ereignisse in Ungarn, es hatte sich wiederum eine Bewegung und Spannung der Gemüther bemächtigt wie in den Tagen des März. Am 25. September waren vom Kaiser zwei von keinem verantwortlichen Minister contrasignirte Manifeste, das eine an die Völker, das andere an die Armee in Ungarn gerichtet, erschienen. Nach denselben übernimmt Graf Lamberg sofort den Oberbefehl über alle in Ungarn befindlichen bewaffneten Corps; ferner habe er für Herstellung der Waffenruhe zu wirken rc., sich in das ungarische Hauptquartier zu verfügen, dort alle Feindseligkeiten einzustellen und einen gleichen Befehl an den Ban von Croatien zu erlassen. Am 27. reiste Graf Lamberg von Wien ab, wurde indeß schon am Tage darauf auf der Pesther Brücke getödtet und von dem Pesther Pöbel auf eine grausame Weise verstümmelt. Ungeheuer war die Aufregung, welche diese

Nachricht in Wien verbreitete, auch verfehlte sie nicht eines tiefen Eindrucks auf die Minister Latour und Wessenberg, welche die Kunde von dem Morde während der Reichstagssitzung erhielten. Am 3. October erschien ein neues kaiserliches Manifest, welches den Ban Jellachich zum Civil- und Militair-Gouverneur von Ungarn ernennt, den Reichstag daselbst auflöst und alle Beschlüsse der provisorischen Regierung, die nicht die königliche Sanction haben, für ungültig erklärt. Der Feldzeugmeister Adam von Recsey wird zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt. Alle diese traurigen Maßregeln, welche so offenkundig die Widersetzlichkeit der österreichischen Camarilla gegen den Willen der Völker bekundeten, brachten in Wien eine lebhafte Gährung hervor, doch blieb die Stadt noch ruhig, bis endlich die Camarilla ihre letzte Mine springen ließ und am 6. das große Trauerspiel seinen Anfang nahm, welches noch gegenwärtig nicht zum Schlusse gediehen.

Zwei Wiener Grenadierbataillone hatten Befehl erhalten nach Ungarn zu marschiren, ein Theil derselben widersetzte sich. Sie wurden deshalb, als sie am Morgen 5½ Uhr ausrückten, von einem Regimente Cuirassiere escortirt. An der Donaubrücke hinderte bewaffnetes Landvolk ihre Weiterreise und brach hierzu die Brücken ab, so daß die Cuirassiere nicht folgen konnten. Inzwischen waren auch Nationalgarden herbeigeeilt, die sich ebenfalls dem Abmarsche der Truppen widersetzten. Zum Schutze der letztern wurde sofort ein Bataillon, das Regiment Nassau, später auch Artillerie abgesandt und es kam nun zwischen diesen, sowie Garde, Grenadieren und Volke zu einem hitzigen Kampfe, woran auch Studenten Antheil nahmen. Ein schrecklicher Kampf! Soldaten gegen Soldaten, Bürger gegen Bürger; auch aus den Fenstern wurde geschossen. Das Gefecht zog sich von der Leopoldstadt um Mittag in die Stadt hinein. Zwischen 4 bis 5 Uhr wurde das Kriegsministerium, dessen nur schwache

Besatzung sofort hatte weichen müssen, erstürmt und durchsucht. Hier nun begab sich ein Schauspiel, ein Seitenstück zu dem Morde auf der Pesther Brücke, welches Zeugniß ablegt von dem Fanatismus des Volkes, der allen Gesetzen der Menschlichkeit Hohn spricht. Schon war der Ruf: »Latour muß hängen!« vielstimmig gehört. Drei Abgeordnete begeben sich auf einem Seitenwege zu ihm, um ihn zu bewegen, seine Abdankung zu unterzeichnen und den Befehl zum Zurückziehen des Militairs zu geben. Er thut es, der Vicepräsident Smolka verkündet es dem Volke, allein man glaubt ihm nicht, man will es aus Latour's eigenem Munde hören. Kaum aber erscheint der Unglückliche, von dem man wußte, daß er den Kroaten Waffen, Munition und Geld hatte zuführen lassen, unter starker Bedeckung auf dem Platze vor dem Kriegsgebäude, so stößt das Volk seine Bedeckung hinweg, ergreift ihn, tractirt ihn mit Hammerschlägen, Treten, Messerstichen, Schlägen mit Eisenstangen auf das grausamste. Dann reißt man ihm die Kleider vom Leibe, knüpft ihm einen Strick um den Hals und hängt ihn an einem Laternenpfahle auf, wo noch Einige nach ihm schießen. Alle Bemühungen der Deputation, besonders des Abgeordneten Borrosch, dessen Leben selbst dabei in Gefahr kommt, den Kriegsminister zu retten, sind vergebens. Darauf baut man Barrikaden, der Telegraph wird zerstört und die Schienen der Nordbahn ausgehoben, um den Zuzug von Militair zu hindern. Am Zeughause, das von Militair und schwarzgelben Nationalgarden besetzt war, wurde die ganze Nacht hindurch gekämpft; nachdem dasselbe von der Bastei aus in Brand geschossen, wurde es nach einem blutigen Kampfe vom Volke erstürmt und die Waffen daraus entnommen. Während der ganzen Nacht donnerten die Kanonen und die Glocken läuteten Sturm. Das Landvolk, sowie die Bewohner der Vorstädte eilten bewaffnet zum Schutze der Wiener in die Stadt.

Nach diesen Begebnissen, und da noch Schlimmeres zu befürchten, erklärte sich der Reichstag in Wien, nachdem der Präsident Strohbach entflohen und der Vicepräsident Smolka seinen Platz eingenommen, permanent; eine Commission zur Wahrung der Ordnung und Sicherheit der Stadt wird ernannt, man übernimmt die Executiv-Gewalt, läßt jedoch alle Erlasse vom anwesenden Minister Hornbostl (die meisten Minister sind geflüchtet) gegenzeichnen, um nicht vom gesetzmäßigen Wege abzuweichen. Um 8 Uhr Abends begiebt sich eine Deputation zum Kaiser nach Schönbrunn und verlangt die Ernennung eines neuen volksthümlichen Ministeriums, Abdankung des alten, Widerrufung des Manifestes an die Ungarn, Absetzung des Ban Jellachich, Amnestie für das mit dem Volke kämpfende Militair und Ernennung des Abgeordneten Scherzer zum Obercommandanten der Nationalgarde. Inzwischen dauert der Kampf fort, bis das Militair die Stadt verläßt und sich am Belvedere lagert. Wien, sowie ebenfalls die Unverletzlichkeit des Reichstags und die Sicherheit des Thrones, wurden unter den Schutz der Nationalgarde gestellt.

Um 8 Uhr Morgens am 7. October verließ der Kaiser mit dem Hofe Schönbrunn und begab sich auf die Flucht gen Linz zu. Die ganze Besatzung von Schönbrunn folgte ihm. Er hinterließ eine von keinem Minister gegengezeichnete Erklärung, worin er ausspricht, die Nähe Wiens verlassen zu müssen, „um anderswo die Mittel zu finden, die unterjochte Wiener Bevölkerung zu befreien.“ Worin diese Mittel bestanden, werden wir leider bald mittheilen.

Die Ereignisse drängen sich jetzt so rasch und ungestüm, die einzelnen Verhältnisse liegen noch so wenig speciell entfaltet vor uns, daß wir von nun an nur die Hauptmomente hervorheben können.

Die kroatische Armee in Ungarn unter dem Ban Jellachich, welche eine Niederlage erlitten und das ungarische Gebiet verließ, brach, so lautete bald die Kunde in Wien, gegen die Hauptstadt auf. General Auersperg lagerte mit den zurückgezogenen Truppen im Schwarzenbergischen Garten und am Belvedere, es wurden Deputationen an die beiden Feldherren geschickt, die Antworten derselben sind stets ausweichend und zweideutig. Deshalb sucht man die Stadt gegen jeglichen Angriff zu befestigen, der Landsturm ist aufgeboten und Freiwillige, besonders Nationalgarden aus Brünn, Baden, Vöslau u. s. w. ziehen von allen Seiten in großen Schaaren der Stadt zu. Erfreulich kommt den Wienern die Nachricht, daß 10 bis 15000 Ungarn unter Messaros im Anzuge sind. Kossuth durchzieht Ungarn und fordert mittelst seiner begeisternden Rede zum Kampfe für Wien auf. Am 10. October befand sich der immer näher rückende Jellachich bereits in Simmering. Die Verbarrikadirungen der Stadt werden indeß rastloser denn je betrieben; die akademische Legion, von Nationalgarden unterstützt, besetzt die Basteien, Fremde verlassen zu Tausenden die Stadt, die Läden sind geschlossen, auf den Straßen ist es öde, nur die kriegerischen Bewegungen, das Klirren der Waffen, das Arbeiten an der Vertheidigung bringen einiges Leben in die sonst so heitere Stadt. So verworren indeß auch die Zustände selbst sind, so wird die Ruhe und Ordnung der Stadt auf keine Weise gestört. Die Nationalversammlung entfaltet eine rastlose Thätigkeit, unbekümmert daß die czechischen Abgeordneten sie verlassen und gegen das deutsche Element feindlich auftreten. Ihr zur Seite stehen der Gemeinderath und die Nationalgarde, an deren Spitze der Commandant Messenhauser.

Der Kaiser oder vielmehr die ihn umgebende Camarilla hatten freilich ein ganz anderes Resultat erwartet, als sie den Kaiser zur Flucht vermochten. Sie erwarteten nichts weniger,

als daß eine Anarchie, eine Pöbelherrschaft um sich greifen sollte. Sie hätten dann einen haltbaren Grund zur Entführung gehabt. Statt dessen geschah das Gegentheil, Wien blieb ruhig, der Reichstag setzte in würdevoller und gesetzmäßiger Haltung seine Berathungen fort, und auch die Legion zeigte sich bereit, wie sie es immer gethan, auch nicht einen Schritt von dem ruhigen Wege abzugehen, den sie seit März betreten hatte. Im Anfange noch ungewiß, wohin sich der Hof wenden solle, zog er unsicher bald hier bald dort hin, bis endlich sein Entschluß festzustehen schien, und er in der Festung Ollmütz sich am sichersten wähnte, von wo er, wenn er vielleicht auch hier bedroht werden sollte, bald nach allen Seiten entfliehen konnte. Hierher begab sich auch der flüchtige Minister Wessenberg. Es erschienen in Ollmütz bald darauf Deputationen über Deputationen aus Wien, um den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen und dem Jellachich Befehl zum Umkehren zu geben, allein Alle wurden kalt entlassen.

So standen die Sachen ohne jegliche Entscheidung bis in die Mitte Octobers, als auch Windischgrätz mit Truppen Prag verließ, um in Eilmärschen sich nach Wien zu begeben, die aufrührerische Hauptstadt zu züchtigen. Die Horden des Jellachich lagen dicht vor Wien und man erkannte bald in der Stadt die Gefahr einer gänzlichen Einschließung.

Am 17. October erschienen vier Deputirte von der Frankfurter Linken in der Nationalversammlung und Abends im Sitzungslokale der Studenten, wo Robert Blum, ihr Wortführer, in einer Rede den Muth und die Ausdauer der akademischen Legion pries. Sie ließen sich dann sämmtlich in die Uniform der Legion einkleiden, um am bevorstehenden Kampfe Theil zu nehmen. — Die Wiener Bevölkerung, in beständiger Spannung, ward täglich durch Gerüchte, Signale, Gewehrfeuer, selbst kleinen Kanonaden, in Alarm versetzt, meistens unnöthiger Weise, da die Ursachen gewöhnlich nur

unbedeutende Vorpostengefechte, kleine Neckereien zwischen den Vertheidigern der Vorstädte und den Kroaten waren, die jedoch häufig Vielen das Leben kosteten.

Wien war am 18. October gänzlich eingeschlossen, nur bei der einen Nußdorfer Linie war noch Zufuhr möglich. Das Hauptquartier Auerspergs war in Inzersdorf, seine Vorposten hatten den Wiener Berg gegen die Stadt besetzt. Auch Fürst Windischgrätz war am 21. October mit unumschränkter Vollmacht des Kaisers angekommen und hatte sein Hauptquartier dicht vor das Weichbild der Stadt gelegt. Immerfort kam noch Zuzug von Militair aus Böhmen und Mähren. Die ungarische Armee, 30000 Mann stark, hatte sich von Bruck nach Parendorf auf einen Befehl des ungarischen Reichstags zurückgezogen, man wollte den österreichischen Boden nicht ohne Befehl des österreichischen Reichstags betreten, dieser aber weigerte sich, den Befehl zu geben. Solche Nachricht mußte etwas niederschlagend auf die Wiener Bevölkerung wirken, doch hatte sich die Stadt in den besten Vertheidigungszustand gesetzt, das waffenfähige Volk war zu Mobilgarden organisirt und unter den Befehl des General Bem gestellt.

Eine Deputation des Reichstages nach Ollmütz zum Kaiser war von diesem an den Fürsten Windischgrätz verwiesen, dieselbe kehrte aber sofort nach Wien zurück, da sie sich ohne Auftrag ihrer Committenten nicht berechtigt hielt, mit dem Fürsten zu unterhandeln.

Der Kaiser vertagte darauf den Reichstag auf den 15. November und verlegte ihn nach Kremsier, dieser ging natürlich auf solche Forderung nicht ein, sondern beschloß bis auf den letzten möglichen Augenblick in seiner Thätigkeit zu beharren.

In einer Proclamation vom 23. gab der Fürst Windischgrätz der Stadt 48 Stunden Bedenkzeit zur Übergabe, widrigenfalls er mit dem Bombardement beginnen würde. Die Bedingungen, welche der Fürst stellt, z. B. Entwaffnung

des Proletariats, Auflösung der akademischen Legion rc. waren dem Gemeinderathe nicht möglich zu erfüllen.

Am 25. war die Einschließung Wiens vollständig geschehen. Das Belagerungscorps bestand aus 62 Bataillonen, 60 Escadrons und 140 Kanonen, im Ganzen ungefähr 100,000 Mann. Die Zufuhr von Lebensmitteln, die Gas- und Wasserleitungen sind abgeschnitten. Noch immerfort strömen Deputationen aus der Stadt ins Lager, wodurch die endliche Entscheidung in die Länge gezogen wird, es kommt aber keine Einigung zwischen dem Gemeinderath und dem Fürsten zu Stande, da die Behörde unfähig, den Forderungen des Marschalls nachzukommen. Die Stimmung unter Studenten und Arbeitern ist todesmuthig und entschlossen, dagegen unter der Nationalgarde schon hier und da zweifelhaft und lau. Aus den Vorstädten strömen bereits Viele der innern Stadt zu. Die Taborbrücke ist, um den Truppen den Übergang unmöglich zu machen, in Brand gesteckt, sowie ein dem Feinde günstig gelegenes Haus an der Nußdorfer Linie zusammengeschossen. Die Thore werden auf das festeste verbarrikadirt.

Am 26. October Abends ist die Frist verstrichen, welche der Fürst der Bevölkerung gesetzt. Noch hat kein Angriff stattgefunden, das Artilleriegefecht am Tage wurde durch die Kampflust der Wiener Artillerie an der Linie hervorgerufen. Es entspinnt sich dann an der Nord- und Ostseite der Vorstadt Landstraße ein ziemlich hitziger Kampf, welcher bis nach 7 Uhr Abends fortgesetzt wird. Eine halbe Stunde später fallen zwei Artilleristen von Kartätschen getroffen, welches unter den Proletariern einen solchen Schreck verursacht, daß sie eilig die Barrikaden in der Jägerzeile verlassen und flüchten. Eine Stunde später jedoch wird diese wichtige Position wieder besetzt.

Die am 27. October unternommenen Vermittelungsversuche sind an dem Festhalten des Fürsten Windischgrätz

gescheitert, namentlich verlangt er die Auslieferung des General Bem, des Dr. Schütte, des frühern Staatssecretair Pulsky und der Mörder Latour's. Der Tag verlief ruhig.

28. October 11 Uhr. Die Kanonade hat von allen Seiten begonnen, hauptsächlich auf der südlichen und östlichen Seite der Stadt, weniger auf der westlichen; an der Nordostseite der Leopoldstadt wird kein Schuß gehört. Die Sturmglocke vom St. Stephan verkündet der Stadt den furchtbaren Angriff, die Truppen greifen die Leopoldstadt an, sie rücken vom Prater auf die Jägerzeile, vom Augarten auf die Taborstraße zu. Ein Bataillon vom Regiment Schönhals, welches die erste Barrikade in der Jägerzeile erstürmte, findet einen so energischen Widerstand, daß es fast ganz aufgerieben wird. Andringenden Jägern und Grenadieren gelingt es, dieselbe zu nehmen. Der Kampf ist besonders in den Nebenstraßen ein verzweifelter, die Kugeln, Granaten und Raketen sausen durch die Lüfte und schlagen zahlreich in die Häuser, hier und da, besonders in der Vorstadt Wieden steigen bereits Rauchsäulen auf. Ebenfalls entstehen Feuersbrünste in der Franzensbrückegasse am Ausgange der Jägerzeile, beim Gasometer und in der Nähe des Gloggnitzer Bahnhofes. Nach 12 Uhr bewegen sich bereits Sturmkolonnen gegen die Erdberger und St. Marxer Linie und dringen ohne sehr starken Widerstand in die Vorstadt Landstraße. Der Barrikadenkampf beginnt. Auch über die Erdberger Linie und durch die Antongasse, sowie gegen die Sophienbrücke rücken Colonnen vor. Aus den Häusern wird auf die Stürmenden geschossen, worauf das Raubgesindel der Kroaten die Häuser erstürmt und die scheußlichsten Gräuelthaten begeht. Die Vorstadt Landstraße ist gegen 2 Uhr größtentheils in den Händen der Soldaten. Die Aula wird hauptsächlich mit Bomben begrüßt. Nachmittags 5 Uhr ist das Militair in der Vorstadt Sieger, die Garden verziehen sich in die Stadt. Auch in die übrigen Vorstädte

dringen die Truppen ein, ihre Sappeure durchschlagen die Brandmauern in allen Häusern der Jägerzeile, um den Soldaten das rasche Vordringen zu erleichtern und damit sie aus den Häusern auf die hinter den Barrikaden Kämpfenden feuern können; welches jedoch auf den Böden von den Vertheidigern schon geschehen, um auf diese Weise zu flüchten. Plünderung und Zerstörung sind allgemein. Am heftigsten ist der Kanonendonner gegen die Linien von St. Marx und Mariahilf. Nach 5 Uhr ruht der Kampf, welcher vom Morgen 11 Uhr an unausgesetzt gewüthet und nachdem die Leopoldstadt vollständig besetzt, die Landstraße und das Schwarzenbergische Palais ebenfalls genommen sind.

29. October. Die Nacht ist außer einigen Kanonenschüssen und Kleingewehrfeuer ruhig verlaufen. Schon früh Morgens wird der Kampf aus den an der Donau liegenden Häusern, welche von Soldaten besetzt sind, auf die gegenüberbefindlichen von Nationalgarden vertheidigten Basteien fortgesetzt; dann tritt eine Waffenruhe ein, da der Gemeinderath eine Deputation zur Vermittelung eines ehrenvollen Friedens ins Hauptquartier abgesandt hat. Der Obercommandant der Nationalgarde hat an seine Cameraden eine Proclamation erlassen, worin er erklärt, auf einen Verzweiflungskampf es ankommen zu lassen, könne er nicht auf sein Gewissen nehmen; er gestehe, nur noch auf 4 Stunden mit Munition versehen zu sein.

30. October. Obwohl die Einstellung der Feindseligkeiten bis 2 Uhr bestimmt war, wurde der Kampf von Seiten der Wiener bereits früher, wahrscheinlich durch ein unglückliches Mißverständniß, wieder erneuert, wodurch die Kanonade mit gesteigerter Heftigkeit wider die Stadt begann und bis 2½ Uhr dauerte. Vom Stephansthurme wurde die Ankunft eines 18000 Mann starken ungarischen Heeres gemeldet, welches den Versuch mache, zwischen den Heeren des Mar-

schalls und des Ban durchzubrechen, allein vergebens, die Ungarn wurden in einer zweistündigen Schlacht bei Schwechat zurückgeschlagen. Sobald die Wiener die Ankunft der Ungarn vernommen hatten, stürzten sie sich mit erneuerter Kampflust auf die eindringenden Soldaten, die Friedens-Unterhandlungen wurden abgebrochen und das darauf wieder beginnende Bombardement des Feindes dauerte unausgesetzt bis Abends 7 Uhr, worauf es verstummte; an verschiedenen Stellen loderten die Flammen auf, die Verwirrung in der Stadt griff bereits um sich, so daß Haufen von Nationalgarden den Kampfplatz verließen, allein Viele, von Studenten und Arbeitern gezwungen, wieder umkehren mußten. Robert Blum, vollständig in der Tracht eines Proletariers, stand als Ehrenhäuptling an der Spitze einer Mobil-Colonne und zeigte im Kampfe einen unerschütterlichen Heldenmuth und eine kalte Todesverachtung. — Aus dem Burgflügel, worin die kaiserliche Hofbibliothek, sowie aus dem Dache der Augustinerkirche schlugen die Flammen auf, doch sind die unschätzbaren Bücher der ersteren, sowie das in letzterer befindliche Meisterwerk Canova's gerettet.

31. October. Die Proletarier, erbittert über den Gemeinderath, welcher bestimmt, bis 12 Uhr die Waffen abzuliefern, ziehen mit Kanonen auf die Basteien und beginnen den Kampf aufs Neue. Der Versuch, dem Befehle des Fürsten Windischgrätz nachzukommen und die schwarzgelbe Fahne auf dem Stephansthurme aufzupflanzen, wird von ihnen vereitelt, sie fahren Kanonen auf den Stephansplatz und besetzen die Thore der Kirche. Darauf rückt das Militair vom Glacis gegen das Burgthor vor und greift dasselbe mit schwerem Geschütze an. Nachdem Bresche geschossen, wird das Burgthor vom Militair gestürmt und die Siegenden ziehen ein; die innere Stadt hat sich ergeben. Arbeiter und Studenten haben sich am längsten vertheidigt

mit einem Muthe und einer Aufopferung, wie sie in den Annalen der Geschichte ohne Gleichen dasteht. Auch das Kärnthnerthor mußte mit Gewalt gesprengt werden. Überall, wohin das Auge blickt, Zerstörung und Vernichtung, Leichen auf den Straßen, von den Soldaten auf das Grauenvollste verstümmelt. Die Sieger haben in der That ihren Sieg auf das Schauderhafteste benutzt, die Gräuel der Kroaten übersteigen das Unbeschreiblichste, was je in den Kriegen Europa's vorgekommen, überall erpreßten sie Geld, Kleidungsstücke und Lebensmittel, wo sie ihnen nicht freiwillig gegeben wurden, metzelte man die Weigernden auf das Grausamste zu Tode. Besonders waren gefangene Studenten oder Proletarier den gräulichsten Todesarten ausgesetzt.

Am 1. November, nachdem bereits alle Vorstädte besetzt und entwaffnet worden, beginnt auch die Entwaffnung in der Stadt. Alle öffentlichen Gebäude, die Wälle, die Thore der Burg haben die Soldaten inne, sowie dieselben auf allen Hauptstraßen und großen Plätzen bivouacquiren. Der große Gascandelaber, an welchem die Leiche Latour's gehangen, ist von ihnen aus der Erde gerissen und zertrümmert. In der Stadt, unter den Bewohnern herrscht die Ruhe eines Kirchhofes, überall werden die strengsten Haussuchungen vorgenommen, Alles, was verdächtig scheint, wird gefangen und fortgeschleppt. — Eine Proclamation des Fürsten Windischgrätz setzt Wien bis auf 2 Meilen in die Runde in Belagerungszustand, bestimmt die Auflösung der akademischen Legion und der Nationalgarde ꝛc. Alle Behörden sind unter die Militairbehörde gestellt. Der Fürst hat sein Hauptquartier in Schönbrunn, der Ban Jellachich das seinige in dem Palaste des Erzherzogs Maximilian d'Este genommen. Der Reichstag, welcher sich bis auf den letzten Augenblick gehalten, hat noch am 31. October, obwohl nur 172 Mitglieder stark und daher nicht mehr beschlußfähig, eine Sitzung

gehalten, worin eine Adresse an den Kaiser berathen und angenommen wurde, die gegen die Vertagung des Reichstages bis zum 15. November und die Verlegung desselben nach Kremsier protestirt. — —

Wir schließen. Das Trauerspiel ist zu Ende und mit ihm, wer weiß auf wie lange? die österreichische, wenn nicht vielleicht die deutsche Freiheit. Die Sonne des März, die so freundlich und erwärmend über den Völkern Deutschlands aufgegangen, ist in den rauhen Tagen des October ins Grab gesunken. Wien ist gefallen; eine rohe Soldateska führt das Regiment; vergebens riefen die Feuerzeichen des unglücklichen Volkes nach Hülfe seiner Brüder, Deutschland sah sie, hörte den Schmerzensschrei der verzweifelten Stadt und — knirschte wüthend in die Zähne. Ein fremdes, ein benachbartes Volk, die hochherzigen Magyaren, kamen herbeigeeilt, aber ach! zu schwach und »zu spät«, um den zu stark gewordenen Feind zu werfen. Kaum können wir es glauben: ein deutscher Kaiser hat seine deutsche Hauptstadt bombardirt. Wird er den Muth haben, dieselbe je wieder betreten zu können? — Und die Zukunft Österreich's? Die aus so mancherlei Völkerschaften zusammengesetzte Gesammtmonarchie, künstlich zusammengehalten, ist auf das Tiefste erschüttert, die verschiedenen Nationalitäten bröckeln auseinander und die Slaven, denen der Kaiser sich in die Arme geworfen, jauchzen hoch auf. Der Brief des Ban Jellachich an die Slovanska lipa hat uns tiefe Blicke in die Pläne derer werfen lassen, welche Ursache dieses entsetzlichen Unglücks gewesen. Möge ihr Gewissen die ganze Schuld auf sich nehmen! — Auf dem Stephansthurme weht aufs Neue die schwarz-gelbe Fahne und wir suchen vergebens die jugendlichen freiheitsbegeisterten Gesichter der Vorkämpfer von Deutschlands Freiheit. Das Grab bedeckt sie. Es ist der Reaction, es ist einer volksfeindlichen Cama-

rilla gelungen, die Fahne des Absolutismus wieder auf den Trümmern einer verwüsteten Kaiserstadt zu erheben, sie feiert einen Triumph — aber, wird dieser Triumph lange währen? Der Geist der Freiheit, der wie der Odem Gottes über Deutschland gekommen, läßt sich nicht mit Kanonen, nicht mit Kerker und Martern erdrücken, wohl kann er auf einige Zeit zum Verstummen gebracht werden, er siegt und wird siegen — oder das Streben der Menschheit wäre eine Lüge. Inmitten aus dem schwarzen Pulverdampfe, tief aus dem rothen Herzblute der Gefallenen wird er sich wiederum aufschwingen in den goldenen Sonnenglanz des Glücks, und das Zeichen der Freiheit, der Einheit unsers theuern Vaterlandes wird aufs Neue siegend durch die Lüfte rauschen, wenn die Stunde der Erlösung kommt. Möge sie nicht allzu fern sein!

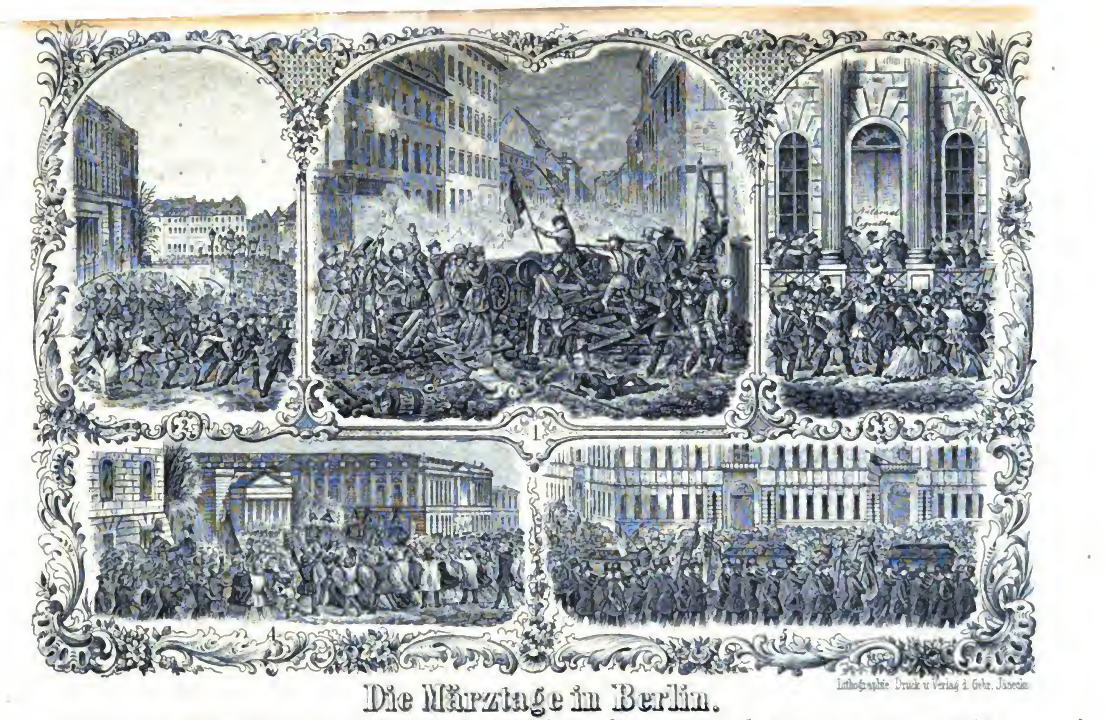
Nachschrift.

Die Wiener Zeitung vom 10. November bringt so eben folgende Nachricht:

„Mittelst standrechtlichen Urtheils vom 8. d. M. ist Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, überwiesen durch sein eigenes Geständniß, wegen aufrührerischer Reden und bewaffneten Widerstandes gegen die kaiserlichen Truppen, in Folge der von Sr. Durchlaucht dem k. k. Herrn Feld-Marschall Fürsten zu Windischgrätz unterm 20. und 23. October erlassenen Proclamationen zum Tode verurtheilt und das Urtheil am 9. November 1848 Morgens um halb acht Uhr in der Brigittenau mit Pulver und Blei vollzogen worden.“

Was wird Frankfurt dazu sagen? was Deutschland? was die Menschheit?

H. W.



Die Märztage in Berlin.

1. Barrikade an der Tauben-u. Friedrichsstrassen-Ecke in der Nacht v 18.-19. März. 2. Erster Angriff der Cavallerie vor dem Schlosse am 18. März. 3. Das Palais des Prinzen v. Preussen als National-Eigenthum erklärt am 20. März. 4. Umzug des Königs am 21. März. 5. Leichenfeier am 22. März.

Die Berliner Revolution.

Am 11. April 1847 war der vereinigte Landtag des Königreichs Preußen in Berlin zusammengetreten, um diesem mächtigen, intelligenten deutschen Staate nach und nach eine neue Gestaltung zu geben. Warum hatte man sich dazu nicht früher entschlossen? warum zauderte man so lange, dem Geiste der Zeit die Zugeständnisse zu machen, welche ihm längst hätten gemacht werden müssen? Man war der Ansicht: es ist noch früh genug, daß wir jetzt zu dieser Einrichtung schreiten, aber das schauerliche Wort: »zu spät,« sollte sich auch hier geltend machen. Warum betrat man in Preußen nicht früher, nicht mit entschiedener Hingebung, Offenheit und Wahrheit den Weg des reinen, constitutionellen Systems? Die Anhänger der absoluten Monarchie, die Freunde, die Verehrer, die Anbeter der alten Zeit wollten das nicht. Sie stemmten sich mit allen Kräften dagegen, sie wollten den Geist der neuen Zeit unterdrücken, und erst da, als sie einsahen, daß dieser siegen werde, siegen mußte, bequemten sie sich dazu: halbe Zugeständnisse zu machen. Wir wollen hier keine Geschichte, keine Skizze des vereinigten preußischen Landtages liefern, da wir einen anderen Gegenstand dem Leser in raschen, lebendigen Zügen vor den Geist, vor das Auge führen wollen, aber wir mußten doch, bevor das geschieht, das wichtigste

Ereigniß der preußischen Monarchie wenigstens hervorheben. Der vereinigte Landtag war, wie wir gern eingestehen wollen, einer weiteren Entwickelung fähig, und diese würde sich auch gezeigt haben, wenn die Zeit, die auf ihm folgte, sich nicht ganz anders gezeigt hätte, als man annahm. Der preußische vereinigte Landtag war eine Halbheit, und eben deshalb konnten seine Ergebnisse auch nur halbe sein. Es war ein Zwittergeschöpf, welches zwischen der absoluten Monarchie und dem constitutionellen Systeme seltsam in der Mitte stand. Später würde aus ihm das letztere siegend und in Glorie hervorgegangen sein, aber die gewaltigen Ereignisse, welche im Anfange des Jahres 1848 die Welt in eine furchtbare Bewegung versetzten, beseitigten in einem Nu diesen vereinigten Landtag sammt seinem späteren Ausschusse.

In Preußen herrschte mächtig die Büreaukratie und das Militair=System, waltete eisern ein orthodoxes, geistliches Regiment. Die Presse war gefesselt, aber trotz dem drangen die Ideen der neuen Zeit unaufhaltsam in alle Schichten der Bevölkerung ein. Ostpreußen, Rheinpreußen waren ganz besonders die Träger, der Heerd der Ansichten und Bestrebungen, welche sich Geltung verschaffen *wollten*, Berechtigung erringen *mußten*. Und wie bald sollte das geschehen. Der Geist der Geschichte wurde zornig, er streckte seine Titanenarme aus, und *die* Menschen, welche ihm Jahrelang einen systematischen Widerstand geleistet hatten, brachen ohnmächtig zusammen. Die Weltgeschichte saß zu Gericht, und sie hielt ein furchtbares Gericht.

Der 24. Februar hatte in Paris Louis Philipps Thron umgestürzt. Das Volk hatte gesiegt, die Republik war an die Stelle des Königthums getreten. Der edle, hochherzige *Lamartine* hatte die Zügel der Regierung ergriffen, er verkündete der staunenden Welt das Evangelium der Freiheit und der Bruderliebe, und weithin klang diese göttliche Bot=

schaft, überall wurde sie von den trunkenen Herzen der Menschen mit endlosem Jubel, mit schwärmerischer Begeisterung vernommen. Süddeutschland erhob sich. Es zuckte der Norden unseres gemeinsamen Vaterlandes zusammen, auch seine Stunde hatte geschlagen. Die Jahre der Schmach, die schmerzlichen Tage der Knechtschaft waren um, allenthalben entfaltete man die schwarz-roth-goldene Fahne, welche das Volk die Fahne der »Freiheit« nannte. Sie wehte über dem Grabe der alten Zeit, sie war das Symbol, daß das deutsche Volk erwacht war, daß es sich zu einem einigen, freien, starken Lande verbrüdern wollte.

Was wird in Preußen geschehen, was wird die Hauptstadt Berlin thun? fragte man sich in Deutschland. Der März war da, die Stürme des Völkerfrühlings braus'ten, sie sollten, sie mußten auch Preußens Hauptstadt erreichen.

Am 28. Februar kamen die ersten Nachrichten des großen Pariser Ereignisses in Berlin an. Ein Gerücht drängte das andere hinweg. Am Mittage dieses Tages trat die Nachricht, daß in Paris die Republik ausgerufen worden sei, und daß Lamartine an der Spitze der provisorischen Regierung daselbst stehe, mit der größten Bestimmtheit an die Spitze aller anderen Gerüchte. Welch eine Nachricht war das. Eine fieberische Bewegung ergriff die Gemüther, Alles eilte nach der Börse, nach den öffentlichen Plätzen, in die Hotels der Gesandten. Man belagerte die Post, man harrte ungeduldig der Zeitungen, welche sichere Mittheilungen bringen mußten. Endlich kamen sie, und sie bestätigten, daß in Paris die Republik ausgerufen worden war. Es würde uns natürlich hier viel zu weit führen, wenn wir nun jeden Tag, der über Berlin bis zum 18. März erschien, ins Detail verfolgen wollten. Wir wollen vielmehr nur die Hauptmomente hervorheben, um dann das große Drama selbst zu beschreiben.

Am 4. März hielt der vereinigte ständische Ausschuß,

welcher über den ihm vorgelegten Strafgesetzentwurf berathen hatte, seine letzte Sitzung. Dieser Ausschuß war seit dem 17. Januar versammelt gewesen. Am 6. März verabschiedete ihn der König durch eine Thronrede. Die durch das Patent vom 3. Februar 1847 dem vereinigten ständischen Ausschusse verliehene Periodicität ward auf den vereinigten Landtag selbst übertragen. Dann wurde ferner die Wirksamkeit des vereinigten ständischen Ausschusses in der von beiden Kurien des ersten vereinigten Landtages übereinstimmend beantragten Weise beschränkt.

Zugeständnisse, die jetzt nicht viel mehr sagen wollten. Jetzt war nun auch die Zeit der Adressen für Berlin gekommen, und die Versammlungen in den Zelten folgten nach. Am 7. März wurde von der Versammlung in den Zelten eine Adresse angenommen, in welcher um die Gewährung von neun Wünschen gebeten wurde. Unbedingte Preßfreiheit, vollständige Redefreiheit, sofortige und vollständige Amnestie aller wegen politischer und wegen Preßvergehen Verurtheilten und Verfolgten, freies Versammlungs- und Vereinigungs-Recht ꝛc., schleunigste Einberufung des vereinigten Landtags, wurden in kräftiger Weise in Anspruch genommen.

Auch in der Stadtverordneten-Versammlung wurden am 9. März zwei Budget-Adressen berathen. Die eine bezog sich auf die arbeitende Classe, die andere war politischer Natur. Die politische Bewegung ergriff nach und nach alle Gemüther. Hinsichtlich der Adresse vom 7. März, die in den Zelten beschlossen worden war, fand am 9. März eine neue Versammlung in den Zelten statt. Es hatten sich nämlich verschiedene Ansichten darüber: wie die erwähnte Adresse dem Könige einzuhändigen sei, Geltung zu verschaffen gesucht, und wollte man jetzt die Weise der Überreichung derselben weiter in Betracht ziehen. Nach lebhafter Berathung wurde beschlossen: sich an die Stadtverordneten-Versammlung zu wenden, und dieselbe zu

bitten, mit ihrer eigenen Adresse auch diese dem Könige überreichen zu wollen. Wenn aber die Stadtverordneten-Versammlung diese Bitte ablehnen sollte, so wollte man eine Deputation mit der Adresse zum Könige senden, und auf ordnungsmäßigem Wege um eine Audienz bei Friedrich Wilhelm IV. nachsuchen. Bis Mitternacht hatten die Verhandlungen gedauert, Tausende waren anwesend, und die Abstimmung geschah im Freien. Am 8. März erschien ein Erlaß der Regierung, in welchem eine baldige Censurfreiheit in Aussicht gestellt wurde, am 11. desselben Monats fanden Versammlungen der Stadtverordneten und Studenten statt.

Am 13. März stellte die von der Zeltversammlung gewählte Deputation, welche die oben erwähnte Adresse dem Könige überreichen sollte, bei dem geheimen Cabinetsrath Illaire die Bitte um Vermittlung einer Audienz beim Könige. Die Antwort war: man möge die Adresse durch die Stadtpost dem Könige übersenden. Die Stadtverordneten-Versammlung war auf den Wunsch der Zeltversammlung nicht eingegangen. Übrigens hatte der König eine gemischte Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten, die ihm gleichfalls eine Adresse überreichen wollte, am 13. März nicht angenommen, sondern auf den folgenden Tag wieder zu sich beschieden.

Am 14. März hatte diese Vortritt beim Könige. Die Adresse wurde überreicht, der König antwortete, und entschied sich für eine allmälige Entwickelung der Verfassung. »Kühn und bedächtig«, sagte er, »sind die Losungsworte jedes guten Feldherrn.« Die Väter der Stadt wollten einen etwas rascheren Gang in dieser allmäligen Entwickelung sehen. — Übrigens wurde an demselben Tage der vereinigte Landtag auf den 27. April zusammenberufen. Aber er sollte nicht mehr tagen wie kurz vorher. Im Buche des Schicksals war es anders beschlossen. Die Ereignisse drängten sich, und als man am

15. März zu Berlin erfuhr, daß Metternich in Wien gestürzt sei, wurden die Gemüther erregter, fieberischer als sie schon waren. Die Stunde der Entscheidung rückte näher.

Am Abend des 14. März fanden bereits blutige Ereignisse in Berlin statt. In der Kur- und Getraidenstraßenecke, so wie in der Brüderstraße zeigten sich die ersten Barrikaden, die von jungen Leuten errichtet worden waren. Das Militair vertrieb diese, welche sich mit einigen Steinwürfen zur Wehr setzten. Die Soldaten verfuhren mit gewaltiger Schärfe und Despotie, und dadurch wurden die Gemüther des Volks nur noch mehr erregt, erbittert und in Wuth gesetzt.

Am 15. März strömten die Menschenmassen nach der Brüderstraße und dem Schloßplatze, und man fand daselbst noch Blutspuren. Am Abend dieses Tages ereignen sich wiederum blutige Auftritte, und das geht so fort bis zum 18. März. Diese Tage waren das Vorspiel zu dem schrecklichen, blutigen Drama, welches nun beginnen sollte. Der Vorhang wird aufgezogen, Barrikaden stehen vor unseren Augen — es ist ein furchtbares Trauerspiel, welches die Geschichte selbst gedichtet hat, sie, die Mutter der welthistorischen Tragödien.

Der 17. März war ruhig vergangen, am 18. wollte man zum Schlosse ziehen. Gegen 12 Uhr Mittags begab sich eine große Versammlung, welche in einem Hause der Neuen Friedrichsstraße zusammengekommen war, auf den Weg dorthin. Mittlerweile hatte eine Deputation der Stadtverordneten eine Audienz beim Könige gehabt, und ihre Sendung war vom besten Erfolge gekrönt worden. Der König war auf alle Bitten, welche die Zeit verlangte, eingegangen, und ein grenzenloser Jubel erhob sich unter den übrigen Bürgerabgeordneten.

Um 2 Uhr erschien ein Patent, wegen beschleunigter Einberufung des vereinigten Landtages auf den 2. April. In diesem Patente wurde das Weitere auseinandergesetzt, welchen

Weg der König zum Heile Deutschlands, zum Segen Preußens einschlagen werde. Deutschland sollte nach ihm ein Bundesstaat, allenthalben in Deutschland sollte eine constitutionelle Verfassung eingeführt werden. Eine deutsche Wehrverfassung, eine deutsche Flotte sollten geschaffen werden ꝛc.

Um 1 Uhr Mittags war eine große Menschenmasse vor dem Schlosse versammelt. Der König erscheint auf dem Balkon. Er redet, aber das Geräusch in der Menge ist so groß, daß seine Worte nicht vernommen werden können. Da werden mehre Personen auf die Schultern Anderer gesetzt und so durch die Menge hingetragen. Sie verkünden den Willen, den Entschluß des Königs. Andere Männer schreiten zu Fuß durch die dichtgeschaarten Haufen hin, und machen bekannt, daß die Wünsche des Volks erfüllt sind. Nun erhebt sich ein brausendes, donnerndes Lebehoch auf den König. Es ist eine unendlich schöne Scene, aber sie sollte nur Secunden lang dauern. Das Auftreten des Militairs an den vergangenen Abenden hatte die Gemüther zu sehr erbittert; aus diesem begeisterten, freudigen Jubel vernimmt man auf einmal von vielen Seiten die Worte: »Fort mit dem Militair, möge sich der König seinen Bürgern anvertrauen!« Der Graf Arnim geht zum Könige, um ihm dies Verlangen vorzutragen. Er kommt wieder und sagt: »Ein unehrenvoller Rückzug der Truppen kann doch wohl nicht im Ernst gefordert werden.« In der großen Verwirrung, die bereits auf dem Platze herrscht, kann man den Grafen Arnim nicht ordentlich verstehen. Man hört nur im Allgemeinen, daß der Abzug des Militairs abgeschlagen sei. Während man nun unruhig hin und her wogt, bemerkt man, daß sich am Rande des Platzes bei der Stechbahn Cavallerie entwickelt. Unter den Massen entsteht ein furchtbares Gedränge, man ahnt nichts Gutes. Man stürzt durcheinander, man begiebt sich auf die Flucht. Die Reiterei reitet näher und näher, und auf einmal wird scharf

in diese Massen eingehauen. — Zwei Schüsse fallen. Diese unglückseligen, verhängnißvollen Schüsse! »Verrath! Verrath!« ertönt es überall, und die Massen, die von einer unbeschreiblichen Wuth und von namenloser Angst ergriffen sind, lösen sich nach und nach auf.

Wie verhält es sich nun aber mit diesen verhängnißvollen Schüssen? Das hat noch nicht ermittelt werden können. Manche haben behauptet, daß fremde Emissäre (Polen, die ja jetzt die Urheber jedes Krawalls, jeder Emeute sein sollen) absichtlich geschossen hätten, um die Revolution zum Ausbruche zu bringen, Andere sind der Ansicht, daß sie durch ein Mißverständniß veranlaßt wurden. Noch Andere entscheiden sich dahin, daß mit Absicht von der Militairpartei geschossen wurde. Diese habe den letzten Trumph ausspielen wollen. Man habe das va banque einmal versuchen wollen. Allein weshalb begnügte man sich denn gerade nur mit zwei Schüssen? Wollte man das va banque unternehmen, so würde von vornherein wohl massenhafter geschossen worden sein. Wir müssen uns dahin entscheiden, daß jene beiden Schüsse höchst wahrscheinlich das Ergebniß des Zufalls, des Verhängnisses waren.

Auf dem Schloßplatze wurde, nach einer andern Erzählung als wir sie oben mittheilten, das Patent des Königs verlesen. Der Stadtverordnete Haymann wurde von einigen Männern auf die Schultern gehoben, um besser gesehen und gehört werden zu können. Fast jeder Satz des Patentes ward mit Jubel von den versammelten Massen aufgenommen. Da zeigte sich das Garde-Dragoner-Regiment an der Stechbahn, worauf sogleich der Ruf erschallte: »Militair fort!« Einige Schwenkungen der Reiterei brachten unter der Menge die Ansicht hervor, daß die Dragoner sich entfernen wollten. Ein lautes Bravo ließ sich deshalb vernehmen. Aber nun ließ der Commandeur des Regiments Front machen und in

scharfem Trabe gegen die Menge anrücken. Unmittelbar darauf rückte aus dem mittleren Portale ein Bataillon des Kaiser=Franz=Regiments vor. Es stellte sich in Linie auf, ging bis zur Mitte des Schloßplatzes vor, fällte das Bajonett, schwenkte links nach der langen Brücke ab, setzte sich in Sturmschritt unter dem Wirbel der Trommeln, und als es 20 Schritt von der Brücke war, fielen die zwei verhängnißvollen Schüsse. Woher kamen sie? Wahrscheinlich aus der Mitte der Soldaten. Konnten sich nicht sehr leicht in diesem Gedränge, bei dem physischen Zustande der Soldaten, die ja auch fortwährend in der größten Aufregung sich befunden hatten, zwei Gewehre entladen? Gewiß. Es mag sein, daß man eine Demonstration gegen das Volk unternehmen wollte, um den Platz vor dem Schlosse zu säubern, allein daß in den Plan dazu gerade die beiden Schüsse absichtlich wären aufgenommen worden, glauben wir verneinen zu müssen. Das Patent war erschienen, Zugeständnisse waren gemacht worden, und nun hätte man gleich darauf in einer solchen Weise auftreten wollen? Unmöglich.

Genug, die verhängnißvollen Schüsse waren gefallen, und das entsetzliche Berliner Trauerspiel entwickelte sich nun in reißender Schnelle. Als die Kunde von dem obigen Ereignisse — im Schlosse mochte man wohl auch der Ansicht gewesen sein, daß vom Volke ein Angriff auf das Schloß beabsichtigt werde — sich mit Blitzesschnelle durch die Stadt verbreitete, erhob sich ganz Berlin wie Ein Mann. Allenthalben ruft man nach Waffen, überall erheben sich in kurzer Zeit die Barrikaden, diese blutigen Theater der Revolutionen. Die ganze Stadt wird in kurzer Zeit ein Kriegslager. An eine Verständigung konnte nicht mehr gedacht werden; der Vulkan sandte in heftigster Wuth ausbrechend hoch empor seine blutrothen Flammen, der erwachte und gereizte Löwe des Volkes schüttelte seine mächtigen Mähnen, brüllte wild

auf, und sprang in den schauerlichen Kampf auf Tod und Leben. Er siegte! Wir können nicht alle die Scenen des blutigen Berliner Dramas dem Leser vor Augen führen, der, wenn er diese Blätter lies't, alle Auftritte, alle Vorkommnisse jener Tage in lebendigster Wirklichkeit wieder erblicken wird. Wir beschränken uns, da der Raum eine größere Mittheilung nicht gestattet, auf die folgenden Bilder.

Furchtbar wüthete der Kampf bei der Barrikade am Köllnischen Rathhause. Die Soldaten stürmten heran, aber sie wurden mit Verlust zurückgetrieben. Fünfmal wurde dieser Angriff wiederholt, aber er blieb ohne Erfolg. Man feuerte zuletzt mit Kartätschen und Granaten, so daß das ganze Königliche Schloß bebte und zitterte. Die Kartätschen zerstörten aber vorzüglich das hinter dieser Barrikade liegende Haus des Conditors d'Heureuse. Nach einem dreistündigen Kampfe fiel endlich diese Barrikade. Es waren fortwährend neue Truppen herangezogen worden, die Kartätschen wütheten, Bürger und Soldaten fielen. Das Militair soll bei dieser Barrikade 4 Officiere und 30 Soldaten verloren haben. Aber hinter dieser Barrikade standen andere Barrikaden, die von Neuem den stürmenden Truppen Kampf und Tod brachten. Das Haus des Conditors d'Heureuse, welches quer vor der Mündung der Breiten Straße und dem Schlosse gerade gegenüber liegt, war förmlich in eine kleine Burg verwandelt worden. Ihr diente das Köllnische Rathhaus zur Nebenfestung. Vom Hause des Conditors d'Heureuse wehte eine große schwarz-roth-goldene Fahne, die jetzt überall zum Vorschein gekommen war. Das Volk nannte die alte Reichsfahne die „Freiheitsfahne“. Diese Bezeichnung wurde dem Reichsbanner überall in Deutschland gegeben. Das Potsdamer Garde-Regiment stürmte das Haus d'Heureuse.

An der Landsbergerstraße, nächst dem Alexanderplatze, waren drei Barrikaden hintereinander gebaut. Die erste war

die festeste. Diese Barrikaden wurden vom Volke mit einem wahrhaft unbeschreiblichen Muthe vertheidigt. Das 8. Regiment greift sie im Rücken, von den Frankfurter Linden her, an, aber die Soldaten werden zurückgeschlagen. Die Kanonenkugeln umbrausen die Vertheidiger der Barrikaden, allein sie weichen nicht von ihrem Platze, und halten Stand bis 7 Uhr Morgens (19. März). Aus den Häusern der Kaiser- und Alexanderstraße wurde ein lebhaftes Feuern auf die anstürmenden Soldaten unterhalten. Die Bude auf dem Alexanderplatze mußte niedergebrannt werden, weil die Vorposten des 1. Garde-Regiments bis zum Königsstädter Theater vorgeschoben worden waren, und Tod in der Barrikade am Alexanderplatze verbreiteten. Zwei Bürger fallen. Da wird der Angriff von dieser Barrikade aus auf jene Vorposten beschlossen. Ein junger Bürger, ein Student, und der Fahnenträger sind die Führer des Volks. Man rückt vor, auf Commando giebt man Feuer, die Bude brennt, aber der Vorposten jenes Regiments zieht sich zurück. Die Linientruppen, welche vor dem Frankfurter, Landsberger und neuen Königsthore kampffertig aufgestellt waren, konnten sich mit der Garde nun nicht vereinigen. Gegen 2 Uhr Morgens wurden abermals vom 1. Garde-Regimente die Vorposten von Neuem vorgeschoben, aber ein mörderisches Feuer ward ihnen von allen Seiten zu Theil. Selbst von den Dächern der Landsberger-, neuen Königsstraße und des Alexanderplatzes, welche von Bürgern und Schützen besetzt waren, fiel Schuß auf Schuß auf die vorrückenden Soldaten. Die Truppen mußten sich nach einer Stunde abermals zurückziehen und die Bürger behaupteten ihren Platz. Erst am Morgen des 19. März, Morgens 10 Uhr, wurde diese Barrikade von ihren Kämpfern verlassen.

Wie viele andere Barrikaden standen in dem aufgestandenen Berlin. Wer vermöchte diesen gräßlichen Kampf zu

übersehen, wer könnte ihn beschreiben! Bei der Barrikade am Durchschnitte der Taubenstraße lagen die Scharfschützen hinter den Ölfässern und sandten Tod und Verderben in die Reihen der heranstürmenden Soldaten. Auf der Barrikade selbst stand ein junger Student, der eine schwarz=roth=goldene Fahne mit mächtigen Armen hin und her schwenkte. Er stand da entblößten Hauptes. Die Mütze war seinem Haupte entfallen. Er stand da mit begeistertem Antlitz, mit funkelnden, leuchtenden Augen, mit Blicken und Mienen, welche den Tod verachteten. An seinem Haupte, an seinem Leibe sausten die Kugeln vorüber, aber keine traf ihn; der junge Held blieb heil und unversehrt. Aus den Fenstern wehten ihm Frauen und Jungfrauen mit Tüchern ihre Glückwünsche zu. Endlich wurde diese Barrikade von den Truppen genommen, aber schon an der Leipzigerstraße fand ein ähnlicher mörderischer Kampf statt. So war es in der ganzen Stadt.

Der Sturm auf das Landwehrzeughaus in der Lindenstraße dauerte von 9 Uhr Abends bis 10 Uhr Morgens. Ein junger Arbeiter, sein Name ist Gustav Hesse (Drechslergesell aus Halle), bekleidet mit einer blauen Blouse, führte die stürmenden Schaaren. Er trug ein Brecheisen in seiner Hand und hatte den Hut bekränzt. Mann auf Mann ward neben ihm niedergestreckt, ihn verschonten die Kugeln. Er hatte bereits 6 Stunden an den Barrikaden gearbeitet, aber er ermüdete nicht in diesem blutigen Kampfe. Am Morgen eroberte das Volk das Landwehrzeughaus.

So wüthete denn dieser entsetzliche Kampf ununterbrochen fort in der preußischen Hauptstadt. Er dauerte über dreizehn Stunden. Die Soldaten stürmten die Häuser, und zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Man fesselte die Verhafteten und führte sie gen Spandau. Aber dadurch stieg die Erbitterung des kämpfenden Volkes nur mehr und mehr, und man setzte Alles daran, um den Sieg zu erringen. Es



Berlin, am 18-19. März.

Vertheidigung der Barrikade an der neuen Königsstrasse.

war eine schöne, und doch so furchtbare Nacht, diese Nacht des 18. Märzes. Der Mond stand leuchtend am Himmel, der Hauch des herannahenden Frühlings zog durch die Nacht hin — in Berlin mörderischer Bürgerkrieg, Entsetzen, Schrecken jeglicher Art. Es brach eine neue Zeit herein, aber sie kam nicht wie der junge Morgen des Lenzes, unter dem Donner der Kanonen, unter dem Sausen der Kugeln, unter emporlodernden Flammen wurde sie geboren. Daß doch immer, wenn neue Ideen sich Geltung verschaffen wollen, solche furchtbare Wehen stattfinden müssen.

Führen wir dem geneigten Leser noch einzelne Scenen dieses Trauerspiels vor Augen. — Vor dem Einbruche der Nacht (vom 18. auf den 19. März) begab sich eine Deputation zum Könige, um das Zurückziehen des Militairs zu erwirken. Der Monarch war freundlich, er sagte: »Der Bitte will ich gewähren, aber nicht der Gewalt«. Er führte die Deputation ans Fenster, zeigte nach der Königsstraße hin und sagte: „Sehen Sie, diese Straße gehört mir«. — Die Sache blieb, wie sie war. — An demselben Abend war Herr von Vincke beim Könige. Doch der Leser wird den Auftritt, der zwischen ihm, dem Könige, einigen Officieren und Staatsbeamten stattfand, gewiß getreu in seinem Gedächtnisse behalten haben, und deshalb ist es nicht nöthig, daß wir ihn hier ausführlicher mittheilen.

Stunde an Stunde ging vorüber, und die Entscheidung rückte näher. Der Morgen dämmerte, das Volk ermüdete nicht in seinem Kampfe. Es galt zu siegen, oder zu sterben. Studenten, Bürger, Arbeiter, alle standen wie Brüder neben einander. Es herrschte unter ihnen die großartigste Begeisterung, die zum Siege führen mußte. Man achtete das Eigenthum, sowie denn diese ganze Revolution eine große, sittliche Haltung zeigte. Das Bild der Freiheit, das einige, freie, große Deutschland stand vor den Augen Aller. Darum

hatte man die schwarz=roth=goldene Fahne entfaltet, und deshalb ging man dem Tode beherzt entgegen.

Der Morgen nach der Berliner Blutnacht war gekommen. Um 4 Uhr Morgens hatten die Truppen folgende Gegenden der Stadt in ihrem Besitze: Das Schloß mit dem Lustgarten bis Monbijou, den Stadttheil zwischen der Spree und den Linden und Leipzigerstraße, die Jägerstraße und den Hausvoigteiplatz, den Stadttheil, der um die Werder'sche Kirche gelegen ist, bis an die Linden und die Schloßfreiheit, die Brüderstraße, die Breitestraße, die Königsstraße und den Stadttheil zwischen diesen und der Spree, und den Alexanderplatz. Zwei Thore, das Potsdamer und das Brandenburger, waren somit im Besitze der Truppen. Dennoch aber hatte das Volk bereits gesiegt. Als es 5 Uhr Morgens war, verließ der größte Theil der Cavallerie auf Befehl die Stadt. Sie sollte dieselbe umgeben, und jeden Zuzug abhalten. Die Infanterie und Artillerie sollte mit den übrigen Schwadronen der Cavallerie die Räume, welche die Truppen inne hatten, zu behaupten suchen. — Aber fortwährend hörte man noch von der Königsstadt her Flinten= und Kanonenschüsse. Die Berliner Bürgerschützen hatten sich an der Mündung der Neuen Königsstraße verschanzt, und unterhielten gegen die Soldaten ein mörderisches Feuer. — Endlich tritt General von Möllendorf mit einem Parlamentair, welcher eine weiße Fahne in der Hand trägt, hervor, um das Einstellen des Schießens zu erwirken. Indem er redet, nähern sich einige Schützen, ergreifen ihn hastig und erklären ihn für gefangen. Möllendorf unterzeichnet darauf im Schützenhause den Befehl an seine Soldaten, den Kampf einzustellen, und den Alexanderplatz zu verlassen. Gegen 11 Uhr ziehen die Truppen von diesem Platze fort. Jetzt strömen die Volksmassen zu den Schützen hin. Auf der Barrikade weht die schwarz=roth=goldene Fahne. Bald darauf, nachdem dies



Lithographie Druck u. Verlag d. Gebr. Jänecke.

Berlin, am 18.-19. März.

Vertheidigung der Barrikade am Cöln'schen Rathhause.

geschehen war, erhielt das Militair den Befehl, abzuziehen. Welch ein Anblick, als man diese Soldaten, die eine so gräßliche Nacht durchkämpft hatten, nach ihren Kasernen marschiren sah. Dumpf klangen die Trommeln, dann und wann ertönte eine Choral-Musik, die von dem Jubelrufe der Menge begleitet wurde. Dann eilte Alles nach dem Schlosse. Der König erscheint auf dem Balkon desselben, macht die Freilassung der Gefangenen bekannt, und bittet darauf, ihm eine Stunde Ruhe zu gönnen. Von welchen Gefühlen mochte das Herz des Monarchen bewegt sein!

Aber neue Volkshaufen kommen vors Schloß. Von allen Seiten werden die im Kampfe gefallenen todten Bürger, die man mit Blumen geschmückt hat, in feierlichem Zuge auf Bahren herbeigetragen. Unter dem Balkon des Königs hält man. Stürmisch ruft das Volk nach dem Könige. Da kommen zuerst die neuen Minister Arnim und Schwerin (Bodelschwingh, Eichhorn rc. waren bereits gefallen) auf dem Balkon, um das aufgeregte Volk zu beruhigen. Aber unaufhörlich wird gerufen: »Der König, der König!« Er erscheint mit seiner Gemahlin, es entsteht eine Scene, welche zu beschreiben unsere Feder zu schwach ist. — Ein junger Mann, ein Barrikadenkämpfer, verlangt Volksbewaffnung und die Thron-Entsagung des Prinzen von Preußen. Schwerin erklärt, daß die Bürger unverzüglich bewaffnet werden sollen, und nach und nach beruhigt sich das tieferregte Volk. Auch Fürst Lichnowsky mischte sich unter die Haufen und besänftigte sie durch seine hervorragende Persönlichkeit und einnehmendes Wesen.

Das Volk erreichte Alles was es wollte. Es hatte sein Blut für die Freiheit vergossen und darum verdiente es auch frei zu werden, frei zu sein.

In der Nacht vom 18. bis 19. März hatte der König die bekannte »Proclamation an seine lieben Berliner«

geschrieben, deren Inhalt gewiß noch bei jedem unserer Leser in frischem Andenken sein wird.

Rechnen wir nun einzelne Excesse ab, die nach dem vollendeten Kampfe verübt wurden, und die sich aus der heftigen Aufregung des Volkes sehr leicht erklären lassen, so finden wir, daß namentlich das Eigenthum allenthalben geachtet wurde. In der Königsstraße stand an allen Läden: „Schonet das Eigenthum!“ An dem Stadtgerichtsgebäude las man die Worte: „Bürgergut!“ — Vor dem Palaste des Prinzen von Preußen erschien (am 20. März) eine Volksmasse. Es schilderte vor demselben bereits eine Bürgerwache. Diese wird aufgefordert den Posten zu verlassen, da derselbe kein Ehrenposten für einen Berliner Bürger sei. Die Wache wird darauf abgelöst, ohne daß ein neuer Posten hingestellt wird. Jetzt verbreitet sich die Nachricht, daß Fabrikarbeiter heranzögen, um den Palast des Prinzen von Preußen der Erde gleich zu machen. Die Menge stürmt heran, aber da rufen plötzlich Stimmen aus dem Volke: »Keine Verletzung des Eigenthums der Nation! Der Palast des Prinzen von Preußen wird hiermit zum National-Eigenthum erklärt!« — Und es werden mit großen Buchstaben diese Worte an die Thüren des Palastes geschrieben. Studenten und Bürger gehen unter das Volk und verhüten den Ausbruch der Rache. »Bedenkt die Nähe der Bibliothek«, sagen die Studenten. „Nur Gerechtigkeit«, rufen Andere, »und die soll Euch zu Theil werden«. Auf dem Balkon erscheint ein Redner mit der dreifarbigen Fahne, und ein großer Volksjubel erhebt sich. „Meine Freunde«, ruft dieser Redner, »ich ermahne Euch zur Ruhe. Bedenkt, daß die für die Freiheit gefallenen Helden noch nicht zur Ruhe bestattet worden sind!« Alles wird ruhig.

Auf den Prinzen von Preußen hatte man einen großen Haß geworfen, da man ihn für einen Volksfeind hielt.

Allenthalben, wo man bei Hoflieferanten, an Gasthöfen rc. seinen Namen fand, ward derselbe vertilgt. Die Namen der übrigen Prinzen, sowie den des Königs selbst, ließ man aber unversehrt. Es ist bekannt, daß der Prinz von Preußen Berlin verließ und nach England ging. Er wurde später in die constituirende preußische Versammlung gewählt, erschien in ihr, redete einige Worte und legte dann sein Amt als Abgeordneter nieder. Erst spätere Memoiren dürften sein Verhältniß zur Berliner März-Revolution klar und vollständig an den Tag bringen.

Der König selbst erschien am Abend des 20. März in Begleitung des Prinzen Albrecht auf dem Schloßplatze. Er redete das Volk an, er reichte ihm seine Hände hin, sprach seine volle Zufriedenheit hinsichtlich der errungenen Erfolge aus, und ein tausendstimmiges Hoch erschallte ihm. Welche Wandlung der Dinge!

Nun drängte sich in Berlin Ereigniß an Ereigniß. Hier die merkwürdigsten derselben. Am 20. März flatterten allenthalben in Berlin die schwarz-roth-goldenen Fahnen. An demselben Tage erfolgte die Bewaffnung der Studenten, und der König erläßt eine Amnestie für die, welche wegen politischer oder durch die Presse verübten Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden sind.

Da öffnen sich um 1 Uhr Nachmittags die Thore des Staatsgefängnisses bei Moabit. Die polnischen Gefangenen erscheinen, sie sind der Freiheit zurückgegeben. Sie nehmen ihren Weg im Triumphzuge nach dem Königlichen Schlosse. Das Volk begleitet sie, Lebehoch auf Lebehoch ertönt. Mieroslawski steht auf einem Wagen, der von Menschen gezogen wird. Er hat in seinen Händen eine schwarz-roth-goldene Fahne, und erwiedert durch Geberden und das Schwingen der Fahne den begeisterten Zuruf des Volkes. Aus den Fenstern wehen allenthalben die weißen Tücher.

In diesem schönen, großartigen Augenblicke verbrüderte sich das deutsche und polnische Volk, aber leider war diese Verbrüderung auch nur ein Augenblick. Die späteren Vorgänge in Posen sind bekannt.

Am 21. März erschien ein Aufruf an das deutsche Volk. Kurz darauf hielt der König seinen berühmt gewordenen Umzug. Er war zu Pferde, trug die Uniform des ersten Garde-Regiments und den Helm, und hatte seinen Arm mit den deutschen Farben geschmückt. Er war begleitet von den Prinzen und den Ministern, die gleichfalls sämmtlich die deutschen Farben trugen. Den König umwogte der Jubel des Volkes. Er sprach die folgenden Worte: »Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle, ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Freiheit und Einheit will ich schützen, sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen constitutionellen deutschen Verfassung.«

Nach diesen Worten des Königs brach das Volk in Jubelgeschrei aus, man umschaarte den Monarchen, und nur mit Mühe konnte der Umzug weiter fortgeführt werden. Nach und nach setzte man sich in Bewegung. Voran ritten zwei Generäle, die um den Arm die deutschen Farben trugen. Ihnen folgten drei Minister, welche auf dieselbe Art geschmückt waren. Dann kamen zwei Bürgerschützen zu Fuß, in ihrer Mitte der Stadtverordnete Gleich, welcher die schwarz-roth-goldene Fahne trug. Dann kam der König selbst, umgeben von Prinzen und Generälen. — Der König hielt darauf an dem Schloßplatze und redete zum Volke. Darauf ging es die Schloßfreiheit entlang, unter dem fortwährenden Jubel der dicht an einander gedrängten Massen. Aus allen Fenstern wehten weiße Tücher. Als Friedrich Wilhelm vor der Königswache ankam, präsentirte die daselbst aufgestellte

Bürgerwehr das Gewehr. Der König sprach zu den bewaffneten Bürgern: »Ich sehe Euch hier auf der Wache, den Dank, den ich Euch schuldig bin, kann ich nicht genugsam in Worten ausdrücken — glaubt es mir!« Da ertönte plötzlich der Ruf: »Es lebe der Kaiser von Deutschland!« Aber unwillig erwiederte der König: »Nicht das, das will, das mag ich nicht!« An der Blücherstatue ging nun der Zug vorbei, dann durchzog er die Behrenstraße und ging dann unter den Linden zurück. — Vor der Universität standen die Studenten, sämmtlich bewaffnet, in Reihe und Glied. Der König hielt jetzt unfern des Denkmals Friedrichs II., nachdem er den Professoren Hecker und Müller die Hand gereicht hatte, die folgende Rede:

»Mein Herz schlägt hoch, daß meine Hauptstadt es ist, in welcher sich eine so kräftige Gesinnung bewährt hat. Der heutige Tag ist ein großer, ein unvergeßlicher, ein entscheidender. In Ihnen, meine Herren, steckt eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens auf dasselbe zurückblicken, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studirenden machen den größten Eindruck auf das Volk, und das Volk auf die Studirenden. Ich trage die Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit Nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott (bei diesen Worten erhob der König seine rechte Hand gen Himmel). Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon öfter geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volks gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen und der Wille des Volks mich unterstützen werden. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts

usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit. Sagen Sie es der abwesenden studirenden Jugend, es thut mir unendlich leid, daß sie nicht alle da sind. Sagen Sie es Allen!«

»Friedrich Wilhelm hoch!« schallte es von allen Seiten. Die braven Studenten schlugen die Waffen an einander, das versammelte wackere Volk warf die Hüte, die Mützen, an welchen die schwarz=roth=goldenen Kokarden prangten, in die Luft empor, und ein begeisterter Jubel ließ sich ringsum vernehmen. Dies war der merkwürdige Umzug des Königs. Friedrich Wilhelm IV. hatte sich der deutschen Sache ange=schlossen, er wollte Deutschlands Einheit, Deutschlands Frei=heit. Er konnte in jenem Augenblicke deutscher Kaiser werden! Das Volk, welches für Deutschland gekämpft hatte, jubelte dem Könige zu, als er im Schmucke der deutschen Farben erschien, als er für Deutschland sich erklärte.

Am Abend desselben Tages erließ der König einen Aufruf an »sein Volk und an die deutsche Nation«. Dieser athmet eine deutsche Gesinnung und war in ihm den Ideen der neuen Zeit Rechnung getragen worden.

Am 22. März wurden die am 18. und 19. März ge=fallenen Helden zur Ruhe bestattet. Man wollte ursprünglich die Bürger und die Soldaten in gemeinsamen Gräbern beerdigen, allein da dieser Plan nicht durchgesetzt werden konnte, so wurden die gebliebenen Bürger, Arbeiter ꝛc. allein der kühlen Gruft übergeben. Die Leichen und die Särge waren am 21. März in die neue Kirche auf dem Gendarmen=Markte gebracht worden. Man weiß nicht genau, wie viel Todte beerdigt werden sollten, doch mochten es mehr als 150 Personen sein. Wie viel Soldaten in jenen furchtbaren Stunden geblieben waren, hat man bis jetzt noch immer nicht erfahren können.

Kaum war der Morgen erschienen — und ganz Berlin

hatte sich schon in Bewegung gesetzt. Von vielen Häusern, sowie aus den Fenstern, wehten neben dem deutschen Banner große, lange Trauerflore. Auf den Thoren der Stadt hatte man riesige, schwarze Fahnen aufgezogen, von den Zinnen des Schlosses flatterten sie ebenfalls. — Die erschienenen Männer trugen um Arm und Hut den Trauerflor, die Frauen, welche auf den Balkonen standen, an den Fenstern sich zeigten und auf den Straßen zu erblicken waren, trugen sämmtlich schwarze Gewänder. Zu beiden Seiten der Straßen, auf dem Bürgersteige standen die Zuschauer, den Schloßplatz bedeckte eine unübersehbare Menschenmenge. Ein tiefer Ernst lag auf allen Gesichtern, Thränen auf Thränen rieselten aus vielen Augen zur Erde hin. Ruhig, in würdiger Haltung stand sie aber da diese heldenmüthige Bevölkerung. Man mußte die Todten ruhig schlummern lassen, man durfte kein Rachegeschrei, keinen Ruf der Wuth ertönen lassen!

Vor der neuen Kirche erhob sich eine mit Blumen und schwarzem Flor verzierte Estrade, auf welche man die Särge gestellt hatte. Um Mittag zogen die Abtheilungen der Bürgergarde, der Studenten, der Innungen ꝛc. von ihren Sammelplätzen heran und stellten sich auf den ihnen angewiesenen Plätzen auf. Die Gilde der Schützen, welche über der Gruft der Todten die Ehrensalven abfeuern sollte, der Magistrat und die Stadtverordneten, die Geistlichen aller religiösen Bekenntnisse stellten sich gleichfalls zum Zuge ein.

An dem Altare in der neuen Kirche standen unter Führung des Bischofs Neander die evangelischen Geistlichen, um die Leidtragenden zu empfangen, welche vom Leichen-Comité in die Kirche geführt wurden. Dann schritt man unter dem Choral »Jesus meine Zuversicht«, unter diesen einfachen, schmerzlich-rührenden Klängen zur Kirche hinaus, und näherte sich den Särgen. — Die Leidtragenden erhielten frische Blumensträuße, und war der ganze Blumenschmuck

durch einen Obergärtner des Hof-Marschallamtes angeordnet worden.

Nachdem auf der Estrade neben den Särgen von den Geistlichen der verschiedenen religiösen Bekenntnisse Reden gehalten worden, setzte sich dieser große Trauerzug in Bewegung. Er ging die Charlottenstraße hinab nach den Linden zu bis zum Opernplatze. Hier sah man die Mitglieder der königlichen Schauspiele, des Domchors und der Singakademie. Diese empfingen den Zug mit einem Chorale, schlossen sich ihm an, worauf derselbe weiter sich bewegte. Das Landsberger Thor war besonders schön mit Blumen und Guirlanden ausgeschmückt. Es enthielt die Inschrift: »Zum Andenken der Gefallenen«.

Es war ein unabsehbarer Zug. Tausende und aber Tausende hatten sich eingefunden, um den Todten die letzte Ehre zu erweisen. Der Zug dauerte fast drei Stunden; er bestand aus einer Abtheilung bewaffneter, junger Leute, aus Abtheilungen der Bürgergarde und des Handwerker-Vereins, aus Deputationen der berliner, potsdamer, magdeburger und anderer Gilden. Ferner waren in ihm zu sehen schwarz gekleidete Mädchen, welche Kränze trugen, Trauermarschälle, von denen die Räume zwischen den verschiedenen Sarg-Abtheilungen ausgefüllt wurden, ein Zug Italiener (bei welchen die Mitglieder der Italienischen Oper) mit der grün-roth-weißen Nationalfahne, die polnische Legion mit der deutschen und weiß-rothen polnischen Fahne. Es folgte ferner die Kaufmannschaft, sowie alle Gewerke, die Geistlichkeit, der Rector und die Dekane der Universität. Neben dem Rector schritt der ehrwürdige, berühmte Alexander von Humboldt einher. Dann waren zu sehen die bewaffneten Studenten, vor deren Abtheilung die schwarz-roth-goldene Fahne wehte, der bewaffnete Handwerkerverein, die Malmannschen Knaben, die Abgeordneten von vielen Städten, Männer aus Potsdam, Charlottenburg, Spandau,

Magdeburg, Frankfurt a. d. Oder, Breslau ꝛc. Auch Braunschweig und Hamburg hatten Abgeordnete geschickt. Es folgten ferner die Arbeiter der Borsig'schen, Rüdiger'schen, Egel'schen und anderer Fabriken, die Arbeiter der großen National-Maschinenbau-Anstalt, und eine bedeutende Anzahl unbewaffneter Handwerker machte den Schluß.

Als dieser großartige Trauerzug am zweiten Schloßportale anlangte, erschien der König auf dem Balkon. Seine Minister standen neben ihm. Man senkte die Trauerfahnen. Da nahm der König den Helm von seinem Haupte und blieb grüßend stehen, bis alle Särge vorüber waren.

Auf der höchsten Stelle des Friedrichs-Haines war die große, gemeinschaftliche Gruft zubereitet worden, in welche Sarg an Sarg dicht an einander gedrängt in doppelter Reihe hingestellt wurde. In der Mitte des Friedrichs-Haines erhob sich ein großer Mast mit dem schwarz-umflorten deutschen Reichsadler und dem Berliner Stadtwappen. Tiefer unten hatte man Cypressen und Lorbeerzweige angebracht.

Diese gemeinsame Gruft hatten die siegenden Volkskämpfer selbst gegraben. Man hat Niemanden gedungen, um den gefallenen Märzhelden die letzte Ruhestätte zuzubereiten. Das große Grab ist ein Quadrat, und umschließt einen freien Raum, der dazu bestimmt ist, das Denkmal der todten Freiheitskämpfer aufzunehmen. — Auf der Höhe des Friedrichs-Haines war ein Altar errichtet.

Nachdem die Särge eingesenkt worden waren, hielt der Prediger Sydow die Gedächtnißrede. Er sagte: »Die Gefallenen haben erreicht und mit ihrem Blute besiegelt, was unsre Väter 1813 ruhmvoll begannen. Aus diesem großen Grabe erhebt sich der Ruf: Friede, Eintracht, und Liebe! Denken wir darum mit Rührung und Dank an die auf beiden Seiten Gefallenen. Weihen wir ihnen unser Andenken.« Dann sprach der Bischof Neander den Segen. Die Fah-

nen wurden gesenkt, und die Schüsse der Schützen rollten dumpf über die Gruft hin.

Einer Rede, die an diesem großen Grabe gehalten wurde, müssen wir noch erwähnen. Schöne Worte sprach nämlich der Assessor **Jung** aus Köln. Er sagte unter Anderm: „Auf denn, so erwachse aus unserm Blute, statt des wilden Rachegeistes, die Rose der Freiheit in Verbrüderung! O pfleget sie wohl die edle Blume, und wachet, daß man sie euch nicht entreiße. Noch ist sie im Keimen, und man erwartet sehnsuchtsvoll ihre Blüthe". —

Am Schlusse sagte der begeisterte Redner: „O wachet und strebet, und denkt der blutigmahnenden Schatten eurer Brüder, die wahrlich nicht für ein Kleines zu sterben gedachten".

Die Feier war vorüber, man kehrte tiefergriffen und erschüttert in die Stadt zurück. Volk Berlins! gedenke der Helden, die da schlummern auf dem Friedrichshaine. Sie starben für deine, für die deutsche Freiheit! Stehe du fest, felsenfest unter der Fahne der Freiheit! Wanke nicht! Du wirst nicht wanken, wenn du denkst an jene Kämpfer, die in der Märznacht ihr rothes Herzblut mit hoher Begeisterung vergossen für das Heiligste und Edelste, was des Menschen Brust erfüllt.

Die Berliner Revolution entwickelte sich nun täglich weiter. Aus allen Theilen des preußischen, des deutschen Landes liefen Anschluß-Adressen ein. So aus Köln, Neuß, Leipzig, Coblenz, Düsseldorf, Königsberg, Anclam, von den Bonner Studenten ꝛc.

Am 25. März begab sich der König nach Potsdam und machte den Garde-Officieren eine Schilderung über die Berliner Zustände. Aber die Garden fügten sich nicht so leicht, und noch stehen sie grollend und murrend der neuen Zeit gegenüber. In Berlin begann das Leben der politischen

Klubbs, und eine starke Bewegung hat noch gegenwärtig alle Gemüther ergriffen. Fast ganz Preußen bietet dieselbe Physiognomie dar. Volksversammlungen zeigten sich bald an allen Orten.

Das neue Ministerium schaffte nicht viel. Arnim trat zurück und mit ihm der Kriegsminister von Rohr. Hansemann nahm Sitz im Ministerium.

In den letzten Tagen des Märzes trafen die Abgeordneten des vereinigten Landtages in großer Anzahl in Berlin ein. — Nach dem vereinigten Landtage folgte die constituirende Versammlung, die noch jetzt in Preußens Hauptstadt tagt. Sie ging aus der freien Wahl des Volkes hervor. Möge sie das große Werk, welches sie begonnen, glücklich zu Ende führen. Die Zuckungen der Revolution zeigen sich auch noch jetzt, und wie könnte das anders sein? Aber aus diesem wilden Gährungsprocesse wird — so hoffen wir wenigstens — die Freiheit, die Liebe, die Verbrüderung, der Friede leuchtend hervorgehen. — Die constituirende Versammlung hat schon Manches errungen. Minister sind in der letzten Zeit gefallen, die früher zu schönen Hoffnungen berechtigten, aber auch nur berechtigten.

Ist es in unserer wunderbaren Zeit nicht merkwürdig, daß in diesem Augenblicke ein Ministerium Pfuel in Berlin besteht, und ist es nicht noch merkwürdiger, daß es dem bekannten Stein'schen Antrage — ein Schreiben an die Armee zu erlassen, in welchem die Officiere vor reactionairen Bestrebungen gewarnt werden, in welchem die Aufforderung enthalten, daß sie sich der neuen Zeit anschließen mögen — Folge gegeben hat? Der sonst so freisinnige Hansemann weigerte sich dessen, der General von Pfuel vollzog den Beschluß der Nationalversammlung. Unter demselben Ministerium ist denn auch die preußische Habeas-Corpus-Acte erschienen rc.

Wir legen unsere Feder nieder. Wäre uns ein größerer Raum gestattet gewesen, so würden wir noch mehr Bilder aus der Berliner Revolution, aus den übrigen preußischen Bewegungen dem Leser vor das Auge geführt haben, so aber müssen wir schließen. — Die Berliner Erhebung war großartig und gewaltig. Sie galt Preußen und Deutschland. Das Volk zeigte, daß es deutsch sein wollte, und wenn es für Deutschland sein Blut vergoß, wie das geschah, so wird es auch ferner zu Deutschland stehen! Es wird keine Reaction dulden. Sollte diese aber die Kühnheit haben, dem Volke die Schlacht anzubieten, so wird das Volk sie zerschmettern und vernichten. Denkt an die Helden der Märztage, denkt an die Todten im Friedrichs-Haine!

Stehet fest unter der schwarz-roth-goldenen Fahne. Sieget mit ihr, oder fallet unter ihr, wie die alten herrlichen Spartaner! — Gott verläßt die Menschheit nicht, wenn sie sich selbst nicht verläßt. Es lebe Berlin, und dreimal hoch das wiedergeborene Deutschland! Reichen wir uns Alle die Hände, schwören wir: Deutsche Brüder zu sein für immer!

Gott segne Deutschland. Möge der Engel der Liebe, der Freiheit erscheinen über den schauerlichen Kratern der Revolution, möge die Palme des Friedens die ganze Menschheit beglücken!

G. N.

Die Revolutionen in den übrigen deutschen Staaten.

Nachdem wir gesehen haben, wie der Widerstand der alten bevormundenden Regierungen in Wien und Berlin auch in Deutschland dem Volke die Waffen in die Hand zwang, das im Bewußtsein seiner Kraft und seines Rechtes dem Hohn und der ungerechten Anmaßung seiner Unterdrücker entgegentrat und seine Freiheit im blutigen Kampfe errungen, wenden wir uns zu den einzelnen deutschen Staaten, die sich fast gleichzeitig erhuben, um das entehrende Joch abzuschütteln. — Zuvor müssen wir jedoch einen Blick in die Vergangenheit werfen, um den Geist zu begreifen, welcher über das deutsche Volk, wie über die ganze civilisirte Welt gekommen ist.

Dieser Geist ist kein anderer, als der Geist der Humanität, der Geist, in dem man alle Menschen als Brüder erkennt mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten.

Schon in den siebenziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fand dieser Geist in Deutschland seine Verkündiger, aber die Verdummung des Volks, die Willkürherrschaft der Fürsten und die Macht der blindgläubigen religiösen Parteien ließen ihn nicht aufkommen, und seine freimüthigen Vertreter mußten ihren Freimuth theuer bezahlen. — Konnte man aber auch die Verkündiger der Wahrheit mit roher Gewalt unter die Füße treten, den Geist selbst mußte man gewähren lassen, denn er läßt sich nicht mit Keulen und Spießen bewältigen.

Das deutsche Volk mußte seine Entartung theuer büßen: es mußte sich beugen unter das Joch der Fremdherrschaft des gallischen Usurpators und erst eine langjährige Schmach, die unerträglichsten Bedrückungen vermochten es aufzustacheln aus seiner Erschlaffung, um mit dem Muthe und der Kraft seiner Vorfahren die Fremdherrschaft zu vernichten und seine Schmach mit seinem Herzblute zu sühnen. Als der Sieg errungen war, da schwuren die Fürsten, als Statthalter des höchsten Gottes, für das Heil ihrer Völker zu wachen, in der sogenannten heiligen Allianz zwischen Rußland, Preußen und Österreich. In diesem Sinne wollte auch der deutsche Bund angesehen werden, der nach dem Zerfalle des Reiches (1815, 26. September) von den nunmehr 39 souverainen deutschen Fürsten geschlossen wurde. Er versprach dem Volke für seine Aufopferungen eine landständische Verfassung, Preßfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit der christlichen Confessions-Verwandten und Freizügigkeit; eine Vertretung des Volkes beim Bundestage, die schon damals von vielen Seiten gefordert wurde, kam nicht zu Stande.

Es würde zu weit führen, alle die schmählichen Verletzungen anzuführen, welche diesen Zusicherungen Hohn sprachen; genug, der deutsche Bund that Nichts für das Volk, sondern im Gegentheil, er war das Werkzeug der Großmächte, das Volk immer mehr zu knechten. Die besten und edelsten Männer, welche es wagten, gerechte Forderungen und Wünsche auszusprechen, wurden verfolgt, in den Kerker geworfen oder verbannt; die verderblichste Politik herrschte wiederum an den Höfen und hier und dort eine Willkürherrschaft, die wahrhaft entsetzlich war.

Aber immer und immer wiederholten sich 33 Jahre lang dieselben Klagen und dieselben Bitten, denn der Geist der Humanität, das Gefühl der Menschenwürde und des Menschenrechts, durch die Riesenschritte der Wissenschaften in

unserm Jahrhunderte, bis tief in die unteren Schichten des Volkes dringend, wie die Willkürherrschaft andererseits, mußten eine immer größere Opposition hervorrufen. Schon längst wäre der Freiheit eine Bahn gebrochen, wenn die Nation nicht so zersplittert, von geheimer und öffentlicher Polizei überwacht, durch die Macht der stehenden Heere bedroht und durch die maßlose Censur in Wort und Schrift, in Kirche und Schule, im öffentlichen und Privatleben gewaltsamer Weise niedergehalten wäre.

Schon die Jahre der Revolution von 1830 durchzuckten Deutschland mit gewaltiger Bewegung. Aber noch war die Zeit nicht gekommen, noch war das Volk in seiner großen Masse dem politischen Leben zu sehr entfremdet, noch die Metternich'sche Cabinetspolitik zu mächtig, als daß nicht Hunderte von politischen Märtyrern in die Maulwurfsgänge der geheimen Justiz geschleppt werden konnten, um in dumpfen Kerkern Jahre lang zu schmachten; oder über das Meer fliehen mußten, um über die Schmach ihres Vaterlandes in fremden Zonen zu trauern.

So häufte sich der Brennstoff fort und fort; — doch siehe, auf einmal leuchtete ein Blitz am europäischen Himmel auf und der Donner der Pariser Februarrevolution von 1848 durchbebte die deutschen Lande, die Fürsten zitterten und das gebeugte Volk erhob den Nacken und *wollte* frei sein.

Da wendet sich nun der Bundestag (1. März) auf einmal „*vertrauensvoll* an die Fürsten *und Völker*, seine Überzeugung als verfassungsmäßige Behörde für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands dahin aussprechend, daß das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und der Völker, die innigste Eintracht unter allen Stämmen nur die Aufrechthaltung der Macht und Unverletzlichkeit Deutschlands nach außen, und die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, wie die Sicherheit der Personen und des Eigen-

thums im Innern bewirken könne.« Er weist dabei zurück auf die theuer erkauften Erfahrungen und mahnt dieselben für die möglicherweise stürmische Zukunft zu nützen. Er verspricht dagegen eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen, und die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen, als wenn dies nicht schon immer seine Pflicht gewesen wäre; dann schließt er mit der Versicherung: »Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt, aber nur der gesetzliche Fortschritt und die einheitliche Entwickelung führen dahin.« Er vertraut dabei nicht allein auf den stets bewährten gesetzlichen Sinn und die seltene Treue, sondern auf einmal auch auf »die reife Einsicht des deutschen Volkes!« — Bald darauf (3. März) verkündigt er Preßfreiheit, jedoch unter der Beschränkung »von Garantien, welche die deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicherstellen würden.«

Aber wie wenig der deutsche Bund das Vertrauen sowohl der Fürsten, als des Volkes besaß, zeigte sich bald. An den meisten Orten kümmerte das Volk sich nicht um den Bundestag und legte seine langgehegten Wünsche den einzelnen Regierungen vor, welche wiederum größtentheils ohne Rücksicht auf den Bundestag bewilligten oder zu bewilligen gezwungen wurden. — Indessen entwickelte der Bundestag eine besondere Thätigkeit; er traf Anordnungen zur Sicherung der Landesgrenze, bestimmte den alten Reichsadler zum Bundeswappen, und die alten Reichsfarben: Schwarz, Roth, Gold zu Farben des Reichsbanners (10. März); beschloß sodann über das Wie und Wo diese Farben anzubringen seien (20. März), daß dieselben sofort in den Bundesfestungen gebraucht werden sollten, und im Fall eines Bundeskrieges alle Bundestruppen das gemeinschaftliche Kennzeichen diesen Farben

entsprechend tragen mußten, wie auch die Siegel der Bundesbehörden das Bundeswappen hinfort führen sollten.

So wenig aber das gesammte Volk dem Bundestage vertraute, eben so wenig vertrauten die Männer des Bundestages auf sich selbst; sie waren überzeugt von der Zwecklosigkeit der bestehenden Bundesverfassung, glaubten aber sonderbarer Weise dieselbe durch eine Revision beleben zu können, wozu sie die Kräfte im Volke suchten; deshalb wandten sie sich zu wiederholten Malen (10. und 25. März) an sämmtliche Bundes-Regierungen und forderten sie auf, „unverzüglich Männer des öffentlichen Vertrauens“ nach Frankfurt zu senden, um die Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage bewerkstelligen zu können.

Doch schon am 5. März hatten sich 51 Männer des öffentlichen Vertrauens aus verschiedenen deutschen Staaten in Heidelberg versammelt, um über die Zustände Deutschlands zu berathen. Sie sprachen sich in einem Schreiben (5. März) dahin aus: „daß die Erringung und Vertheidigung der höchsten Güter, Freiheit, Einheit, Selbstständigkeit und Ehre der deutschen Nation im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — so lange auf diesem Wege Rettung möglich sei — erstrebt werden müsse. Sie bekennen offen ihren Schmerz im Rückblick auf die traurigen Erfahrungen über die Wirksamkeit der Bundesversammlung, welche das Vertrauen zu derselben so tief erschütterten, daß eine Ansprache der Bürger an den Bundestag die schlimmsten Mißklänge hervorrufen würde. Tief betrübend sei dies in einem Augenblicke, wo diese Behörde sich auf die traurigen Erfahrungen der Geschichte berufe, und mit schönen Worten von der Stellung spräche, welche die Nation unter den Völkern einzunehmen berufen sei; wo sie jeden Deutschen zum vertrauensvollen Mitwirken auffordere. — Tief betrübend in diesem Augenblicke ist die Erinnerung, daß sie selbst den

Deutschen verboten hat, Vorstellungen an sie zu richten.« — „Deutschland“, sagt diese Versammlung ferner, »darf nicht durch Einmischung in die Angelegenheiten Frankreichs, oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderungen in Krieg verwickelt werden; denn Selbstständigkeit und Freiheit, die man für sich als ein Recht fordere, dürfe man anderen Nationen nicht schmälern oder rauben. — Die deutsche Nation muß sich selbstständig vertheidigen, nie aber in einem russischen Bündniß Hülfe suchen.« Zur Beseitigung der inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwicklung der Kraft und Blüthe des deutschen Nationallebens stellte sie dann die Versammlung einer in allen Staaten gewählten Nationalvertretung als unaufschiebbar dar.

Am 12. März erließ dieser Ausschuß einen Aufruf an alle früheren und gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen, wie insbesondere an ausgezeichnete Männer des Volksvertrauens in allen deutschen Landen, sich am 30. März in Frankfurt a. M. einzufinden, um über die so weit gediehenen Vorarbeiten weiter zu berathen.

Gleich nachdem dieser entschiedene Schritt gethan war, der die Wünsche des Volks der Wahrheit näher brachte, erkämpfte das gemißhandelte Volk in Wien (13. März) und Berlin (18. März) über den alten Despotismus und für die Freiheit ruhmvoll den Sieg und mit dem verströmenden Blute der gefallenen Märtyrer stieg die Morgenröthe der jungen Zeit herauf.

Der allgemeine Wille des deutschen Volkes entschied sich nicht für die republikanische, sondern für die constitutionell-monarchische Verfassungsform. Selbst in Wien und Berlin, wo die schroffen Mißbildungen der politischen Zustände das Herzblut des Volkes kosteten, selbst in der todesverachtenden Erbitterung, wie im Jauchzen der Siegeslust ließ man die Monarchie bestehen und verlangte nur die Anerkennung der

Volksrechte neben den Privilegien der Fürsten. — Mit dem deutschen Parlamente wurden die allgemeinen Wünsche theilweise befriedigt, und mußten anderntheils befriedigt werden, sobald das Parlament aus dem zerrissenen deutschen Staatenbunde einen gesetzlich geregelten Bundesstaat geschaffen hatte, dessen Gedeihen und Emporblühen für die Zukunft zu erwarten war. — Die Bewegungen, welche während der Berathung über die Gestaltung eines einigen und freien Deutschlands nicht aufhörten, concentriren sich schon im Wesentlichen in dem Vorparlamente und noch mehr in dem eigentlichen Parlamente, das deshalb den Höhenpunkt der allgemeinen deutschen Erhebung bildet. — Wir müssen hier jedoch noch einer anderen Bewegung gedenken, die neben der allgemeinen Bewegung der Volksfreiheit mit Waffengewalt eine andere Bahn brechen sollte, wir meinen die republikanische Schilderhebung in Baden. Es kann nach dem eben Gesagten nicht unsere Aufgabe sein, diesen Aufstand in seinen Einzelheiten zu verfolgen, nur einzelne Andeutungen über denselben und in Bezug auf die republikanische Partei im Allgemeinen, mögen hier ihre Stelle finden. Herwegh und Bornstedt waren es hauptsächlich, welche von Paris aus Verbindungen in Baden anknüpften, und die deutschen Arbeiter in Frankreich durch mancherlei Vorspiegelungen zu einer gewaltsamen Einführung der Republik in Deutschland anwarben und verleiteten; während Fickler, der in einer zahlreich besuchten Volksversammlung in Stockach behauptete: „von Belgiens Grenzen bis zu des Schwarzwalds Höhen ertöne nur der eine Ruf: die deutsche Republik!“ nebst Struve und auch der badensche Abgeordnete Hecker, die Aufrührer im Seekreise als Kämpfer für die deutsche Republik anwarben. Versuche der badenschen Regierung, die Aufrührer durch Güte in die Schranken des Gesetzes zurückzuführen, waren vergebens, und so blieb nichts anderes übrig, als sie

mit Waffengewalt zu unterwerfen. Republiken, am Abend errichtet, zerfielen über Nacht. Die Republikaner erlagen, wie das vorauszusehen war, in allen Gefechten. Das Gefecht bei Kandern gegen die Heckerschen Republikaner kostete den Generallieutenant von Gagern das Leben. Herwegh zeigte sich feig; — bei einem Zusammentreffen mit würtembergischen Truppen bei Schopfheim floh er, ehe noch das Gefecht begonnen hatte. Die Freischaaren wurden zerstreut und die Führer flüchteten größtentheils in die Schweiz. Ein späterer Versuch Struve's lief ebenso kläglich ab, und kostete ihn die Freiheit. — Hecker, wohl der bedeutungsvollste der republikanischen Führer, ein talentvoller Mann und edler Charakter, ist nach Amerika übergesiedelt, wo er die Republik aus eigenem Anschauen kennen lernen will, um mit bereicherten Erfahrungen zu seinen Landsleuten zurückzukehren.

Neben der geringen Anzahl von Republikanern, welche die Republik unter jeder Bedingung einführen möchten, giebt es jedoch eine sehr große Zahl Republikaner in allen deutschen Ländern, welche in der Republik das Ziel der politischen Entwickelung der Nation erblicken und die constitutionelle Monarchie nur als einen naturgemäßen Übergang zu jener Staatsform betrachten. Zu dieser Partei gehören viele der tüchtigsten Mitglieder des deutschen Parlaments und der Volksvertreter aller Ständeversammlungen. So theilt sich die Bevölkerung Deutschlands in Republikaner und Monarchisten, und nur die Scheu vor der plötzlichen Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse und die Hoffnung, durch die constitutionelle Monarchie Völkerglück und nationale Größe auf friedlichem Wege zu erreichen, machen es möglich, daß die monarchistische Partei die republikanische noch überragt. Wenden daher die Monarchisten, an deren Spitze natürlich die Fürsten stehen, nicht alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel gewissenhaft an, um die gerechten Wünsche des Volks zu befriedigen,

so ist es höchst wahrscheinlich, daß bei der ungemeinen Thätigkeit der Republikaner, und durch die immer mehr sich verbreitende Ansicht des Volkes, daß auf dem bisherigen Wege kein Heil zu erreichen steht, eine neue ungeheure Bewegung in's Leben tritt, deren Ausgang die Republik sein wird. — Ob zum Heil oder — zum Verderben? — wer kann es entscheiden!

Nach diesen allgemeinen Umrissen und Betrachtungen wenden wir uns zu der Schilderung der Vorgänge in den einzelnen Staaten, wobei jedoch der Erhebung Schleswig-Holsteins, außer den schon in eigenen Capiteln behandelten Revolutionen in Österreich und Preußen wegen der Reichhaltigkeit und Wichtigkeit des Stoffes, so auch ein besonderer Abschnitt gewidmet werden muß.

In **Bayern** hatte man jahrelang so manchen Druck, so manchen Hohn geduldig ertragen, aber daß der greise König die übel berüchtigte jugendliche Abenteurerin Lola Montez in eine Gräfin v. Landsfeld umwandelte, rief eine Erbitterung hervor, welche die entschiedene politische Erhebung im März 1848 wahrlich nicht wenig beförderte; so strömte am Abend des 2. März ein Theil der aufgeregten Volksmenge in München vor das Haus des Ministers v. Berks, ihm, wegen seiner Rolle in der scandalösen Geschichte der Montez und seiner Amtsverwaltung überhaupt, ein Pereat nebst Katzenmusik zu bringen. Allein die Demonstration nahm einen ernsteren Charakter an, und unter dem wilden Geschrei: „Nieder mit Berks!“ waren bald die Fenster und das Hausthor mit dem aufgerissenen Straßenpflaster zertrümmert. — Berks hatte Urlaub erhalten — jedoch der Urlaub sollte auf immer gegeben sein. — Eine ungeheure Aufregung hatte sich der Bewohner Münchens bemächtigt, unter Toben und Geschrei mit Fahnen von den verschiedensten Farben und Stoffen durchstürmte das Volk bis tief in die Nacht die Straßen der

Stadt, zerschmetterte mit Steinwürfen die Fenster mißliebiger Personen, des Ministeriums, des Residenzneubaues, des Stadthauses und des Regierungsgebäudes; drang gegen Morgen mit Gewalt in das unweit der Eisenbahn gelegene Gendarmerie-Commando, nahm die Waffen und machte sich Fahnen aus den zerschnittenen Bettüberzügen. Das einschreitende Militair verhielt sich fast passiv oder verfuhr doch höchst schonend, doch soll es zwischen 4 und 5 Uhr des Morgens noch zur Errichtung von Barrikaden und zu thätlichen Reibungen gekommen sein. Eine Deputation der Bürger hatte am Abend des 3. März eine mit 5000 Unterschriften versehene Adresse dem Könige überreicht. Man verlangte in ihr „vollständige Abschaffung der Censur; Öffentlichkeit und Mündlichkeit bei der Rechtspflege mit Geschwornengerichten; ein zeitgemäßes Polizeigesetz; Änderung der Wahlordnung für die Stände; Verantwortlichkeit der Minister; Beeidigung des Heeres auf die Verfassung; Vertretung des Volkes beim Bundestage und sofortige Zusammenberufung der Reichsstände. Obgleich der König erst am folgenden Tage Bescheid versprochen hatte, so theilte Fürst Wallerstein schon Abends gegen 8 Uhr im Wachtzimmer der Bürgergarde eine Verordnung mit, welche als Antwort auf die Bürgeradresse am 4. durch den Magistrat veröffentlicht wurde. In ihr wurde die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten für aufgelöst erklärt und versprochen, daß die neuen Wahlen sogleich stattfinden sollten und die Kammer der Reichsräthe wie der Abgeordneten auf den 31. Mai zusammen zu berufen sei. Diese Antwort befriedigte jedoch die Bürgerschaft nicht, man zog deshalb in Masse vor das Schloß und eine Deputation sprach freimüthig die Bedenken der Bürgerschaft aus, namentlich, daß der Termin zur Einberufung der Stände zu weit hinausgesetzt sei. Dem Könige verdroß dieses so sehr, daß er die gegebenen Zusicherungen zurücknahm und erklärte, nur nach eigenem Ermessen

über das zu Gewährende verfügen zu wollen. Ein Gefühl des tiefsten Unwillens und der Entrüstung ergriff die ganze Bevölkerung, Alles griff zu den Waffen, das Zeughaus der Bürger wurde erstürmt, und 4000 Musketen, 6000 Säbel und andere Waffen fielen in die Hände des Volks. — Sofort wurde das Militair der Stadt und Umgegend aufgeboten, während die Bauern aus den umliegenden Dorfschaften, mit Dreschflegeln, Sensen und Flinten bewaffnet, dem Rufe der Sturmglocke folgten und, vor der Stadt sich zusammenschaarend, drohten, beim ersten Schusse den Bürgern zu Hülfe zu kommen. Die Nacht vom 4. auf den 5. verstrich zwar ruhig, doch die Erbitterung steigerte sich noch, als sich das Gerücht verbreitete, der Fürst Wrede habe am 4. geäußert: »die Canaille müsse mit Kartätschen bedient werden.« — Eine am 5. Nachmittags abgehaltene Volksversammlung schickte hierauf eine Deputation an den Feldmarschall, Prinz Carl, und verlangte augenblicklichen Abzug des Militairs. Indessen verbreiteten sich Gerüchte über die mildere Stimmung des Königs, die dann durch eine mit hohen Phrasen geschmückte Proclamation vom 6. sich bewahrheiteten. In derselben wurde die Zusammenberufung der Reichsstände auf den 16. März zugesagt und Gesetzvorlagen über Verantwortlichkeit der Minister, vollständige Preßfreiheit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgerichten, neue Wahlordnung für die Ständewahlen, gleichmäßige Fürsorge für alle Staatsdiener und deren Hinterbliebene, Verbesserung der Lage der Juden, und schleunige Abfassung eines Polizei-Strafgesetzbuches versprochen; die Censur wurde sofort aufgehoben und die Beeidigung des Militairs auf die Verfassung befohlen. Außer von dem Könige war diese Proclamation von den Prinzen und dem Gesammtministerio unterzeichnet. Gleichzeitig mit ihrem Erscheinen wurde der beliebte Bürgermeister von Regensburg, Thon-Dittmer, zum Minister des Innern ernannt. — Diese Zugeständnisse

des Königs, und der freie kräftige Ton, in dem die Proclamation abgefaßt war, riefen allgemeine Bewunderung und einen großen Jubel hervor, und Niemand dachte wohl daran, daß sich der König entweder selbst getäuscht oder den Act der Nothwendigkeit als Folge seiner echt deutschen Gesinnung dargestellt hatte, wie dies aus seiner erfolgten Abdankung klar geworden ist.

In **Sachsen** hielten die Stadtverordneten von Leipzig am 2. März eine öffentliche Sitzung, um eine Adresse an den König zu berathen. Dieser Adresse schloß sich der Magistrat an und sie wurde am 3. März durch eine Deputation dem Könige nach Dresden überbracht. — Der wesentliche Inhalt dieser sehr langen und sehr bescheidenen Adresse ist folgender: Im Eingange entschuldigen sich die Bittsteller ehrfurchtsvoll, daß sie als bloße Vertreter einer Commüne es dennoch wagen, Bitten für ganz Sachsen, ja für ganz Deutschland auszusprechen. Man rechtfertigt dies durch die drohenden Gefahren von innen und außen, weis't auf die Vergangenheit und blickt in die Zukunft und wünscht eine Umgestaltung der Politik des deutschen Bundes, namentlich Beseitigung der unseligen Ausnahmsgesetze, ungesäumte Einführung der Preßfreiheit und Vertretung des deutschen Volkes beim deutschen Bunde. — Zum Schluß entschuldigt man sich nochmals. — Die eigenhändige Antwort des Königs an den Bürgermeister Groß war dieser Adresse in gewisser Hinsicht sehr entsprechend. Er sagt, daß die Bittsteller ihre Befugniß offenbar überschritten hätten, weshalb sie keine Antwort auf den speciellen Inhalt ihrer Adresse zu erwarten hätten; ermahnt dann väterlich, warnt vor Erregung von Mißtrauen und giebt es dem Gefühle der Bittsteller anheim, ob in diesem Sinne der Schritt, den sie gethan, ein zeitgemäßer zu nennen sei; versichert dann, während seiner siebenzehnjährigen Regierung nichts von einem Mangel an innerer Eintracht

zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volkes gemerkt zu haben (!?), versichert sie seines Vertrauens und bittet die Leipziger Bürger zu grüßen. — Die Leipziger Stadtverordneten hielten jedoch für nothwendig, weitere Schritte zu thun. Sie traten deshalb am 4. März zu einer zweiten öffentlichen Sitzung zusammen, in welcher besonders die Redner Blum, Wigand und Biedermann trefflich zu dem zahlreich versammelten Volke redeten. Hier beschloß man dem Könige zu erklären, daß er über die Lage des Landes und die Stimmung des Volkes getäuscht sei und daß nur die Entlassung des jetzigen Ministeriums eine Besserung hoffen ließe. Dieser Erklärung trat der Rath und der akademische Senat bei, und eine Deputation überbrachte sie sofort dem Könige. Schon am 5. früh kamen die Deputirten mit der Antwort des Königs zurück, die aber ebenso wenig befriedigend war, als die erste. Der König bedauert unter anderm, daß seine väterlichen Ermahnungen nichts gefruchtet hätten, und erklärt, daß er sich nicht von Zeitereignissen leiten lasse, sondern nur von seiner Einsicht und Pflicht und macht schließlich die Stadt für Wahrung von Gesetz und Ordnung verantwortlich. — Eine hierauf projectirte Massen-Deputation unterblieb, doch baten die Leipziger Buchhändler und sogar die Censoren noch besonders um Aufhebung der Censur und Einführung der Preßfreiheit. — Die Dresdener Stadtbehörden sandten am 5. März ebenfalls eine Deputation mit einer Adresse an den König, in der sie besonders um baldige Einberufung der Stände und um eine desfallsige bestimmte öffentliche Zusicherung baten, womit sich der König denn auch einverstanden erklärte. — An demselben Tage wurde dem wiederholten Nachsuchen des Ministers v. Falkenstein durch seine Entlassung entsprochen, und der bisherige Appellations-Gerichts-Vicepräsident Dr. Zschinsky von Dresden an seine Stelle berufen, worauf am 6. März die von der Dresdener

Deputation erbetene beruhigende Proclamation des Königs erlassen wurde. — Indessen liefen Adressen über Adressen aus allen Theilen des Landes ein, welche gleiche Bitten, wie schon in anderen Staaten gewährt waren, stellten. Aber der König stemmte sich noch immer gegen den gewaltigen Strom, der ihn jeden Augenblick fortzureißen drohte; so antwortete er unter anderm dem Bürgermeister Schwedler von Meerane, der als Sprecher einer Deputation für die Städte Zwickau, Werdau, Crimmitschau, Meerane, Glauchau und Waldenburg bei Überreichung der sechs Adressen recht eindringlich redete, mit einem vierfachen „Nein“ und „Ich habe Ihnen weiter Nichts zu sagen, leben Sie wohl.“ — Doch schon am 9. März erschien eine Proclamation, durch die bekannt gemacht wurde, daß die Staatsminister von Könneritz, von Zeschau, von Wintersheim, von Carlowitz und von Oppell, veranlaßt durch die Stimme des Volkes, wiederholt ihre Entlassung anheimgestellt haben; jedoch der König habe dieselbe nicht angenommen. „Se. Majestät habe die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Landtages für den 20. März befohlen und erwarte nun, daß von jeden weiteren Vorschriften abgestanden und überall Ruhe und Ordnung erhalten werde.“ — In einer Verordnung an die Kreis-Directionen wird die Censur bis zum 15. April aufgehoben, dafern nicht schon früher durch eine Vereinbarung mit dem Landtage ein Preßgesetz in Kraft treten würde. Eine allgemeine Verordnung gleichen Inhalts erging am folgenden Tage. — Endlich wurden durch 40 Männer, welche nach einem Aufruf des Abgeordneten Joseph am 12. März in Leipzig zusammentraten, alle die Wünsche, die anderwärts ausgesprochen und erlangt waren, umfassend und ohne Rückhalt bekannt. Der Widerstand war gebrochen, am 13. wurde der Minister von Könneritz entlassen und die Verabschiedung der anderen vier oben genannten Minister als beschlossen ange-

kündigt. Hierdurch bekamen die Leidenschaften der Menge eine andere Richtung, man brachte den Exministern am 14. und 15. Abends tumultuarische Pereats mit Fenstermusik, doch gelang es den Anstrengungen der Communalgarde, die Unruhen zu beseitigen. — Auf der andern Seite rief die Abdankung des Ministeriums stürmischen Jubel, Illuminationen, Dankadressen und donnernde Vivats für den König hervor. — Am 16. wurden darauf die vier übrigen Minister förmlich entlassen und dem Gerichtsdirector Dr. Braun das Departement der Justiz und provisorisch das Unterrichts- und Cultus-Ministerium, dem Professor Dr. v. d. Pforten das Ministerium des Innern und provisorisch das der auswärtigen Angelegenheiten, dem Abgeordneten R. Georgi das Finanzministerium und dem Oberst Graf von Holtzendorff das Kriegsministerium übertragen. Zugleich wurde die Einberufung des Landtages zurückgenommen, da die kurze Zeit dem neuen Ministerium die nöthigen Vorarbeiten nicht gestatte. (Bald darauf [22.] wurde der Abgeordnete Oberländer zum Minister des Innern ernannt.) Dies neue Ministerium machte folgende Grundsätze und Maßregeln, mit denen sich der König einverstanden erklärt hatte, bekannt: Beeidigung des Militairs auf die Verfassung; Aufhebung der Censur für immer, mit Preßgesetz ohne Concessionen und Cautionen; Reform der Rechtspflege auf Grundlage der Mündlichkeit und Öffentlichkeit mit Schwurgerichten; Reform des Wahlgesetzes; Vereinsrecht mit Repressiv-Bestimmungen wegen Mißbrauch; gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität; Antrag auf Revision des Vereinszolltarifs; kräftige Hinwirkung auf Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde. — So war denn nach langem Widerstreben den ersten Reformbestrebungen genügt. Am 25. wurden dann noch vorläufige Bestimmungen über die Presse, Niederschlagung der Untersuchungen in Preßsachen und Erlaß

der Strafen, welche in dieser Hinsicht zuerkannt, aber noch nicht vollzogen waren, verfügt.

In **Hannover** war es das Bürgervorsteher-Collegium der Residenz, welches den ersten Schritt auf der Reformbahn wagte. Nicht jugendliches Ergriffensein von dem brausenden Strome der Zeit, sondern die Sorge für die Sicherheit und Ruhe der Stadt veranlaßte die Bürgervorsteher am 3. März den Magistrat zu gemeinschaftlichen Berathungen aufzufordern. Beide einigten sich sodann zu einer Adresse an den König, welche am 6. an den Ort ihrer Bestimmung gelangte. Das Bürgervorsteher-Collegium hatte zuerst schleunige Einberufung der Stände, sofortige Aufhebung der Censur, Vereinigungsrecht und Errichtung von Bürgergarden ins Auge gefaßt, die Adresse enthielt jedoch nur 3 Punkte: Bitte um Preßfreiheit, um Versammlungsrecht und Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde; „um das Vaterland nach außen zu kräftigen und im Innern die Ruhe zu sichern, damit es in seiner Entwickelung nicht gestört werde.“ Man sagt ferner: „Aber selbst die Vorbereitung zur Sicherung der Ruhe und des Friedens wird Opfer erfordern, Opfer an Mitteln des Wohlseins und Opfer an Wünschen, geduldige Erwartung der ruhigen gesetzmäßigen Entwicklung. — Um jedoch nicht zu verzweifeln, bedarf es Thatsachen, Abstellung von Mängeln, welche hier und da tief empfunden werden.“ Doch genug davon. — Am 7. Nachmittags hatte die Deputation eine Audienz beim Könige und gleich darauf verbreitete sich das Gerücht von einer zurechtweisenden Antwort. Die Antwort des Königs nach der Hamburger Zeitung wollen wir kurz skizziren: Er freut sich zunächst über „den Ausdruck der ihm bekannten loyalen Gesinnung“, rühmt seine 11jährige Wirksamkeit als gerecht, unparteiisch und heilbringend für das Land. In Bezug auf die baldige Einberufung der Stände soll er gesagt haben: „Kennen Sie, meine Herren, denn nicht die verfassungsmäßigen Bestimmungen, nach welchen die all-

gemeinen Stände alle 2 Jahre zu berufen sind, namentlich in diesem Jahre berufen werden müssen? Wissen Sie nicht, daß vor dem 1. Juli die Beschlüsse gefaßt sein müssen; daß bis dahin nur noch eine dreimonatliche Frist übrig bleibt; daß ich daher nicht anstehen konnte, die Stände zu berufen? Ich habe das nicht vergessen.« — »Die Preßfreiheit anlangend, so bin ich derselben nicht entgegen, völlig ungeregelte Preßlicenz werden Sie selbst nicht wollen, die Aufhebung der Censur ist aber nicht ausreichend, um den Zustand der Presse zu regeln. Weitere Bestimmungen und Garantien gegen Mißbrauch der Presse könnten aber erst nach vorgängigem Benehmen mit Nachbaren und Verbündeten und den Landständen getroffen werden.« — »Eine Vertretung des Volks bei dem deutschen Bunde, welcher ein Fürstenbund ist, durch das Volk, widerspricht der Natur des Bundes; und Sie, meine Herren, möchten es sich selbst nicht völlig klar gemacht haben, auf welche Weise dieser Wunsch zu realisiren sein könnte. Ihre Bemerkung selbst, daß die Resultate der bisherigen Bundesthätigkeit nicht in allem Maße den zum Nationalgefühle erwachten und davon beseelten Deutschen entsprechen, rechtfertigt noch lange nicht das gestellte Begehren. Es ist der Beruf der Landesherren, für das wahre Beste ihrer Unterthanen, ihres Landes, zu sorgen. Ich fühle noch die Kraft in mir, dasselbe nach innen und nach außen würdig zu vertreten.« — Und »obgleich ich kein Jüngling mehr bin,« so schließt diese Antwort, »würde man ihn stets bereit finden, seine treue Liebe und Anhänglichkeit für alle seine Hannoveraner mit seinem letzten Blutstropfen zu besiegeln.« In einem Tags darauf erscheinenden Cabinetserlasse, der dasselbe mit anderen Worten sagt, wurde dann noch mit Hinweisung auf die in dem Bundesbeschlusse vom 3. März angedeuteten Garantien, nach Feststellung dieser Garantien, die Aufhebung der Censur versprochen und gleich darauf in einer andern

Verordnung die Eröffnung der Ständeversammlung auf den 28. März festgestellt. — Nach einigen Tagen hatte man den Entschluß gefaßt, sich gründlich zu verantworten, allein vergebens, der Herr Cabinetsrath von Falke gestattete das nicht, »weil der König zu sehr mit Geschäften überhäuft sei,« die Deputation mußte also mit den besten Vorsätzen wieder zu Hause gehen. Eine Deputation von Hameln kam gleichzeitig an, — aber auch sie wurde abgewiesen. Obgleich nun die Bürgerschaft Hannovers ihr Mißfallen über diese Vorgänge laut genug aussprach, obgleich bis zum 14. eine Menge Adressen aus den verschiedenen Städten des Landes einliefen — unter denen die Osnabrücker und Mündener die umfassendsten Reformen im entschiedenen Tone verlangten, — so glaubte der König dennoch die ganze Sache durch eine Ansprache abmachen zu können, welche am 14. veröffentlicht wurde. Es heißt darin: — »Ich antworte hierdurch selbst auf alle Eure Petitionen, denn von früh Morgens bis spät Abends, oft bis zur Erschöpfung mit Geschäften überhäuft, kann ich nicht Euch Alle sehen oder einzeln antworten. — Die meisten dieser Petitionen beweisen mir noch immer die alte Liebe und das Zutrauen meiner geliebten Unterthanen. Wo andere Wünsche darin laut werden, kommen sie — davon bin ich überzeugt — nicht von den Hannoveranern selbst, sondern sind durch Fremde eingeflößt, die überall Unordnungen und Verwirrungen anzuregen bemüht sind.« — Er wolle nur versprechen, was er ehrlich halten könne, deshalb erhielte die Volksvertretung beim deutschen Bunde seine Zustimmung nicht. — Die zulässigen Wünsche sollten auf verfassungsmäßigem Wege vorbereitet werden, im Übrigen ermahnt er zur Ruhe und Ordnung und fordert auf, ihm zu vertrauen, »ich werde dies Vertrauen nicht täuschen, sondern gern meinen letzten Tropfen Blut dem Wohle meines Volkes opfern.« Am folgenden Tage wurde in der Hannoverschen Zeitung bekannt gemacht, daß das

Ministerium zur Beseitigung der Censur ein Preßgesetz bearbeite, das die nöthigen Garantien gegen Mißbrauch der Presse biete und nach vorgängiger Berathung mit den Ständen in Kraft treten würde; doch bevorwortet man die verfassungsmäßigen Einwirkungen etwa erfolgender Bundesbeschlüsse. — Wir müssen hier eines Zwischenfalls erwähnen, welcher nicht ohne Folgen für die Reform war. In Göttingen zogen etwa 12 Studenten in der Nacht vom 11. auf den 12. März in heiterer Laune singend nach Hause. Eine Mehrzahl Landdragoner forderte sie im Namen des Prorectors und des Königs auf, auseinander zu gehen; da jedoch dem Gebote nicht Folge geleistet wurde, so hieben sie auf die Wehrlosen ein und verfolgten und verwundeten die Fliehenden. Der verhaßte Polizeidirector Heintzen war die nächste Quelle dieses empörenden Scandals. Die Studirenden sandten deshalb vier Professoren nach Hannover, welche sich über diesen Vorfall beschweren, die sofortige Absetzung des rc. Heintzen, Aufhebung der Stadtpolizeimacht in akademischen Angelegenheiten und neue Gesetze für die Studirenden verlangen sollten. Die Bürgerschaft hatte indeß in gerechter Entrüstung die Polizei außer Thätigkeit gesetzt, die Functionen selbst übernommen und gleichfalls eine Deputation abgesandt. Beide blieben ohne den gewünschten Erfolg. Zum Könige wurden sie nicht gelassen. Der Minister v. Wedel und Cabinetsrath von Falke, mit denen nach langem Warten verhandelt werden konnte, schlugen die Forderungen ab, versprachen jedoch eine Regierungs-Commission zur Untersuchung des Vorfalls nach Göttingen zu schicken und mit der Antwort kehrte man am 15. nach Göttingen zurück. Die am Abend desselben Tages anlangenden Regierungs-Commissaire, Geh. Cabinetsrath von Schele und Justizrath Bacmeister, hatten jedoch durchaus keine Vollmacht, die gerechten Forderungen der Studirenden auch nur annähernd zu erfüllen. Man lehnte deshalb

ihre Einwirkung ab und verließ, nach einem fast einstimmigen Beschlusse vom 14., mit den gleichgesinnten Professoren in feierlichem Aufzuge die Stadt, um in Hamburg einen neuen Musensitz zu gründen. Die Bürger gaben den Studirenden tief trauernd das Geleit und die schon vor Gram über die verjagten sieben Professoren von 1837 hingewelkte Georgia Augusta schien jetzt verwais't ihren letzten Kampf gekämpft zu haben. — Nach 8 Tagen wurde jedoch der Heintzen abgesetzt, die Macht der Polizei in akademischen Angelegenheiten aufgehoben und ein den Wünschen der Studirenden entsprechendes neues Gesetz bis zum nächsten Semester zugesagt, worauf sie fast sämmtlich zurückkehrten und mit Jubel empfangen wurden. — Endlich brach der Frühlingshauch der Freiheit auch in Hannover das starre Eis. Am 16. wurde eine mit fast 2000 Unterschriften versehene Bürgeradresse mit einer Zuschrift an den Magistrat gesandt. In dieser Zuschrift beklagte man, daß das Bürgervorsteher-Collegium und der Magistrat für sich allein Schritte gethan hatten, von denen doch billigerweise die Bürgerschaft vorher in Kenntniß gesetzt werden mußte, um in einer so hochwichtigen Sache ihre volle und ganze Mitwirkung leihen zu können. »Das gerechte Bedauern hierüber schwindet jedoch in diesem Augengenblicke vor dem weit tiefer greifenden Schmerze über die fast gänzliche Erfolglosigkeit der, wir müssen es sagen, in den äußersten Grenzen der Bescheidenheit gehaltenen Schritte.« Länger zu schweigen sei eine Schmach, und deshalb fordert man den Magistrat auf, als gesetzmäßigen Vertreter der Bürgerschaft die Bürgeradresse kräftig zu befürworten. — Glich die Sprache der Adresse der Stadtbehörden dem verhaltenen Rieseln eines Bächleins, so war die Sprache der Bürgeradresse dem Sturme gleich, der die Wolken fegt und den Grund erschüttert. Sie sagt: »Das deutsche Volk will einig, frei und stark sein,«

und „der Wille eines Volkes von 40 Millionen ist unwiderstehlich. Wir wollen, was das ganze deutsche Volk begehrt, wir wollen nicht die Letzten sein.“ — „Wir werden nicht eher rasten, bis das schöne Ziel, das uns mit unsern edlern deutschen Brüdern auf eine Stufe stellt, erreicht sein wird.“ — Man verlangt sodann 1) sofortige Entfesselung der Presse; 2) freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht; 3) Schwurgerichte in peinlichen Sachen und bei Preßvergehen; 4) Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer zum Herbeiführen der Möglichkeit einer Verminderung des stehenden Heeres in Friedenszeiten und zum kräftigen Schutze nach außen; 5) energische Hinwirkung auf die Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage. Bei diesem Punkte heißt es: „Als unsere Väter vor mehr denn 30 Jahren mit ihrem Heldenblute die Schmach der Gewaltherrschaft von unserm Vaterlande getilgt, als sie umgestürzte Throne wieder aufgerichtet hatten, da konnten sie erwarten, daß das wiedergewonnene Deutschland auch einer Wiedergeburt sich erfreuen und in seiner ganzen Kraft und Majestät sich entfalten werde. — Feierliche Verheißungen, gegeben in den Stunden der Gefahr und der Begeisterung, machten diese Erwartungen zur Gewißheit, zu einem Rechtsanspruche des Volkes. — Allein diese gerechten und schönen Hoffnungen sind nicht erfüllt worden, wer auf Erfüllung drang, wer nur die Hoffnung darnach laut werden ließ, ward als Verbrecher behandelt. Die Edelsten des Volks litten Verfolgung.“ — 6) Öffentlichkeit der Ständeverhandlungen; 7) größere Selbstständigkeit der Gemeinden und Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen; 8) durchgreifende, schleunige Reform in der Rechtspflege, strenge Trennung der Verwaltung von der Justiz, ein auf den Grundsatz vollständiger Öffentlichkeit und Mündlichkeit gebautes Verfahren, vor allen in peinlichen Sachen; mithin verfassungsmäßige Beseitigung der

neuen Proceß-Ordnung, sowie Einführung von Handelsgerichten; 9) verfassungsmäßige Zurücknahme der Gewerbeordnung und Niedersetzung einer freigewählten Commission von Sachverständigen aus dem ganzen Lande, um diesen hochwichtigen Gegenstand, namentlich den Entwurf eines verbesserten Gewerbegesetzes, in Vorberathung zu nehmen; 10) Beschränkung der Polizeigewalt, insbesondere aber die Zurückgabe deren Verwaltung an die Städte; 11) freie Übung der verschiedenen Religionsbekenntnisse nebst gleicher politischer Berechtigung für Alle; 12) Amnestie und Rehabilitation für Alle, welche wegen politischer Vergehen verurtheilt sind.« — Der Magistrat und das Bürgervorsteher-Collegium sahen sich genöthigt, ihre Schuldigkeit zu thun und so begab man sich am 17. März Mittags, begleitet von einer zahlreichen Volksmenge, nach dem Schlosse, um die Adresse dem Könige zu überreichen und sie zu unterstützen. Nachdem man fast eine Viertelstunde gewartet, kam eine Antwort: der König sei krank. — Der Cabinetsrath von Münchhausen wolle die Adresse dem Könige mittheilen und zweifele nicht, daß einige der Wünsche gewährt werden könnten. Aber wie aus einem Munde erscholl der Ruf des versammelten Volks: »Wir wollen Antwort! Antwort auf unsere Forderungen!« — Man zeigte keine Furcht vor dem auf der Esplanade aufgestellten Militair. Immer lauter und stürmischer ertönte derselbe Ruf, während die Deputation ins Schloß zurückgegangen war und bald darauf die Nachricht verkündete: es werde eine Antwort erfolgen. Nach langem Warten, während dessen die Ungeduld auf das Höchste gestiegen war, bestieg der genannte Cabinetsrath einen Stuhl vor dem Schlosse und machte die erfolgte Antwort bekannt. — Außer Aufhebung der Censur bis zum Erscheinen eines Preßgesetzes, dem Rechte der freien Vereinigung und Versammlung innerhalb polizeilicher Grenzen, der Amnestie und Rehabilita-

tion für die politischen Gefangenen und der Öffentlichkeit der ständischen Verhandlungen war nichts gewährt. Die Volksbewaffnung wurde als unzweckmäßig bezeichnet; bei Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage auf einen Fürsten-Congreß vertröstet und das Übrige auf reifliche Erwägung und ständische Mitwirkung verschoben. Dabei war die Art und Weise der Abfassung nicht geeignet, das Volk zu beruhigen. Man sprach die Unzufriedenheit laut aus und verlangte weitere Zugeständnisse. Der Cabinetsrath versuchte das Volk zu beschwichtigen, aber seine Ermahnungen wurden durch die Äußerungen des allgemeinen Unwillens übertönt, bis es dem Stadtdirector Evers gelang, die Volksmenge auf das Rathhaus zu führen. — Hier war viel Geschrei und wenig Entschließung; man ging auseinander, das Militair erhielt scharfe Patronen und besetzte das Schloß. — Die hierauf gedruckt erscheinende Antwort war in einer vieldeutigen diplomatischen Sprache abgefaßt, so, daß selbst die gewährten Punkte in Frage gestellt schienen und die allgemeine Mißstimmung sich noch vermehrte. Man fand es angemessen, die Aufhebung der Censur mit Hinweisung auf ein Preßgesetz, besonders in kurzen, bestimmten Ausdrücken bekannt zu machen, aber das beruhigte nicht; deshalb trat ein großer Theil der Bürgerschaft zusammen, um für die Ruhe und Sicherheit der Stadt zu wachen. — Der Unwille der Einwohnerschaft sprach sich hauptsächlich gegen den Cabinetsrath von Falke aus, der die Antwort des Königs mit unterzeichnet hatte und ihm wie dem Minister v. d. Wisch und einem schikanirenden Polizeischreiber wurden am Abend unter Lärmen die Fenster eingeworfen, bis gegen Mitternacht durch die vereinten Bemühungen der Landdragoner und Bürger die alte Ruhe wieder hergestellt war. Am folgenden Tage (18.) erhielt der Magistrat ein königliches Belobungsschreiben für den am vergangenen Abend gezeigten Eifer der Bürgerschaft

für Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Mit dieser Bekanntmachung erschien fast gleichzeitig eine andere, — beide vom Könige allein unterzeichnet — in der die dem Magistrate gewordene Antwort und die gedruckt erschienene als gleichbedeutend erklärt wurden und der Inhalt der dem Magistrate gemachten Eröffnung als die königliche Entschließung anerkannt ward. Da die Aufregung jedoch immer noch bemerklich genug war, so erschien am 20. eine Bekanntmachung, in welcher die gemachten Zusagen auf das Bestimmteste gefaßt wiederholt wurden. »Ich kann nicht mehr thun, bis die Stände versammelt sind«, erklärt der König und verspricht ferner der Ständeversammlung Anträge auf Abänderung der Landesverfassung, die auf Verantwortlichkeit der Minister gegen das Land und auf Vereinigung der königlichen und Landescassen gegründet sein sollen, machen zu lassen. In einem Erlasse an den Magistrat und die Bürgervorsteher von demselben Tage wurden dem Stadtdirector, als Anerkennung des von den getreuen Bürgern in den letzten Tagen bewiesenen Eifers für Erhaltung der gesetzlichen Ordnung, die von ihm früher als Chef der Polizei ausgeübten Befugnisse wieder übertragen. — Auch wurden sämmtliche Minister auf ihr Ansuchen von dem Könige entlassen, jedoch unter Beibehaltung ihrer Functionen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, welches sodann am 22. ins Leben trat. Die neuen Minister sind folgende: v. Bennigsen, Minister des Auswärtigen, Vorstand des Gesammtministeriums; Dr. Stüve, Minister des Innern (bisheriger Bürgermeister von Osnabrück); Braun, Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten; Lehzen, Finanz- und Handels-Minister; und v. Düring, Justizminister.

Würtemberg. In Stuttgart überreichte der ständische Ausschuß dem Könige am 1. März eine vom 29. Februar datirte Adresse. Die Kräftigung der nationalen Einheit

und in Folge dessen die Hebung des Gefühls der Kraft und Sicherheit werden in ihr als die einzige Schutzwehr gegen die drohenden Gefahren von außen hingestellt. Man bezeichnet die bisherige Einrichtung des deutschen Bundes in dieser Beziehung als zwecklos und wünscht, daß es dem Könige gelingen möge, den Kern für Deutschlands Nationalgefühl zur Entwicklung zu bringen; man schlägt deshalb die Verwirklichung der schon versprochenen Preßfreiheit, Ablösung der Grundlasten und Hebung der Gewerbe, freies Versammlungsrecht, Bürgerbewaffnung und die durch die Verfassung zugesagte gesetzliche Regelung des Rechts, Waffen zu tragen, vor, und schließt mit der Versicherung, »daß nur das Gefühl der heiligsten Pflicht gegen den geliebten König und Vaterland diesen Schritt veranlaßt habe.« — Zu gleicher Zeit wurde in einer Bürgerversammlung eine Adresse an den König berathen und beschlossen, welcher der Stadtrath beitrat, in der man außer Preßfreiheit, Volksbewaffnung und freiem Versammlungsrechte, ein deutsches Parlament und Gleichstellung aller Confessionen verlangte.

Hierauf wurde durch ein von demselben Tage datirtes Decret die Censur-Verordnung vom 1. October 1819 aufgehoben, und bis zu den zu erwartenden Beschlüssen des deutschen Bundes über die Presse das Preßgesetz vom 30. Januar 1817 wieder in Kraft gesetzt, auch über öffentliches und mündliches Verfahren in Preßsachen eine Vorlage bei den nächsten Ständen versprochen. — In der am 2. März erfolgten Antwort des Königs auf die Adresse des ständischen Ausschusses wurden, außer der schon gewährten Preßfreiheit, in Betreff der übrigen Wünsche geeignete Gesetzvorlagen in der nächsten Ständeversammlung zugesagt. — Auf die Adresse der Bürger und des Stadtraths bezog sich ein an demselben Tage erlassenes Manifest „an die Gemeinderäthe und Bürger-

ausschüsse«, welches in allgemeinen Ausdrücken, mit Hinweisung auf die göttliche Vorsehung, zur Treue gegen Regierung und Verfassung wie zur Ruhe und Ordnung auffordert und mit einem Segenswunsche für ganz Deutschland schließt. — Dem am 5. März ausgesprochenen Wunsche nach baldiger Einberufung der Stände wurde sofort genügt und dieselben auf den 31. März einberufen. Auch das allgemein laut werdende Mißtrauen gegen das Ministerium suchte man am 6. durch die Ernennung eines neuen Ministeriums zu beschwichtigen; da jedoch diese Herren das Vertrauen des Volkes noch viel weniger als die alten Minister besaßen, so brachten sie, wie Eintagsfliegen, ihr Ministerleben nur auf wenige Stunden und mußten noch an demselben Tage wieder abtreten. Die alten Minister leiteten sodann die Geschäfte wieder einige Tage provisorisch und am 9. März wurden die folgenden Männer zu Ministern ernannt: die Abgeordneten Römer (Justiz), Duvernoy (Inneres) und Goppelt (Finanzen) und der ehemalige Abgeordnete Dr. Paul Pfizer*). Diese und die beibehaltenen Minister Beroldingen (Auswärtiges) und Graf von Sontheim (Krieg) richteten dann am 11. März eine vortreffliche Ansprache »an die Würtemberger«, aus der wir Einiges hervorheben wollen: Sie verheißen vollkommene Preßfreiheit, Beeidigung des Militairs auf die Verfassung, und sehen hierin die nächste Bürgschaft für den Fortschritt der zeitgemäßen Entwicklung. — Die Gesetzvorlagen über Versammlungsrecht und Volksbewaffnung würden zunächst mit den zusammentretenden Ständen erledigt werden. — Nach Erledigung der dringendsten ständischen Angelegenheiten sollte sodann das Volk durch neue

*) Der Dichter, der 1833 gegen die Bundesbeschlüsse protestirte; da die zweite Cammer diese Protestation »nicht mit Unwillen verwerfen wollte«, wurde sie nach zweimonatlichem Zusammensein aufgelöst.

Ständewahlen seine Gesinnung der neuen Verwaltung aussprechen. Als die nächste Aufgabe der neuen Ständeversammlung wird bezeichnet: „Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege, nebst Schwurgerichten; Revision des Strafgesetzbuches und der Straf-Proceßordnung; Entlastung des Grundeigenthums; Hebung der Gewerbe und Schutz der Arbeit; Vereinfachung des Staatshaushalts und der Staatsverwaltung; Kräftigung der Gemeinden zu erhöhter Selbstständigkeit und die weitere Entwicklung der Verfassung, wo eine solche im Bedürfnisse der Zeit gegründet erscheint.“ Auch sei der König entschlossen, „sich dem Rufe einer Vertretung der deutschen Nation beim Bundestage anzuschließen, damit dies allen Deutschen längst verheißene Bürgerrecht durch Berufung von Abgeordneten verwirklicht werde, und Deutschland, durch Befestigung seines Nationalverbandes, zu der Stufe, die unter den Nationen ihm gebührt, emporgehoben, nicht wieder den Gefahren der Theilung, der Zerstückelung und der Abhängigkeit vom Auslande entgegengehe.“ Nachdem zum Einvernehmen mit der Staatsregierung, zur Ordnung und Ruhe ermahnt worden, heißt es weiter: „Doch ist es nicht die Ruhe der Theilnahmlosigkeit, zu der wir auffordern wollen. In einem Augenblicke, wie er nur selten im Leben der Völker wiederkehrt, sind Alle, jeder an seinem Theil, der Mit- und Nachwelt verantwortlich, daß die günstige Stunde, welche für die Sache der Menschheit und die Ehre unseres Volkes geschlagen hat, nicht ungenützt verstreiche, und daß nach dem Ziel einer gesicherten und freien Nationalität jetzt ein entscheidender Vorschritt geschehe.“

In **Baden,** an dessen Spitze seit 1831 der freisinnige Leopold steht, in dessen Kammern Männer wie Rotteck, Welcker, Itzstein u. A. dem ganzen übrigen Deutschland ein ruhmvolles Beispiel des freimüthigen Kampfes für den Fortschritt und des Fortschrittes selbst gaben, ging auch hier

wieder voran. — Am 12. März stellte der Abgeordnete Bassermann einen Antrag, den Welcker schon 1831 gestellt hatte, die Kammer möge den Großherzog ersuchen, dahin zu wirken, „daß zur sicheren Erzielung einer gemeinsamen Gesetzgebung und übereinstimmender National-Einrichtungen eine Vertretung der deutschen Ständekammern am deutschen Bundestage ins Leben treten werde.“ Hiermit war einer der sehnlichsten Wünsche des Volks ausgesprochen und als der Sturm der Revolution von Frankreich herüberbraus'te und das so lange glimmende Feuer zur hellen Flamme blies, da schaarte das Volk sich einmüthig zusammen und von Mannheim (27. Februar), Karlsruhe (28. Februar), Heidelberg und Freiburg (29. Februar) liefen Petitionen an die Kammern ein, welche im Wesentlichen die Wünsche nach Vertretung der deutschen Nation beim Bundestage, nach Preßfreiheit und Volksbewaffnung aussprachen. Hierauf eröffnete die Regierung in der Kammersitzung vom 19. Februar, daß sie die Gesetzentwürfe für vollkommene Preßfreiheit, Schwurgerichte und Volksbewaffnung vorlegen werde; sobald diese Entwürfe bearbeitet wären, sollten dieselben provisorisch in Kraft treten, da die Regierung überzeugt sei, daß die Berathung der Bundesversammlung auch bei dem besten Willen sich zu sehr in die Länge ziehen würde; sie habe deshalb ihrem Gesandten in Frankfurt die Instruction zugehen lassen, „daß die Regierung bei voraussichtlich längerer Verzögerung in dem Falle sein werde, bis zum Zustandekommen der Bundesbeschlüsse einstweilen für sich Anordnungen zu treffen.“ — Welcker sprach seine Freude über die Regierungsvorlagen aus, wünschte jedoch, daß auch eine Erklärung über die Vertretung des Volkes beim Bundestage erfolgt sein möchte. Brentano verlangte, daß die Regierung die im Jahre 1832 wegen Zurücknahme der Preßfreiheit erlassene Ordonnanz, als verfassungswidrig, sogleich zurücknehme. Hecker protestirte gegen

alle Provisorien, die vom Bundestage wieder zurückgenommen werden könnten. Im Ganzen sprach sich in dieser Sitzung ein ernster und doch freudiger Geist aus, der Regierung und Stände im lebendigen Gefühle der nationalen Einheit gleichmäßig erfüllte. — Am 1. März kamen Deputationen aus den verschiedensten Landestheilen mit Adressen ähnlichen Inhalts wie die ersteren in Karlsruhe an. Während der Kammersitzung wogte im Ständehofe eine aufgeregte Volksmenge, die bald mit der gespanntesten Aufmerksamkeit ihren Berichterstattern über die Kammerverhandlungen lauschte, bald wieder, hingerissen von einer begeisternden Rede eines ihrer Führer, den rauschendsten Beifall zollte. Die Mannheimer Deputation, unter Anführung des Herrn von Struve, wurde auf ihr Nachsuchen in den für die Zuhörer bestimmten Raum des Ständehauses gelassen, wo der Abgeordnete Hecker ihre Adresse entgegennahm und sie dem Präsidenten überreichte, worauf Zuhörer und Abgeordnete den lebhaftesten Beifall äußerten. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, machte Staatsrath Beck der Versammlung bekannt, daß das Preßgesetz von 1831 sofort wieder in Kraft treten werde; ein donnernder Beifall, der sich in den äußeren Räumen des Ständehauses noch verstärkt wiederholte, folgte dieser Eröffnung. Hierauf wurde von Hecker eine Erklärung von acht Abgeordneten, die weiteren Volkswünsche betreffend, vorgetragen, und verlangt, die Kammer möge sich dieselben aneignen und sofort darüber berathen und beschließen. Der Antrag Hecker's wurde jedoch nach einigen Für- und Widerreden, als der Geschäftsordnung widersprechend, verworfen, und der Antrag von Mathy: die Erklärung zur Berathung an die Abtheilungen zu verweisen, fast einstimmig angenommen. — Am 2. März erließ der Großherzog eine Proclamation, in der er darauf aufmerksam machte, wie nothwendig es sei, daß in dieser bewegten Zeit Regierung und

Stände, Fürst und Volk fest zusammenhielten, um die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und der verfassungsmäßigen Freiheit zu bewirken, und schließt dann mit folgenden Worten: »Meine Badener, an Euch ist es nun, der Welt ein Beispiel eines in gesetzlicher Entwicklung der Freiheit, unter Festhaltung der Ordnung, glücklich fortschreitenden Volkes zu geben. Ihr werdet, ich weiß es, ich vertraue darauf, dieses großartige Beispiel geben.« — Am 3. März richtete die zweite Kammer eine Adresse an den Großherzog, in der sie ihren Dank für die ertheilten Zusagen ausspricht und um die schnellste Verwirklichung derselben und eine folgerichtige Durchführung des verfassungsmäßigen Lebens ersucht. Diese Adresse war mit einem von dem Abgeordneten Welcker im Namen der Commission verfaßten Bericht begleitet, der folgende von der Kammer fast einstimmig angenommene Anträge enthielt: 1) Die provisorischen Ausnahme-Gesetze, die Karlsbader Beschlüsse (vom 20. September 1819), die Frankfurter (vom 30. Mai, 28. Juni und 8. November 1832), wie die Beschlüsse der geheimen Wiener Conferenz (von 1834) für Baden nicht mehr als rechtsverbindlich zu betrachten. 2) Beeidigung sämmtlicher Staatsbürger, auch des Militairs, auf die Verfassung. 3) Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Gleichstellung der politischen Rechte aller Confessionen und Aufhebung der bestehenden Beschränkungen. 4) Ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister, in der Art, daß ein Staats-Gerichtshof mit Geschworenen in Klagepunkten entscheide. 5) Bei Anstellung von Klagen über die Handlungen der übrigen Staatsbeamten darf keine vorgängige Ermächtigung des Ministeriums erforderlich sein. 6) Die Zusicherung der Regierung, sobald als möglich die Reste des Feudalwesens, besonders das Jagdregal, die Bürger-Einkaufsgelder und die Abzugssteuern der Standes- und Grundherren zu beseitigen. 7) Anordnungen für gerechte Ver-

theilung der Staats- und Gemeindelasten, für Pflege der Gewerbsamkeit und der einfachen Arbeit. 8) Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände. 9) Eine volksthümliche Kreisverwaltung durch geeignete Betheiligung der Bürger an derselben. 10) Dringendes Hinwirken der Regierung auf eine Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage. 11) Unabhängige Stellung der Richter, nach den bereits früher von der Kammer gestellten Anträgen. 12) Daß das Staatsministerium und die Stelle eines Gesandten beim deutschen Bunde nur mit Männern des Volksvertrauens besetzt würden. Der Großherzog erklärte in seiner Antwort die ihm vorgetragenen Wünsche für wichtig und zeitgemäß und der Ministerpräsident machte dem Präsidenten der zweiten Kammer die nähere Mittheilung, daß № 1. gewährt werde; № 2. theilweise in der Eidesformel des Militairs vom 17. September 1841 erfüllt sei, aber noch weiter erfüllt werden solle, № 3—6, 8, 9, 11. durch besondere Gesetzentwürfe der Kammer vorgelegt werden würden; mit № 7, 10. und 12. sei die Regierung einverstanden und zu den geeigneten Schritten bereit.

In **Kurhessen,** das so manches Blatt zu den Annalen des Despotismus geliefert hat, ging die Bewegung von Hanau aus. Eine kräftige Adresse voll unverhüllter Wahrheit gelangte mit fast tausend Unterschriften versehen am 29. Februar nach Kassel an den Kurfürsten, der sich andere ähnlichen Inhalts aus verschiedenen kurhessischen Städten beigesellten. In der Hanauer Adresse heißt es unter Anderm: „das gegenwärtige Ministerium besitzt nicht das Vertrauen des Volks und hat es nie besessen. Sein System ist ein verhaßtes und nur mit verhaltenem Unwillen sah das Volk seine höchsten Güter und seine besten Interessen vernachlässigt, ja glaubt sie einer politisch-religiösen Genossenschaft geopfert. — Die augenblicklich vertagten Landstände, in ihrer jetzigen

Zusammensetzung, die theils zusammengebracht durch Machinationen einzelner Beamten, bei willkürlicher Ausschließung würdiger Männer, boten in den bisherigen Verhandlungen in ihrer Majorität ein Schauspiel dar, von dem der Freund des Vaterlandes sich in kummervoller Erbitterung wegwandte. — Die Presse ist bei uns in einem Zustande der Unterdrückung, wie er noch nie dagewesen. Selbstsucht, regellose Willkür und Hang zur Unterdrückung haben auf diesem Felde dem Ministerium Lorbeeren erworben, um die es Niemand auf der Welt beneidet.« — Damit der Fürst Wahrheit hören möge, was sie als unerläßliches Bedingniß für die Sicherung und Zukunft des Vaterlandes ansehen, bitten sie deshalb um Verabschiedung des Ministeriums, Auflösung der gegenwärtig vertagten Landstände, sofortige Berufung neuer Stände und unbeschränkte freie Wahlbewegung, wie um sofortige Freigabe der Presse. — Schließlich schlagen sie zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther vor: »für alle Fälle politischer Natur vom Jahre 1830 an bis heute, eine vollständige Amnestie und politische Rehabilitation eintreten, und die Ministerialbeschlüsse gegen die Deutschkatholiken sofort aufheben zu lassen.« — Die Deputirten wurden von dem Kurfürsten gnädigst empfangen und mit der Versicherung verabschiedet, daß Friedrich Wilhelm auf Maßregeln für das Wohl seiner Unterthanen bedacht sein werde. Die erste dieser Maßregeln trat auch sofort ins Leben, indem der Befehl erging, 200 Mann Husaren nach Hanau aufbrechen zu lassen. Indessen wurde die Aufregung immer größer und als am 6. März der Stadtrath und eine Deputation des Bürger-Ausschusses unter Vortritt des Vice-Bürgermeisters Nebelthau sich zum Kurfürsten begab, schlossen sich ihr noch drei andere Männer, welche gleichfalls im Namen der Bürger Adressen überreichen wollten, an. Eine zahlreiche Volksmenge strömte ihnen nach, eine eben so

große erwartete sie, und unter tausendstimmigem Jubelruf zogen sie in das von Bürgergarden umstellte Schloß. — Die Antwort des Kurfürsten wurde als eine beruhigende dem Volke angekündigt, und mit einem gewaltigen Lebehoch auf den Kurfürsten vergolten. Wir fassen ihren Inhalt kurz zusammen: Schon vor dem Empfange der Eingaben sei die Zusammenberufung der Stände bereits angeordnet, sie würden zunächst die Berathung eines Preßgesetzes und anderer allgemeiner Angelegenheiten vornehmen, wie ihnen auch die ferneren Bitten und Anträge, soweit dies erforderlich sei, vorgelegt werden sollten, um die gesetzliche Feststellung auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen. Zu diesem Zwecke habe er auch bereits andere Rathgeber in sein Ministerium berufen. Seine Absicht sei stets gewesen, das Wohl des ihm von Gott anvertrauten Volkes zu fördern rc. rc. Durch ein Extrablatt der Kasseler Zeitung wurden sodann noch die Gestattung der freien Religionsübung der Deutschkatholiken, die Abdankung des Vorstandes des Ministeriums des Innern, des verhaßten Scheffer's, die Berufung des Regierungsdirectors Lotz zu Marburg an seine Stelle, und des Regierungsdirectors von Baumbach zu Rinteln zum Justizminister, und endlich die Bestätigung der Wahl des Obergerichts-Anwalts H. W. Hartmann zum Ober-Bürgermeister von Kassel bekannt gemacht. — Ein beschwichtigender Erlaß des Kurfürsten folgte anknüpfend an die Bekanntmachung unverzüglich nach.

Die Bürgerdeputationen von Hanau, Marburg, Hersfeld, Gelnhausen und Wächtersbach glaubten durch diesen Bescheid ihre Geschäfte erledigt und erließen zum Abschiede ein Schreiben an die Bürger von Kassel, in dem sie für die freundliche Aufnahme dankten und die Überzeugung aussprachen, daß die dem Volke gemachten Zusicherungen bald in Erfüllung gehen würden; wenn aber ein Minister wieder wagen sollte,

das Vertrauen des Volkes zu seinem Fürsten zu untergraben, so wollten sie sich von Neuem um den Thron versammeln und frei und muthig die Wahrheit vortragen.

In Hanau, wo man so lange vergebens auf die Zurückkunft der Deputirten und eine befriedigende Antwort gewartet hatte, steigerte sich von Tage zu Tage die bedrohlichste Aufregung. Schon am 6. Abends sandten sämmtliche Staatsdiener eine Deputation nach der Hauptstadt, welche dem Kurfürsten ihre Beitrittserklärung zu der Bürger-Adresse vom 29. Februar überbringen, deren schleunigste Gewährung sie eben so ehrerbietigst als dringend, als allein heilbringend für das Land befürworten sollte. — Der Hanauer Stadtrath fand sich genöthigt, am 8. März eine Ansprache an die Bürger ergehen zu lassen, in der er seine Besorgniß für die Ruhe und Sicherheit der Stadt laut werden ließ und ermahnte, das Ergebniß der für die Erwerbung eines besseren Zustandes entsprechenden weiteren Schritte im Anschluß an die Gemeindebehörde mit Ruhe zu erwarten. — Am Mittag desselben Tages waren aus Offenburg, Gelnhausen, Friedberg, Steinheim ꝛc. namhafte Schaaren Bewaffneter angekommen, welche, mit der Bürgergarde und den Turnern zusammen etwa 4000 Mann, sich auf dem Marktplatze aufgestellt hatten. Man wählte durch Zuruf eine Commission von 24 Mitgliedern, welche über die ferner geeigneten Maßregeln berathen sollte. Zunächst ließ man dem Stadt-Commandanten Schirmer und der Militairbehörde die Frage stellen, wie sie sich ihrerseits zu verhalten gedächten, worauf erklärt wurde, ganz wie die Bürgerschaft. Der bewaffnete Zuzug entfernte sich hierauf mit der Versicherung, sobald es nöthig wäre, zurückzukehren. Die ganze Nacht wurde patrouillirt und früh am andern Tage der Marktplatz wieder mit Bewaffneten bedeckt. Endlich waren die Abgeordneten von Kassel zurückgekehrt, aber ihr Bericht wurde

als ungenügend verworfen. Die Commission der 24 entwarf eine neue energische Adresse, die sofort durch eine Deputation an den Kurfürsten geschickt wurde. In ihr heißt es: „Das Volk ist mißtrauisch gegen Eure Königliche Hoheit selbst, und sieht in der unvollständigen Gewährung seiner Bitten eine Unaufrichtigkeit. — Das Volk, was wir meinen, sind wir Alle — Alle! auch das Militair mit inbegriffen. — Das Volk will, daß seine Zukunft besser sein soll als seine Vergangenheit, und dieser Wille ist unwiderstehlich.“ Sie verlangen für sich und im Namen des Volks: „1) Besetzung aller Ministerstellen mit Männern des Volksvertrauens. 2) Auflösung der alten Ständeversammlung und alsbaldige Einberufung neu zu wählender Stände. 3) Vollständige Preßfreiheit auf Grund des §. 95. der Verfassungs-Urkunde. 4) Vollständige Amnestie für alle seit 1830 begangene politische Vergehen. 5) Vollständige Religionsfreiheit und deren Ausübung. 6) Hinwirkung auf Vertretung des deutschen Volks beim Bundestage und Zurücknahme aller den Genuß der verfassungsmäßigen Rechte, ganz besonders das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht, beschränkenden Beschlüsse. 7) Bestimmte Zusage, daß die bereits zugesicherte und in Bezug auf die bereits ausgesprochenen Verlangen weiter erforderlichen Gesetzentwürfe der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werden. 8) Entschließung binnen 3 Tagen von heute an, deren Verstreichen ohne Antwort als Ablehnung angesehen werden soll.“ Am Schlusse wird gesagt: „Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken einer Lostrennung vertraut und kennt sehr wohl das Gewicht der vollendeten Thatsache. — Gewähren Sie! — Lenke Gott Ihr Herz!“

Als die Hanauer Deputation vom 10. März Abends bis 11. Mittags ohne Antwort in Kassel gewartet hatte, fanden sich die Bürger der Residenz bewogen, den Hanauer

Forderungen beizutreten, jedoch wurde das Verlangen nach Auflösung der alten Ständeversammlung auf Antrag der Kasseler aufgegeben. Nachmittags fand eine Volksversammlung statt, zu der eine ungeheure Volksmenge zusammenströmte. Obergerichts-Anwalt Henkel brachte eine Adresse in Vorschlag, in welcher der Kurfürst nochmals, mit Hinweisung auf die drohenden Gefahren, um die Bewilligung der Hanauer Forderungen ersucht wurde. Sie ward angenommen und dem Justizminister von Baumbach übergeben; aber noch immer erschien die Antwort nicht. — Die Aufregung der Volksmenge nahm einen furchtbaren Charakter an, die Hanauer Deputirten erklärten abreisen zu müssen; die Bürgergarde mußte alarmirt werden und umstellte das Schloß des Kurfürsten. — Nur mit großer Mühe gelang es, die schon abfahrenden Hanauer noch aufzuhalten, während die Mehrzahl des Volks durch unaufhörliches Geschrei zur Abreise aufforderte. Unter diesen Vorgängen nahte der Abend, — da, um 6½ Uhr, ertönte auf einmal die Nachricht: Der Kurfürst hat Alles bewilligt! — Allgemeiner Jubel! Die Hanauer wollten nun nicht ohne eine desfallsige Proclamation abreisen, die denn auch gleich darauf erschien und mit der ebenso unerwarteten als erfreulichen Nachricht begleitet war, daß der Hanauer Ober-Bürgermeister Eberhard zum Vorstande des Ministeriums des Innern ernannt sei.

In **Hessen-Darmstadt** ging wie in Baden die zweite Kammer in der Reformbewegung voran. Die Abgeordneten H. v. Gagern, Wernher, Lohne und Frank stellten am 28. Februar einen Antrag, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist: Die Kammer möge die Regierung ersuchen, dahin zu wirken, daß zum Schutze der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands ein der Nation und einem interimistischen Oberhaupte Deutschlands verantwortliches Ministerium gebildet werde, und gleichzeitig mit Ernennung des Bundes-

hauptes ein Volksrath berufen werde, welcher in Übereinstimmung mit dem Fürstenrathe und dem Bundeshaupte Gesetzgebung und Besteuerung Deutschlands handhabe. — Außerdem wurden aus allen Theilen des Landes dieselben Wünsche laut, wie in Baden, und gelangten in zahlreichen Adressen an die Volksvertreter. — Der Abgeordnete Reh in der zweiten Kammer sprach sich in seinem Antrage am 2. März ebenso freimüthig als klar und bestimmt über die Forderungen der neuen Zeit und die Mängel des alten Systems aus, während das Volk in Mainz und Gießen mißliebigen Personen Katzen- und Fenstermusiken brachte. — Die Concessionen, welche der Großherzog am 4. März auf die von der Kammer gestellten Anträge machte, beschränkten sich 1) auf Vorlage eines Preßgesetzes nach dem Vorbilde der bestehenden Preßgesetzgebung in Baden; 2) Zusicherung einer baldigen Gesetzvorlage über die Errichtung von Bürgergarden in den Städten, und 3) die Zusage, daß dem Strafproceß die Institutionen des öffentlichen und mündlichen Verfahrens, der Staatsanwaltschaft, des Anklageprocesses und der Geschwornengerichte zum Grunde gelegt werden sollten. — Obgleich nun diese Eröffnung bei ihrer Verlesung in der zweiten Kammer reichen Beifall erntete, so erklärten die Abgeordneten Zitz, Lohne, Cretschmar und v. Gagern dieselbe für ungenügend. — Am 5. März ernannte der Großherzog seinen Sohn Ludwig zum Mitregenten mit alleiniger Unterschrift und der freisinnige H. v. Gagern, der schon 1833 muthig für die Verfassung gekämpft hatte, wurde an du Thil's Stelle zum Vorstande des Ministeriums des Innern berufen. — Leider offenbarte sich am Abend dieses Tages die Rohheit des Militairs. Eine Volksmenge brachte den Exministern du Thil und Wittgenstein ein Charivari, und halbberauschte Dragoner hieben unbeauftragt mit scharfen Waffen auf dieselbe ein. — Am 6. wurden durch Proclamation des Großherzogs, außer der Mitregent-

schaft, die Freiheit der Presse, sofortige Beeidigung des Militairs auf die Verfassung und freie Ausübung aller religiösen Culte verkündigt; und Gesetzvorlagen über allgemeine Volksbewaffnung, Petitions- und Versammlungsrecht, Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Strafverfahren mit Schwurgerichten, Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände und Hinwirkung auf Nationalvertretung beim deutschen Bunde und Zurücknahme des Polizeistrafgesetzes versprochen; wie der Provinz Rheinhessen bis zur Einführung einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung ihre Institutionen und Gesetze garantirt. — Schon am 7. früh wurde das Militair auf die Verfassung beeidigt und an demselben Tage in zweiter Kammer die entsprechenden Gesetzentwürfe über Aufhebung des Polizeistrafgesetzes und Gestattung des Petitionsrechtes verlesen, worauf der Minister v. Gagern sich über die ferner vorzunehmenden Reformen aussprach und die Ernennung seines Freundes, des Abgeordneten Eigenbrodt, zum Ministerialrath beim Ministerium des Innern bekannt machte. Am Schlusse dieser Rede sagte er unter anderm: »Meinen Platz habe ich in diesem Saale gewechselt in der Erkenntniß, daß wenn die Rechte in Anspruch genommen werden, welche die Verfassung verleiht, auch die Pflichten erfüllt werden müssen, welche eine Folge der constitutionellen Ordnung in monarchisch-repräsentativen Staaten sind, sowie das constitutionelle Princip vollkommen zur Geltung gekommen, wie dies bei uns der Fall ist.«

In **Hessen-Homburg** ging die Reform sehr schnell von Statten. Eine am 4. März in einer Volksversammlung in Homburg beschlossene Adresse, die sehr entsprechende Forderungen enthielt, wurde am 5. Mittags durch den Stadtrath und eine Bürgerdeputation dem Landgrafen überreicht und durch eine Bekanntmachung vom 6. vollkommen gewährt.

In **Sachsen-Weimar** wurde der Ständeversammlung in der Sitzung vom 4. März eine Adresse überreicht, in

der die Bürger Weimar's und Apolda's die Stände ersuchten, den Großherzog zu vermögen, daß er auf Vertretung der Ständekammern beim deutschen Bunde hinwirken möge und die 1816 gewährleistete vollkommene Preßfreiheit wieder herstelle. Zu gleicher Zeit stellte der Abgeordnete v. Wydenbrugk den Antrag: der Landtag möge den Großherzog ersuchen, im Vereine mit den anderen deutschen Fürsten für baldige Einführung der längst verheißenen Repräsentativ-Verfassungen zu sorgen; daß die Karlsbader und Wiener Conferenzbeschlüsse nebst den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni 1832 außer Kraft gesetzt würden und Preßfreiheit eingeführt werde; ferner dahin zu wirken, daß eine auf gemeinsame Interessen berechnete und beschränkte Nationalvertretung veranstaltet, Verminderung und Umwandlung der stehenden Heere nebst allgemeiner Volksbewaffnung ins Auge gefaßt und zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr provisorische Maßregeln im ächt nationalen Sinne getroffen werden möchten. — Der Abgeordnete Henß stellte darauf den Antrag: „Der Landtag möge den Großherzog ersuchen, durch den Gesandten beim Bundestage dahin zu wirken, daß die Rechte und Wünsche des deutschen Volkes in kürzester Zeit gebührende Anerkennung finden möchten.“ Als hierauf der Großherzog am 8. März die Preßfreiheit gewährte, entstand eine große Aufregung in der durch Zuzug aus den nahe liegenden Ortschaften angewachsenen unzufriedenen Volksmenge, und während ein Theil auf dem Rathhause mit großem Geschrei verhandelte, erhielt man die Kunde, daß auf dem Schloßplatze ein bedrohlicher Tumult entstanden sei. Nachdem der Großherzog, die Minister und Andere vergebens versucht hatten, die tobende Menge zu beruhigen, gelang es endlich dem Abgeordneten v. Wydenbrugk, das Volk vom Schloßhofe zu entfernen, doch wurden die Wohnungen einiger Staatsdiener noch beschädigt, bis es der zusammengetretenen Bürgerschaft gelang, die Ruhe voll-

kommen wieder herzustellen. Obgleich nun der Großherzog auf das bereitwilligste den Wünschen des Volks entgegenkam, so war man doch nicht befriedigt. Vorzüglich die zahlreich herzuströmenden Bauern drängten am 11. März die das Schloß beschützenden Bürger zurück und verlangten stürmisch die Entlassung der Minister v. Gersdorff und Schweitzer, wie der Staatsräthe Thon und v. Wegener, und als diese zugesagt, forderte man noch die Ernennung des Abgeordneten Wydenbrugk zum Minister des Innern. Auch hierin gab der Großherzog — und Wydenbrugk, der sich anfangs weigerte — ihnen nach. — Jetzt war Alles befriedigt, und Jubel erfüllte die Räume der Stadt.

Sachsen-Coburg-Gotha erhielt die Reform auf dem kürzesten Wege, denn alle Forderungen wurden sofort bewilligt.

In **Sachsen-Altenburg** waren es die Adressen der Altenburger Bürgerschaft und der städtischen Behörden, welche am 13. März den Anfang der Reform machten. Man sprach sich sehr entschieden und deutsch aus; die Bürgeradresse verlangt, die andere erwartet, daß ihre Forderungen, welche die gewöhnlichen waren, erfüllt werden. — Der Herzog verwunderte sich, von seinen getreuen Unterthanen auf einmal »umfassende Begehren« zu hören, während er früher nur den Ausdruck »voller Zufriedenheit« entgegengenommen. Er stellte sich also auf den landesväterlichen Standpunkt, wollte deshalb »seine Machtvollkommenheit gewahrt und Alles von dem Vertrauen seiner Landeskinder zu ihm abhängig wissen.« Er versprach, die Adressen »in gründliche Erwägung zu ziehen und den am 20. März zusammentretenden Ständen zur Beherzigung zu empfehlen.« »Nur auf diesem allein gesetzlichen Wege — und auf Einsicht in die Bedürfnisse des Volks solle die Gewährung dieser Bitten erfolgen. — Man möge ihn deshalb nicht drängen und bestürmen.« — Die Deputation

erklärte dann, daß sie nichts dagegen habe, sich als des Herzogs Kinder betrachtet zu sehen, — „daß sie jedoch mündige Kinder sein wollten, daß sie nicht drängen, aber dringend bitten wollten. Sie erlangten aber weiter nichts, und wurden zum Abschiede sammt den Bittstellern für die Ruhe und Ordnung der Stadt verantwortlich gemacht. Die Theilnehmer der Adressen waren aber mit dieser väterlichen Antwort nicht zufrieden, es regte und rührte sich im ganzen Ländchen, Adressen von allen Seiten, und der Herzog fand es in seiner Einsicht angemessen, in schnell aufeinander folgenden Erlassen (19. März) die Forderungen der zahlreichen Adressen im Wesentlichen zu gewähren. Ein neues Wahlgesetz kam in der Kammersitzung vom 27. März nach heftigen Debatten zu Stande, daß dem liberal sein wollenden Kammerpräsidenten v. Lindenau so freisinnig vorkam, daß er sich bewogen fand, sein Amt niederzulegen. Der Staatsminister v. Wüstemann that dasselbe, wegen Kränklichkeit. Das Volk jubelte, illuminirte, und der Herzog fuhr im Bewußtsein seiner Machtvollkommenheit mit seinen Angehörigen durch die Stadt und freuete sich über seine Landeskinder und das Licht.

In **Sachsen-Meiningen-Hildburghausen** kam die Regierung den Volkswünschen auf das Zuvorkommendste entgegen; da die gemachten Concessionen jedoch noch nicht genügten, so forderte man mehr und erhielt es ohne große Schwierigkeiten.

In **Braunschweig** wurden am 3. und 4. März zahlreich besuchte Volksversammlungen gehalten, und in der letzten eine Adresse an den Herzog beschlossen, welche in sehr gemäßigtem Tone, aber trefflich motivirt, die folgenden Wünsche enthielt: 1) die umfassendste Volksbewaffnung; 2) Öffentlichkeit der Ständeversammlungen, der Stadtverordneten- und Magistrats-Sitzungen, des Strafverfahrens und der Schwurgerichte; 3) Preßfreiheit; 4) Vertretung des deutschen Volkes beim

Bundestage; 5) Hinwirkung auf die Einheit Deutschlands in merkantilischer Beziehung; und, damit auch die Stimmen aus anderen Landestheilen gehört und erwogen werden könnten, 6) Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtages, und 7) sofortige Aufhebung der Censur. — Der Magistrat, welcher die Theilnahme an der Versammlung zur Berathung dieser Adresse abgelehnt hatte, weil seine Stellung dies nicht gestatte, schloß sich der von mehr als 1200 Bürgern unterzeichneten Adresse auf die desfallsige Aufforderung an und unterstützte dieselbe durch eine eigene Adresse, in der er die Bitte aussprach: „Der Herzog wolle die angedeuteten Maßregeln in gnädige Erwägung ziehen und zur Berathung der gefaßten Beschlüsse die getreuen Stände möglichst bald einberufen.“ — Diese Eingaben wurden am 5. Mittags von einer Deputation der Bürger und einer zweiten der Stadtbehörden dem Herzoge überbracht. Der Herzog nahm die Deputationen zwar sehr freundlich an, aber der langen Rede kurzer Sinn war in Betreff der meisten Wünsche von keiner Bedeutung. In Bezug auf Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Proceßverfahrens mit Schwurgerichten, Öffentlichkeit der Staats- und Gemeinde-Verhandlungen versprach er demnächst den Ständen Vorlagen zugehen zu lassen; über die Berufung eines außerordentlichen Landtages solle mit dem Ministerium berathen, und wegen der gesetzlich noch bestehenden Bürgergarde dem Magistrate und den Stadtverordneten Mittheilungen gemacht werden. Hinsichtlich der Volksversammlungen — die jedoch als unnöthig bezeichnet wurden — hatte er nichts dawider, wenn sich der Bürgerverein auch mit politischen Gegenständen befassen wolle. — Gestützt auf diese Antwort erließen der Magistrat und die Stadtverordneten am 7. März eine Bekanntmachung, in der sie im Eingange sagen, daß sie „die Adresse an den Stufen des Thrones niedergelegt und die ausgesprochenen Wünsche mit der ganzen Kraft ihrer

Überzeugung unterstützt hätten.« — Sie sprachen dann darüber, daß die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung die erste Bedingung des öffentlichen Lebens sei; glauben, daß »die Bürger und gebildeten Einwohner Braunschweigs gern Versammlungen beiwohnen, in denen Angelegenheiten der Vaterstadt und des Vaterlandes besprochen würden, doch wünschen sie, daß Frauenzimmer, Unerwachsene, Dienstboten und Personen, welche für die Störung der öffentlichen Ruhe Interesse zeigen, von den Versammlungen ausgeschlossen blieben.« Sie kommen dann nochmals wegen der öffentlichen Ruhe auf die alte und neue Geschichte zurück und kommen nun zu der Hauptsache, nämlich: „daß sie die Polizei-Direction veranlaßt haben, nur dann ihre Genehmigung zu öffentlichen Versammlungen zu ertheilen, wenn sieben Bürger oder gebildete Einwohner der Stadt gemeinschaftlich erklären, daß sie die Versammlung berufen, für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung Sorge tragen und wegen etwaiger Störungen verantwortlich sein wollen.« — Noch mehr! um den Urhebern solcher Versammlungen in ihrer schweren Verpflichtung zu Hülfe zu kommen, will »der Stadtmagistrat an die Bürger und gebildeten Einwohner der Stadt Karten, mit dem Namen des Empfängers versehen, austheilen.« Diese Karten sollen nur denen verweigert werden, »deren Gegenwart bei einer öffentlichen Berathung weder für sie, noch für die Versammlung von Interesse sein kann« (s. Göthe's Faust, Hexenküche). Sie warnen dann noch vor Mißbrauch der Karten und machen gleich darauf bekannt, daß alle Bürger bis zum Alter von 50 Jahren zur Bildung der Bürgergarde sich Gewehre aus dem Zeughause holen können, wobei jedoch keine Vorsichtsmaßregeln weiter angegeben sind. — Regierungsseitig erschien am 14. eine Bekanntmachung, durch welche die Censur aufgehoben und ein provisorisches Preßgesetz erlassen wurde, das unter anderm die

beschränkende Vorschrift enthielt, daß bei politischen Zeitungen und Intelligenzblättern eine vorgängige Genehmigung der Regierung erforderlich sei. Die Einberufung der Landstände auf den 23. April geschah an demselben Tage, und als Gegenstand ihrer nächsten Wirksamkeit wurden die Berathungen von Gesetzvorlagen über Wechselordnung und das Verfahren in Wechselsachen, Preßfreiheit, Öffentlichkeit der ständischen Verhandlungen; die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten; die öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen; allgemeine Volksbewaffnung bezeichnet. Zugleich wird erklärt: »die Einheit und Macht des gesammten deutschen Vaterlandes durch neue Belebung der Bundesverfassung zu kräftigen und zu wahren.« Sowohl die Magistratsverordnung, wie die Regierungserlasse, konnten die Wünsche des Volkes nicht befriedigen. Man wünschte die Landstände eher versammelt, murrte gegen das Ministerium, ja von vielen Seiten wollte man sogar die Verdienste des Magistrats nicht anerkennen. — In einer Volksversammlung am 16. März machte man seinem gepreßten Herzen Luft, und da, trotz der weisen Vorsichtsmaßregeln des Magistrats, sich dennoch Mancher eingefunden hatte, der es mit der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht so genau nahm, und auch die Ungebildeten ihr Interesse am öffentlichen Leben vielleicht gern kund geben wollten, so zog man nach der Wohnung eines Magistratsmitgliedes, warf die Fenster ein und richtete sogar noch im Innern des Hauses Zerstörungen an, bis die Bürgergarde die Ruhe wieder herstellte. — Am 17. fand sich der Herzog veranlaßt, die Einberufung der Stände schon auf den 31. März auszuschreiben und die gewünschten Veränderungen des Ministeriums bekannt zu machen.

In **Nassau** nahmen die Reformbewegungen in Wiesbaden ihren Anfang. Eine am 2. März gehaltene Volks-

versammlung richtete in Abwesenheit des Herzogs ihre Forderungen in bündiger Kürze an das Ministerium. Man verlangte allgemeine Volksbewaffnung und sofortige Abgabe von 2000 Flinten; unbedingte Preßfreiheit; sofortige Einberufung des deutschen Parlaments; Beeidigung des Militairs auf die Verfassung; Vereinigungsrecht; öffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten; Erklärung der Domainen zu Staatseigenthum, unter Controle der Stände; sofortige Einberufung der zweiten Kammer, lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes ohne Rücksicht auf Vermögensbesitz; Religionsfreiheit. — Zu gleicher Zeit erließ der Stadtrath und Stadtvorstand, ohne die Bewilligung des Ministeriums abzuwarten, einen Aufruf an die Bürger zur Bewaffnung. — Das Ministerium bewilligte sofort allgemeine Bewaffnung und Preßfreiheit, während es die Gewährung der anderen Punkte von der baldigen Zurückkunft des Herzogs abhängig machte. Als der Herzog, wie man erwartet hatte, nicht von Berlin zurückkehrte, berief das Ministerium sofort die Stände. Die Aufregung dauerte indessen fort, man zweifelte an der Genehmigung des Herzogs, und sprach sich laut darüber aus, keine Steuern zahlen zu wollen, ehe der Herzog die ertheilten Zusicherungen des Ministeriums nicht bestätigt habe. — Der sechszehnjährige Bruder des Herzogs, Prinz Nikolaus, begab sich deshalb am 4. März gegen Mittag unter die auf dem Kurhausplatze zur Organisirung versammelten bewaffneten Bürger und versprach ihnen, mitten unter ihnen zu bleiben, wenn sein Bruder, was er jedoch nicht glauben könne, Gewaltmaßregeln gegen die Bürger anzuwenden versuchen sollte. »Es lebe Prinz Nikolaus! Es lebe Nassau! Der Herzog ist gut, aber übel berathen!« war die Antwort. — Gleich darauf erschien eine Bekanntmachung, in welcher der Staatsrath von Dunger erklärte, daß er seinerseits alle ihm vorgebrachte Forderungen bewillige, wie er fest überzeugt sei, daß der

Herzog sie bewilligen werde; sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so lege er bereitwillig seine Stelle ohne Pension nieder. Zugleich würden die Herzogin Mutter und des Herzogs Bruder sich mitten unter die Bürger begeben, um mit ihrer Person Sicherheit und Bürgschaft für die Gewährung der Forderungen zu leisten. Mit dieser Bekanntmachung erklärte sich die Herzogin mit ihrem Sohne durch Namensunterschrift einverstanden, was von zwölf Wiesbadener Bürgern beglaubigt war. Gleich darauf erschien nachstehende Bekanntmachung: »Da es allgemein gewünscht wird, so gebe ich hiermit die Erklärung, daß keine Steuer im Lande bezahlt werden soll, bis die Genehmigung Sr. Hoheit des Herzogs zu der heute erfolgten Concession erfolgt ist. v. Dunger.« — Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr kam der ersehnte Herzog mit dem Bahnzuge an und von Bürgerwehr und Volk begleitet, gelangte er zum Schlosse; dort trat er sofort auf den Balkon und sprach zu der versammelten Menge: „Ich bestätige Alles, was in meiner Abwesenheit von meiner Mutter, meinem Bruder und dem Minister dem Volke zugesagt worden ist!« Donnernder Beifallsruf folgte dieser Erklärung, die dann am folgenden Tage mit Anführung der einzelnen Punkte wiederholt wurde. — Schon am 6. März wurde die Ständeversammlung in Person von dem Herzoge eröffnet, der er in der Thronrede als einzige Aufgabe: die Berathung eines neuen Wahlgesetzes in öffentlichen Sitzungen hinstellte. — In der Kammersitzung vom 7. eröffnete der Regierungspräsident Vollpracht: der Herzog sei zur Bildung des deutschen Parlaments den Fürsten Deutschlands vorangegangen, indem er zu diesem Zwecke Herrn v. Gagern an verschiedene Höfe Deutschlands abgesandt habe. — In schnell aufeinander folgenden Verfügungen über unbeschränkte Preßfreiheit, Erlassung der gegenwärtig erkannten Strafen für Forst-, Jagd- und Feldpolizeivergehen und Niederschlagung der in dieser Hinsicht anhängig gemachten

Untersuchungen, wie über Bildung von Sicherheits-Comité's zur Aufrechthaltung der Ordnung im Lande, und nachträgliche Beeidigung des beurlaubten Militairs auf die Verfassung, schritt die Reform rasch vorwärts.

In **Mecklenburg** hatte man auf dem letzten Landtage Anträge auf eine Verfassungsänderung gestellt, einer Verfassung, in der nur Ritter und Magistrate an der Landesvertretung Theil nehmen konnten und die Rechte des Volkes von jeher auf das schmählichste vergessen waren. Das Vorhandensein einer solchen Ungerechtigkeit mußte allgemein schmerzlich empfunden werden, deshalb fuhr die Kunde von der französischen Revolution wie ein electrischer Strahl durch das ganze Land, so daß von allen Seiten sich die gepreßten Herzen fast gleichzeitig Luft machten und in zahlreichen Adressen die Abstellung der vielen Mängel der eigenen Regierung, wie die allgemeinen deutschen Forderungen, laut und bestimmt beantragten. Aber der Großherzog antwortete sehr lau und unbestimmt, erklärte sich der Verfassungsreform zwar nicht abgeneigt, »ob dieselbe aber auf dem nächst bevorstehenden ordentlichen Landtage, oder auf einem schon früher zu berufenden außerordentlichen Landtage zu berathen sei, vermöge er zur Zeit noch nicht zu bestimmen.« — In solchen und ähnlichen Ausdrücken war z. B. die Antwort (12. März) auf die Rostocker Adresse vom 8. März abgefaßt. Durch ein solches Benehmen mußte die allgemeine Aufregung nur noch vergrößert werden, so daß man entschlossen war, den Großherzog zu Concessionen zu zwingen. Die schweriner Landstände erklärten, sich durch ihren engern Ausschuß aus eigener Machtvollkommenheit zusammenberufen zu lassen, wenn der Großherzog die Stände nicht sofort versammeln würde, und die in der Stadt Schwerin am 13. ausgebrochenen Unruhen machten die sofortige Einführung der Bürgergarde nothwendig. Dessen ungeachtet erließ die Regierung am 14. eine Procla-

mation, die unter solchen Umständen eine wahre Herausforderung zur Revolution genannt werden konnte. In ihr wird erklärt, »daß der Großherzog nicht gewillt sei, Petitionen in Landesverfassungs- oder ähnlichen Angelegenheiten weiter persönlich entgegenzunehmen, noch durch sein Regierungs-Collegium entgegennehmen zu lassen; daher dergleichen Anträge nicht durch Deputationen, sondern auf dem gewöhnlichen Wege an ihre Bestimmung zu befördern seien.« — Am deutlichsten sprach sich die allgemeine Entrüstung in einem »offenen Briefe der Mecklenburg-Schweriner an ihren Großherzog« — hauptsächlich von der Stadt Grabow ausgehend, aus. Es heißt darin: »In Zeiten, wo deutsche Fürsten sich glücklich schätzen, inmitten ihres Volkes zu stehen, haben Sie sich losgerissen von ihrem Volke — und durch einen von Lützow einen Regierungsbefehl veröffentlichen lassen, der das ganze Land in Empörung bringen wird. Wir bitten Sie, den Einflüsterungen Ihres Onkels in Berlin nicht länger Ihr Ohr zu leihen, damit Kanonendonner nicht die Musik sei, die Sie Ihrem Volke bringen wollen. Wenige sind der Jahre, die Sie regiert haben und wohl entsteht in manches Mecklenburgers Herzen die Frage, ob Sie schon selbst die Regierung angetreten. — Seien Sie ein deutscher Fürst! Möge Ihre Brust erfüllt werden von deutscher Fürstenehre, auf daß Mecklenburg endlich die Schmach des Rufs des ungebildetsten deutschen Volksstammes von sich abschüttele. Wir bitten Sie, umgeben Sie sich mit Männern, die des Volkes Vertrauen genießen, und verbannen Sie alle die Männer, die nur dazu dienen können, den Unwillen des Volkes gegen sich selbst und gegen Sie zu reizen. Eilen Sie, den Beschluß vom 14. d. M. zurückzunehmen, auf daß nicht eine Deputation in Masse Sie belagere.« — Auch 41 Mitglieder der Ritterschaft baten in einer Petition vom 16. um baldige Einberufung des Landtages und Zurücknahme der

Verordnung vom 14. und erklärten sich bereit, zur Förderung der Reform auf ihre Vorrechte verzichten zu wollen. — Nachdem hierauf Preßfreiheit und Einberufung des Landtages, im Laufe des Monats Mai, am 16. und 18. verkündet waren, empfing der Großherzog am 21. die Rostocker Deputation, welche die früheren Anträge wiederholte. Die Antwort, welche der Großherzog ihr ertheilte, war allerdings befriedigender als die erste, allein noch immer ungenügend, bis endlich am 23. die genügenden Zusicherungen erfolgten. — Und siehe da, das Volk dankte dem Fürsten für seine ihm so lange vorenthaltenen Rechte, die es sich sauer genug errungen hatte, und der Fürst dankte »mit tief erschütterndem, freudigem Gefühle« für die Ruhe, Festigkeit und Treue seines Volkes — und das mit Recht!

In **Oldenburg**, wo man bis dahin gar keine ständische Verfassung hatte, bat der Oldenburger Stadtrath in einer Petition vom 3. März, doch endlich die längst verheißene landständische Verfassung, nach Vernehmung sachkundiger Männer aus allen Theilen des Landes, ins Leben zu rufen. Eine ähnliche Petition wurde am 6. von einer Deputation des Kirchspiels Varel überreicht, in der auch auf Hinwirkung auf die Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage gebeten wurde. Der Großherzog hielt diese Bitte allerdings für zeitgemäß, aber dennoch war seine Antwort sehr unbestimmt. Deshalb wurde in einer Bürgerversammlung der Residenzstadt eine neue Adresse beschlossen, die als Grundlage der neuen Verfassung »die ausgedehnteste Wahlfähigkeit und Wählbarkeit; für die Vertreter das Recht der Zustimmung zu den vorzulegenden Gesetzentwürfen, sowie das Recht, selbst Gesetzentwürfe vorlegen und zur Berathung bringen zu können; Verantwortlichkeit der Minister und Öffentlichkeit der Ständeverhandlungen, vorzeichnete;« ferner »Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und eine durchgreifende Ver-

besserung in der Verwaltung, namentlich in der Vertheilung der Staatslasten in kürzester Zeit herbeigeführt« wissen will. — Der Großherzog erwiederte der Deputation in einer Audienz am 10., daß die Verfassung bereits fertig sei und nur die Erwägung der verschiedenartigsten Interessen von Oldenburg, Eutin, Jever und Birkenfeld, die sofortige Einführung nicht zulasse. Auf die Bitte, den Antrag des Stadtraths vom 3.: den Verfassungsentwurf durch freigewählte sachkundige Männer aus allen Theilen des Landes sofort berathen zu lassen, gewähren zu wollen, behielt sich der Großherzog die Resolution vor. Eine Deputation von Jever stellte gleich darauf denselben Antrag in Bezug auf einen »Entwurf einer grundgesetzlichen Verfassung mit einer Kammer mit beschließender Kraft.« — Auf die Erwiederung des Großherzogs, daß die Verfassung nächstens erlassen werde, erklärte die Deputation, daß sie ohne eine bestimmte Antwort nicht heimkehren könne und wies auf die Aufregung des ganzen Landes hin, die durch noch längere Zögerung zu einer für das ganze Land verderblichen Höhe gesteigert werden müsse; worauf eine Resolution auf den Nachmittag zugesagt wurde. Durch dieselbe wurde die Wahl der Abgeordneten des Landes zur Berathung des Grundgesetzentwurfs sofort angeordnet. Dieser folgten am 14. die Aufhebung der Censur und Wiederherstellung der früher bestandenen Preßfreiheit, und bis zum 18. die bestimmte Zusicherung der übrigen Anträge in zufriedenstellender Weise.

(Herzogthümer Anhalt.) In **Dessau** stellte man die allgemeinen deutschen Forderungen und überreichte sie am 10. März dem Herzoge, welcher der Deputation eine sehr laue und völlig unbestimmte Antwort ertheilte. Diese Antwort wurde von der versammelten Volksmenge mit großem Unwillen entgegengenommen und sofort eine zweite Deputation abgesandt. Da sie den Herzog nicht mehr zu Hause

fand, wandte sie sich an den Regierungs-Präsidenten, der die beruhigende Antwort gab, daß binnen 3 Tagen eine bestimmte Antwort erfolgen solle, die, wie er fest glaube, die Erwartungen des Volkes befriedigen werde. Die meisten kleineren Städte und Dorfschaften waren indeß der Dessauer Adresse beigetreten. Am 12. März ertheilte der Herzog eine sehr freundliche und sehr lange, aber keineswegs bestimmte Zusagen enthaltende öffentliche Antwort. Das Volks-Comité in Dessau richtete deshalb am 13. die dringende Bitte an den Herzog, daß er die nach ihrer Erläuterung festgestellten Punkte genehmigen möge, weil nur dadurch die Ruhe und Ordnung der Stadt aufrecht erhalten werden könne. Hierauf erschien am 14. eine kurze, aber bestimmte und mehr gewährende Antwort, welche aber noch nicht genügte. Das Dessauer Volks-Comité und eine Deputation der Stadt Zerbst ließen jedoch nicht eher mit Vorstellungen nach, als bis zum 20. März Alles gewährt war, was man vorerst haben wollte. — In **Bernburg** richtete der Herzog am 14. März aus eigenem Antriebe „Worte des Dankes und des Vertrauens an seine getreuen Unterthanen", und gewährte darauf am 16. die zeitgemäßen Reformen, ohne daß das Volk sie zu fordern brauchte.

(Fürstenthümer Schwarzburg.) In **Rudolstadt** ging es sehr stürmisch zu. In mehreren Bürgerversammlungen war eine Adresse berathen, in welcher neben den allgemeinen deutschen Forderungen die Abstellung vieler Mißbräuche in der Verwaltung des kleinen Ländchens verlangt wurde. Am 10. März wurde dieselbe dem Fürsten überreicht. Die ganze Stadt war auf den Beinen und eine große Volksmenge auf dem Marktplatze versammelt. Der Fürst benahm sich sehr aufgeregt und sonderbar. Er schalt die Bürger Aufrührer und drückte einem derselben, dem Schlachtermeister Rein, ein geladenes Pistol in die Hand, mit der Aufforderung,

ihn niederzuschießen. — Meister Rein ließ sich jedoch nicht aus der Fassung bringen und sagte: „Der Fürst möge ihn erschießen, doch mit seinem letzten Athemzuge würde er noch betheuern, daß seine Mitbürger Gerechtes forderten und daß der Fürst durch seine Umgebung die wahre Lage der Dinge nicht erfahren habe.“ Hierauf wurde eine schriftliche Antwort binnen 24 Stunden versprochen. — Als man aber dem Volke diese Resolution und das dabei Vorgefallene mittheilte, wurde es wild, stürmte in das Regierungsgebäude, bewaffnete sich und hätte unstreitig die beklagenswerthesten Excesse vollführt, wenn nicht die außerordentlichen Bemühungen einzelner Bürger und die schnelle Organisirung einer Bürgerwehr den Aufruhr niedergehalten hätten. Der Fürst sah sich hierdurch genöthigt, an demselben Nachmittage die Gewährung der meisten Forderungen verkünden zu lassen, die dann in einer gleich darauf folgenden Bekanntmachung in den bestimmtesten Ausdrücken wiederholt wurden. — In **Sondershausen** wurden die von vielen Gemeinden gestellten Forderungen am 14. März ohne Weiteres bewilligt.

In **Hohenzollern-Hechingen** und **Hohenzollern-Sigmaringen** war man sehr revolutionair. In Hechingen hatte sich das Volk am 11. März vor dem Schlosse versammelt und wich nicht vom Platze, bis seine Forderungen gewährt wurden. — Die Bauern sollen sogar mit bleiausgegossenen Prügeln und Steuerverweigerung im Falle der Nichtgewährung gedroht haben. — In Sigmaringen wurde am 4. März eine Volksversammlung gehalten und die dort von den Bürger-Collegien vorgelegte Adresse noch am Abend desselben Tages, von sämmtlichen Einwohnern unterzeichnet, dem Fürsten überbracht. — Der Hofschmied, welcher allein nicht unterschreiben wollte, wurde geschmäht und beschimpft. — Am folgenden Morgen begab man sich wieder vor das Schloß und verlangte Antwort. — Der Geheimerath von Schenk

erklärte: »Der Fürst wolle die Wünsche erfüllen, aber man müsse ihm Zeit dazu lassen.« — Zwei Advokaten, Wirth und Bürkle, welche das Volk zur Geduld ermahnten, wurden von einem dritten, Dopfer, der Verrätherei gegen das Volk beschuldigt, die Forderungen müßten auf der Stelle gewährt werden. Alles stimmte ihm bei, Wirth und Bürkle mußten fliehen, man zog die Sturmglocke, lärmte und schrie, bis Nachmittags gegen 5 Uhr gleiche Rechte mit Baden zugesichert wurden.

(Fürstenthümer Reuß.) In **Reuß-Schleiz** wurden auf eine Adresse der Dorfbewohner und eine sehr entschiedene von der Stadt Hirschberg die Forderungen der Zeit bewilligt und die aufgeregten Gemüther beruhigt. — In **Reuß-Lobenstein-Ebersdorf** hatten die Fabrikarbeiter der Stadt Lobenstein Excesse begangen, worauf Heinrich der LXXII. in einer pompösen Proclamation vom 11. März der Reform genügte.

(Fürstenthümer Lippe.) In **Lippe-Detmold** überreichten der Magistrat und die Stadtverordneten der Residenz dem Fürsten am 7. März eine Adresse, in der sie die Gewährung der bekannten Forderungen als einzige Bürgschaft für das Wohl und die Ruhe der Stadt, wie des ganzen Landes erbitten. — In einer vorläufigen Antwort vom 8. wurde die erbetene Einberufung der Landstände als schon vorher beschlossen bezeichnet, und in Bezug auf die übrigen Wünsche und Anträge gesagt, daß dieselben dann reiflich erwogen werden sollten. Die Bittsteller sandten hierauf sofort eine neue Petition an den Fürsten, in der sie die Aufregung in den Städten und auf dem flachen Lande so bedrohlich schildern, daß dieselbe nur durch die sofortige Gewährung der Punkte, welche der Fürst aus eigener Machtvollkommenheit, ohne vorherige Berathung mit den Ständen,

gewähren könne, zu beschwichtigen sei. Für den Fall einer Nichtgewährung lehnen sie die ihnen zustehende Verantwortlichkeit für die Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt Detmold von sich ab, worauf der Fürst am 9. gewährte, was er für sich gewähren konnte. Am 23. traten die Landstände zusammen, der Regierungs-Präsident Eschenburg erhielt seine Entlassung und der bisherige Ober-Regierungsrath Petri trat an seine Stelle. — In **Schaumburg-Lippe** wurde die Reform ebenfalls ohne große Schwierigkeiten erstrebt. Schon auf den 16. März hatte der Fürst die Landstände einberufen. — Am 12. wurde eine Volksversammlung in Stadthagen gehalten, zu der man aus dem ganzen Ländchen zusammenströmte. Die dort berathene, sehr umfassende Adresse ward am 13. Mittags dem Fürsten überbracht, und obgleich sich mehre Tausend Bürger und Bauern in Bückeburg versammelt hatten, um die Antwort zu vernehmen, so verhielt man sich doch sehr ruhig und in gehöriger Entfernung vom Schlosse, bis die Forderungen gewährt waren; dann zog man in schönster Ordnung vor das Schloß, ließ den Fürsten hochleben und erleuchtete Abends die Stadt.

In **Waldeck** wurden am 9. März von den Einwohnern der Residenz Arolsen und der Stadt Roden Preßfreiheit, Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage, allgemeine Volksbewaffnung, Einberufung der Stände zur Reform der Verfassung, Verantwortlichkeit der Regierungs-Mitglieder, Öffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgerichten und staatsbürgerliche Gleichstellung aller Confessionen verlangt. Auf eine sehr unbestimmte Antwort der regierenden Fürstin Pauline wurde die Aufregung so bedrohlich, daß die Fürstin sich nicht weiter sperrte und am 10. die befriedigenden Zusagen ertheilte.

In **Lichtenstein,** dem Lande von zwei und einer halben Quadratmeile, dessen souverainer Fürst in öster-

reichischen Diensten steht, hätte man beinah ganz Deutschland überflügelt und die demokratische Republik eingeführt. Das Volk hatte sich schon souverain gemacht, den Landvoigt gefangen und die Beamten verjagt; als man sich anders besann, den Professor Kaiser von Chur — einen Lichtensteiner — ins Land berief und unter seiner Leitung Reformen von dem Fürsten verlangen wollte. Der Fürst hatte jedoch bei seinem Dienstherrn in Wien die schönsten Erfahrungen gemacht und kam ihnen zuvor durch Bewilligung aller Errungenschaften, welche die Wiener Revolution den Österreichern gebracht hatte.

(Freie Städte.) In **Frankfurt a. M.** wurde am Abend des 3. März eine von fast drittehalbtausend Menschen besuchte Bürgerversammlung gehalten. Die Adresse, welche dort berathen und beschlossen wurde, forderte Aufhebung aller seit 1819 erlassenen Ausnahmebeschlüsse; unbedingte Preßfreiheit; Schwurgerichte; allgemeine Volksbewaffnung; ein deutsches Parlament; staatsbürgerliche Gleichheit ohne Unterschied des Glaubens; freies Vereinigungsrecht; politische Amnestie mit Wiedereinsetzung in den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte; und mahnt an die ernste Warnung der Geschichte: keinen Angriffskrieg gegen Frankreich wegen seiner Regierungsform zu unternehmen. — Eine Deputation aus allen Ständen überreichte diese Adresse am Nachmittage des 4. März dem Senate. Eine große Volksmenge, unter welcher sich jedoch viele Bewohner der umliegenden Ortschaften befanden, hatte sich vor dem Römer versammelt und forderte tobend die sofortige Gewährung aller Punkte. Vergebens wurde verkündigt, daß die Aufhebung der Censur und Preßfreiheit von dem gesetzgebenden Körper beschlossen und daß der Senat zu allen Reformen auf dem gesetzlichen Wege bereit sei. Man stürmte bis in die Berathungszimmer des Römer, pflanzte vor demselben das schwarz-roth-goldene

Banner auf und war allen begütigenden Versuchen unzugänglich; nur durch das muthige und schnelle Einschreiten der Bürgergarde konnte der Tumult unterdrückt werden. — Am 5. wurde die Amnestie für politische Vergehen bekannt gemacht und in einem Publikandum vom 10. die zunächst befriedigenden Zusicherungen ertheilt.

In **Bremen** war der erste Ausbruch des Unwillens gegen die Thorsperre gerichtet. Man warf die Fenster des Sperrhauses am Heerdenthore am Abend des 6. März ein und machte gewaltigen Lärm, bis Bürgergarde und Linientruppen die Schreier auseinander jagten. — Eine vom Kerne der Bürgerschaft ausgehende Adresse wurde dem Senate am 8. übergeben. Man verlangte darin, daß zur definitiven Feststellung der Verfassung unverzüglich eine auf den Grundlagen gleicher Wahlfähigkeit und Wählbarkeit aller Staatsbürger beruhende Vertretung, wobei nach altem Brauche zum Zwecke der Wahlen die Gemeinheit nach Kirchspielen in Partial-Versammlungen zusammentritt, berufen werde; ferner augenblicklich Öffentlichkeit der Convents-Sitzungen und vollständigen Druck der Verhandlungen mit Namensnennung der Redner; Preßfreiheit; Öffentlichkeit und Mündlichkeit mit Schwurgerichten, und kräftige Hinwirkung auf ein deutsches Parlament. — Der Senat stellte mit der Deputation eine Unterhandlung an, welche fünf Stunden währte und deren Resultat die vollständige Gewährung aller Wünsche war.

In **Lübeck** wurden am Abend des 11. März einigen Rathsmitgliedern unter Toben und Schreien die Fenster eingeworfen, jedoch soll diese Demonstration ohne tiefere politische Bedeutung nur von unverständigen Tumultuanten ausgegangen sein. Im Einverständnisse mit der Bürgerschaft erließ der Senat am 13. ein Preßgesetz mit Concessionen für Zeitschriften, und arbeitete an der Reform der Verfassung.

In **Hamburg** waren schon früher von einer Anzahl Mitglieder der Bürger-Collegien und der Bürgerschaft unter Leitung der Doctoren Biesterfeld und Löhn zwei Eingaben an den Senat gelangt, in welchen man auf Verfassungs-Reformen antrug. Nach langer Zögerung ward der Senat durch die Zeitereignisse endlich aufgerüttelt und hatte sich auf Veranlassung jener Eingaben mit einer Majorität von 16 gegen 8 Stimmen für die Reform entschieden. — Die patriotische Gesellschaft glaubte durch diesen Beschluß eine von ihr beabsichtigte Petition um Ausdehnung des Staatsbürgerrechts nicht unnöthig gemacht und lud deshalb zu einer öffentlichen Versammlung auf den Abend des 3. März ein. Hierauf wurde ein gedruckter Zettel mit der Bezeichnung „ein Wort im Fluge“ stark verbreitet. In diesem Zettel wird das Mißtrauen gegen die vom Senate beabsichtigten Reformen ausgesprochen und hauptsächlich dadurch begründet, „daß das Wort des freien Mannes in der Hamburger Republik erstickt werde und der Bürger sich nicht selbstständig über seine eigenen Angelegenheiten aufklären könne.“ (Über die Pariser Revolution gestattete die Hamburger Censur keine Besprechungen, nur Mittheilung der Thatsachen!) Man forderte deshalb zum zahlreichen Besuche jener Versammlung und zum beharrlichen Streben nach voller Preßfreiheit auf. Die stark besuchte Versammlung wurde zwar ohne Störung abgehalten, doch vor dem Hause hatte sich eine große Volksmenge eingefunden, welche vor die Wohnung des Bürgermeisters Kellinghausen und dann zu den Senatoren Hudtwalker, Welk und Meyer zog und infernalische Ständchen brachte; besonders bei dem Bürgermeister zerschlug man Fenster und Thüren und richtete selbst im Innern des Hauses arge Zerstörungen an. Auf Einschreiten des Militairs drohte der Tumult sich zu vergrößern, es ward deshalb zurückgezogen und die Bürgergarde stellte die Ruhe wieder her.

Um ähnliche Vorfälle zu verhüten, ließ der Senat am 4. ein Tumult-Mandat an die Straßenecken heften und traf unter Mitwirkung der ganzen Bürgerschaft energische Maßregeln, die ihren Zweck vollkommen erreichten. — Am 9. erließ der Senat seine „Propositio in forma“, — einen Antrag — an die erbgesessene Bürgerschaft „auf Niedersetzung einer Rath- und Bürgerdeputation, zur Begutachtung der Frage, inwiefern die Staatseinrichtungen einer Reform bedürfen, und zur Entwerfung eines Preßgesetzes mit einem eigenen Preßgericht.“ Zu diesem Behufe sollen 15 Bürger, 3 aus und in jedem Kirchspiele, gewählt werden, denen 5 Mitglieder des Senates beigegeben werden sollen. Diese würden dann binnen vier Wochen den Entwurf des Preßgesetzes und binnen sechs Monaten das Ergebniß ihrer übrigen Berathungen dem Senate zu übergeben und durch den Druck bekannt zu machen haben; worauf endlich die ferneren verfassungsmäßigen Berathungen eingeleitet werden sollen. — Anstatt zu beruhigen, rief dieser mehr als Schneckengangs-Reformantrag eine große Unzufriedenheit hervor, um so mehr, da man erfahren hatte, wie schnell der Bremer Senat sich den Forderungen bequemt hatte. Die Bürgerschaft ging deshalb den Senat dringend an, zur Vermeidung von Unruhen die Censur sofort aufzuheben, was auch noch Abends gegen 10 Uhr zugesagt wurde und am andern Morgen an allen Straßenecken zu lesen war. — Aber schon am 14. erklärte sich der Senat auf Veranlassung einer Deputation des Collegiums der 180ger mit folgenden 12 Anträgen einverstanden und fügte den 13. auch noch hinzu: „1) Politische Berechtigung für jeden Staatsangehörigen, der durch seine Person oder aus seinem Vermögen dem Staate Pflichten erfüllt, namentlich allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit; 2) Trennung der Kirche vom Staate und Unabhängigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte von dem religiösen Glaubensbekenntnisse; 3) ausdrück-

liche Anerkennung der Freiheit der politischen und religiösen Association; 4) Ersetzung der erbgesessenen Bürgerschaft und ihrer bisherigen Ausschüsse durch eine Versammlung periodischer Repräsentanten, mit Öffentlichkeit der Verhandlungen, jedoch unter Vorbehalt des absoluten Veto für die Wähler in den wichtigsten, grundgesetzlich näher zu bestimmenden Gesetzes-Vorlagen; 5) Aufhebung der Lebenslänglichkeit und Selbstergänzung des Senats; 6) Verantwortlichkeit Aller, die in öffentlichen Geschäften thätig sind und Schutz für jedes Recht, durch unabhängige, von der Verwaltung getrennte Gerichte; 7) Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichte mit Schwurgerichten; 8) Unterricht für die Jugend aller Staatsangehörigen als Staatsangelegenheit; 9) Vertretung der National-Interessen durch ein deutsches Parlament; 10) baldige Herbeiführung einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung in allen Reichsgrenzen; 11) freie Wahl der Officiere der Bürgergarde; 12) Trennung der Schule von der Kirche und 13) Aufhebung der Zunft und Einführung einer Gewerbeordnung." — Die Wahl der Reform-Commission am 13. entsprach den gehegten Erwartungen nicht und rief eine nicht unbedeutende Aufregung in der Stadt hervor, welche nur mit Mühe durch die zusammengerufene Bürgergarde niedergehalten werden konnte. Dessenungeachtet kam der Unwille des Volks noch am Abend in sehr ernster Weise zum Ausbruche. Am Millernthore verjagte man im wilden Sturme die Accise- und Sperr-Beamten. — Militair und Bürgergarde suchten die Ruhe wieder herzustellen, wobei einige Tödtungen und Verwundungen vorfielen und durch das Militair die empörendsten Mißhandlungen begangen sein sollen. Durch ein sehr ernstes Tumultmandat vom 14., in dem mit scharfem Feuer gedroht wird, geeignete militairische Maßregeln und — einen sehr starken Regen wurde die Ruhe am folgenden Abend trefflich erhalten.

E. R.

Die Erhebung Schleswig-Holstein's.

Wir haben es hier mit der hochherzigen Erhebung eines deutschen Volksstammes für Freiheit und Unabhängigkeit, mit einem begeistert begonnenen, träge und langweilig fortgeführten und durch einen vielseitig getadelten Waffenstillstand beendeten Kriege zu thun. Der Volksstamm sind unsere deutschen Brüder in Schleswig-Holstein, der Krieg wurde von den Truppen des zehnten Armeecorps in Verbindung mit einem preußischen Heere gegen Dänemark geführt, der Waffenstillstand wurde von der preußischen Diplomatie mit Umgehung der Centralgewalt geschlossen, und letztere hatte nichts dabei zu thun, als dem Abschlusse die nachhinkende, erzwungene Genehmigung zu ertheilen.

Seit dem Anfange unseres Jahrhunderts stoßen wir in der schleswig-holsteinischen Geschichte auf tausend Versuche der dänischen Regierung, das in seinem Kern deutsche Schleswig, und selbst das dem deutschen Bunde angehörende Holstein dem dänischen Staate einzuverleiben und die Bevölkerung der beiden Herzogthümer zu dänisiren: ihr Sitten, Gesetze, Sprache Dänemarks anzumaßregeln. Dänemark folgte hierin nur dem Beispiele aller Despoten, die zum Frommen der Gewaltherrschaft eines Einzigen die Nationalität unterjochter, fremder Völker von der Erde vertilgen möchten: sei es mit

dem Schwerte, sei es mit Ketten und Knute, sei es durch das schleichende Gift despotischer Regierungskünste. Mehr oder weniger hat Napoleon in Deutschland, Rußland in Polen, und auch Preußen in Posen eines oder des anderen dieser Mittel sich bedient. Dänemark hat dem — nicht unterjochten, sondern durch freie Wahl oder auch durch Erbschaft*) ihm angehörenden — schleswig-holsteinischen Volke gegenüber zuerst das dritte jener Mittel versucht und später keck zu dem ersten gegriffen; wir wollen sehen, wie ihm beides gelungen ist.

In dem ersten Jahrzehend dieses Jahrhunderts treffen wir auf eine Reihe Verordnungen, denen die ungerechte Absicht zum Grunde lag, die deutsche Sprache in den deutschen Herzogthümern aus Kirchen, Schulen, Gerichtsstuben, Universitäten rc. durch die dänische verdrängen zu lassen. 1815 geschah die Aufnahme Holsteins in den deutschen Bund, ein Ereigniß, welches Dänemark als eine willkommene Gelegenheit ansah, Holstein und Schleswig, durch Sitte, Sprache und uralte Verfassung mit einander verbunden, zu trennen, und letzteres zu einer dänischen Provinz zu machen. Das deutsche Schleswig hat aber, gleichwie Holstein, nur das mit Dänemark gemein, daß zufälliger Weise eine und dieselbe Person beider Länder Oberherr ist, hier König, dort Herzog. Vergebens beriefen sich Prälaten und Ritterschaft auf die Einheit Schleswigs und Holsteins, vergebens auf die thatsächlich und gesetzlich bestehende Verfassung — sie wurden mit ihren Beschwerden von der dänischen Regierung gar nicht angehört, vom deutschen Bunde (1823) abgewiesen, *weil die Verfassung in anerkannter Wirksamkeit nicht bestehe.* Doch wann hätte wohl je der deutsche Bund *für* die Rechte des *Volkes* sich entschieden! 1834 erschien endlich eine Verfassungsurkunde für Schleswig-Holstein von Seiten der dänischen

*) Schlimm genug, daß ein Volksstamm vererbt werden kann!

Regierung, die für beide Herzogthümer abwechselnde, getrennte Landesversammlungen (Stände) verordnete. Diese Trennung, die schlechte Lage und Verheimlichung der Finanzfrage, die laue und spärliche Berufung der Stände endlich erregten vielfache Unzufriedenheit; aber erfolglos blieben alle Zuschriften und Protestationen. Von nun an durchzieht einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren und bis auf die neueste Zeit herab ein ununterbrochener Federkrieg zwischen dänischer und schleswig-holsteinischer Presse, in den sich nicht selten von dänischer Seite Gewaltthaten mischten, die bis zur Verfolgung und Einkerkerung patriotisch-gesinnter Männer aus Schleswig-Holstein sich steigerten. 1844 sprachen die holsteinischen Stände im Namen der Herzogthümer eine Rechtsverwahrung in folgenden Grundsätzen des schleswig-holsteinischen Staatsrechtes aus:

Die Herzogthümer sind selbstständige Staaten.
Der Mannsstamm herrscht in den Herzogthümern.
Die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind miteinander verbundene Staaten.

Als Antwort darauf erließ der König den ersten der bekannten offenen Briefe vom Jahre 1846, worin er seine einseitige, königliche Willensmeinung dahin äußert: daß in Schleswig auch nach Aussterben des königlichen Mannesstammes (deutschem Staatsrechte zuwider) die Erbfolge unzweifelhaft nach dänischem Königsgesetze geschehen solle, daß in Bezug auf Holstein allerdings einer gleichen Erbfolge noch Hindernisse im Wege ständen, daß aber des Königs unablässiges Bemühen darauf gerichtet sein solle, diese Hindernisse zu beseitigen; und worin den schleswig-holsteinischen Ständen geradezu das Recht abgeschnitten wird, weitere Beschwerde über diesen Gegenstand zu führen. Kaum ward dieser Brief bekannt, so protestirte das schleswig-holsteinische Volk gegen

denselben; die holsteinischen Stände verwahrten noch einmal feierlich in einem Schreiben an den König das Recht der Herzogthümer; aus den verschiedensten Städten Deutschlands lief eine große Anzahl ermunternder Zuschriften an die deutschen Länder in Schleswig-Holstein ein; und selbst der deutsche Bund glaubte das Recht der Agnaten (nächste männliche Verwandten) in den, der Krone Dänemark unterworfenen, deutschen Bundesstaaten Holstein und Lauenburg wahren zu müssen. Die dänische Regierung ließ deshalb bald darauf einen zweiten offenen Brief dem ersten folgen, der in Form einer Erklärung den Inhalt des vorigen fast durchaus widerrief.

So standen die Sachen bis zum Tode des Königs (Christian VIII.), der im Januar des Jahres 1848 erfolgte. Sein Nachfolger Friedrich VII. ist einer jener Fürsten, wie sie die neueste Zeit zum Unglück der Völker, zum Nachtheil der friedlichen Lösung der Revolution leider mehr als Einen erzeugt hat, die nicht männlich und stark genug sind, etwas anderes, als das Werkzeug ihrer Umgebung zu sein. Eine der deutschen Sache der Herzogthümer fremde Partei bemächtigte sich des Königs und dictirte ihm bei seinem Regierungsantritte den (dritten) offenen königlichen Brief, der die Selbstständigkeit der Herzogthümer gänzlich aufs Neue in Frage stellte, und mit Umgehung des deutschen Interesses, der deutschen Rechte in demselben nur einen dänischen Gesammtstaat ꝛc. im Auge hatte. Der Polizeistaat war damals in den Herzogthümern in seiner höchsten, verderblichen Blüthe, die Presse geknechtet, die Zungen gefesselt, selbst das Recht der Bitte und Beschwerde vernichtet. Aber die Februarrevolution in Frankreich, die Märzbewegungen im übrigen Deutschland hatten auch in Schleswig-Holstein ihre Rückwirkung. Das leise Murren wurde zur lauten, gerechten Klage, die Rechtsforderungen nahmen eine entschiedene, stürmische Richtung. Den Reigen eröffnete eine Adresse aus Altona, ihr folgte eine

Erklärung der Kieler Bürgerschaft, dann eine Erklärung von Prälaten und Ritterschaft. Sie forderten unbedingte Preß- und Redefreiheit, freies Versammlungsrecht, Bürgerbewaffnung, Schwurgerichte, ein deutsches Parlament, eine gemeinsame, selbstständige, wahrhaft constitutionelle Verfassung der beiden Herzogthümer und Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund. Bei der bekannten Gesinnung der dänischen Regierung war an ein Eingehen auf diese Forderungen natürlich nicht zu denken; im Gegentheil trat ein ultradänisches, dem deutschen Interesse offen feindseliges Ministerium an die Spitze der Geschäfte in Kopenhagen, ein Ministerium, das Männer unter sich zählte, deren Verlangen, Schleswig-Holstein zu despotisiren, nur allzubekannt war. Man drohte, mit gewaffneter Hand die Einverleibung Schleswig-Holsteins zu erzwingen. Gegen solche Gewalt blieb nur Gewalt als Gegenmittel; die Regierung, welche den Weg der Revolution betrat, zwang die Herzogthümer, ihr auf gleichem Wege entgegenzugehen. In der Nacht vom 23. auf den 24. März bildete sich in Kiel, das Tages zuvor ohne Schwertstreich genommen, dessen Besatzung zum Volke übergegangen war, eine provisorische Regierung, bestehend aus Beseler, Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein, Reventlow, M. T. Schmidt (Bremer und Olshausen traten später bei). Die provisorische Regierung rechtfertigte in einer Proclamation ihr Zusammentreten mit der Unfreiheit des Landesherrn in Kopenhagen, der in den Händen einer deutschfeindlichen Partei sich befinde, und versprach die sofortige Zusammenberufung der vereinten Ständeversammlung, um ihr die Entscheidung über die Zusammensetzung der provisorischen Regierung (im Namen des unfreien Herzogs) zu überlassen. Die Versammlung bestätigte später die jetzige Regierung. Eine Gesandtschaft, welche letztere zur friedlichen Ausgleichung nach Kopenhagen beorderte, hatte den gewünschten Erfolg nicht; spätere drohende

Proclamationen dagegen von Kopenhagen aus, nicht die geringste Wirkung. Unterdessen war die Festung Rendsburg genommen, gegen einen Angriff befestigt und zum Sitz der provisorischen Regierung erwählt. Schleswig, Altona, alle Städte des Landes entschieden sich für die provisorische Regierung; das Heer gelobte ihr größtentheils, mit Ausnahme seiner dänischen Officiere, Gehorsam; Freischaaren — zuerst Turner und Kieler Studenten — bildeten sich und erhielten Zuwachs aus dem übrigen Deutschland, der Norden Schleswigs wurde besetzt, und das ganze Land durchglühte der Muth der Begeisterung und das Vertrauen auf die gerechte Sache. Aber Schleswig-Holstein allein war zu schwach, Dänemark die Spitze zu bieten. Das Heer war ohne Officiere, die größtentheils zu Folge eines hinterlistigen Staatskniffes aus Dänen bestanden hatten, die Befestigungen in schlechter Verfassung, die Bewaffnung, besonders der Artillerie, absichtlich vernachlässigt, die Freischaaren undisciplinirt und schlecht ausgerüstet: Deutschland mußte helfen, wenn Schleswig-Holstein, trotz der großartigen Thätigkeit, welche die provisorische Regierung entwickelte, der Übermacht nicht erliegen sollte. Deutschland hatte in unzähligen begeisterten Stimmen sein Mitgefühl, seine Theilnahme mit Gut und Blut dem Bruderstamme zugesichert; der Bund selbst nahm sich Schleswig-Holsteins an, nahm späterhin auf Anregung der provisorischen Regierung und des Frankfurter Fünfziger-Ausschusses Schleswig in den deutschen Bund auf, und beauftragte Preußen und die Staaten des zehnten Armeecorps (Hannover, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig ꝛc.) dem Beschlusse Kraft zu verleihen; der König von Preußen endlich hatte eben einen ermunternden Brief an den Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein erlassen: und dennoch zögerte Deutschland mit seiner Hülfe. Seine Heere, obschon sie dreißig Friedensjahre lang jährlich Millionen verschlungen hatten, waren

kriegesunvorbereitet, seine Freischaren, wie die holsteinischen, ungerüstet und ohne die nöthige Unterstützung, und seine Regierungen, mit Schmerz muß man es aussprechen, theilten die Begeisterung des Volkes für die schleswig-holsteinische Sache nicht. Dänemark aber rüstete eifrig zur See und zu Lande. Es fiel mit 16—18,000 Mann in Nordschleswig ein, nahm Hadersleben und Apenrade, besetzte die Inseln Arroe und Alsen, griff am 9. April in großer Überzahl ein schleswig-holsteinisches Truppencorps, dem sich Studenten und Turner angereihet hatten, in der Nähe Flensburgs an, und warf es nach hartnäckiger Gegenwehr zurück. Das schleswig-holsteinische Heer mußte sich hinter Schleswig zurückziehen; Flensburg und Schleswig selbst, und mit ihnen das Herzogthum fielen in die Gewalt der Dänen. Der Verlust der Dänen war bedeutender, als der der Schleswig-Holsteiner; doch auch diese hatten ungefähr 200 Kampfesunfähige und eine große Anzahl Gefangener zu beklagen. Am meisten hatten die Freischärler gelitten, die durch schlecht geleiteten Muth oft in unnöthige Gefahr geriethen. Außerdem wurde eine Menge friedlicher Einwohner Schleswigs völkerrechtswidrig von den Dänen in harte Gefangenschaft fortgeschleppt — die deutschen Hülfsvölker aber, welche nach und nach zögernd herangekommen waren, lagen unthätig theils im südlichen Holstein, theils hinter der Elbe. Der Grund dieser Unthätigkeit wird verschieden angegeben. Sei es nun, daß man sich noch nicht stark genug zum Angriff fühlte, sei es, daß man sich, wie zu den Zeiten der seligen „Reichsarmee“, über die Ernennung eines Oberfeldherrn nicht vereinigen konnte, oder sei es, daß man in fruchtlosen Friedensunterhandlungen die Zeit vergeudete, genug, alle diese Schwierigkeiten wurden jetzt beseitigt. Es trafen ansehnliche Verstärkungen ein, der preußische General von Wrangel siegte über seine Mitcandidaten der Oberfeldherrnwürde, namentlich über den hannoverschen General Halkett. Die

Friedensverhandlungen endlich waren durch den feindseligen Angriff der Dänen unterbrochen worden. Als die Dänen den Erfolg ihres Angriffes, den Besitz Schleswigs erreicht sahen, nahmen sie die Unterhandlungen wieder auf; doch auch diese blieben fruchtlos, da die Dänen die erste ihnen gestellte Bedingung, Schleswig zu räumen, nicht erfüllen wollten. So entschloß man sich denn endlich das Schwert entscheiden zu lassen. Die preußische Armee brach von Rendsburg gegen Norden auf; ihr folgten auf dem Fuße die Truppen des zehnten Armeecorps. In der Nähe von Schleswig trafen die Preußen auf das dänische Heer, das sich hinter Dannewerk verschanzt hatte. Hier lieferte man am 23. April die Schlacht, welche unter dem Namen der »Schlacht bei Dannewerk« bekannt geworden ist. Die preußischen Garden griffen, unter Wrangel, aus Eifersucht den Ruhm des Tages allein zu ernten, ohne ihre deutschen Mitstreiter, die auf dem Marsche hinter ihnen geblieben waren, ja ohne selbst die eigenen sie deckenden Kanonen zu erwarten, mit dem Bajonette an, vertrieben den überlegenen Feind aus seinen Verschanzungen und jagten ihn in wilder Flucht davon. Man hat Wrangel aus dem übereilten Angriff einen Vorwurf, und nicht ohne Grund gemacht. Weniger Übereilung würde vielleicht weniger ruhmreich für die preußischen Bajonette, aber ruhmreicher für den General und erfolgreicher für den Feldzug gewesen sein. Hätte man gewartet, bis der Angriff auf die dänische Schlachtlinie von allen Seiten geschehen und von den Truppen des zehnten Armeecorps unterstützt werden konnte, so würden wahrscheinlich dem verabredeten Plane gemäß letztere die fliehenden Dänen vom Meere und von der Insel Alsen abgeschnitten und die Schlacht zu einer entscheidenden gemacht haben. Die Nachgiebigkeit Wrangels gegen den Ruhmesübermuth seiner Soldaten hat Plan wie Erfolg vereitelt. Ein Theil des geschlagenen Heeres zog sich

auf die Insel Alsen, der andere nordwärts nach Jütland zurück; ersteren zu verfolgen wurde dem zehnten Armeecorps unter Halkett, letzteren den Preußen unter Wrangel übertragen. Beider Arbeit war ein Eilen von Sieg zu Siege. Halkett schlug die Dänen in kleinen Gefechten, bis sie sich auf den mit schwerem Geschütz gespickten hölzernen Mauern ihrer Schiffe und auf Alsen seiner Verfolgung entzogen; Wrangel verfolgte die vor ihm Fliehenden von Ort zu Ort, von Verschanzung zu Verschanzung, griff überall, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, mit dem Bajonette an, und stand schon im Anfang des Monats Mai an der jütländischen Grenze. Von nun an nimmt der Krieg einen unerfreulichen Charakter an. Die Truppen vor Alsen standen in langweiliger Thatenlosigkeit Schildwache. Sie konnten in Ermangelung eigener Schiffe und schweren Belagerungsgeschützes die gut bewachte, schmale Meerenge nicht überschreiten; aber eben sowenig hatten die Landungsversuche der Dänen, obgleich sie öfter versucht wurden, und mehr oder minder blutig waren, irgend einen erheblichen Erfolg. Wrangel stand unbeweglich mit einem Fuße in Jütland und nährte sich vom Fett des feindlichen Landes. Die Stadt Fridericia, welche er besetzt hatte, wurde dann und wann von dänischen Schiffen beschossen, aber im Übrigen herrschte auch hier Thatenlosigkeit. Durch das Ganze zog sich ein langer Faden endloser Waffenstillstandsunterhandlungen, der von fremden Mächten, namentlich von England gesponnen wurde. Inzwischen wurden in Deutschland Stimmen laut, welche den Krieg kräftiger betrieben oder beendet wissen wollten. Die Blockade der deutschen Häfen durch dänische Schiffe lähmte den überseeischen wie inländischen Verkehr. Der deutsche Handel litt manchen empfindlichen Verlust durch die Wegnahme einer großen Anzahl Schiffe, welche von den Kreuzern der Dänen nach Kopenhagen aufgebracht wurden. Geringen Ersatz gewährten uns die wenigen dänischen Kauf-

fahrer, welche wir in unseren Häfen zurückhielten, und die Verpflegung der preußischen Truppen auf jütländische Kosten. An Dänemark wegen seines Raubes zur See Vergeltung zu üben fehlte uns — eine Flotte. Zwar wurde der Grund einer solchen, meist aus Privatmitteln, gelegt, aber so langsam, daß ein Erfolg erst spät zu erwarten stand. Die neuere Zeit schien heroischer Anstrengungen nicht mehr fähig, wie sie z. B. dem alten Rom zum Siege über das seeübermächtige Karthago verholfen hatten. Das große Deutschland stand dem »winzigen« Dänemark rathlos gegenüber.

Ende Mai legte Wrangel Jütland eine Kriegssteuer von 2 Millionen auf, aber ehe er sie erhoben, zog er sich zurück. Der Rückzug gab zu mancherlei Vermuthungen Anlaß. War es eine drohende russische Note, die ihn veranlaßte? oder war es ein Rath Englands, das ihn als erste Bedingung eines von ihm zu vermittelnden Waffenstillstandes empfahl, um Dänemark seinerseits entgegenkommenden Maßregeln — Räumung der Insel Alsen, Herausgabe deutscher Schiffe — geneigter zu machen? hatten diese Maßregeln den Rückzug bewirkt, so schlugen sie leider in den entgegengesetzten Erfolg um. Die Dänen rückten abermals in Nordschleswig ein, ohne ihrerseits im Geringsten nachzugeben; die Kriegspartei in Kopenhagen, die fast kleinlaut geworden war, erhob ihr Haupt kecker denn je und prahlte mit nahender schwedischer Hülfe; Jütland, welches, unter der Last des Krieges seufzend, schwierig gegen Dänemark zu werden begann, befestigte sich aufs Neue in seiner Treue, und schickte dem rückziehenden Wrangel Spott und Hohn nach. Der übereilte Rückzug hatte aufs Neue den günstigen Erfolg des Krieges hinausgeschoben. Oder endlich lag der Grund desselben in einer strategischen Maßregel? Wollte Wrangel seine Heere zusammenziehen, um einen Hauptschlag zu wagen? diese Vermuthung schien Wahrheit werden zu wollen: eine Schlacht

wurde augenscheinlich vorbereitet. Auf den 5. Juni sollte auf Wrangels Befehl zwischen Gravenstein und Sonderburg eine große Parade des 10. Armeecorps stattfinden; die Absicht war, das dänische Heer von Alsen unter dem Schein einer Parade herbeizulocken, um es dann mit den vereinten Kräften des 10. Armeecorps und der von Norden herbeieilenden Preußen zu schlagen und vom Meere abzuschneiden. Die erste Hälfte des Planes gelang. Die Dänen rückten in großer Anzahl heran. Die Parade der Hannoveraner, Mecklenburger, Braunschweiger verwandelte sich in eine Schlachtlinie. Heldenmüthig stritten die Deutschen in einer 4stündigen Schlacht, schlugen die viel stärkeren Dänen und zwangen sie zum Rückzuge. Aber die zweite Hälfte des Planes mißlang wegen des zu späten Eintreffens der Preußen, die erst Abends auf dem Kampfplatze erschienen. Wie früher zweimal eine Übereilung — der übereilte Angriff bei Dannewerk, der übereilte Rückzug aus Jütland — die Entscheidung vereitelt hatte, so diesmal eine unselige Zögerung. Ach, man war fast geneigt, dem Argwohn ein Ohr zu leihen, als ob es gar nicht in der Absicht Preußens läge, große Kriegserfolge zu erringen; als ob der Einmarsch preußischer Truppen nur bezweckt hätte, eine nordalbingische Republik, der Rückzug aus Jütland, einen jütländischen Aufstand und Abfall zu verhindern, und als ob man auch jetzt einen entscheidenden Sieg nicht gewünscht habe, um die schleswig-holsteinischen Forderungen, die Forderungen Deutschlands nicht zu hoch zu spannen. — Doch hinweg von dem Argwohne!

Nach der Schlacht vom 5. Juni trat wieder eine lange Waffenruhe ein, hin und wieder von Gefechten unterbrochen, die im Ganzen unbedeutend zu nennen sind, aus denen aber die deutschen Truppen fast immer siegreich hervorgingen. Überhaupt hat der ganze Krieg den unwiderleglichen Beweis geliefert von der Tüchtigkeit und Tapferkeit der Heere Deutsch-

lands, während beide Tugenden in den Schlachtreihen der Dänen nur selten zu finden waren. Kriegsabtheilungen der Deutschen, namentlich Schleswig-Holsteiner und die von Tann'schen Freischaaren, wurden wieder gegen Norden vorgeschoben, und drängten nach und nach die Dänen wieder bis über die Grenzen Jütlands. Ein Gefecht verdient hier Erwähnung, welches die v. Tann'sche Freischaar bei Hadersleben gegen einen überlegenen Feind siegreich bestand; nicht minder ein früheres, in welchem eine Compagnie Oldenburger durch ein großes dänisches Corps dreimal siegreich sich durchschlug. Befürchtungen von großartigen Landungsversuchen der Dänen an verschiedenen Theilen Holsteins tauchten zum öfteren auf, bewährten sich jedoch nie, oder erwiesen sich wenigstens als übertrieben. So schleppte sich der Krieg langsam weiter, und nur der Handel litt unter ihm. Doch schien man sich auf neue Kriegsthaten zu rüsten; das 10. Armeecorps wurde vervollständigt, und auch frische Preußenschaaren rückten auf den Kriegsschauplatz, so daß das deutsche Heer etwa um ein Dritttheil vermehrt wurde.

Inzwischen waren die Waffenstillstands-Verhandlungen wieder aufgenommen. In Malmö wog die Diplomatie, wie immer, statt der Erfolge des Krieges die Interessen der einzelnen Großmächte an dem Ausgange desselben ab. Preußische (im Namen Deutschlands), dänische, mehr aber noch englische, schwedische und andere Diplomaten saßen zu Gerichte, die dänisch-deutschen Wirren zu schlichten. Ihre Entscheidung gefiel weder der einen noch der andern kriegführenden Partei. Dänemark, pochend auf seine Seemacht und auf die Sympathie, deren große, befreundete Mächte es versicherten, wollte weder Alsen räumen, noch den provisorischen Zustand in den Herzogthümern und dessen Gesetzgebung anerkennen, noch die Einverleibung Schleswigs aufgeben. Deutschland verlangte, was jenes verweigerte, und wollte vor Allem die deutsch-

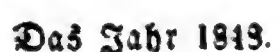
nationalen Rechte der Herzogthümer gesichert wissen. Die Nationalversammlung in Frankfurt hatte schon früher erklärt, die schleswig-holsteinische Sache sei eine deutsche, die Entscheidung in derselben bedürfe ihrer Genehmigung. Am 24. Juli erklärte der Reichsminister, es werde kein anderer Frieden geschlossen werden, als solcher mit der Ehre Deutschlands vereinbar sei; es seien vielmehr bereits Vorkehrungen getroffen, den Krieg mit Nachdruck fortzusetzen. Die Verhandlungen über den Waffenstillstand, über welchen man sich in Malmö für einen Zeitraum von 3 Monaten bereits verständigt zu haben wähnte, wurden deshalb abgebrochen. Wrangel eröffnete die Feindseligkeiten (Ende Juli) von Neuem; aber leider blieb es wie früher ein Krieg ohne Thaten. Es wurden einige Märsche gemacht, einige Schüsse gewechselt (namentlich zwischen Strandbatterien und dänischen Schiffen), Deutschland nahm einen großen Anlauf, den Krieg endlich mit Nachdruck führen zu können, es wurden Verstärkungen herbeigezogen (Badenser, Nassauer, Hessen u. A.) und — kaum angekommen, wieder heimgeschickt — der Waffenstillstand war am 26. August beschlossen und besiegelt. Die preußische Regierung hatte von der deutschen Centralgewalt eine an gewisse Bedingungen geknüpfte Vollmacht erhalten, statt ihrer mit den feindlichen und vermittelnden Mächten zu unterhandeln. Preußen hatte seine Vollmacht weit überschritten und einen unvortheilhaften Waffenstillstand abgeschlossen. Es hatte ihn im eigenen Namen und im Namen des deutschen Bundes (nicht der Centralgewalt) auf 7 statt auf 3 Monate abgeschlossen. Es hatte eingewilligt, daß die Gesetze der provisorischen Regierung für null und nichtig erklärt, und Schleswig-Holstein damit in den alten unseligen Zustand zurückgeschleudert werde. Es hatte die Trennung der Truppen Schleswigs und Holsteins genehmigt und damit die Trennung der Herzogthümer vorbereitet. Es hatte zu-

gegeben, daß der Graf Carl Moltke, der verhaßteste Mann der Herzogthümer, der Unterschreiber des berüchtigten „offenen Briefes“ an die Spitze einer neuen Regierung trete; es hatte in die Auflösung der jetzigen gewilligt, ehe denn eine neue gebildet war: und Alles das wider seine ausdrückliche Vollmacht. Der Rückzug der deutschen Heere wurde mit überraschender Eile bewerkstelligt; — erst später erfuhren wir, daß man ihrer Dienste anderwärts besser bedurfte; — man schien die Hoffnung auf Erneuerung des Krieges kurz abschneiden zu wollen. Ein allgemeiner Schrei des Zornes durchtönte Schleswig-Holstein und Deutschland und prallte ohnmächtig an den deutschen Thronen und selbst an den Pforten der Paulskirche in Frankfurt ab. Die Vertreter der deutschen Nation verwarfen den Antrag: „Die Einstellung des Rückzugs bei der Centralgewalt zu beantragen;“ beschlossen dagegen — „sich binnen 24 Stunden Bericht erstatten zu lassen.“ Wrangel tröstete die jammernden Schleswig-Holsteiner mit seiner Überzeugung, Dänemark werde zu billigen Veränderungen des Waffenstillstandes sich bereit finden, besonders Moltke aufgeben; er aber — setzte den Rückzug fort. Unter denselben Voraussetzungen genehmigte die deutsche Nationalversammlung den Waffenstillstand. Die nächste Folge erwies die Voraussetzungen als irrig. Man fing an, aufs Neue mit Dänemark zu unterhandeln; Schleswig-Holstein aber ergriff eine bessere Partie — es handelte. Die Landesversammlung, welche seit längerer Zeit zur Gründung einer Verfassung für beide Herzogthümer erwählt und versammelt war, hatte sich auf den Rath des Reichsministers Heckscher, der dadurch Dänemark milder zu stimmen hoffte, vertagt; aber nicht ohne einen fortbestehenden Ausschuß aus ihrer Mitte zu ernennen, und ohne zu beschließen, daß Gesetze und Steuern nur mit ihrer Genehmigung erlassen werden, und daß keine Gewalt sie ohne ihre Einwilligung

vertagen oder auflösen könne. Sie wurde jetzt nach Abschluß des Waffenstillstandes schleunigst wiederberufen. Rasch ergriff sie ihr Verfassungswerk. Als ersten Satz stellte sie auf: Schleswig-Holstein bildet einen einigen, untheilbaren Staat; als zweiten: dieser Staat ordnet sich der Centralgewalt Deutschlands unbedingt unter; ferner: jede Veränderung in der Landesregierung bedarf der Zustimmung der Landesversammlung. Die Verfassung wurde in wenigen, denkwürdigen Sitzungen beendet; sie entspricht den Forderungen, welche die neue Zeit zu machen berechtigt ist. Die dänische Regierung aber erklärte öffentlich: es sei ihr nicht in den Sinn gekommen, wie eine Partei in Frankfurt gewähnt habe, Veränderungen in dem Waffenstillstand eintreten zu lassen. Selbst den Grafen Moltke wollte sie den Forderungen ihrer getreuen Unterthanen in den Herzogthümern nicht ersparen; sie schickte ihn vielmehr, eine neue Regierung zu bilden, nach Alsen unter dem Schutz dänischer Bajonette. Als aber Niemand sich finden wollte, der geneigt war, mit Herrn Moltke in eine Regierung zu treten, wählte das dänische Ministerium aus eigener Machtvollkommenheit und wider eine Bestimmung des Waffenstillstandes die Herren Johannsen und Hansen, welche im Verein mit Moltke unter dem Namen einer »königlichen Immediatcommission« die Regierung der Herzogthümer übernehmen sollten. Es war eine Behörde ohne Ansehen und Macht; Niemand gehorchte ihr. Die provisorische Regierung protestirte gegen dieselbe und ließ auf die drei Männer, Moltke, Johannsen und Hansen polizeilich fahnden. Sie erklärte ferner, sie würde ihren Posten nur verlassen auf Anordnung der Centralgewalt und mit Zustimmung der eigenen Landesversammlung; diese sprach sich in demselben Sinne aus. Indessen war die königliche Immediatcommission auch von der Centralgewalt nicht anerkannt. Vielmehr wurde in der Person des Abgeordneten Stedtmann

ein Reichscommissair bestellt, im Verein mit dem dänischen Cammerherrn von Reedz den Zwiespalt friedlich zu lösen. Dänemark zeigte sich den Forderungen der Centralgewalt, welche durch die kräftige Haltung Schleswig-Holsteins Nachdruck erhielten, nachgiebig.. Es ließ die Immediatcommission fallen. Die Gesetze der provisorischen Regierung sind (mit wenigen Ausnahmen), so auch das von der Landesversammlung berathene Staatsgrundgesetz bestätigt. Schleswig-Holstein ist ein vereinter deutscher Staat. In der neuen, gemeinsamen Regierung sitzen Männer, welche die provisorische Regierung vorgeschlagen. Letztere hat am 22. October, begleitet von dem Dank des Vaterlandes, ihre Entlassung genommen; die Landesversammlung, nachdem sie beschlossen, die Befugnisse des früher ernannten Ausschusses zu verlängern, sich vertagt. Das schleswig-holsteinische Volk aber darf sich mit Stolz sagen: Mir selbst, meiner provisorischen Regierung, meiner Landesversammlung habe ich Freiheit und Unabhängigkeit zu danken. Nicht die deutschen Heere haben sie mir erobert, nicht von meinem Könige sind sie mir geschenkt, ich selbst habe sie errungen, weil ich im entscheidenden Augenblicke zu handeln verstanden habe; und auch künftig werde ich, so es Noth thut, zu handeln wissen. — Gehet hin, meine Brüder, und thuet desgleichen!

A. S.



Das Frankfurter Parlament.

Der Reichsversammlung in Frankfurt am Main haben wir einen stolzen Bau übertragen. Sie soll den Grund legen zu Deutschlands Freiheit und Einheit und somit zu seiner Größe und seinem Wohlstande. Mit dem Angriffe dieses Baues beginnt ein neuer, wichtiger Zeitabschnitt in der Geschichte des deutschen Vaterlandes; laßt uns deshalb einen Blick zurückwerfen auf seine frühere Geschichte, um zu sehen, wie und wann es gekommen ist, daß es jene hohen Güter einbüßte. Ich muß hierbei ein wenig weit ausholen, aber fürchte nichts, lieber Leser. Wohl werde ich einen etwas weiten Umweg machen, aber ich werde ihn durchlaufen, um rasch bei der Sache selbst anzukommen.

In den ältesten, uns bekannten Zeiten erblicken wir Deutschland im Kampfe mit Rom. Gab es damals schon ein deutsches Volk? O nein, es gab nur eine große Anzahl deutscher Stämme und Völkerschaften. Waren diese Völkerschaften einig? O nein, sie bekämpften sich in unaufhörlichen Fehden, Deutsche kämpften in den Schlachtreihen der Römer gegen Deutsche. Waren sie frei? O nein, die Hörigkeit und Leibeigenschaft schlang um sie drückende Fesseln, es gab nur Herren und Knechte. Die Herren aber, die Fürsten, beobachteten sich gegenseitig mit feindselig-eifersüchtigen Blicken und schlugen ihre Schlachten für eigene Interessen, nicht für

die ihrer Völker. Aber ihre Manneskraft bewährten die Deutschen auch damals: sie vertrieben die fremden Unterdrücker, sie stürzten die römische Weltherrschaft. Das fremde Joch brachen sie, nicht so das einheimische; schwer lag die Hand der Fürsten auf den deutschen Völkern. Karl der Große vereinigte sie Alle unter seinem gewaltigen Scepter, und durch Einheit stark schrieb Deutschland der Welt Gesetze vor. Mit Karl's Tode zerstückelte das neue Kaiserreich. Das Heldenschwert entfiel des Sterbenden Hand, zerbrach, und aus den Stücken wurden kleine Scepter geschmiedet. So entstand Spanien, Frankreich, Deutschland. Deutschland behielt die Anwartschaft auf die Kaiserkrone und mit ihr auf Italien. Ach, diese Anwartschaft hat seine Größe untergraben! Die schimmernde, weltliche Krone rief die Eifersucht des Oberhirten in Rom wach, der sich vermaß, die geistliche Herrschaft der Welt an sich zu reißen und sie über die weltliche des Kaisers zu erheben. Die Kämpfe aber um Italien schwächten die Macht des Kaisers und machten ihn ohnmächtig den eigenen Vasallen gegenüber, in denen die Begierde mehr und mehr entbrannte, sich von der kaiserlichen Oberherrschaft, wenn nicht dem Namen, so doch der That nach, loszureißen. Fürsten und Grafen, Geistliche, Ritter und Städte rangen nach Selbstständigkeit. Unzählige Sondergelüste nagten an der Einheit des heiligen römischen Reichs, und der Priester in Rom und andere Nachbarfürsten reizten listig die verderbliche Gier. So kam es, daß Deutschland am Ende des Mittelalters hundert=, ja tausendfach gespalten war, und von nun an ist seine Geschichte nichts als eine Geschichte des Hinsinkens in immer tieferen Verfall. Zwar entsagten die Habsburger den Kämpfen um Italien, zwar brach Luther die Macht der Päpste — zu spät! Die Spaltung Deutschlands war bereits zu einer dauernden verknöchert, das Scepter der Kaiser ohne Kraft, die Großen ihnen über den Kopf

gewachsen. Fortan galt ihr Ringen nicht mehr der Größe Deutschlands, sondern der Vergrößerung der eigenen Hausmacht. Die auswärtige Politik der deutschen Fürsten war ein Gewebe von Ohnmacht und Kriecherei, die selbst den Verrath am Vaterlande nicht scheuete; die innere ein Gewebe von Anmaßung und Unterdrückung. Das eigene Duodezländchen zu erweitern, überließ man Brüderländer den Feinden zum Raube. Fremder Hader wurde auf deutschem Boden mit deutschen Fäusten geschlichtet; für fremde Zwecke floß deutsches Blut; freche Nachbarn neckten und höhnten Deutschland ungestraft, und entrissen ihm ein Stück nach dem andern, so daß bald Deutschland von lauter deutschen Staaten umgeben war. Seine Grenzen bildeten: das deutsche Holland und Belgien, der deutsch-französische Elsaß, die deutsche Schweiz, das deutsch-russische Kurland, das deutsch-schwedische Pommern und Bremen, das deutsch-dänische Schleswig, und ebenso ein deutsches England, Preußen und Österreich. Den Gipfel des Verfalls bilden die Zeiten des Rheinbundes, des Bundes deutscher Fürsten unter der eisernen Zwingherrschaft eines fremden Tyrannen. Mit ihm wurde auch das schon längst verstorbene deutsche Kaiserreich begraben. Der Geist des deutschen Volkes aber war niedergedrückt unter solch kleinlichem, erbärmlichen Treiben, unter dem Mangel an Einheit von Oben. Es verdummte am Mittelmäßigen und Gemeinen, da ihm der Blick zum Großen und Edlen versperrt war. Das Ritterthum mit den edlen Keimen, die es einst in sich barg, versank zum Krautjunker- oder zum Hofschranzenthume. In die Städte, in welchen sich einst ein so herrlicher Gemeinsinn entfaltet hatte, schlich sich das langweilige Spießbürgerthum. Das deutsche Volk, berufen das größte zu sein, wurde das kleinste von allen. Endlich war das Maaß der Schmach überfüllt. Deutsche hatten abermals auf den Befehl ihrer Fürsten dem französischen Eroberer seine Schlachten

gewinnen, die Unterdrückung des eigenen Vaterlandes vollenden helfen. Da erhob sich das Volk trotz seiner Fürsten wie ein Mann zu den Heldenkämpfen der Jahre 1813—1815 und verjagte den Feind von den väterlichen Heerden. Es war stark und unüberwindlich, denn es hoffte mit dem Siege seine Einheit und Größe wieder zu erringen. Es bedung sich den Preis des Sieges nicht voraus; es erwartete ihn vertrauensvoll aus der Hand seiner Fürsten, für die es gekämpft und geblutet hatte. Der Sieg wurde errungen, die Fürsten in ihre verlorenen Länder wieder eingesetzt, des Siegespreises vergaßen sie. Sie kamen in Wien zusammen und beriethen ihre Hoheitsrechte, und markten und feilschten um Länder und Seelen und bettelten wiederum bei Fremden, selbst bei den besiegten Franzosen, ihre Sonderzwecke zu erreichen. Des Volkes aber gedachten sie in einem einzigen kleinen Paragraphen der Bundesacte, der allen Ländern ständische Verfassung versprach; aber auch diesen Paragraphen vergaßen sie später. Da tauchte zum ersten Male im Volke der Gedanke auf, ein uraltes Recht von Neuem zu beanspruchen, das Recht, in den Berathungen, die über sein Wohl und Wehe gepflogen werden, ein Wörtchen mitsprechen zu dürfen; durch eigene Vertreter die Erfüllung seiner gerechten Forderungen zu erwirken, welche ihm die Fürsten versagten; neben dem »deutschen Bunde« — über ihn kein Wort, er ist für alle Zeiten gerichtet! — neben diesem Fürstenrath einen Volksrath niederzusetzen. Der Gedanke wurde durch die Macht der Fürsten erstickt, und wer ihn zu erwecken, wer die Fürsten an ihr in Zeiten der Noth gegebenes Versprechen zu erinnern wagte, wurde verfolgt, aus dem Lande vertrieben, oder in Ketten gelegt und als Demagoge gebrandmarkt. Aber der Gedanke wurde nur niedergedrückt, nicht getödtet; er glimmte unter der Asche fort und edle Männer nährten ihn. Wenige Vorkämpfer des Volkes waren es, die von Zeit

zu Zeit Versammlungen hielten, so 1839 unter Itzstein's Leitung, später auf Hallgarten am Rhein, in Leipzig u. s. w., um den Keim der Freiheit und Einheit zu pflegen, bis die Zeit ihn zur Entfaltung bringen würde. Und diese Zeit kam herbei. Das Jahr 1830 war nur ein Lichtblick, auf den um so dunklere Nacht folgte. Da brach die Morgenröthe des Jahres 1848 herein. Die Februar-Revolution in Frankreich wirkte wie ein Zauberschlag auf Deutschland. Das große Wort: Dem Volke allein gehört die Souverainität, von der alle Gewalt im Staate abstammt, drang über den Rhein und hallte wieder in allen deutschen Herzen. In Heidelberg aber war es, wo es zum ersten Male laut und vor dem ganzen Volke wiederholt wurde.

Am 5. März 1848 tagten in Heidelberg 51 deutsche Männer. Sie gehörten sämmtlich dem Südwesten Deutschlands an, Rheinpreußen, Würtemberg, Baiern, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt. Aber es waren Männer, die das Vertrauen auch des übrigen Deutschlands besaßen. Ich nenne unter ihnen nur Itzstein, Hecker, Welker, Gagern, Winter, Gervinus u. A. Der Zweck ihres Zusammentretens war kein anderer, als der das ganze Volk zu flammender Begeisterung erweckt hatte: die Gründung der Einheit und Freiheit Deutschlands. Doch wollten sie nicht eigenmächtig selbst Hand an das Werk legen, sondern nur den Grund ebnen, auf welchem es errichtet werden könne; sie wollten den künftigen Baumeistern vorbereitend in die Hände arbeiten, und Vorberathung pflegen für deren passende Wahl. Sie waren einhellig der Ansicht, daß der hohe Zweck ein Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme — wo möglich Hand in Hand mit den Fürsten — erfordere, daß dagegen der deutsche Bund das Vertrauen des Volkes und somit das Recht verwirkt habe, sich bei dem neuen Bau zu betheiligen. Der deutsche Bundestag hatte nämlich am 1. März, zum

ersten Male seit seinem Bestehen, zum deutschen Volke in einer Proclamation gesprochen. Er hatte gesagt: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt.“ — Durch wen war es bis jetzt daran verhindert worden? — er hatte an die „reife Einsicht des deutschen Volkes“ appellirt, er hatte es für mündig erklärt. Das Volk durchschauete die gleißenden Worte, welche dem Bunde die Noth abgedrungen hatte. Der Bund sank um so tiefer in seiner Achtung, er hatte sich mit ihnen seinen eigenen Todtenschein ausgestellt. Deshalb beschlossen die Männer in Heidelberg seine Beseitigung. Sie sprachen ferner in Bezug auf die Umgestaltung der Dinge in Frankreich ihre Überzeugung dahin aus: Deutschland muß die französische Republik anerkennen; denn es darf die Freiheit und Selbstständigkeit, die es für sich selbst fordert, der Nachbarnation nicht schmälern. Deutschland muß seine Vertheidigung in der Treue und dem Muthe seines Volkes, nie in einem russischen Bündnisse suchen. Endlich: die Versammlung der Vertreter des deutschen Volkes ist unaufschiebbar. Zu dem Ende beschlossen sie, die Regierungen dringend zu ersuchen, „den Thron und das Vaterland so bald als möglich mit diesem kräftigen Schutzwall zu umgeben.“ Zugleich „verabredeten sie, zur Weiterberathung dieser wichtigsten Angelegenheit eine größere Anzahl von Vertrauensmännern des deutschen Volkes heranzuziehen.“ Diese einzuladen, ferner für eine angemessene Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten, wählten sie sieben Mitglieder aus ihrer Mitte. Die Throne waren in jener Zeit völlig rathlos, sie ließen sich willenlos von den Wogen der brausenden Zeit fortreißen, ohne sie zu lenken, ja ohne sie zu begreifen. Die sieben Männer, unter dem Namen der Siebener-Commission bekannt, verstanden ihre Aufgabe besser. Sie griffen rasch und kräftig an, und schon am

12. März hatten sie sich über die Grundlagen eines deutschen Vorparlaments so weit geeinigt, um sie einer größeren Versammlung von Vertrauensmännern vorlegen zu können. Zu dieser luden sie hauptsächlich Mitglieder von Kammern der Einzelstaaten ein, und damit auch Preußen, dessen Stände gerade damals versammelt waren, nicht unvertreten bliebe, Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlungen. Deutschland kam dem Rufe nach. Freilich wich man an vielen Orten von den geschehenen Einladungen und mit Recht ab. Das deutsche Volk fühlte und wußte, daß die Männer seines Vertrauens nicht durchweg in den unselbstständig zusammengesetzten Kammern, noch weniger in den Stadtverordneten-Versammlungen säßen. Es prüfte sie allein nach ihrer deutschen Gesinnung und Stellung zum Volke, nicht nach ihrer Loyalität und Stellung zu den Regierungen. Und auch die Regierungen schickten Männer — ihres Vertrauens. So kam in den letzten Tagen des März das deutsche Vorparlament in der alten Kaiserstadt, Frankfurt am Main, dem Orte, wo es nach einer Bestimmung der Siebener tagen sollte, zu Stande; und mit ihm beginnt der schönste Zeitraum in der Geschichte des deutschen Parlamentes. Der Bundestag, welcher lediglich als Organ der Fürsten früher das Volk von jeder Mitberathung in deutschen Angelegenheiten ausgeschlossen, ja welcher ihm durch eine Verfügung das Recht, Bitten und Vorstellungen einzureichen, abgeschnitten hatte, mußte nun seinerseits auf Mittel denken, das Heft der Regierung nicht ganz aus den Händen zu verlieren. Er umgab sich mit „Siebenzehn Vertrauensmännern“ und schrieb sich damit das Zeugniß, daß er das Vertrauen nicht besitze, sondern vielmehr in seiner jetzigen Gestaltung sich selbst für untauglich halte.

Am 31. März trat das Vorparlament zusammen. Nahe an 600 Männer bildeten es. Alle Länder waren in ihm

mehr oder weniger vertreten — Oesterreich hatte nur 2 Abgeordnete gesandt —; desgleichen alle Parteien, von den strengsten Monarchisten bis zu den Anhängern der communistischen Republik herab. Männer, lange um ihrer Meinung willen verfolgt, nahmen Platz im höchsten Rathe der Nation: Jordan, Eisenmann, der alte Jahn, Dahlmann und viele Andere. Das Parlament wurde mit großen Feierlichkeiten eröffnet. Die Stadt war wie zu einem hohen Feste geschmückt, die Häuser mit grünem Laube, mit Blumen, mit Fahnen tapeziert. Die Fahnen trugen die Farben aller Länder, vor allen aber die schwarz-roth-goldene Deutschlands, und auch wohl die rothe der Republik. Damenkopf an Damenkopf reihete sich in den Fenstern der Straßen, durch welche der Zug führte, 6000 Bürger bildeten ein Spalier und hinter ihnen wogten unzählige Fremde. Der Römer aber, der Saal, in dem vormals die Kaiser gekrönt wurden, war würdig ausgestattet, die Vertreter des souverainen Volkes zu empfangen, und der Donner der Kanonen verkündete der Welt das erfreuliche Ereigniß. Am Eingange des Römers übergaben die »Siebener« den Abgeordneten das von ihnen entworfene Programm, den Grundriß des künftigen Staatsgebäudes. Es enthielt im Wesentlichen Folgendes: 1) Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern. 2) Ein Senat der Einzelstaaten. 3) Ein Haus des Volkes. 4) Ein Heerwesen, eine Vertretung gegenüber dem Auslande, ein System des Handels, Maaß, Gewicht, Zoll u. s. w. Ein Gerichtsverfahren und Verbürgung der Freiheitsrechte des Volkes. 5) Die Bundesbehörde, durch Vertrauensmänner verstärkt, hat eine constituirende Nationalversammlung zu beschließen. 6) Ein Ausschuß des Vorparlaments, aus 17 Männern bestehend, die Einberufung zu betreiben. Darauf wurden auf dem Römer der Präsident, die Vicepräsidenten und die Schriftführer der Versammlung gewählt. Präsident wurde

Mittermaier aus Heidelberg, Vicepräsidenten Dahlmann, von Itzstein, Robert Blum und Jordan aus Marburg. Ein Herold verkündete die Wahl dem jubelnden Volke. Vom Römer bewegte sich der Zug nach der Paulskirche, wo das Vorparlament, wo der spätere Funfziger-Ausschuß getagt hat, und wo noch jetzt das erste deutsche Parlament seine Sitzungen hält. Die verschiedenen Parteien hatten sich im Vorparlament noch nicht gehörig zusammengefunden und streng in einander abgerundet. Aber zwei waren es, die damals schroff und entschieden einander gegenüber traten, die eine, welche an der Monarchie festhalten, die andere, welche eine deutsche Republik schaffen wollte. Die letzte war bei weitem in der Minderheit, sie zählte weniger Köpfe als jene, aber sie beherbergte den meisten Geist, die meiste Fähigkeit: an ihrer Spitze stand Hecker. Schon in den ersten Sitzungen drohte dem Parlament durch die leidenschaftliche Eifersucht dieser beiden Parteien eine gefährliche Spaltung, wenn nicht Auflösung. Zufolge des obigen Programms beschloß die Versammlung, den Bundestag, durch Vertrauensmänner verstärkt, mit Einberufung der constituirenden Reichsversammlung zu beauftragen. Die republikanische Partei stellte dazu die Forderung: der Bundestag solle, bevor er diese Angelegenheit in die Hand nähme, gewisse verfassungswidrige Ausnahmebeschlüsse (Beschlüsse, welche die Rechte des Volkes auf bedauerliche Weise beschränkten) aufheben, und die Männer, welche zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt hätten, aus seiner Mitte entfernen. Die gegenüberstehende Partei wollte dieselbe Forderung gestellt wissen; aber in dem Zusatze: »bevor er diese Angelegenheit in die Hand nimmt« das Wort bevor mit indem vertauschen; sie wollte also den Bundestag bevollmächtigen, noch ehe er die ihm gestellte Bedingung erfüllt habe. Mit dieser Änderung wurde der Antrag zum Beschluß erhoben. Die republikanische Par-

tei verließ, erzürnt darüber, die Paulskirche. Sie glaubte, durch die veränderte Fassung der Hoheit der Versammlung etwas vergeben; sie fürchtete, dem Bundestage bliebe mit ihr eine Hinterthür offen, durch die er auf seine alte Bahn zurückkehren könnte, und sie hatte die Erfahrung für sich, daß solche Hinterthüren nicht unbenutzt blieben. Aber der Fürstenbund hatte damals dem Volke und seinen Forderungen gehorchen gelernt. Kaum war ihm der Beschluß bekannt geworden, so hob er die Ausnahmebeschlüsse auf und entfernte seine mißliebigen Mitglieder; die republikanische Partei aber kehrte versöhnt in die Paulskirche zurück. Das Vorparlament hielt nur wenige Sitzungen, vom 31. März bis zum 4. April. Die einzige Aufgabe, welche ihm geworden, die künftige, aus wirklicher Wahl des Volkes hervorgegangene Nationalversammlung vorzubereiten, war schnell gelöst. Aber es durfte und wollte, bis letztere zusammengetreten sei, das Volk nicht unvertreten lassen; es durfte ihm das moralische Gewicht nicht rauben, welches durch sein (des Vorparlamentes) Zusammentreten in seine Wagschaale geworfen war. Zu dem Ende wurden zwei Anträge gestellt. Einer von Hecker: das Vorparlament solle sich für permanent erklären, d. h. für in voller ungeschmälerter Wirksamkeit bleibend bis zur Eröffnung der Nationalversammlung. Der Antrag wurde verworfen. Ein zweiter von Gagern: die Versammlung solle aus ihrer Mitte 50 Männer wählen, die in ihrem Namen zusammenblieben, mit dem Bunde sich in Vernehmen stellten, und die Interessen der Nation wahrten, wurde angenommen. Doch wenn das Vorparlament auch nur kurze Zeit tagte, so hat es dennoch viel und Großes gewirkt. Außer den schon erwähnten Beschlüssen war die Summe seiner Thätigkeit im Wesentlichen folgende. Es beschloß: die künftige Nationalversammlung ist eine constituirende, ihr einzig und allein gebührt die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands.

Ferner: Schleswig als staatlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, desgleichen Ost- und Westpreußen sind in den deutschen Bund aufzunehmen. In Bezug auf Posen erkannte die Versammlung die Verpflichtung Deutschlands an, zu seiner Wiederherstellung mitzuwirken. — Von je 50,000 Seelen wird ein Vertreter gewählt. Jeder volljährige Staatsangehörige ist wahlberechtigt und wählbar; die Wahlfähigkeit darf weder durch einen Wahlcensus, noch durch Bevorrechtung einer Religion, noch bestimmter Stände beschränkt werden; die Art der Wahl bleibt den einzelnen Staaten überlassen. Die Nationalversammlung tritt am 1. Mai zusammen. Endlich empfahl die Versammlung dem künftigen Reichstage eine Reihe von Grundrechten des deutschen Volkes zur Prüfung und Berücksichtigung, aus welchen ich nur die wichtigsten hervorhebe: Gleichstellung politischer Rechte ohne Unterschied des Glaubens. Trennung der Kirche vom Staate. Volle Preßfreiheit. Freies Vereinigungs- und Petitionsrecht. Volksvertretung in den einzelnen Ländern mit entscheidender Stimme. Verantwortlichkeit der Minister. Gerechtes Maaß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft. Lehr- und Lernfreiheit. Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege. Schwurgerichte. Schutz der Arbeit rc. rc.

Das Vorparlament wählte unverzüglich die 50 Männer aus seiner Mitte, und diese setzten unter dem Namen des Funfziger-Ausschusses das segensreiche Wirken Jenes fort. Deutschland blickte damals mit Stolz nach Frankfurt und erträumte sich eine glückliche Zukunft. Denn der Funfziger-Ausschuß, obwohl ohne wirkliche Gewalt, hatte das unbedingte Vertrauen des Volkes. Die Regierungen aber erkannten und ehrten dies Vertrauen, sie erkannten die moralische Macht, welche dem Ausschusse durch dasselbe verliehen, an und beugten sich ihr. Der Bundestag aber, obwohl noch

immer das gesetzliche Organ, obwohl er sich allmälig durch volksthümlichere Gesandtschaften — so unter Anderen die des hessischen Märtyrers Jordan — neu rekrutirte, obwohl er sich mit den siebenzehn Vertrauensmännern umgeben hatte, schien damals fast nur das Werkzeug, der Befehlsträger des Funfziger-Ausschusses zu sein. Die preußische Regierung hatte wider die Beschlüsse des Vorparlamentes die Wahlen nach Frankfurt nicht aus dem Volke, sondern durch die Ständeversammlung in Berlin vornehmen lassen. Der Funfziger-Ausschuß erklärte sich entschieden dagegen, und der Bund befahl, die preußische Regierung verordnete unverzüglich neue Wahlen durch das Volk. Der Ausschuß drang auf Beschleunigung der vom Vorparlamente verfügten Volksbewaffnung, und siehe, auf Anordnung des Bundes bildeten sich in allen Städten Deutschlands Bürgerwehren, zum Schutze der neu errungenen Freiheit. Ja der Bund, aus Eifersucht auf den wachsenden Einfluß der Funfziger, die er als Vertreter des souverainen Volkswillen officiell anerkannte, und in dem Streben, die frühere, eigene souveraine Gewalt wo möglich zu retten, ging so weit, den Beschlüssen des Funfziger-Ausschusses, sobald er unter der Hand Kunde von ihnen erhielt, zuvorzukommen, und sie als eigene, freiwillige dem Volke zu verkünden. Der revolutionäre Funfziger-Ausschuß und der gesetzliche Bund machten einen förmlichen Wettlauf, den Forderungen der Zeit zu entsprechen; der arme Bund aber fiel keuchend von der ungewohnten, unfreiwilligen Anstrengung vor dem Ziele nieder und starb. Doch welche Gründe auch unterliegen mochten, der Bund, die Siebenzehner und die Funfziger wirkten in schönster Einhelligkeit zusammen und große Erfolge hatte ihr vereintes Streben: Volksvertretung am Sitze des Bundestages, die noch kurz vorher die Könige mit stolzem Achselzucken, als unverträglich mit den Monarchieen zurückgewiesen hatten; unbedingte Preßfreiheit, wäh-

rend der Bund auf ein Preßgesetz seit 1819 hatte warten lassen; Waffen- und Versammlungsrecht; Aufnahme Schleswigs, Ost- und Westpreußens in den Bund, rasche Betreibung des schleswig-holsteinischen Krieges, der Wahlen zum Parlament, besonders der angefochtenen in Limburg und Böhmen, Beschwichtigung eines Aufstandes in Kassel, des Republikaneraufstandes in Baden, Sorge für die Rheinschifffahrt u. s. w. Und alles Dies im Laufe weniger Wochen, man trauete seinen Sinnen kaum. Der deutsche Michel schien seine alte Rolle ganz vergessen zu haben. Er war nicht mehr der Esel, der rathlos zwischen zwei Bunden Heu steht, und unentschlossen klügelnd und vernünftelnd die Wahl nicht findet und verhungert. Nein, er griff rasch zu, und wonach er griff, das gewährte man ihm, und er gedieh und wurde stark dabei. Ach, es war ein schöner Traum, schade nur, daß er so bald vorüber war!

Nur ein Zerwürfniß trat zwischen den Bund und den Funfziger-Ausschuß. Es handelte sich um die künftige Executivgewalt, die der gesetzgebenden Nationalversammlung zur Seite stehen sollte, ob sie wie der Bund eine Behörde der Fürsten sein, ob ferner neben dem gesetzgebenden Volkshause ein Haus der Staaten, ein Haus der Fürsten errichtet werden solle. Dafür ungefähr strebte der Bund, dagegen eiferten die Funfziger. Sie wollte dem Parlament, als constituirenden Körper, weder selbst vorgreifen, noch durch den Bund vorgegriffen wissen. Es entspann sich daraus ein kurzer, aber heftig geführter Streit und eine Zeit lang pochte die Furcht an die Throne Deutschlands: der Funfziger-Ausschuß gehe damit um, sich zur provisorischen Regierung Deutschlands zu erklären. Die Furcht erwies sich als unbegründet; der Streit erledigte sich dadurch, daß der Zankapfel selbst bei Seite geschoben wurde, wir können deshalb flüchtig an ihm vorübergehen. Ebenso flüchtig will ich eines Ver-

fassungsentwurfes erwähnen, den die Siebenzehner, namentlich Dahlmann ausarbeiteten und dem Bunde zur Begutachtung vorlegten. Auch er wurde bei Seite geschoben und später mit einem neuen vertauscht, mit dessen Berathung in diesem Augenblicke die Frankfurter Versammlung sich beschäftigt.

Inzwischen waren die Vertreter des Volkes zur constituirenden Nationalversammlung in den einzelnen deutschen Ländern, theils in directen, theils in indirecten Wahlen gewählt worden. Schon am 1. Mai war eine kleine Anzahl derselben in Frankfurt versammelt, und von da ab hielten sie, an Zahl von Tage zu Tage wachsend, von Zeit zu Zeit Privatbesprechungen, bis am 18. die wirklichen Sitzungen von über 300 Mitgliedern eröffnet wurden. Die Eröffnung geschah, wie die des Vorparlaments, mit großen Feierlichkeiten; die Abgeordneten zogen im festlichen Zuge vom Römer ab in die Paulskirche, und die Segenswünsche, die Hoffnungen des deutschen Volkes begleiteten sie. Entspricht die Versammlung den Wünschen des Volkes? Ich glaube nicht ganz. Der gänzliche Mangel an politischem Leben, das der frühere Polizeistaat erdrückt hatte, trat fühlbar bei den Wahlen hervor. Das Volk wählte solche Männer zu seinen Vertretern, die durch Opposition nach einer Seite hin sich früher einmal ausgezeichnet hatten, und die nun nach anderen Seiten hin das Vertrauen minder rechtfertigten. Außerdem wußten sich viele Anhänger des alten Systems in die Versammlung einzuschmuggeln. So kam es, daß eine Partei, eine Richtung mehr überwog, als für das Gleichgewicht des Urtheils, für den gesunden Erfolg der Verhandlungen gut ist. Hat sie die Hoffnungen erfüllt? Sie ist, obwohl Monate verflossen sind, erst beim Anfang ihrer Wirksamkeit; wir dürfen der Zeit mit dem Urtheile nicht vorgreifen. Aber eins müssen wir mit Recht beklagen, daß die Versammlung der ersten Begeisterung

und ihrer Raschheit bald vergaß und in die alte deutsche Lauheit und Langsamkeit zurückfiel. Freilich dürfen wir auch nicht verkennen, daß sie der Menge von souverainen Regierungen gegenüber eine eigenthümliche Stellung einnimmt und auf ungewöhnliche Schwierigkeiten stößt.

Zum provisorischen Präsidenten der Reichsversammlung wurde mit großer Mehrheit der hessische Minister v. Gagern gewählt, zum Vicepräsidenten v. Soiron. Beide wurden bald darauf in ihren Ämtern definitiv bestätigt, woraus Gagern Veranlassung nahm, seiner Ministerwürde in Darmstadt zu entsagen, um sich ganz dem neuen Amte zu widmen. Die erste Zeit wurde vorzugsweise mit Ordnung der Geschäfte und ihrer Erleichterung ausgefüllt. Zu dem Ende wurden nach und nach eine Reihe von Ausschüssen gewählt, welche der Versammlung bei ihren mannichfaltigen Arbeiten durch eine Vorberathung zu Hülfe kommen sollten. Dahin gehören: ein Ausschuß für die Geschäftsordnung, für die Verfassungsfrage, für die Arbeiter- und Gewerbefrage, für die Priorität der Anträge und Bittschriften, für völkerrechtliche Fragen, für Errichtung einer deutschen Flotte und manche andere. Zwei Ereignisse waren es, welche der Versammlung schon in den ersten Sitzungen Gelegenheit boten, über die Ausdehnung ihrer Gewalt sich zu entscheiden, und den Parteien, ihre Kräfte gegenseitig zu messen. Es waren: die Gleichzeitigkeit des preußischen Parlaments mit dem frankfurter, und die in Mainz zwischen Militair und Bürgerschaft ausgebrochenen Unruhen. Die erste wurde auf einen Antrag von Raveaux, die zweite auf einen Antrag von Zitz Gegenstand der Erörterung. Nach lebhaften Verhandlungen, in denen die Parteien sich sonderten und um ihre Vorkämpfer schaarten, entschied sich die Versammlung im Wesentlichen dahin: daß die gesetzgebenden Versammlungen der einzelnen Länder der frankfurter untergeordnet, und ihre Beschlüsse nur insofern bindend seien, als sie mit

den in Frankfurt gefaßten nicht in Widerspruch stehen; daß dagegen eine Einmischung in die Mainzer Unruhen als eine innere Landesangelegenheit oder als eine Executivmaßregel nicht zu den Befugnissen des Parlamentes gehöre. Es stellte sich schon jetzt heraus, daß von den verschiedenen Parteien, die sich von einer äußersten Rechten, durch eine Rechte, eine rechte Mitte, eine linke Mitte, eine Linke bis zur äußersten Linken abstuften, die linke Seite in der Minderheit war. Sie ist es fortwährend geblieben, und jetzt entscheiden fast nur die Ansichten der rechten Mitte in den Verhandlungen. Der Präsident Gagern selbst gehört dieser Partei an.

Nach verschiedenen gelegentlichen Beschlüssen, wie: den Bundestag zu veranlassen, die Summe von sechs Millionen Thalern auf verfassungsmäßigem Wege behufs Errichtung einer deutschen Flotte verfügbar zu machen; ferner in dem damals ausgebrochenen österreichisch-sardinischen Kriege einen Angriff der sardinischen Flotte auf den Hafen von Triest für einen Angriff auf Deutschland zu erklären; ferner: für den etwaigen Friedensschluß in dem schleswig-holsteinischen Kriege, als einem deutschen, die Mitwirkung der Nationalversammlung in Anspruch zu nehmen; ferner: Österreich zu veranlassen, die Rechte der Deutschen in seinen Slavenländern, namentlich in Böhmen zu wahren, u. A., schritt man zur Gründung einer provisorischen Centralgewalt, um durch sie den noch immer bestehenden Bundestag zu beseitigen. Eine große Menge von Ansichten wurde laut. Während Einige die Centralgewalt durch die Fürsten ernannt wissen wollten, Andere dies Recht für die Reichsversammlung beanspruchten, beantragten noch Andere eine Vereinbarung zwischen Beiden. Während eine Meinung sich für einen Präsidenten aussprach, schlug eine andere drei Mitglieder vor, von denen eins von Preußen, eins von Österreich und das dritte von Baiern aus drei von den übrigen Regierungen vorgeschlagenen ernannt werden

sollte; eine dritte wollte der Reichsversammlung selbst die Executivgewalt übertragen, und ihr ein verantwortliches Ministerium zur Seite stellen. Ja, ein Antrag ging sogar so weit, die Fürsten Deutschlands zu ersuchen, ihre Kronen niederzulegen und an ihrer Statt einen provisorischen Kaiser zu wählen. Thöricht, zu glauben, es läge in der menschlichen Natur, für die Einheit und Größe des Ganzen die eigene Sonderherrschaft zu opfern! Die Versammlung entschied sich nach den Sitzungen mehrerer Tage, in welchen die verschiedenen Parteien ihre tüchtigsten parlamentarischen Streiter in die Schranken stellten, im Wesentlichen dahin: die Wahl geschieht allein durch die Reichsversammlung. Die Executivgewalt besteht aus Einem Präsidenten unter dem Namen Reichsverweser. Dieser hat die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht Deutschlands zu übernehmen, und die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung dem Auslande gegenüber auszuüben. Er selbst ist unverantwortlich, und übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister. Darauf schritt man zur Wahl selbst. Gewählt wurde am 29. Juni 4 Uhr Nachmittags: Erzherzog Johann von Österreich, der durch sein einfaches Privatleben, durch seinen volksfreundlichen Sinn, und besonders durch seinen Trinkspruch: »Kein Österreich, kein Preußen mehr, sondern ein einiges Deutschland!« unter allen Mitgliedern der deutschen Fürstenhäuser die größte, vielleicht die einzige Popularität genoß. Die Wahl wurde mit allgemeinem Jubel aufgenommen; Freudenfeuer brannten auf allen Bergen Deutschlands, Böllerschüsse donnerten ihren Gruß und aus Tausenden von Kehlen erschallte jubelnd »Des Deutschen Vaterland.« Der alte Traum des einigen Vaterlandes schien Wahrheit zu werden. Die Reichsversammlung wählte eine Gesandtschaft, dem Erzherzog seine Ernennung zu verkünden. Er nahm sie an,


JOHANN,
Erzherzog - Reichsverweser.
Lithographie, Druck u Verlag d Gebr. Jänecke.

entsagte seiner österreichischen Stellung — auch dort hatte man ihn erkoren, die Neugestaltung des Kaiserstaates zu leiten — und eilte nach Frankfurt, dem Sitze seiner neuen Herrschaft. Seine Reise glich einem Triumphzuge, sein Einzug in Frankfurt am 11. Juli übertraf alle früheren der vormaligen Kaiserzeit, denn das Volk begrüßte in ihm nicht den glanzumgebenen Würdenträger des heiligen römischen Reichs, sondern den Hort und Schirm der jungen Einheit und Freiheit. Deutschland taumelte aufs Neue in Begeisterung, doch auch sie war bald wieder verraucht. Das erste Ministerium des Reichsverwesers bestand aus: Fürst v. Leiningen, Präsident; Duckwitz, Handel; Beckerath, Finanzen; Heckscher, Auswärtiges; Mohl, Justiz; Schmerling, Inneres.

Die spätere Wirksamkeit der Reichsversammlung, sowie die der Centralgewalt läßt sich füglich in einer Übersicht zusammenstellen. Beider Wirken ist bis jetzt kaum in irgend einer Richtung zum Abschluß gediehen, sie stehen überall noch auf der ersten Stufe der Entwickelung. Besonderer Erwähnung verdient die Limburger Frage, in welcher die Nationalversammlung beschloß, daß eine Vereinigung des Herzogthums Limburg mit dem Königreich Holland (unter dessen Hoheit jenes steht) unter einer Verfassung unvereinbar sei mit den Rechten Deutschlands; ohne jedoch das bestehende vertragsmäßige Verhältniß aus den Augen zu verlieren. In Bezug auf Posen wurde der Beschluß des Vorparlaments, für dessen Wiederherstellung Sorge zu tragen, aufgegeben, dagegen die von Preußen beliebte Theilungslinie zwischen dem deutschen und polnischen Theil Posens einer näheren Prüfung der Centralgewalt unterworfen. Mit wenigen Worten will ich dann berühren, wie das Reichsministerium wegen seiner Lauheit in den Limburger Angelegenheiten einen mäßigen Verweis der Nationalversammlung davontrug, wie es dagegen wegen des schleswig-holsteinischen Waffenstill-

14 *

standes*) hart angegriffen und sein Sturz bewirkt wurde; wie es aber zum Erstaunen Deutschlands unerwartet mit Ausnahme Leiningens und Heckschers und eines Unterstaatssecretairs wieder auftauchte und nachträglich den von Preußen einseitig geschlossenen Waffenstillstand mit Beistimmung der Reichsversammlung unter einigen Modificationen genehmigte. Rasch will ich vorübereilen an dem trüben Zwischenspiel des in Folge des Waffenstillstandes ausgebrochenen Frankfurter Aufstandes, der den Tod zweier Abgeordneten, Lichnowsky und Auerswald, und den Belagerungszustand Frankfurts zur Folge hatte. Ebenso rasch an dem glänzenden Zwischenspiel bei Gelegenheit des Dombaufestes in Köln, an welchem der König von Preußen einerseits, der Reichsverweser und das Präsidium der Reichsversammlung andererseits sich ein Stelldichein gaben und von welchem letzteres die Mahnung zurücknahm: „Vergeßt nicht, ihr Herren, daß es Fürsten in Deutschland giebt!“ Erwähnen will ich dagegen gar nicht der Bevollmächtigten der Fürsten Deutschlands, die auf Veranlassung der Reichsregierung dieser berathend beigegeben wurden. Ich erwähne ihrer deshalb nicht, weil sie bis jetzt noch kein Lebenszeichen von sich gegeben haben; — möglich, daß ihr geheimer Einfluß um so bedeutender ist! Wenn ich nun schließlich noch anführe, daß die Reichsversammlung eine allgemeine Amnestie mit besonderem Hinblick auf den Republikaneraufstand unter Hecker und Struve in Baden verwarf, daß sie die Wahl Hecker's für Thiengen für unzulässig erklärte, daß sie beschloß, die Truppenzahl der deutschen Heere auf zwei Procent der Bevölkerung zu erhöhen, so glaube ich im Wesentlichen die Thätigkeit der Nationalversammlung so weit zusammengefaßt zu haben, um zur Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes überzugehen, die

*) Siehe: Erhebung Schleswig-Holsteins.

ich übersichtlich zusammenstellen will. Obwohl Manches in ihnen zu unbestimmt und vage gefaßt ist, um nicht mehrfache Deutungen zuzulassen; obwohl man mit manchen Auswüchsen der alten Zeit mit zu viel schonender Rücksicht umgegangen ist, und nicht gewagt hat, sie mit Stumpf und Stiel auf einen Hieb zu vertilgen, so muß man doch freudig anerkennen, daß die Grundrechte, wie sie aus der ersten Berathung hervorgegangen sind, den Wünschen des deutschen Volks im Ganzen zu entsprechen geeignet sind. Art. I. derselben enthält: die Bürgerrechte der Deutschen, Auswanderungsfreiheit, Abschaffung des bürgerlichen Todes. Art. II.: Gleichheit aller Stände vor dem Gesetz, Sicherstellung der persönlichen Freiheit, Abschaffung der Todesstrafe, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimnisses, Preßfreiheit. Art. III.: Glaubens- und Gewissensfreiheit, freie Religionsübung, Aufhebung des Zwanges zu kirchlichen Feierlichkeiten und Handlungen, Einführung der Civilehe. Art. IV.: Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Oberaufsicht des Staates über den Unterricht, Aufhebung des Schulgeldes in Volksschulen, Wahl der Lehrer durch die Gemeinden. Art. V.: Freies Versammlungsrecht (ohne Waffen), Aufhebung des Jesuitenordens, Unverletzlichkeit des Eigenthums. Art. VI.: Ablösbarkeit der guts- und schutzherrlichen Lasten, des Zehnten rc., Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, des Jagdrechts. Nach diesem Artikel verließ die Versammlung die Berathung der Grundrechte, um ihr eigentliches Werk: Die Verfassung Deutschlands zu beginnen. Die Verfassungscommission war mit dem Entwurfe fertig geworden; in der zweiten Hälfte des Monates October wurde er der Versammlung übergeben, die, während ich dies schreibe, eilf Paragraphen desselben berathen hat. Es wird in diesen Paragraphen der Umfang des deutschen Reiches bestimmt (das Gebiet des bisherigen Bundes — über Schleswig und Posen wird die Anordnung vorbehalten);

es werden die Rechte deutscher Länder gewahrt, die mit einem nichtdeutschen Lande unter demselben Oberhaupte vereint sind; es wird der Reichsgewalt die alleinige Vertretung Deutschlands dem Auslande gegenüber und das Recht des Krieges und Friedens übertragen.

Die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt beschränkt sich auf Vorbereitungen, deren Früchte erst ihre definitive Nachfolgerin erndten wird. Ich nenne nur einige davon: Sie hat Schritte gethan, daß Ein Zollgebiet sich über ganz Deutschland ausdehne; sie hat Verbindungen mit fremden Mächten, z. B. mit Amerika, angeknüpft zu Schifffahrts- und Handelsverträgen, sie hat den Grund gelegt zu einer deutschen Flotte, sie hat eine allgemeine Handelsgesetzgebung vorbereitet. Sie hat ferner angefangen, die unmittelbare Vertretung Deutschlands nach außen zu übernehmen; ihre Gesandte sind in London, Paris, Brüssel, Haag, Kopenhagen, Stockholm, Bern, Turin, Neapel empfangen, die Vertreter dieser Länder sitzen in Frankfurt; einzelne Consuln sind ernannt. Sie hat endlich das militairische Obercommando in Deutschland übernommen und die deutschen Heere folgen ihren Fahnen.

Werfen wir zum Schluß einen Gesammtblick über die Wirksamkeit der Nationalversammlung, wie der Centralgewalt, so läßt sich nicht läugnen, daß sie oft das Mißfallen des deutschen Volkes erregt hat. Die Langsamkeit der Nationalversammlung, die Zerrissenheit ihrer Parteien, das herrisch-hochmüthige Übergewicht der einen über die anderen, die Kraftlosigkeit der Centralgewalt gegenüber den großen deutschen Mächten, — wie früher beim schleswig-holsteinischen Waffenstillstand Preußen, wie neuerdings in den Wiener Unruhen dem österreichischen Executor gegenüber — die polizeiliche Strenge aber gegen die kleineren Staaten und gegen das Volk; alles Dies und Anderes ist hart getadelt worden. Wir wollen nicht untersuchen, wie weit dies Mißfallen

gerechtfertigt ist; aber wir wollen uns nie durch ein Mißfallen verleiten lassen, den strengsten, unbedingten Gehorsam, weder den Vertretern unseres Volks, noch der Centralgewalt, zu versagen. Denn, um mit den Anfangsworten dieses kurzen Aufsatzes zu schließen, in Frankfurt soll der Grund gelegt werden zu Deutschlands Einheit und Freiheit, und somit zu seiner Größe, seinem Wohlstande.

A. S.

Böhmen und der Prager Aufstand.

Die Bevölkerung der österreichischen Staaten ist größtentheils slavisch. Es giebt überhaupt nur etwa 7 Millionen Deutsche darin. Außerdem enthält das Reich 5 Millionen Magyaren, einige Millionen Walachen oder Roumänen und einige Millionen Italiener. Außer in Ungarn, wo das magyarische Element die übrigen Nationalitäten niederhielt, hatte in den übrigen slavischen Ländern das deutsche Element vorgewaltet. Die Erlasse der Regierung waren deutsch, die Gerichte verhandelten deutsch, die Stände mußten deutsch sprechen.

Der Slave in Böhmen, der dem Stamm der Czechoslaven angehört, war ein Fremdling in seinem eigenen Vaterlande. Er mußte sich häufig eines Dolmetschers bedienen. Es war vorauszusehen, daß, nachdem das eiserne Band Metternich's, welches diese vielen einander widerstrebenden Nationen mühsam zusammenhielt, gesprengt war, sich Bestrebungen geltend machten, die eine selbstständige Constituirung der Nationen als Endzweck hinstellten. Die Dauer der österreichischen Monarchie wurde anfangs in Frage gestellt und der italienische Aufstand zeigte zuerst, wie stark dieser Haß gegen das deutsche Element war. In Böhmen war die Regung eines nationalen slavischen Strebens schon seit einigen Jahren stärker und ausgebildeter gewesen als bei den übrigen Slaven der

Monarchie in Mähren, Schlesien, Ungarn. Die slavische Bewegung hatte, zunächst von einigen Gelehrten und Dichtern ausgegangen, durch Bildung einer selbstständigen czechischen Literatur, durch Ausbildung der czechischen Mundart das Volk für die Idee des Slavismus zu begeistern gesucht. Indessen außer einer sehr schönen Volkspoesie, die dem melancholischen Charakter der Czechen entspricht, ist nichts Bedeutendes geleistet. Wir sehen hier das merkwürdige Schauspiel, wie ein Volk, das durch und durch in seinen Gebildeten von deutscher Bildung, deutscher Philosophie durchdrungen ist, vergebens sich abmüht, sich von diesem Einfluß zu befreien und eine selbstständige Literatur in den verschiedenen Zweigen des Wissens hervorzubringen. Es bildete sich, namentlich in Prag, eine czechische Partei, die die Losreißung vom deutschen Bunde und die Constituirung eines unabhängigen slavischen Reiches, etwa mit Mähren und Schlesien zusammen, zum letzten Ziele sich steckte. Ein Plan, der den Charakter der umgebenden Völker nicht berücksichtigt und ein Reich bilden würde, das dem Vordringen der russischen Barbarei keinen Damm entgegensetzen könnte. Hier im Osten muß offenbar gegen die Russen eine Großmacht bestehen bleiben, die Rußland das Gleichgewicht bieten kann.

Der Panslavismus, das Streben, ein Reich aller slavischen Stämme zu gründen, ist bei der Vertheilung der Deutschen in Ungarn zwischen den Slaven eine Unmöglichkeit. Die Slaven bilden keine compacte Masse, sondern werden durch große Striche Deutscher und Ungarn häufig unterbrochen. Der Panslavismus, mit Rußland an der Spitze, ist nur ein Schreckgespenst, womit man die Deutschen in Furcht jagen will. Der Slave haßt die russische Despotie und nur die äußerste Unterdrückung seiner Nationalität würde ihn dem Russen in die Arme treiben. Diese letzteren Bestrebungen, da ihre Erfüllung in zu ferner Aussicht steht,

werden daher nur von Wenigen getheilt. Aber jene erstere Partei begnügt sich nicht mit der Gleichstellung der Nationalitäten, sie will die deutsche unterdrücken.

In der allgemeinen Verwirrung, welche nach dem Sturze Metternich's in Wien eintrat, suchten die Czechen im Trüben zu fischen und bei der ungemeinen Schläfrigkeit der Deutschen in Böhmen ist ihnen dies nur zu gut gelungen. Um die Bedeutung des deutschen Elementes in Böhmen zu erkennen, muß man erwägen, daß die Hälfte des Grundbesitzes, die Industrie, der Handel, die Intelligenz in den Händen der Deutschen ist, die über eine Million stark hufeisenförmig im Nordwesten um den czechischen Stamm herumliegen, in der Art, daß ganze Districte rein deutsch sind. Nichtsdestoweniger wagten es die Czechen in Prag, sich als die Vertreter des ganzen Böhmens hinzustellen und Petitionen nach Wien zu schicken, welche die Deutschen durchaus nicht berücksichtigten, sondern auf die allmälige Vernichtung des deutschen Elements abgesehen waren. Schon am 11. März sandte eine Versammlung von Czechen im Wenzelsbad von Prag eine Petition nach Wien, wo nicht um Gleichstellung der Nationalitäten, sondern darauf gedrungen wurde, daß kein Beamter angestellt werden solle, der nicht beider Sprachen, der czechischen und der deutschen, gleich kundig sei. Welche Ungerechtigkeit darin gegen die Deutschen, welche die czechische Sprache sehr schwer lernen, liegt, ist klar und in den reindeutschen Districten ist solche Kenntniß rein überflüssig und ein nur für die Anstellung von Czechen berechnetes Erforderniß. An die Stelle der deutschen Universität in Prag, der deutschen Gymnasien und Realschulen soll eine czechische Universität ꝛc. treten, lauter Sachen, die das deutsche Element vernichten müssen. Schließlich wird man alle Schulen czechisch gemacht wissen wollen. Sodann wird die Vereinigung Mährens und Schlesiens, wo viele Slaven wohnen, mit Böhmen

verlangt. An der Spitze dieses neuen Reiches soll ein verantwortliches Ministerium stehen und dadurch Böhmen in dasselbe Verhältniß zu Österreich gesetzt werden, in welchem Ungarn steht, nämlich nur die Person des Königs gemein, sonst aber Alles für sich zu haben. Zum Glück haben sich die mährischen und schlesischen Stände gegen eine solche Vereinigung mit Böhmen erklärt, und ein solches neues Reich, das sich ohnedem nicht gehalten haben würde, ist nicht zu Stande gekommen. Die übrigen, die Deutschen so beeinträchtigenden Forderungen sind leider größtentheils gewährt. Es hängt diese Gewährung mit der Vorliebe des Kaisers, der in den Slaven die Stützen des Thrones und des Absolutismus, freilich irriger Weise, zu sehen glaubt, zusammen.

Indessen ist die Antwort auf die Forderung eines eigenen verantwortlichen Ministeriums durch den zweideutigen Ausdruck, es sollen verantwortliche oberste Centralbehörden ernannt werden, als abgeschlagen zu betrachten. Die übrigen Forderungen waren: Ausdehnung des Vertretungsrechts auf Stadt und Land (bisher waren nur der Adel und einige königliche Freistädte vertreten), freie Communalverfassung, Ablösung der Robotdienste und Aufhebung der Feudallasten und privilegirten Gerichte. Die Czechen legten offen ihre Abneigung gegen alles Deutsche an den Tag. Kein Deutscher durfte es wagen, in Prag eine deutsche Cocarde zu tragen, selbst ein bedeutender deutscher Verein forderte die Deutschen auf, dies zu unterlassen, so sehr hatte man die Deutschen eingeschüchtert. Jeder, der deutsch dachte, der einen Anschluß an Deutschland für zweckmäßig hielt, wurde für einen Verräther erklärt. Namentlich in Prag wurde gegen die Deutschen bedeutend tyrannisirt. Der Gubernialpräsident Graf Thun stand selbst mit an der Spitze dieser czechischen Bewegung, die, um Furcht und Schrecken in der deutschen Bevölkerung aufrecht zu erhalten, bezahlten Pöbel gegen die

Juden wüthen ließ. Man zwang sie, die einige Häuser in der Stadt besaßen, dieselben zu verlassen und in das ungesunde Judenghetto zu ziehen, sie sahen sich darauf genöthigt, ihre Handelsläden zu schließen. Militairpatrouillen durchzogen die Stadt.

Wie man mit Deutschland Nichts zu thun haben wollte, zeigt sich in der Forderung des czechischen Nationalcomité's zu Prag (24. April), die Entscheidung darüber, ob man sich Deutschland anschließen solle oder nicht, dem nächsten böhmischen Landtage zu überlassen. Indessen stellte das Ministerium die Wahl eines Deputirten nach Frankfurt zum deutschen Parlament jedem Einzelnen und jedem Districte frei, hinzufügend, daß die dort gefaßten Beschlüsse in den staatsrechtlichen Verhältnissen der österreichischen Monarchie keine Änderung nothwendig hervorbringen könnten, sondern daß darüber, nachdem man die Resultate der Frankfurter Berathung überschauen könne, selbst entschieden werden würde. Über diese Antwort, in Folge deren die deutschen Kreise zum Theil sofort ihre Wahl vornahmen, waren die Czechen sehr erbost und richteten am 4. Mai von Neuem die Forderung an das Wiener Ministerium, es möge erklären, daß Österreichs Anschluß an Deutschland die Souverainität und Selbstständigkeit des Kaiserstaats nicht gefährde. Zu gleicher Zeit erließ das Nationalcomité zu Prag einen Aufruf an alle österreichischen Slaven, am 31. Mai zu einen Slavencongreß in der alten Slavenstadt Prag zusammenzukommen. Auch nicht=österreichische Slaven würden willkommen geheißen werden. In diesem Aufrufe heißt es, die Einverleibung Österreichs in Deutschland drohe der slavischen Nationalität Gefahr, alle österreichischen Slaven müßten sich daher zu Schutz und Trutz verbinden. Die Hauptfrage, welche die Czechen fortwährend beschäftigte, war die des Anschlusses an Deutschland. Schloß sich Österreich vollkommen an Deutschland an, so

hatten die Slaven auf dem Frankfurter Reichstage nicht das Übergewicht, während sie aus dem bisherigen Österreich durch ihre Überzahl bald ein slavisches Österreich machen konnten, wie sich das in dem Übergewicht der slavischen Partei auf dem Wiener Reichstage gezeigt hat. Man suchte es durchzusetzen, daß in Böhmen gar nicht für Frankfurt gewählt wurde, damit es schiene, als gehöre Böhmen gar nicht zu Deutschland. Das Hintertreiben der Wahlen, die in den czechischen Districten, die durch Prager Emissaire bearbeitet waren, natürlich unterblieben, gelang sogar in deutschen Districten, namentlich wo czechische Beamte waren, die die Aufforderung zur Wahl gar nicht bekannt machten. Selbst in Prag kam keine Wahl der Deutschen zu Stande, woran theils Furcht der Deutschen selbst, theils absichtliche Nachlässigkeit des Gubernialpräsidenten Thun die Ursache waren. Die Ultraczechen erregten in Prag sogar einen künstlichen Auflauf, um die Stadtverordneten aufzufordern, den Aufruf zu den Wahlen nach Frankfurt nicht zu erlassen. Dies gelang freilich nicht, da die Partei der gemäßigten Czechen, die von selbstständigen slavischen Reichen nichts hofft und nur ihre Nationalität gesichert wissen will, den Betrug der Ultraczechen aufdeckte. Die Ultraczechen, welche sich auf die Mehrzahl der Literaten, Studenten, Priester, das czechische Corps der Nationalgarde, Swornost genannt, stützten, und außerdem den unwissenden Pöbel zu ihrer Verfügung hatten, verstärkten sich durch die reactionaire Aristokratie, indem sie ihr begreiflich zu machen suchten, daß die slavische Sache die Sache der Dynastie, die Stütze des Thrones sei. Nach dem Weggange des Kaisers aus Wien erklärte der böhmische Gubernialpräsident Thun, daß er von den in Wien befindlichen, unter fremden Einfluß stehenden Ministern keine Befehle mehr annehmen werde. Man wollte auf diese Weise durchaus zu einer selbstständigen provisorischen Regierung kommen. Vom

Ministerium in Wien deshalb befragt, widerruft er zwar diese Ansicht, stellt aber eine provisorische Regierung in Aussicht, wenn ihm die Lage der Dinge in Wien so geworden zu sein scheine, daß er, die Befehle von Wien befolgend, nicht mehr in gesetzlichen Wegen wandeln könne. Eine solche provisorische Regierung bildet sich auch wirklich aus dem czechischen Nationalausschusse, wird jedoch vom Ministerium in Wien als ungesetzlich bezeichnet, worauf Graf Thun von Neuem zweideutige Antworten giebt. Er unternimmt gleichfalls den ungesetzlichen Schritt im Interesse der Czechen, den böhmischen Landtag auf den 7. Juni zu berufen, und zwar als einen constituirenden, also dem allgemeinen Reichstag in Wien vorgreifenden. Einen bedeutenden Sieg erlangen die Ultraczechen dadurch, daß sie den bisherigen gemäßigt czechischen Magistrat zur Abdankung zwingen und einen ultraczechischen einsetzen. Der Commandant der Stadt, Fürst Windischgrätz, ein Anhänger des Absolutismus, war gleichfalls den Czechen unangenehm, vorzüglich da er seit Anfang Juni auf der Citadelle Prags, dem Wissehrad, Kanonen hatte auffahren lassen. Am 9. Juni wird eine Petition der Bürger um seine Entfernung und seine Ersetzung durch den Erzherzog Ferdinand Carl abgesandt. Unter diesen gespannten Verhältnissen zwischen Militair und Bürger brachen die Tage des Slavencongresses an. Wie wichtig man diesen Congreß ansah, zeigt eine Aufforderung des ungarischen Ministeriums an das wiener, den Galiziern doch bald ihre Forderungen zu bewilligen, damit sie nicht nach Prag gingen und die in Ungarn wohnenden Slaven mit dorthin zögen. Zahlreich kamen die Slaven zusammen. Die vier Hauptstämme derselben, Czechen, Illyrier, Russen, Polen, fanden sich vertreten. Außer den Slaven der österreichischen Staaten erblickte man den Serben und den Groß-Russen, die durch Bakunin vertreten waren. In ihren mannichfaltigen National-

trachten machte diese Versammlung einen merkwürdigen Eindruck. Die Reden einiger Slaven trugen allerdings einen nichts weniger als bescheidenen und toleranten Charakter. Man predigte offenen Krieg gegen Ungarn und Trennung von Deutschland. Der vertriebene Slovakenpriester Hurban aus dem slavischen Nord-Ungarn forderte in fanatischer Weise zur Bildung von Freischaaren gegen die Ungarn auf, deren völlige Vernichtung im Interesse der Slaven liege, denn »siegte der Magyar, so ist Böhmen von den übrigen Slaven abgeschnitten.« Die Polen trugen anfangs Bedenken, an feindlichen Schritten gegen die Magyaren Theil zu nehmen, doch Liebelt aus Posen erstickte diesen Edelmuth bei seinen Stammgenossen. Die 5 Millionen Magyaren und die 8 Millionen Roumänen sind die zwei grünen Völkerinseln im slavischen Ocean, der, wenn er sie verschlingt, von Prag bis zum schwarzen Meere, Constantinopel, Triest und dem adriatischen Meere in ununterbrochener Fortsetzung reicht. Die Ansicht der gemäßigten Slaven scheint jedoch jetzt nicht auf Eroberung zu gehen und nach ihrer Ansicht sollte es die Idee der gleichen Berechtigung und der Verbrüderung sein, welche der Slavencongreß der Welt bringen sollte.

»Der Slave,« sagt Malisz, ein Mitglied des Slavencongresses, »hat zu tief den bittern Kelch gekostet, den ihm fremde Herrschsucht kredenzte, er hat zu sehr seine eigene Unterdrückung gefühlt, um diesen Wermuthsbecher und das Joch der Knechtschaft auch seinem ärgsten Feinde zu wünschen. Der Slave steht nur auf und sagt: Es ist nun doch wohl Zeit, daß ich den Wermuthsbecher nicht mehr trinke, daß ich, wenn die ganze Welt frei werden will, auch das Joch ablege.«

»Practisch genommen, wollten die Slaven auf diesem Congresse,« sagt Malisz, »ihre Nationalität, ihre Selbstständigkeit und politische Freiheit auf diese Art schützen. Czechien (Böhmen) sollte mit Mähren einen Staat, und eben

so Österreichisch=Polen mit jenem Theil von Österreichisch=Schlesien, wo die polnische Zunge gesprochen, einen Staat mit einer Verfassung auf der breitesten demokratischen Grundlage bilden. — Die Kroaten, Serben und Slovaken wollten mit den Magyaren in der Staatseinheit bleiben, wenn die letzteren die slavische Nationalität neben der magyarischen als gleichberechtigt gelten lassen und genügend garantiren würden, sonst verlangten sie gleichfalls staatliche Selbstständigkeit. Alle diese einzelnen Staaten, durch die gemeinschaftliche Dynastie vereinigt, sollten zusammen eine Föderation bilden. Posen sollte ebenso einen besondern Staat bilden unter preußischer Oberhoheit, bis sich die Bestandtheile von Polen zu einem selbstständigen Polenreiche verbinden. Für die Slaven der Türkei wollte man politische Freiheit, für die Polen in Preußen, Litthauen und Schlesien Schutz ihrer Nationalität erringen. Auf die übrigen nicht=slavischen Provinzen der österreichischen Monarchie wollte der Congreß keinen Einfluß üben. Er wollte es ihnen überlassen, sich entweder mit den slavischen Staaten der Monarchie zu föderiren, oder mit ihren Stammgenossen in Deutschland oder Italien zu verbinden, oder parallel mit der slavischen Föderation selbstständige Staaten zu sein, alles nach ihrem freien Ermessen.

Der Slavencongreß glaubte, daß kein Volk mehr Sclave des andern sein könne, daß, was naturwidrig und gewaltsam zusammengefügt wird, schon in sich den Keim der Auflösung und Zwietracht trage und nur gewaltsam zusammengehalten werden kann; daß es aber schon Zeit ist, sich von der ungeheuern Last und der Demoralisation der stehenden Heere zu befreien, damit die Völker mit einander in Verbrüderung treten und sich die neue Ära eines ewigen Friedens vorbereite; daß aber stehende Heere bestehen müssen, wenn Nationalitäten gewaltsam unterdrückt werden, und daß eine Verbrüderung nur

dann möglich ist, wenn man Allen gleiche Berechtigung angedeihen läßt. Der Slavencongreß glaubte, dieses wären die Ideen der neuen Zeit. Er wollte sie in einem Manifeste an die Völker Europa's niederlegen. Dieses Manifest war sein erster Act. Der zweite Act war ein Manifest an den Kaiser von Österreich, in welchem die verschiedenen Slavenstämme der Monarchie ihre Wünsche gemeinschaftlich vor den Thron bringen sollten. Der dritte Act endlich war die Urkunde der Föderation der verschiedenen Slavenstämme der österreichschen Monarchie zum gemeinschaftlichen Schutze ihrer Interessen. Der Congreß arbeitete in drei Sectionen. Die erste Section war die czecho-slavische, bestehend aus Czechen, Mähren und Slovaken; die zweite die polnisch-russische, aus Polen und Russinen (aus Galizien); die dritte die südslavische, bestehend aus Croaten, Serben, Slowänen und Dalmaten. Es herrschte zwischen den einzelnen Sectionen die größte Verständigung und es ward auch nur in slavischen Sprachen verhandelt, zwischen denen es keinen größern Abstand giebt, als zwischen dem nord- und süddeutschen Dialect.« So weit das Mitglied des Slavencongresses, in dessen Auseinandersetzung offenbar viel Wahres und auf Verwirklichung Anspruchhabendes enthalten ist.

Die Arbeiten des Slavencongresses wurden jedoch durch die blutigen Ereignisse in Prag unterbrochen, seine Mitglieder in Fiaker gepackt und durch Cuirassiere hinter die Thore gebracht und von da nach Dresden geschickt.

Der Kampf entstand auf folgende Art:

Am Pfingstsonntage, den 12. Juni, fragte eine Deputation der akademischen Legion bei dem commandirenden Fürsten Windischgrätz an, was die militairischen Vorkehrungen zu bedeuten hätten. Es waren nämlich an mehreren Punkten Kanonen aufgestellt und bedeutende Truppenmassen in Prag

angehäuft. Sie erhielt die Antwort, daß er darüber ihr keine Antwort schuldig sei.

Am Pfingstmontag den 13. Juni wurde ein Fest gefeiert, das eine Vereinigung aller Classen der Bewohner und aller Abtheilungen der Bürgerwehr sein sollte. Gegen 12 Uhr zog nach abgehaltener Feldmesse auf dem Roßmarkt eine Schaar von Swornost und Proletariern vom Roßmarkt über den Graben, Schmählieder singend, und bewegte sich durch das Thor des Pulverthurmes bis zum Generalcommando hin. Dort begaben sich Einige zum Fürsten und forderten Gewehre und Kanonen und daß er abdanke. Gewehre und Kanonen, antwortete er, könne er nicht geben, da sie sein Eigenthum nicht seien; was aber die Forderung betreffe, er möge abtreten, so hänge dieses vom Kaiser ab; er gebe ihnen aber jedenfalls die Versicherung, daß, so wie er früher ein fester Anhänger des alten Systems gewesen, nun ein eben so fester des neuen constitutionellen sein werde. Dies Alles befriedigte die Massen nicht. Sie schmähten, lärmten, ja machten eine förmliche Katzenmusik. Ein Officier trat aus dem Palais und ermahnte sie auseinander zu gehen oder wenigstens das Tumultuarische zu unterlassen. Einer der Swornost zog den Degen gegen ihn, ein anderer entladete ein Terzerol. In Folge dessen drang das aus der anstoßenden Caserne schnell herbeibeorderte Militair mit gefälltem Bajonette vor, wurde aber mit Schüssen empfangen. So entspann sich der Kampf. Die Fürstin, die zum Fenster herantrat und die Hände faltend an die unten stehenden Massen sich wendete, gleichsam Ruhe bittend (nach Andern soll sie die Jalousien haben schließen wollen), wurde in demselben Augenblick durch einen vom gegenüberliegenden Hôtel „Goldenen Engel“ hergekommenen Schuß niedergestreckt. Der Kampf entspann sich auch an andern Orten, z. B. am Roßmarkte, allenthalben wurden Barricaden aufgeworfen. Windischgrätz nahm endlich, nach langem Widerstande,

der in der Altstadt und auf der Kleinseite ihm entgegengesetzt wurde, seinen Sitz auf dem Hradschin, dem Castell. Im Carolinum wurden 500 Studenten von den Truppen zu Gefangenen gemacht; bis gegen Abend wurde geschossen. Deutsche und Czechen standen hinter den Barricaden, ein Beweis, daß es ursprünglich nicht auf eine Erhebung der Czechen gegen die Deutschen abgesehen war. In der Nacht Ruhe. Die Soldaten campiren auf dem Hradschin, dem Wissehrad und vor den Thoren. Den Insurgenten wird am 16. Juni eine Capitulation angeboten. Windischgrätz legt sein Commando nieder, Fürst Mensdorf übernimmt es. Die Kanonade wird eingestellt. Allein da auf einigen Punkten die Insurgenten, trotz des Waffenstillstandes, feuern, übernimmt Windischgrätz von Neuem das Commando und wirft Bomben und Granaten in die Stadt, so daß mehrere bedeutende Mühlen der Kleinseite Prags in Flammen aufgehen.

Am 17. Abends erschien eine Deputation, um die Unterwerfung der Stadt anzuzeigen, bat jedoch, es von der Forderung der Geiseln, die Windischgrätz als Pfand der Ruhe der Stadt haben wollte, abkommen zu lassen. Windischgrätz und Graf Thun, den wir plötzlich seine czechische Rolle mit der des österreichschen Beamten wechseln sehen, bewilligten diese Forderung, nachdem die Bewohner der Alt- und Neustadt mittlerweile die Barricaden geräumt und mit Ablieferung der Waffen bereits begonnen hatten. Jedoch schien es noch nicht thunlich, den Belagerungszustand für aufgehoben zu erklären. Diese am 18. getroffene Verfügung der Bildung einer Inquisitionscommission wurde allgemein kundgemacht. Dieser Tag, wie der 19., verstrichen in der eigentlichen Stadt vollkommen ruhig; nur in dem an der Moldau gelegenen Stadttheile Podskal sollten abermals Barricaden gebaut werden; die Androhung des Bombardements dieses Stadttheils erwirkte jedoch die Erklärung völliger

Unterwerfung. Auf dem Lande herrschte eine bedeutende Aufregung, Haufen von Bauern, von czechischen Emissairen aufgeregt, die das Gerücht aussprengten, Windischgrätz wolle König von Böhmen werden, zogen mit Sensen und Dreschflegeln bewaffnet der Stadt zu, wurden jedoch durch die Soldaten zurückgewiesen. In Prag dauerte der Belagerungszustand noch einige Wochen. Viele Verhaftungen der Häupter der czechischen Partei wurden vorgenommen, die Haussuchungen dauerten bis Mitte Juli. Indessen sind schon Viele in der neuesten Zeit freigelassen, die Häupter der Czechen in Prag saßen bald darauf im Reichstage zu Wien, wo sie mit den übrigen Slaven für ihre Sache zu wirken suchten. Von einer großartigen czechischen Verschwörung, die den Zweck gehabt, Böhmen selbstständig zu machen, ist noch nichts bewiesen und scheint unwahrscheinlich. Die Veranlassung des Kampfes scheint eine mehr zufällige gewesen zu sein, hervorgehend aus dem stolzen Hochmuth des Windischgrätz und der österreichischen Soldateska. Es war mehr ein Kampf für die politische Freiheit gegen die Reaction, welche sich in den außerordentlichen militairischen Maßnahmen kundgab; wenigstens kämpften die Deutschen für die politische Freiheit, die sie bedroht glaubten. Daß es kein Kampf der Czechen gegen die Deutschen war, zeigt auch, daß ein czechisches Regiment gegen die Insurgenten focht. Außerdem würde Windischgrätz, im Fall der Kampf der Ausbruch einer slavischen Verschwörung gewesen, nicht die Mitglieder des Slavencongresses haben entfernen lassen, sondern er würde sie gefänglich eingezogen haben. Windischgrätz hat auch selbst erklärt, daß der Kampf kein nationaler gewesen, sondern daß die Truppen gegen die Anarchisten gekämpft hätten. Die Unvorbereitheit und Planlosigkeit der Insurgenten zeugt auch dafür, daß keine Verschwörung dagewesen sei. Dafür daß es ein Kampf der Reaction gegen die Freiheit war, spricht auch

das grobe Benehmen Windischgrätz's gegen die Deputation des Wiener Sicherheitsausschusses, welcher sich nach den Ursachen des Kampfes erkundigen sollte. Er ließ sie unter Soldatenaufsicht stellen und gestattete ihnen anfangs keine freie Bewegung. Die Soldaten hätten beinahe auf sie geschossen, die Deputirten mußten ihnen die Waffen abgeben und die Soldaten riefen allenthalben, wo sie passirten: »Nieder mit den Wiener Hunden!«

Entweder ist es in der That ein Schlag der Reaction gewesen, der die alten Zustände wiederherstellen wollte oder die Sache hat eine rein persönliche Erbitterung Windischgrätz's zum Grunde. Er kam erbittert nach Prag und der Empfang daselbst war eben nicht geeignet, ihn zu besänftigen. Grenadiere, so höre ich den Fürsten sprechen, meint ein Correspondent der Allgemeinen österreichischen Zeitung, vor dem Generalcommando werdet ihr jeden Unfug, jeden Lärm, nach Umständen selbst mit Gewalt der Waffen niederhalten und zerstäuben. An ein Zurückziehen war nicht zu denken; das begonnene Spiel mußte beendigt und um jeden Preis gewonnen werden. Keine geringe Ursache konnte die Beschießung der Hauptstadt, die man anderswo schwerlich so leichthin und ohne Autorisirung vom Staatsoberhaupte gar nicht gewagt hätte, rechtfertigen, deshalb mußte eine Verschwörung heraufbeschworen werden, vor der Österreich, vor der Deutschland und ganz Europa zitterte. Welche von allen diesen Ansichten über die Veranlassung des Kampfes die richtige ist, kann nicht entschieden werden, jedenfalls war es keine czechische Verschwörung, wenn auch von Ultraczechen der Kampf, nachdem er einmal begonnen, so ausgebeutet wurde, um für czechische Interessen Boden zu erkämpfen; dafür bietet folgende Proclamation, die in Prag während des Kampfes auftauchte, einen Beweis. Sie lautet so:

„Brüder!

Als wir am letzten Montag friedlich durch die Stadt zogen, schossen die Soldaten auf uns. Den Befehl zu diesem Morden gab Windischgrätz. Und nachdem wir uns zu unserm Schutze verbarricadiren mußten, schossen wieder die Ersten auf Befehl des Windischgrätz mit Kartätschen ins Volk.

Mit viehischer Rohheit ließ dieser Bluthund seine verführten Soldaten durch zwei Tage auf uns feuern, und doch haben wir mit Gottes Hülfe ohne hinlängliche Waffen und fast ohne Hinzuthun der Nationalgarde, welche von unwürdigen Officieren gegen ihre eigenen Mitbrüder geführt wurde, bisher glücklich Stand gehalten. So Gott will, werden wir mit unserer altböhmischen Herzhaftigkeit bis ans Ende ausharren und uns unsere Freiheit zu erhalten wissen.

Das barbarische Morden und Plündern der Soldaten hat endlich der Nationalgarde die Augen geöffnet und sie wieder dem Volke zugeführt: Wir sind überzeugt, daß sie sich jetzt solche Officiere wählen wird, die sich als herzliche und aufrichtige Patrioten bewähren und mit der Gesammtbevölkerung die allgemeine Freiheit des Volkes vertheidigen werden.

Nur unter den Bedingungen kann der Friede wieder hergestellt werden: 1) Fürst Windischgrätz soll sogleich die Stadt verlassen. 2) Vom Militair soll nur so viel in der Stadt bleiben, als zur Besetzung der Wachtposten unumgänglich nothwendig ist, welche dann sowohl in der Stadt als in den Thoren vom Militair, der Bürger- und Studentenschaft gemeinschaftlich bezogen werden. 3) Es soll sogleich eine provisorische Regierung als ein der Nation verantwortliches Ministerium im Namen des Kaisers selbstständig die Leitung der Landesangelegenheiten übernehmen.“

Hiernach schiene der Kampf vom Militair begonnen zu sein, das zunächst in Gemeinschaft mit einem Theile der Na-

tionalgarde die Ruhe wiederherzustellen suchte, allmälig aber der Kampf gegen einige vorgebliche Unruhestifter sich in einen Kampf fast aller Bürger gegen das Militair verwandelt zu haben.

Am 26. Juni wurde der czechische Nationalausschuß für aufgelöst erklärt, welcher eine Art provisorische Regierung gebildet hatte, weil Mitglieder desselben bei dem Prager Aufstande betheiligt gewesen seien.

Den 11. Juli wurde ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes beantragt und am 18. Juli wurde derselbe wirklich aufgehoben. Die Stütze der Ultraczechen, die Swornost wurde an demselben Tage für aufgelöst erklärt. Die Swornost protestirte indessen dagegen, erhielt einige Concessionen, hat sich in neuester Zeit noch einmal versammeln dürfen und sich dann selbst aufgelöst. Der böhmische Landtag wurde vertagt, da während dem die Zeit des Wiener Reichstages nahe herangerückt war. Graf Thun, der bei diesem Aufstande eine zweideutige Rolle gespielt, dessen frühere Widersetzlichkeiten gegen das Wiener Ministerium erwähnt sind, der nichtsdestoweniger aber in seinem Amte als Regierungspräsident geblieben war, wurde am 24. Juli abberufen. Er hatte sich, nachdem er die im Grunde liegenden demokratischen Bestrebungen der Czechen bemerkt hatte, von denselben zurückgezogen. Ebenso der hohe Adel, der bald aus dem Antrage der Ultraczechen, das Privilegium des Adels in der Vertretung beim böhmischen Landtage aufzuheben, die Demokratie der Czechen erkannte und die Hoffnung aufgab, mit ihrer Hülfe reactionaire Bestrebungen durchzusetzen. Die Ultraczechen haben sich indessen durch Alles dies nicht entmuthigen lassen und die in Böhmen meist in echt czechischem Sinne ausgefallenen Wahlen zum Reichstage in Wien sind ein Beweis ihrer unermüdlichen Thätigkeit.

Seitdem der österreichsche Kaiser offen sich mit dem Slaven Jellachich von Croatien gegen die Magyaren ver-

bunden hat und die Absicht zeigt, sich auf den überwiegenden slavischen Theil seiner Staaten zu stützen, scheint man in Wien d. h. bei der österreichischen Regierung nichts mehr von den Czechoslaven in Böhmen zu fürchten, um so weniger als die slavische Partei, im Reichstage das Übergewicht habend, aus Österreich ein slavisches Reich machen kann. So ist denn auch die Nationalgarde in Prag wieder organisirt, gemischt aus Deutschen und Czechen, man hat ihr von Wien sogar 6000 Gewehre gegeben. Die Wahl der Officiere in den meisten Compagnien ist auf Czechen gelenkt, das Commando in den meisten Compagnien ist czechisch.

C. S.

Der Krieg in der Lombardei.

Der Steuerdruck, das Tabak- und Salzmonopol der österreichischen Regierung, das Streben nach nationaler Einheit und Unabhängigkeit kamen zusammen, um bei den Bewohnern der Nordebenen Italiens eine kräftige Erhebung im März 1848 zu bewirken, die von eben solchem Glücke gekrönt war, wie die Pariser, durch welche jene angeregt war. Mailands Barricaden vertrieben die Österreicher, aber sofort tauchten jene unseligen Eigenschaften der Italiener wieder auf, welche ein nachhaltiges Verfolgen des Sieges verhinderten und nothwendig den Verlust der Freiheit wieder herbeiführen mußten. Statt den Vorkämpfer der Freiheit Italiens, Carl Albert, von dessen eigennützigen Absichten wir hier absehen, kräftig zu unterstützen, geschah dies weder mit Truppen, noch mit Geld, an dem Mailand so reich ist; statt vor Allem dahin zu streben, überhaupt eine Nation zu werden, brachte man die Fragen über das Maaß der Freiheit, über innere Einrichtungen aufs Tapet, in einer Zeit, wo die Österreicher zur Wiedereroberung die bedeutendsten Anstalten machten. Der italienische Charakter der Ruhmredigkeit, der übertriebenen Genugthuung und Selbstgenügsamkeit mit den einmal errungenen Erfolgen, die Gewohnheit, mit Phrasen statt mit Thaten zu wirken, ließ

allmälig den Enthusiasmus erschlaffen, welcher nöthig war, um dies angefangene Werk zu vollenden. Dazu kam der Zwist der verschiedenen Parteien, die Republikaner wollten von einem Anschluß an Savoyen, die einzig mögliche Politik, nichts wissen, sie wollten Italien mit Staatseinrichtungen beglücken, für die es nicht reif war — wenigstens wäre durch solche Sonderconstituirung einzelner italienischer Landestheile die Einheit und kräftige Concentration gegen den äußeren Feind geschwächt. In Mailand wurde nun zwar durch allgemeine Abstimmung der Anschluß an Savoyen entschieden, aber die Bedingung desselben, eine verfassunggebende Versammlung aus directen Wahlen des Volkes hervorgehen zu lassen, erzeugte einen neuen Zwiespalt zwischen den Anhängern des königlichen Hauses Savoyen, die davon, namentlich durch die Umtriebe der republikanischen Partei, Gefahr für den Thron und seine Machtvollkommenheiten fürchteten, und den Mailändern. Das Ministerium Balbo in Piemont wurde durch diese Frage über eine constituirende Versammlung gestürzt. Zugleich war der Einheit im Handeln zwischen Mailand und Savoyen der Wunsch vieler Piemontesen hinderlich, Turin als Hauptstadt des neuen Reichs zu sehen, wozu sich doch offenbar nur Mailand eignete, das auf diese Weise das Gleichgewicht zwischen Genua und Venedig gebildet haben würde. Dieser Wunsch, daß das piemontesische Element im neuen Reiche vorwalten möge, schien allerdings dadurch einigermaßen berechtigt, daß Piemont fast allein die ganze Last des Krieges tragen, alle Reserven ins Feuer schicken, durch Steuern und bedeutende Anleihen das Geld beschaffen mußte. Noch schlechter als von dem unkriegerischen Mailand, das nicht ein regulaires Trupp gestellt hat, war die Unterstützung der Armee Carl Alberts durch Venedig. In Venedig hatte man nach dem Loswerden der Österreicher die Auferstehung der alten Republik, wenn auch in demokratischer Weise, gespielt.

Ein städtischer Localgeist, schon früher in Gestalt der Eifersucht zwischen den einzelnen italienischen Staaten, war auch hier die Ursache, daß den Piemontesen keine kräftige Unterstützung zu Theil ward und zu spät entschied der gesunde Sinn der Nationalgarde für den Anschluß an Piemont. Eine gewaltsame Demonstration nöthigte die Deputirten des Landes, den Willen des Volkes zu vollstrecken. Dieser Anschluß, am 2. Juli decretirt, konnte den Rückgang des Sieges nicht aufhalten. Die venetianischen Generäle, allein und ohne Verbindung mit Carl Albert Krieg führend, waren theils und wurden immer mehr von den Österreichern zurückgedrängt und gegen Mitte Juli war das venetianische Gebiet bereits vollkommen von den Österreichern eingeschlossen.

Auch die übrigen italienischen Staaten unterstützten den Krieg nicht mit Energie. Toscana, zufrieden mit dem Maße seiner Freiheit und mit seinem Großherzog Leopold, den Viele als Deputirten aufschrieben, als sie wählen sollten, außerdem mißtrauisch gegen die Republikaner in Norditalien, die ihren fürstlichen Institutionen Gefahr drohten, unterstützte zwar anfangs mit Freicorps die Lombarden, zog sich aber bald wieder zurück. Beim Italiener erkaltet der Enthusiasmus der That sehr bald und man begnügte sich mit Redensarten über eine Aushebung von Truppen in Masse, ohne die Hand zu rühren. Die politische Bildung der großen Masse in Italien ist zu gering, als daß sie sich lange für ihrem Horizonte fern liegende Gegenstände interessirt, sie schwatzt zwar sehr viel von Nationalität, aber der Eine will dieselbe durch den Pabst hergestellt wissen, der Andere durch Carl Albert. Dazu zu wirken, daß man sich durch Vertreibung der Feinde erst die Möglichkeit einer ruhigen Berathung über die Zukunft Italiens sichere, dazu wollen die Wenigsten thätig die Hand bieten. Ähnlich ging es in Rom. Das Ministerium Mamiani beschloß den Krieg, aber das Geld fehlte und die Freiwilligen

boten sich nicht an. Die Römer lieben mehr die Reden des Marktes, als das Getümmel der Schlachten. Das Volk im Allgemeinen, Mamiani des Republikanismus verdächtigend und im Pabste das Idol sehend, zeigte wenig Lust zu marschiren und ist überhaupt so für den Pabst, daß es sich dem Eindringen radicalerer Ideen leicht widersetzen dürfte, die darauf abzielten, den Pabst zu einer Null in politischer Hinsicht zu degradiren.

Charakteristisch für die Erschlaffung des Geistes in Norditalien war es, daß bei dem steten Vordringen des Feindes die Ansicht, französische Hülfe zu rufen, immer mehr Anhänger gewann, eine Ansicht, die früher der Nationalstolz mit den stolzen Worten Carl Alberts: „Italia fara da se“ (Italien wird es durch sich vollenden) von sich gewiesen hatte.

Gehen wir jetzt zu der Entwicklung der Begebenheiten im Einzelnen über. Seitdem Pius IX. sich an die Spitze der Wiedergeburt Italiens gestellt, eine Menge Reformen in seinem Staate, namentlich durch Ersetzung der Priester durch Laien in den höchsten Verwaltungsstellen gemacht hatte, die Idee eines italienischen Bundesstaates und Zollvereins angeregt, wurde in ganz Italien das Streben nach Selbstständigkeit und Freiheit mehr rege. Die Vernichtung des Einflusses der Österreicher in Italien, freie Verfassungen, Herstellung eines einigen und starken Italiens, das waren die Wünsche der Patrioten. Indessen eine eigentlich thätige Rolle, um diese Zustände herbeizuführen, spielten nur wenige, namentlich einige Gelehrte, Schriftsteller und gebildete kleine Eigenthümer. Die rastlos wirkende Propaganda der Republikaner war es vorzüglich, die in diesen Ständen ihren Sitz hatte und allenthalben das Volk aufzuwecken suchte. Ihr Einfluß wuchs, als nach der Februar-Revolution die Verbannten in Menge nach Italien zurückkehrten. Der Adel in Italien verhielt sich gegenüber allen diesen Stürmen, wie seine Genossen im übrigen

Europa, theilnahmlos und gleichgültig, er läßt die Zeit über sich wegbrausen. Das Volk, seiner Mehrzahl nach, ist ungebildet und es ist schon erwähnt, wie fremdartig seinem Wesen das constitutionelle Staatswesen sein muß, daß es in Toscana zur Deputirtenwahl keinen besseren aufzuschreiben wußte, dem es das Wohl des Landes zur Besorgung anvertrauen wollte, als seinem Großherzog Leopold, der allerdings ein Reformer ist und seinen Staatsbürgern eine Verfassung nach dem Muster der französischen Charte gegeben hat, die freilich wegen der verschiedenen Verhältnisse in mancher Beziehung nicht passend ist. In dem österreichischen Italien, das hinter den Fortschritten seiner Brüder nicht zurückbleiben wollte, und in dem die Sehnsucht nach nationaler Unabhängigkeit lebendiger wurde, breitete sich schon vor der Februar-Revolution eine schwüle Stimmung aus, um so mehr, als die österreichische Regierung, die in materieller Hinsicht viel für die Lombardei gethan hat, in dem Maß der politischen Freiheit die Italiener sehr knapp hielt. Es bildete sich namentlich in Mailand eine Art Verschwörung, die, ähnlich wie die Nordamerikaner 1773 keinen Thee tranken, weil sie den Engländern das Geld entziehen wollten, dem Tabak und dem Lotto, zwei bedeutenden österreichischen Finanzquellen entsagte, um der Regierung zu schaden. Österreichische Soldaten, welche auf den Straßen oder in den Café's zu rauchen wagten, wurden angegriffen. Die Erbitterung stieg, man fand ermordete Schildwachen immer häufiger. Endlich sah sich Radetzky veranlaßt, das Standrecht (kriegsrechtliche Behandlung der Verbrecher) zu proclamiren, und in einem Erlaß mit unnachsichtlichem Einschreiten der Bajonette alle Diejenigen zu bedrohen, welche gegen den Kaiser Aufregung und Haß verbreiteten. — Die Spannung zwischen den Österreichern und Italienern wuchs, seitdem die Februar-Revolution die neue Zeit der Freiheit für alle Völker anzukündigen schien. Die

Österreicher suchten so viel als möglich jede Veranlassung zu Streitigkeiten zu vermeiden, und Radetzky, nachdem die unglaubliche Kunde, daß in Folge der Wiener Märzbewegung der Kaiser eine Verfassung für alle Staaten beschlossen habe, in Mailand erschollen war, zog sich mit den Truppen auf das Castell von Mailand zurück, um keine Gelegenheit zum Blutvergießen zu geben. Allein jene Concessionen des Kaisers genügten jetzt den Italienern nicht mehr, sie wollten ganz unabhängig sein. Die Municipalität der Stadt begab sich zum Vicepräsidenten der Provinz (der Statthalter Erzherzog Rainer und der Gouverneur hatten sich schon entfernt), um die Wünsche des Volks vorzutragen. Der Vicepräsident gestattete die Bewaffnung der Bürgergarde und befahl die den Mailändern verhaßte Polizeiwache zu entwaffnen. Allein letzteres geschieht dennoch nicht, und österreichische Soldaten dringen in das Local, wo die Waffen an die Bürgergarde ausgetheilt werden und benehmen sich auf eine beleidigende Weise. Es entsteht ein Kampf, der sich sofort durch alle Straßen Mailands verbreitet. Vom 19. bis 28. März tönten die Sturmglocken. Mehrere von den Österreichern besetzte Paläste kommen in die Gewalt der Mailänder, welche das Bomben- und Granatenwerfen Radetzky's nicht entmuthigte. Von allen Seiten kommen die Italiener den Mailändern zu Hülfe. Die Bergamarker durchbrechen die Linie der Österreicher beim Bergamarker Thor; Radetzky, außerdem durch Mangel an Provision gezwungen, schlägt sich mit seinen 15,000 Mann, die sich auf die Länge gegen 120,000 Mailänder nicht halten konnten, durch und nimmt die Linie an der Etsch zur Operationsbasis, indem er in Verona sein Hauptquartier nimmt und sich auf Peschiera und Mantua, starke Festungen, stützt. Zu diesem Rückzuge nöthigte ihn außerdem das Vorrücken von 30,000 Piemontesen, deren König Carl Albert Ende März den Österreichern den Krieg erklärte, um die Unabhän-

gigkeit Italiens zu vollenden. Freicorps von Toscana, aus dem Kirchenstaate und reguläre Truppen aus Neapel kommen den Lombarden allmälich zu Hülfe, um den Feind gänzlich aus Italien zu vertreiben. Dieser zog Verstärkungen aus Friaul an sich, so daß sich die gesammte österreichische Truppenmacht auf 100,000 Mann belief.

In derselben Zeit brach die Revolution in Venedig aus. Die Arsenalarbeiter ermorden den verhaßten Martinowich, Commandanten der Stadt. Der österreichische Gouverneur, welcher auf die zum Theil italienischen Truppen sich nicht ganz verlassen kann, giebt der Aufforderung Manins nach und übergiebt den Venetianern das Arsenal als Mittel der Bewaffnung. Bürgergarde bildet sich und greift die Österreicher, welche in den Thoren liegen, an. Zum Theil fraternisiren sogar croatische Truppen mit den Bürgern. Der Gouverneur geht einen Vertrag ein mit den Venetianern, in Folge dessen sich alle österreichischen Truppen und Beamte aus Venedig entfernen. Venedig erklärt sich zur Republik und setzt eine Art provisorische Regierung ein. Die umgrenzenden Städte schließen sich dieser Republik an. Da sich eine Menge Städte, wie Padua und Brescia, durch den theilweise erzwungenen Abzug der Österreicher befreit sehen, bildet sich in Mailand eine provisorische Centralregierung, die die freigewordenen Provinzen verwaltet und den ferneren Kampf organisirt. Allenthalben bilden sich Nationalgarden und Freicorps, die die Österreicher fortwährend beunruhigen; indessen die Hauptmasse bilden die 40,000 Mann Piemontesen. Ihre Artillerie ist vortrefflich, ihre Scharfschützen (Savoyarden) schießen sicher. Alle Mittel werden aufgeboten, um die Italiener unter den Österreichern zum Abfall zu bewegen, Priester und Weiber und Gold thun das Möglichste. Die Desertionen ganzer Corps waren so stark, daß die Zahl aller Vermißten Ende April 15,000 betrug. Dies und der Mangel an Proviant,

sowie die Furcht, abgeschnitten zu werden von den übrigen Hauptarmeecorps, waren die Gründe, weshalb man namentlich Brescia räumte und diese ganze Provinz den Italienern überließ. Kleine Gefechte fielen häufig vor. Ein bedeutenderes bei Goito. Radetzky, sich auf 400 Feuerschlünde Verona's stützend, und durch die Siegesnachrichten des Feldmarschalls Nugent bei Udine, welcher mit dem 2. Armeecorps die Verbindung mit Tyrol und Friaul aufrecht erhielt, gereizt, ließ die Piemontesen, welche angriffen, durch sechs Brigaden bekämpfen, wurde jedoch zurückgeworfen und die Piemontesen gewannen an Terrain. Das italienische Regiment Haugwitz war bei dieser Affaire nicht zu bewegen, auf die Piemontesen zum zweiten Male zu feuern, nachdem diese das erste Feuer geduldig ertragen und unerwiedert gelassen hatten. Radetzky sieht sich indessen, da keine Verstärkungen aus Österreich, das mit sich selbst zu viel zu thun hatte, ankommen, genöthigt, die Etschlinie zum Theil aufzugeben und sich dem im Nordwesten der Lombardei operirenden Feldmarschall Nugent zu nähern.

Am 6. Mai indessen erfochten bei Verona 12,000 Österreicher gegen die 40,000 Piemontesen einen glänzenden Sieg, welcher Carl Albert nöthigte, sich zurückzuziehen und die feste Stellung bei Volta in der Nähe von Peschiera einzunehmen. Diese heldenmüthig von den Österreichern vertheidigte Festung wurde von ihm jetzt zum alleinigen Gegenstand seiner Thätigkeit gemacht, sie wurde gänzlich abgeschnitten und da sie nur bis zum 12. Mai verproviantirt, war der schleunigste Entsatz nöthig. Das Unglück der österreichischen Kriegführung war, wie immer, das, zu gründlich zu sein. Statt daß das Corps des Feldmarschalls Nugent von 18,000 Mann, welches seit dem April sich aus Friaul zur Hülfe Radetzky's herbewegt hatte, sogleich nach Verona hätte rücken sollen, breitete es seinen rechten Flügel bis nach Tyrol, seinen linken

bis an die Meeresküste aus, und indem es sich mit jedem kreuzfahrenden italienischen Trupp beschäftigte und verunglückte Bombardements auf Treviso unternahm, kam es erst am 21. Mai zu Verona, dem Hauptquartier Radetzky's an. Peschiera, von Hunger gequält, übergab sich den 30. Mai, eine tapfere Mannschaft wurde dadurch dem Kriege entzogen. Zugleich wird mit Peschiera dem Radetzky der letzte Übergangspunkt über den Mincio, der die Lombardei von dem übrigen Nord-Italien trennt, entzogen. Wäre das vereinigte Heer direct nach Peschiera gezogen, so hätte diese wichtige Festung am Gardasee vielleicht noch gerettet werden können. Aber durch den, wenn auch genialen Zug nach Mantua, wo die Höhen von Curtatone glänzend gestürmt wurden und man 2000 Gefangene und 5 Kanonen erbeutete, ging die Zeit verloren. Radetzky konnte es nicht wagen, die furchtbare Stellung Carl Albert's von Piemont bei Volta und dem doppelten Brückenkopfe von Goito anzugreifen (ein vergeblicher Angriff wurde gegen Goito gemacht, wobei 700 Mann blieben). Er ging bei Legnago über die Etsch und trat, außerdem durch Mangel an Lebensmitteln und Geld gedrängt, seinen Rückzug, der Etsch hinauf nach Verona zu, an. Durch eine Seitenbewegung erreichte er das von päbstlichen Truppen besetzte Vicenza. Ein Bombardement nöthigte den venetianischen General Durando, der hier commandirte, mit 15,000 Mann zu capituliren, die während drei Monaten nicht wieder gegen die Österreicher kämpfen durften. Aber die Lage der Armee verschlimmerte sich durch jene erwähnten Mängel und durch die stets fortdauernden Desertionen aus italienischen Regimentern. Im Rücken des Heeres nach Tyrol zu, trieben bewaffnete Freicorps von Neuem ihr Spiel und das Heer wurde durch die Entsendung eines Truppencorps nach Triest geschwächt. Triest war nämlich in Blocadezustand von dem sardinischen Admiral Albini erklärt, der

am 15. Juni beginnen sollte. Die Lombardei, d. h. die Provinzen Mailand, Pavia, Padua, Valtellino, Brescia, schließen sich am 15. Juni an Piemont an, ein constituirender mit Piemont gemeinsamer Landtag soll sich mit der Aufsuchung der Formen beschäftigen, unter welchen die Dynastie Savoyen herrschen soll. Auf den 18. Juni wird in Venedig gleichfalls, um über diese Frage zu entscheiden, eine Deputirtenversammlung angeordnet. Mantua ist jetzt noch der einzige Punkt in der eigentlichen Lombardei, der von Österreichern besetzt ist. Carl Albert schickt sich an, über Roveredo nach Triest vorzudringen und Wälsch-Tyrol zu insurgiren.

Indessen die Erfolge des Armeecorps unter Welden im Venetianischen, wo nacheinander am 10. Juni Vicenza fiel und in Folge dessen Padua sich übergab, wo am 14. Juni Treviso mit 4000 Mann zur Capitulation gezwungen und Mestre besetzt wurde, stellte die Lage der Dinge wieder etwas zu Gunsten der Österreicher, die sogar in den wiedereroberten Districten Rekruten-Aushebungen anordnen. Das ganze Venetianische außer Venedig ist ihnen unterworfen, nur Venedig ist frei, Carl Albert verliert alle seine Bundesgenossen außer den Lombarden, indem 31,000 Mann, die Besatzungen aller dieser Festungen, die Waffen nicht ferner führen dürfen gegen die Österreicher, sondern sich hinter den Po in den Kirchenstaat zurückziehen müssen. Diese 31,000 Mann sind aber größtentheils Toscaner, Neapolitaner, päbstliche Schweizer; ihre Unterstützung verliert Carl Albert.

Am 23. Juni wird die Festung Palmanuova von den Österreichern erobert, fast die ganze Terra ferma (Festland) von der Provinz Venedig ist jetzt in ihrer Gewalt.

Sehr unzweckmäßig kam am 12. Juni von Innsbruck, wo der Kaiser war, die Anweisung, Waffenstillstands-Unterhandlungen anzuknüpfen. Carl Albert, nachdem der Versuch eines Theils seiner Truppen über die Etsch gegen Verona

zu gehen, mißlungen, verhielt sich nur vertheidigend und fast ruhig in seinen Verschanzungen von Somma Campagna und Volta.

Gegen die am Po sich anhäufenden päbstlichen Truppen wird Fürst Lichtenstein von Radetzky entsendet, der die Citadelle von Ferrara entsetzt, den untern Po sichert und die südwestliche Einschließung von Venedig vollends deckt. Carl Albert hatte währenddem Mantua einschließen lassen und die Verbindung zwischen Mantua und Verona abgeschnitten.

Am 21. Juli setzt sich deshalb Radetzky in Bewegung. Die Verschanzungen von Somma Campagna werden gestürmt, die Stellung von Rivoli wird zwar von 4000 Piemontesen mit 10 Kanonen behauptet, aber in der Nacht vom 22. auf den 23. von denselben geräumt. Am 30. steht Radetzky der Übergang über den Mincio und der Einfall ins Mailändische frei.

Am 25. war ein Ruhetag zwischen beiden Heeren. Noch am Abend nahm Carl Albert, siegestrunken von der Zerstreuung der Brigade Simbschen, die Höhen von Custozza mit Sturm und drang gegen den Monte Gobio vor.

Am 26. griff er mit 40,000 Mann die 35,000 Österreicher auf den Höhen von Valeggio bis gegen Somma Campagna an, wurde aber nach 9stündigem Kampfe geschlagen und zum Rückzug genöthigt, den er über Goito antrat. Zur Deckung seines Rückzuges auf Cremona, ließ er das 4. Corps durch eine starke Arrieregarde auf den Höhen von Volta angreifen.

Das 2. Armeecorps unter General d'Aspre erkämpfte zwei glänzende Siege gegen die Nachhut der Piemontesen bei Volta am 26. Juli Abends und am 27. Abends.

Waffenstillstandsbedingungen wurden am 28. von Carl Albert angeboten, aber verworfen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Juli verließ er hierauf die wichtige Stellung bei

Goito. Die in drei Brigaden zersprengte Armee ward unmittelbar von den Österreichern verfolgt. Große Haufen Verbündeter hatten schon am 24. Juli das piemontesische Heer verlassen, unter andern 4—5000 Brescianer Hülfstruppen, im Ganzen 15—20,000 Mann, so daß dem Carl Albert höchstens 24—25,000 Mann blieben.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes, welche Radetzky den von Carl Albert am 27. Juli vorgeschlagenen entgegenstellte, waren folgende: 1) Übergabe von Venedig mit der gesammten Marine, von Peschiera, Pizzighettone, Oseppo und Rocca d'Anso. 2) Sofortige Entfernung der sardinischen Flotte aus dem adriatischen Meere. 3) Rückstellung der sämmtlichen Gefangenen. 4) Die Adda als Demarcationslinie. 5) Räumung des Modenesischen und Parmesanischen (das sich bekanntlich gleich im Anfange an Piemont angeschlossen hatte, nachdem seine bisherigen Fürsten verjagt waren). — Da Carl Albert hierauf nicht eingeht, wird die Verfolgung fortgesetzt.

Am 31. Juli rückt Radetzky in Cremona ohne Schwertstreich ein. Carl Albert zieht sich über die Adda nach Lodi zurück.

Zwei Proclamationen, die eine von Montecuculi, die andere von Radetzky, fordern die Lombarden auf, zu ihrer Pflicht zurückzukehren, sagen aber nichts von Volksrechten und Volksfreiheiten, sondern stützen sich auf den Gesichtspunkt der Gewalt. Sie reden von Unterthanenpflicht und heiligen Pflichten gegen den rechtmäßigen Souverain. Wie man gegen Carl Albert gesinnt war, zeigte sich in Cremona, wo man den sich Zurückziehenden durch Verschanzungen und Barricaden zwang, um die Stadt herumzugehen. Der Ruf: »Tod dem Verräther« wurde immer lauter.

Am 3. August hatte Radetzky bereits Lodi besetzt, ein anderes Corps schoß Bresche in Peschiera, ein drittes

suchte von Brescia gegen Mailand vorzudringen. Die Piemontesen zogen sich gegen Pavia zurück. Am 4. August ward ein Corps Piemontesen, das vor Mailand eine feste Stellung eingenommen hatte, geschlagen und bis an die Stadtmauer zurückgeworfen.

Carl Albert, mit etwa 20,000 Mann, die theilweise in demoralisirter Stimmung und vom Heimweh getrieben sich nach Hause sehnen, ohne hinreichende Munition und Proviant, ließ am 6. August durch den Podesta von Mailand die Capitulation von Mailand abschließen. Das Bulletin Radetzky's lautet so: »Hauptquartier Mailand, 6. August 1848. Die Stadt Mailand ist unser! Sie hat sich der Gnade Sr. Majestät des Kaisers ergeben, und ich bin Mittag 12 Uhr mit meiner tapfern Armee in selbe eingezogen. Die piemontesische Armee hat diese Stadt heute verlassen und muß, nach einer mit ihr und der Stadt Mailand geschlossenen Convention, bis 7 Uhr Abends über den Picino, mithin außerhalb des k. Gebiets sein. Die Armee hat vor zwei Wochen ihre Offensive von Verona aus ergriffen — sie hat während dieser Zeit bei Somma Campagna, Custozza, Volta, Cremona, Pizzighettone und zwei Tage vor Mailand siegreiche Schlachten und Gefechte geliefert, und ist nun den 14. Tag Herr der lombardischen Hauptstadt. Die Armee und ihre Führer glauben somit ihre Schuldigkeit für ihren geliebten Kaiser und das geliebte Vaterland treulich erfüllt zu haben, denn kein Feind steht mehr auf lombardischem Boden.«

Die Lombarden suchen alle Schuld dieses schmählichen Ausgangs auf Carl Albert zu wälzen, den sie für einen Verräther erklären. Carl Albert, der die Volksbewegung zu Gunsten seiner Dynastie confisciren wollte und sich den Revolutionairen, die er 1821 verrathen, anschloß, weil er allen Andern verdächtig war durch die sprichwörtlich gewordene Treulosigkeit, hat sich allerdings in dem Kriege so benommen,

daß man einsah, es sei ihm weniger um die Unabhängigkeit und Freiheit Italiens, als darum zu thun, zwei Provinzen in die Tasche zu stecken, wie dies bereits mit Parma und Modena geschehen war. Hätte er nicht so lange in seinen Verschanzungen bei Somma Campagna gezaudert, bis der Anschluß der Lombardei an seine Dynastie entschieden, hätte er der anfangs verhältnißmäßig schwachen Armee Radetzky's bei Verona nicht Zeit gelassen, Verstärkungen an sich zu ziehen, so würde die Lage der Dinge eine andere geworden sein. Aber als Absolutist an strenge militairische Disciplin gewöhnt, duldete er außerdem nur absolutistische und nicht allzufähige Generäle, damit sie ihn nicht verdunkelten. Auf den Höhen von Custozza konnten sich die Piemontesen nur deswegen nicht behaupten, weil keine Reserven da waren und kein Proviant; daß den Österreichern stets frische Reserven in den letzten 14 Tagen zu Gebote standen, hat ihren Sieg entschieden.

Wenn man auch für das Aufgeben Mailands Gründe anführen kann, wie, daß keine hinreichende Munition da war, und ein Haupt-Artilleriepark nach Piacenza gerückt war, so daß die Artillerie in Mailand nicht einmal genug Kugeln hatte, so liegt doch auch Schuld auf Seite der Rathgeber des Königs und namentlich der ersten Beamten und Generäle, welche die Verproviantirung des Heeres mit Absicht, wahrscheinlich im verrätherischen Einverständniß mit den Österreichern, schlecht besorgten und dadurch die ausgehungerten Soldaten alle errungenen Vortheile wieder aufzugeben zwangen. Unter den Bedingungen der Uebergabe findet sich unter 2) der Feldmarschall wird, so viel dies von ihm abhängt, für das Vergangene alle von der Billigkeit gebotenen Rücksichten haben. Indessen erklärte der General d'Aspre, der Mailand sogleich in Kriegszustand verordnete, die Aushebung aller Männer von 18 bis 40 Jahren, legte eine Contribution von 12 Mil-

lionen Fr. auf und kündigte Allen, welche binnen 8 Tagen nicht zurückgekehrt sein würden, die Confiscation ihrer Güter an.

Die Aufregung in Mailand, das sich auf den hartnäckigsten Kampf gefaßt gemacht hatte, war so bedeutend, daß der Podesta die Österreicher ersuchen ließ, früher in die Stadt zu kommen, als die Capitulation vorschrieb.

Die Piemontesen zogen sich hinter den Picino zurück.

Am 9. August wurde von ihnen ein sechswöchentlicher Waffenstillstand abgeschlossen:

„Art. 1. Die Demarcationslinie zwischen beiden Armeen wird die betreffende Staatengrenze selbst bilden (Picino).

Art. 2. Die Festungen Peschiera, Rocca d'Anso und Osoppo werden der k. k. Armee übergeben.

Art. 3. Die Staaten von Modena, Parma und die Stadt Piacenza werden drei Tage nach Bekanntmachung vorstehender Convention von den sardinischen Truppen geräumt.

Art. 4. Diese Convention erstreckt sich auch auf die Stadt Venedig und das venetianische Festland. Die sardinischen Streitkräfte zu Wasser und zu Land verlassen somit die Stadt, deren Forts und Hafen, um in die sardinischen Staaten zurückzukehren.

Art. 5. Dieser Waffenstillstand soll sechs Wochen dauern, um die Friedensunterhandlungen einleiten zu können. Nach Verlauf dieser Frist soll derselbe entweder durch gemeinschaftliches Übereinkommen verlängert, oder aber 8 Tage vor dem Wiederbeginne der Feindseligkeiten aufgekündigt werden.

Hauptquartier Mailand, den 9. August 1848.

Hess, F.=M.=L., Generalquartiermeister der Armee.

Salasco, Chef des Generalstabs der sardin. Armee."

Indessen rüstet Carl Albert von Neuem und macht ungeheure Geld= und Menschenanstrengungen. Eine Zwangsanleihe von 20 Millionen Lire wird ausgeschrieben, alle Reserven in Stand gesetzt.

Die Friedensbedingungen, welche Österreich vorschlägt, berauben Carl Albert aller Vortheile und es scheint demnach, als würde es von Neuem zum Kriege kommen. Freilich ist der Waffenstillstand von Neuem um 30 Tage verlängert. Venedig hat sich wieder mit Manin an der Spitze als Republik constituirt und macht gleichfalls bedeutende Anstrengungen, wird auch durch das Geld patriotischer Italiener unterstützt.

Der Ausgang des neuen Kampfes wird zweifelhaft sein. Die piemontesische Armee soll mit dem Empfange, den sie in der Lombardei gefunden, wenig zufrieden und wenig geneigt sein, in dieses für sie ungastliche Land zu ziehen. Der alte Stammhaß zwischen Piemontesen und Lombarden ist auch wieder lebhaft geworden und die vielen Tausende geflüchteter Lombarden, deren Wegzug viele Städte ganz verödet hat, werden von den Piemontesen auch nicht sehr freundschaftlich angesehen. Es kommt Alles auf den Muth der Lombarden selbst an. Über die Wahrscheinlichkeit desselben und über die sonstigen Hindernisse der wirklichen Freiwerdung Italiens verweise ich auf die Einleitung.

So lange es sich für die Lombarden nur darum handelt, durch eine etwaige Erhebung einen Herrenwechsel zu bekommen, statt des österreichischen Kaisers den Carl Albert an ihrer Spitze zu haben, so lange die Eifersucht zwischen den einzelnen Städten und Stämmen Italiens nicht aufhört, die demokratische Bildung nicht eine allgemeine wird und so die Möglichkeit einer künftigen Republik angebahnt wird, so lange hat jedenfalls Österreich eben so viel Recht und Interesse, Norditalien zu behaupten, als Sardinien, es sich anzueignen.

Diese italienischen Provinzen sind nebst Ungarn die einzig wahrhaft reichen und fruchtbaren Theile des österreichischen Staates, sie bringen allein $1/3$ der österreichischen Staatseinnahmen auf und ohne sie ist Triest und Dalmatien dem Feinde geöffnet und damit der deutsche Handel und die Herr=

schaft des adriatischen Meeres verloren. Ohne den Besitz von Mailand und der Picinolinie, ist das venetianische Gebiet und die Minciolinie nicht gesichert, welche das venetianische Gebiet zum Theil vertheidigt, und da Triest, Dalmatien, Friaul starken italienischen Charakter haben, so würde es den Lombarden oder Carl Albert leicht fallen, nach Hinwegräumung dieser Bollwerke, ihre stammverwandten Brüder in den italienischen Staatenbund hinüberzuziehen. Der Grundsatz, daß jede Nation unabhängig von der andern sei, und daß die Sprache und Nationalitätsgrenze auch die Staatsgrenze bilde, ist nicht der allein maßgebende, um so weniger als andere Länder, wie Frankreich, Rußland, durchaus nicht geneigt sind, diesem Nationalitätsprincip gemäß, Elsaß, Lothringen, die Ostseeprovinzen herauszugeben an Deutschland. So lange der Wohlstand eines Landes bedingt ist durch seine Macht nach Außen, muß jedes Land die Bedingungen dieser Macht festhalten, und für die Größe Österreichs zu Land und zu Wasser ist die Lombardei, dieses wichtige Vorland, das schon seit Jahrhunderten den Deutschen gehört hat, ein nothwendiges Erforderniß. Die Großmächte würden sich nur freuen, wenn Österreich sich auf diese Weise, daß es Italien aus seinem Verbande entließe, selbst schwächte und Deutschland als Seestaat unmöglich machte.

So lange die internationalen Verhältnisse noch auf Grundlagen beruhen, die eine sogenannte Macht als nothwendig erscheinen lassen, ist das Nationalitätsprincip nicht überall anwendbar; dies wird dann erst in seine Rechte eintreten, wenn ein europäischer Völkercongreß alle Streitfragen auf friedliche Weise schlichtet und die Völker einsehen lernen, daß Aller Interesse dasselbe ist, nämlich das Glück und die Wohlfahrt Aller auf gerechtem Wege zu vermehren.

E. S.

Hofbuchdruckerei der Gebr. Jänecke.


89006587802
b89006587802

